Helfferich, Karl Theodor

Reden und Aufsätze aus dem Kriege

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7
Hofbuchhändler Sr. Kaiserlichen u. Königlichen Hoheit des Kronprinzen
1917.

Vorwort des Verlegers.

Als am Beginn des Weltkrieges von feindlicher Seite eine ungeheure Propaganda einsetzte, um die Ereignisse und Zusammenhänge, die zu der grossen Katastrophe geführt hatten, zu entstellen und zu verdrehen, veröffentlichte der damalige Direktor der Deutschen Bank, Dr. Karl Helfferich, in meinem Verlage eine Schrift: „Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte." Von dem englischen Blaubuch, dem französischen Gelbbuch und dem russischen Orangebuch ausgehend zerriss er das Lügengewebe unserer Feinde, indem er sie mit ihren eigenen Waffen schlug. Das Werk hat seinen Zweck im In- und Ausland erfüllt; es ist in alle Kultursprachen übersetzt worden und hat in vielen Tausenden von Exemplaren in der ganzen Welt Verbreitung gefunden.

Seither ist Dr. Helfferich in den Kreis der führenden Staatsmänner des Deutschen Reichs eingetreten. Die Reden, die er als Staatssekretär des Reichsschatzamtes und später als Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers gehalten hat, sind für den Beobachter der Gegenwart wie für den Historiker der Zukunft wertvolle und unentbehrliche Dokumente dieses an Grösse wie an Leid unerreichten Abschnitts der deutschen Geschichte. Sie sind im vorliegenden Bande gesammelt und mit den in der Kriegszeit veröffentlichten Aufsätzen Dr. Helfferichs vereinigt. Mit der Herausgabe der Sammlung hoffe ich auch in neutralem Ausland der Erkenntnis von der Gerechtigkeit und von der Stärke der deutschen Sache zu dienen.

Georg Stilke.

Inhalt.

I.

Die Entstehung des Weltkriegs im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte.

Vorbemerkung des Verfassers.

Die nachstehende Abhandlung ist im Dezember 1914 verfasst und im Januar 1915, erstmalig in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dann im Verlag von G. Stilke als Flugschrift, veröffentlicht worden.

Sie will nicht mehr sein als ihr Titel besagt: eine Darstellung der Entstehung des Weltkriegs im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte. Dass diese Veröffentlichungen, das englische Blaubuch, das französische Gelbbuch und das russische Orangebuch, keine vollständigen und keine unparteiischen Quellen sind, wurde dabei bewusst in Kauf genommen; denn trotz der nachweisbaren Lücken und Fälschungen, die diese offiziellen Dokumente aufweisen, ergibt eine kritische Gegenüberstellung und Vergleichung der amtlichen Aussagen der britischen, französischen und russischen Regierung volle Klarheit darüber, dass Deutschland den Krieg nicht gewollt und veranlasst hat, dass vielmehr die ungeheuerliche Schuld an dieser Weltkatastrophe ausschliesslich den Verband unserer Feinde trifft.

Die Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte beschränken sich so gut wie ausschliesslich auf die Vorgänge während der zehn dem Kriegsausbruch vorausgegangenen Tage. Daraus ergab sich von selbst die gleiche Beschränkung für meine Arbeit: sie umfasst nur die unmittelbare diplomatische Vorgeschichte des Kriegs. Die Gestaltung der grossen europäischen Politik während des letzten Jahrzehnts vor Kriegsausbruch, die schliesslich zu jener Zuspitzung geführt hat, fällt ausserhalb des Rahmens meiner Abhandlung.

Die seit der Veröffentlichung der Schrift bekannt gewordenen Tatsachen haben meine Darstellung in keinem Punkte entkräftet, sondern in zahlreichen Punkten bestätigt. Der Abdruck ist des-

halb — bis auf die Hinzufügung weniger Anmerkungen*) — ein unveränderter.

Auf Missverständnis beruht die Kritik, die mir vorwirft, ich habe durch die Bezeichnung Russlands als „Brandstifter", Frankreichs und Englands als „Mitschuldige" Englands Anteil an der Verantwortung für den Krieg verkleinern, Russlands Schuld vergrössern wollen. Eine solche Absicht lag und liegt mir fern. Russland habe ich den Brandstifter genannt auf Grund der unumstösslichen Tatsache, dass Russland durch seine Mobilmachung in der Nacht vom 30. zum 31. Juli 1914 die Brandfackel in das europäische Pulverfass geschleudert hat. Dass Russland von dieser verhängnisvollen Handlung von seinen Verbandsgenossen nicht nur nicht abgehalten, sondern zu ihr geradezu ermutigt worden ist, dass insbesondere England in den entscheidenden Tagen Krieg und Frieden in seiner Hand hielt und durch sein Verhalten den Ausschlag für den Krieg gab, geht aus meiner Darstellung klar und unwiderleglich hervor. England hatte durch seine Einkreisungspolitik einen Stand der Dinge geschaffen, der ihm gestattete, aus irgend einer Veranlassung, ohne dass es sich selbst allzusehr herauszustellen brauchte, den Koalitionskrieg gegen Deutschland entstehen zu lassen. Meine Darstellung beschränkt sich auch in diesem Punkt auf die Vorgänge, die in den Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte offensichtlich zu Tage treten, und überlässt die weiter ausholende und tiefer eindringende Klarlegung der grossen Zusammenhänge der berufenen Geschichtsschreibung.

*) Anm. Die Anmerkungen der ursprünglichen Ausgabe sind im nachstehenden Abdruck mit Ziffern, die neu hinzugefügten Anmerkungen mit * bezeichnet.

Die Entstehung des Weltkriegs im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte.

Die Regierungen Englands, Russlands und Frankreichs haben geglaubt, durch die Veröffentlichung ihres diplomatischen Schriftwechsels aus den Tagen vor dem Ausbruch des Weltkrieges vor den Augen ihrer eigenen Völker und der gesamten Kulturwelt den Beweis führen zu können, dass die Schuld an dem gewaltigsten Blutvergiessen, das jemals die Erde erlebt hat, lediglich auf das „kriegslüsterne Deutschland" entfällt, und dass sie ihrerseits alles getan haben, um die Katastrophe zu vermeiden. England hat ein Blaubuch, Russland ein Orangebuch, Frankreich ein Gelbbuch der Oeffentlichkeit übergeben. Eine Reihe von Anzeichen sprechen dafür, dass diese Veröffentlichungen, die sich den Anschein der Vollständigkeit geben, wichtige Lücken aufweisen, und speziell im Falle des französischen Gelbbuches kann der Nachweis als erbracht angesehen werden, dass gewisse dort wiedergegebene Dokumente nachträglich fabriziert worden sind.[1]) Trotzdem verdienen die Veröffentlichungen ein sorgfältiges vergleichendes Studium.

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, den ausserordentlich verwickelten diplomatischen Kreuz- und Querzügen, die

---

[1]) So enthält das Gelbbuch in seinem 1. Kapitel, betitelt „avertissements" eine Reihe von Dokumenten, die, vom März 1913 beginnend, die Zunahme der Kriegsstimmung in Deutschland beweisen sollen. Darunter befindet sich als No. 5 eine vom 30. Juli 1913 datierte Aufzeichnung des französischen Ministeriums des Auswärtigen, in der es heisst:

„M. von Kiderlen fut l'homme le plus haï de l'Allemagne, l'hiver dernier. Cependant il commence à n'être plus que déconsidéré, car il laisse entendre qu'il prendra sa revanche" (Herr von Kiderlen war im letzten Winter der bestgehasste Mann in Deutschland. Indessen fängt er an nur noch missachtet (statt gehasst) zu sein, denn er gibt zu verstehen, dass er seine Rache (für Marokko) nehmen wird).

Staatssekretär von Kiderlen, der hiernach im Juli 1913 anfing auf Rache zu sinnen, war bereits im Dezember 1912 gestorben, eine Tatsache, die demjenigen Beamten des Quai d'Orsay, der dieses Gelbbuchdokument nachträglich fabriziert hat, offenbar nicht gegenwärtig war.

Ein ähnliches Missgeschick ist mit einer Aufzeichnung passiert, die nach dem englischen Blaubuch Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, angeblich am 30. Juli 1914 dem englischen Staatssekretär des Aeussern

dem Ausbruch des Krieges vorangingen, in allen ihren Einzelheiten nachzugehen. Vielmehr kommt es hier nur darauf an, die wichtigsten Vorgänge, die den Krieg herbeigeführt haben, an der Hand der von den Dreiverbandsmächten selbst gelieferten Beweisstücke vor der Welt darzulegen.

Zu diesem Zwecke sollen zunächst diejenigen Schritte festgestellt werden, die den Kriegsausbruch unmittelbar veranlasst haben. Hiervon ausgehend sollen die Fäden nach rückwärts verfolgt und nach Möglichkeit entwirrt werden.

Der Brandstifter.

Ueber den unmittelbaren Anlass zum Kriegsausbruch kann ein Zweifel nicht bestehen. Der Anlass war die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli von dem Zaren angeordnete allgemeine Mobilmachung der russischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande und die Weigerung Russlands, diese Massnahme, dem Verlangen Deutschlands entsprechend, rückgängig zu machen.

Es ist wichtig, gleich hier festzustellen, dass die russische Regierung sich darüber vollkommen im klaren war, dass die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung und die Aufrechterhaltung dieser Massnahme den Krieg mit Deutschland unvermeidlich machen musste. Auf offiziellem und inoffiziellem Wege ist der russischen Regierung rechtzeitig mit allem Nachdruck klar gemacht worden,

überreicht hat, und deren Inhalt sich auf die deutschen militärischen Vorbereitungen an der elsass-lothringischen Grenze bezieht (Blaubuch No. 105, Anlage 3). Durch die Datierung dieser Note vom 30. Juli soll der Eindruck erweckt werden, als ob damals und bereits in den Tagen vorher die deutschen Truppen schon hart an der Grenze gestanden und durch Patrouillen die Grenze sogar überschritten hätten. Die Notiz beginnt im Wortlaut der dritten Ausgabe des Blaubuches: „L'armée allemande a ses avant—postes sur nos bornes-frontières, hier par deux fois des patrouilles allemandes ont pénetré sur notre territoire“ (die deutsche Armee hat ihre Vorposten an unserer Grenze, gestern sind deutsche Patrouillen zweimal in unser Gebiet eingedrungen).

„Gestern“ heisst in einer am 30. Juli überreichten Notiz natürlich der 29. Juli. Der 29. Juli war ein Mittwoch. In dem ersten Druck des Blaubuchs hiess aber „hier, vendredi“ (gestern, Freitag); der vendredi ist erst später, als man die Unstimmigkeit bemerkte, gestrichen worden. Hieraus ergibt sich, dass die angeblich am 30. Juli überreichte Notiz überhaupt erst am Sonnabend, 1. August, verfasst sein kann, ganz abgesehen davon, dass weder am 29. noch am 31. Juli eine Grenzüberschreitung stattgefunden hat.

dass eine russische allgemeine Mobilmachung gleichbedeutend mit der deutschen Mobilmachung, und die deutsche Mobilmachung gleichbedeutend mit dem Kriege sei.[1]) Die Gründe sind auf der Hand liegend und durchschlagend. Deutschland konnte angesichts der Gefahr eines Krieges nach mehreren Fronten, sobald sich die Situation bis zur allgemeinen russischen Mobilmachung zuspitzte, unmöglich auf den Zeitvorsprung verzichten, den ihm die raschere Mobilisierung der eigenen Streitkräfte sicherte. Ein beiderseitiges Mobilisieren und dann ein abwartendes Sichgegenüberstehen konnte für Deutschland aus diesem zwingenden Grunde der Selbsterhaltung nicht einen Augenblick in Frage kommen.

Als Beweis dafür, dass diese Auffassung auch von den Verbündeten Russlands als ganz selbstverständlich anerkannt wurde, sei auf den Bericht des englischen Botschafters in Petersburg, Sir G. Buchanan, vom 25. Juli hingewiesen (Blaubuch No. 17). Buchanan berichtet über eine Unterredung mit dem russischen Minister des Aeusseren Herrn Sasonoff:

„I said all I could to impress prudence on the Minister for Foreign Affairs, and warned him that, if Russia mobilised, Germany would not be content with mere mobilisation, or give Russia time to carry out hers, but would probably declare war at once." (Ich sagte alles, was ich konnte, um dem Minister des Auswärtigen Vorsicht nahezulegen, und warnte ihn, dass im Falle einer russischen Mobilisation Deutschland sich nicht auf eine blosse Mobilisation beschränken oder Russland Zeit zur Durchführung der seinigen geben, sondern sofort den Krieg erklären würde.)

Noch in letzter Stunde hat der deutsche Kaiser in Person den Zaren in seinem Telegramm vom 30. Juli, 1 Uhr nachmittags, auf „die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation" hingewiesen.

---

[1]) Nach dem deutschen Weissbuch wurde der deutsche Botschafter in Petersburg am 26. Juli angewiesen, der russischen Regierung eine Erklärung abzugeben, in der es hiess:

„Vorbereitende militärische Massnahmen Russlands werden uns zu Gegenmassnahmen zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg."

Die russische Regierung und der Zar mussten also bei der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung, die am 31. Juli erfolgte, sich vollkommen klar darüber sein, dass diese Anordnung den Krieg bedeutete.*)

Wenn hiermit die unmittelbare Veranlassung zum Kriegsausbruch festgestellt ist, so erhebt sich die Frage, durch welche Gründe die allgemeine russische Mobilmachung veranlasst war.

Man ist es den Trägern der Verantwortung für die entscheidenden Massnahmen schuldig, zunächst die Gründe zu prüfen, die sie selbst angeben.

Hören wir zuerst den Zaren.

In seinem Telegramm an den deutschen Kaiser vom 30. Juli, 1^{20} Uhr nachmittags, findet sich noch keine Andeutung von der bevorstehenden allgemeinen Mobilmachung, sondern nur eine Bezugnahme auf die gegen Oesterreich-Ungarn eingeleiteten Massnahmen:

„Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Massnahmen sind schon vor 5 Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns."

Mit diesem Telegramm hatte sich das oben angeführte Telegramm des deutschen Kaisers gekreuzt, das auf die schweren Konsequenzen einer russischen Mobilmachung aufmerksam machte und das ausserdem die Befürchtung aussprach, dass auch eine ausschliesslich gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Mobilisation die von dem Kaiser auf Wunsch des Zaren übernommene Vermittlerrolle gefährde, wenn nicht unmöglich mache. Der Zar antwortete am 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, zu einer Stunde, als der allgemeine Mobilisierungsbefehl an die gesamte russische Streitmacht bereits ergangen war:

*) Dass Russland selbst seine eigene allgemeine Mobilmachung als gleichbedeutend mit der Kriegserklärung an Deutschland ansah, ist ausserhalb jeden Zweifels gerückt durch eine bereits im Jahre 1912 erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für den Mobilmachungsfall, die vom Reichskanzler am 9. November 1916 im Hauptausschuss des Reichstags mitgeteilt worden ist. Die Anweisung lautet: „Allerhöchst ist befohlen, dass die Verkündigung der Mobilmachung zugleich die Verkündigung des Kriegs gegen Deutschland ist."

„Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Oesterreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind."

Entweder ist mit dem Ausdruck „unsere militärischen Vorbereitungen" nur die Teilmobilisation gegen Oesterreich-Ungarn gemeint; dann ignorierte der Zar in diesem Telegramm an den deutschen Kaiser die bereits vollzogene und gegen Deutschland gerichtete allgemeine Mobilmachung, was allerdings das einfachste Mittel war, eine Begründung zu ersparen. Oder aber „unsere militärischen Vorbereitungen" bedeutete die allgemeine Mobilmachung; dann wusste der Zar als Begründung für diesen entscheidenden Schritt nur die militärischen Massnahmen Oesterreich-Ungarns anzuführen.

Hören wir nunmehr den russischen Minister des Auswärtigen.

Ueber die von diesem angegebenen Gründe berichtete der französische Botschafter in Petersburg am 31. Juli an seine Regierung:

„En raison de la mobilisation générale de l'Autriche et des mesures de mobilisation prises secrètement, mais d'une manière continue, par l'Allemagne depuis six jours, l'ordre de mobilisation générale de l'armée russe a été donné." (Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Oesterreich-Ungarns und der Mobilisationsmassnahmen, die Deutschland seit sechs Tagen heimlich aber andauernd ergriffen hat, ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung der russischen Armee gegeben worden. (Gelbbuch No. 118.)

Am gleichen Tage berichtete der englische Botschafter in Petersburg an Sir Edward Grey (Blaubuch No. 113), die allgemeine Mobilmachung sei angeordnet worden infolge eines Berichtes des russischen Botschafters in Wien, dass Oesterreich-Ungarn entschlossen sei, eine Intervention der Mächte nicht zu dulden, und dass es Truppen nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Russland in Bewegung setze. Hinzugefügt wird: "Russia has also reason to believe that Germany is making active military preparations, and she cannot afford to let her get a start" (Russland hat auch Grund zu der Annahme, dass Deutschland

aktive militärische Vorbereitungen trifft, und es kann nicht zugeben, dass ihm Deutschland zuvorkommt).

Im russischen Orangebuch selbst wird man vergeblich nach dem Grunde für die allgemeine Mobilmachung suchen. Die ohne Zweifel doch erfolgten Mitteilungen dieses entscheidenden Schrittes an die russischen Botschafter im Auslande werden im Orangebuch nicht wiedergegeben, und der Leser erfährt von der Tatsache der russischen Mobilmachung gegen Deutschland erst durch das Zirkulartelegramm, in dem Sasonoff den russischen Missionschefs die Forderung Deutschlands auf Rückgängigmachung der Mobilmachung mitteilt.

Was ist nun von den aus den englischen und französischen Botschaftsberichten und den Telegrammen des Zaren an den deutschen Kaiser sich ergebenden Gründen für die allgemeine russische Mobilmachung zu halten?

1) Die allgemeine russische Mobilmachung als Antwort auf die militärischen Massnahmen Oesterreich-Ungarns. — Um gegen die angeblichen militärischen Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns gegen Russland eine Deckung zu schaffen, waren bereits am 29. Juli 13 Armeekorps von Russland mobilisiert worden (Bericht des französischen Botschafters in Petersburg vom 29. Juli, Gelbbuch No. 100). Die Mobilisierung in den Bezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan war durch den russischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung mitgeteilt worden mit der Begründung, dass diese Massnahme die Antwort sei auf die Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien, die tags zuvor erfolgt war, und auf die „mesures de mobilisation déjà appliquées à la plus grande partie de l'armée austro-hongroise" (Gelbbuch No. 95). In Wirklichkeit hatte Oesterreich-Ungarn bis zum Zeitpunkt der allgemeinen russischen Mobilmachung nur 8 Armeekorps mobilisiert. Im Gegensatz zu der Behauptung in dem Bericht des französischen Botschafters in Petersburg vom 31. Juli (Gelbbuch No. 118)[1]) war eine allgemeine Mobilmachung in Oesterreich-Ungarn im Augen-

[1]) **Diese falsche, von russischer Seite selbst niemals vertretene Behauptung von der allgemeinen österreichischen Mobilisation, die ihrerseits Russland zur allgemeinen Mobilmachung veranlasst habe, kehrt in dem französischen Gelbbuch an verschiedenen Stellen wieder; so in einer Zirkularnote**

blick der russischen allgemeinen Mobilmachung noch nicht angeordnet worden. Eine solche Anordnung erfolgte vielmehr erst als Antwort auf die russische allgemeine Mobilmachung im Verlauf des 31. Juli. Die von Russland am 29. Juli angeordnete Mobilisierung von 13 Armeekorps war als Gegenmassnahme gegen die Mobilisierung von 8 österreichisch-ungarischen Korps bereits übertrieben und herausfordernd. Von seiten der Donaumonarchie war nach dem 29. Juli nichts geschehen, was für Russland hätte Veranlassung bieten können, von der sehr weitgehenden partiellen Mobilmachung zu der den Krieg unvermeidlich machenden allgemeinen Mobilmachung überzugehen.

2) Die angeblichen militärischen Vorbereitungen Deutschlands gegenüber Russlands. — Der russische Minister des Auswärtigen hat in jener kritischen Zeit täglich mehrfach den deutschen Botschafter bei sich gesehen und gesprochen. Wenn die russische Regierung Kenntnis zu haben glaubte von Mobilmachungsmassnahmen, die Deutschland angeblich bereits seit sechs Tagen, also seit dem 25. Juli, ergriffen hatte (Gelbbuch No. 118), so wäre nichts natürlicher gewesen, als dass Herr Sasonoff den Grafen Pourtalès wegen dieser angeblichen Mobilmachungsmassnahmen um Aufklärung gebeten oder ihn darauf hingewiesen hätte, dass solche Massnahmen nicht ohne Gegenmassnahmen von russischer Seite bleiben könnten. Ein Hinweis Sasonoffs auf diese angeblichen deutschen Vorbereitungen wäre um so mehr gegeben gewesen, als Graf Pourtalès in jenen Tagen wiederholt auf die Gefahren der russischen militärischen Vorbereitungen aufmerksam gemacht hat. So am 29. Juli, mit dem Ergebnis, dass Sasonoff sich darauf beschränkte zu antworten „que les préparatifs russes sont motivés: d'un côté, par l'intransigeance obstinée de l'Autriche, d'autre part, par le fait que huit corps austro-hongrois sont déjà mobilisés" (die russischen Vorbereitungen seien motiviert einerseits durch die hartnäckige Intransigenz Oesterreich-Ungarns, andererseits durch die Tatsache, dass acht österreich-ungarische Armeekorps bereits mobilisiert seien) (Gelbbuch No. 100). Auch am

---

Vivianis vom 1. August (No. 127); „l'Autriche a, la première, procédé à une mobilisation générale" (Oesterreich ist zuerst mit einer allgemeinen Mobilmachung vorgegangen).

30. Juli ist Graf Pourtalès auf die russischen Vorbereitungen zurückgekommen, ohne dass Sasonoff sich veranlasst gesehen hätte, eine Gegenfrage wegen der angeblichen deutschen Mobilmachungsmassnahmen zu stellen (Gelbbuch No. 103). Auch der Zar erwähnte in seinen Telegrammen an den deutschen Kaiser zu keiner Zeit und an keiner Stelle irgend etwas von den deutschen militärischen Massnahmen, die nach der Darstellung seiner Regierung einen Grund zur russischen allgemeinen Mobilmachung gebildet haben sollen.

Die Unwahrhaftigkeit der Begründung der russischen allgemeinen Mobilmachung mit deutschen Massnahmen wird völlig klar gestellt durch die Tatsache, dass das französische Gelbbuch bestätigt (No. 102), dass der russische Generalstabschef dem deutschen Militärbevollmächtigten noch am 29. Juli sein Ehrenwort gegeben hat, dass die militärischen Massnahmen Russlands ausschliesslich gegen Oesterreich-Ungarn, nicht auch gegen Deutschland gerichtet seien. Wenn Russland von militärischen Massnahmen Deutschlands zu wissen glaubte, hätte dann der russische Generalstabschef irgendeine Veranlassung zu einem solchen Ehrenwort gehabt? Und wenn nachträglich der russischen Regierung Mitteilungen über bedrohliche deutsche militärische Vorbereitungen zugegangen wären — wie dies Herr Sasonoff zwar gegenüber dem französischen und englischen Botschafter, niemals aber gegenüber dem deutschen Botschafter behauptete —, hätte dann nicht der russische Generalstabschef auf Grund des gegebenen Ehrenwortes die dringendste Veranlassung gehabt, sich gegenüber dem deutschen Militärbevollmächtigten über die durch solche Nachrichten veränderte Situation auszusprechen, und dies bevor der nicht mehr gut zu machende Schritt der allgemeinen russischen Mobilmachung erfolgte? Nichts von alledem ist geschehen. Russland hat seine allgemeine Mobilmachung lediglich dritten Mächten gegenüber mit den angeblichen deutschen Massnahmen begründet, gegenüber dem deutschen Kaiser, dem deutschen Botschafter und dem deutschen Militärbevollmächtigten jedoch niemals ein Wort der Anfrage, geschweige denn der Beschwerde über die angeblichen deutschen Vorbereitungen verlauten lassen, vielmehr stets beruhigende Versicherungen abgegeben.

3) Die Weigerung Oesterreich-Ungarns, eine Intervention der Mächte zuzulassen. — Diese von dem englischen Botschafter am 31. Juli nach London übermittelte Begründung wirkt geradezu grotesk im Zusammenhalt mit der Tatsache, dass einmal ein neuer von Sir Edward Grey ausgehender Vermittlungsvorschlag von der deutschen Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung tags zuvor weitergegeben worden war und dass die Antwort Oesterreichs auf diesen Vorschlag noch ausstand; dass ferner am 30. Juli nachmittags in Wien eine Besprechung zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter stattgefunden hatte, die der französische Botschafter in Wien sofort als eine Unterhaltung von hoher Wichtigkeit („un entretien de haute importance") nach Paris telegraphierte und die nach seiner Ansicht gestattete zu glauben, dass noch nicht jede Aussicht auf eine Lokalisierung des Konflikts verloren sei („permettait de croire que toute chance de localiser le conflit n'était pas perdue"). (Gelbbuch No. 104.)

Der von Sir Edward Grey am 29. Juli gemachte Vermittlungsvorschlag besagte: Oesterreich-Ungarn soll sich verpflichten, nach der Einnahme von Belgrad und des serbischen Gebiets an der Grenze nicht weiter vorzurücken, während die Mächte versuchen würden zu erreichen, dass Serbien an Oesterreich-Ungarn eine dieser Monarchie genügende Genugtuung gebe. Das von der österreichisch-ungarischen Armee okkupierte Territorium solle nach geleisteter Genugtuung wieder geräumt werden. Sir Edward Grey teilte diesen Vorschlag am 30. Juli dem englischen Botschafter in Petersburg mit und fügte hinzu: "I suggested this yesterday as a possible relief to the situation, and, if it can be obtained, I would earnestly hope that it might be agreed to suspend further military preparations on all sides" (Ich regte dies gestern an als eine mögliche Erleichterung der Situation, und wenn diese erreicht werden kann, würde ich ernstlich hoffen, dass man dahin übereinkommen könnte, weitere militärische Vorbereitungen auf allen Seiten einzustellen). (Blaubuch No. 103.)

Dieser Vorschlag wurde von Deutschland an die österreichisch-ungarische Regierung weitergegeben und befürwortet, desgleichen von dem französischen und englischen Botschafter bei der russi-

schen Regierung (Gelbbuch No. 112). Der Vorschlag war von Oesterreich noch nicht beantwortet und auch Russland hatte noch keine Stellung zu ihm genommen, als die allgemeine russische Mobilmachung erfolgte. Die Behauptung, die allgemeine russische Mobilmachung sei notwendig geworden, weil Oesterreich-Ungarn jede Intervention der Mächte ablehnte (Blaubuch No. 113), steht also im strikten Widerspruch zu dem aus den englischen und französischen Dokumenten sich ergebenden Sachverhalt.

Viel wichtiger als die Tatsache, dass Russland die allgemeine Mobilmachung ausspielte, während seiner und der österreich-ungarischen Regierung ein noch unerledigter englischer Vermittlungsvorschlag vorlag, ist die am Vorabend der russischen allgemeinen Mobilmachung stattgehabte direkte Unterhaltung zwischen dem russischen Botschafter in Wien, Herrn Schebeko, und dem Grafen Berchtold. Es sei daran erinnert, dass, nachdem der erste Konferenzvorschlag Sir Edward Greys auf Schwierigkeiten gestossen war, Sasonoff selbst die Initiative zu direkten Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ergriffen und dass diese Initiative in Wien zunächst eine Ablehnung gefunden hatte (Blaubuch No. 74). In der Besprechung vom 30. Juli wurden die der direkten Aussprache entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt. Nach dem angeführten Bericht des französischen Botschafters (Gelbbuch No. 104), dem der russische Botschafter, ebenso wie seinem englischen Kollegen, alsbald nach der Unterredung Mitteilung machte, haben Herr Schebeko und der Graf Berchtold die bestehenden furchtbaren Schwierigkeiten geprüft mit dem gleichmässig guten Willen, beiderseits annehmbare Lösungen zu finden („avec une égale bonne volonté d'y adapter des solutions réciproquement acceptables"). Der russische Botschafter erklärte, dass die militärischen Vorbereitungen Russlands keinen anderen Zweck hätten, als die Sicherung gegen die österreichisch-ungarischen Massnahmen und die Bekundung der Absicht und des Rechts des Zaren, bei der Regelung der serbischen Frage mitzusprechen. Graf Berchtold antwortete mit der Erklärung, dass die österreichisch-ungarischen Vorbereitungen in Galizien gleichfalls keinerlei Angriffsabsicht entsprungen seien. Von beiden Seiten war man einig, sich dahin zu bemühen, dass die Massnahmen nicht als feindselige Schritte interpretiert würden. Der Bericht des französischen Botschafters fährt dann fort:

„Pour le règlement du conflit austro-serbe il a été convenu que les pourparlers seraient repris à Petersbourg entre M. Sazonoff et le comte Szapary; s'ils ont été interrompus, c'est par suite d'un malentendu du comte Berchtold croyant que le Ministre des Affaires étrangères de Russie réclamait pour son interlocuteur des pouvoirs qui lui permettraient de modifier les termes de l'ultimatum autrichien. Le compte Szapary sera seulement autorisé à discuter quel accommodement serait compatible avec la dignité et le prestige dont les deux Empires ont un souci égal. Ce serait donc, pour le moment, sous cette forme directe et réduite aux deux plus intéressées qu'aurait lieu l'examen que Sir Edw. Grey proposait de confier aux quatre Puissances non directement intéressées. Sir M. de Bunsen, qui se trouvait chez moi, a aussitôt déclaré à M. Schebeko que le Foreign Office approuvera entièrement cette nouvelle procédure". (Für die Regelung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts kam man überein, dass die Besprechungen in Petersburg zwischen Herrn Sasonoff und dem Grafen Szapary wieder aufgenommen werden sollten; wenn diese unterbrochen worden sind, so lag ein Missverständnis zugrunde, indem Graf Berchtold glaubte, der russische Minister des Aeussern verlange für seinen Gegenverhändler Vollmachten, die diesen berechtigen sollten, die Bedingungen des österreichisch-ungarischen Ultimatums zu ändern. Der Graf Szapary soll nur befugt sein zu erörtern, welcher Ausgleich verträglich sein würde mit der Würde und dem Prestige, auf die beide Kaiserreiche in gleicher Weise bedacht seien. In dieser direkten und auf die beiden unmittelbar Interessierten begrenzten Form würde also die Prüfung stattfinden, die Sir Ed. Grey den vier nicht unmittelbar interessierten Mächten zu übertragen vorgeschlagen hatte. Sir M. de Bunsen, der sich bei mir befand, hat Herrn Schebeko alsbald erklärt, dass das Foreign Office dieses neue Vorgehen durchaus billigen werde.)

Am folgenden Tage empfing der russische Botschafter in Berlin die Mitteilung, dass der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg die Erklärung des Grafen Berchtold gegenüber Herrn Schebeko bestätigte mit der Erklärung, seine Regierung sei bereit, mit der russischen Regierung die Note an Serbien zu diskutieren, sogar hinsichtlich ihres materiellen Inhalts („que son Gouvernement

était prêt à discuter avec le Gouvernement russe la note à la Serbie, même quant au fond"). (Gelbbuch No. 121.)

Die österreichisch-ungarische Regierung hatte also am 30. Juli einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Nachgiebigkeit getan, indem sie die direkten Verhandlungen mit Russland wieder aufnahm und sich dabei bereit erklärte, in eine bisher hartnäckig verweigerte materielle Diskussion der an Serbien gerichteten Note einzutreten. Der Grund dieser entscheidenden Nachgiebigkeit Oesterreich-Ungarns, die für den Augenblick der Krise den akuten Charakter nehmen musste, ergibt sich ohne weiteres, wenn man das deutsche Weissbuch heranzieht. Am 28. Juli hatte der Deutsche Kaiser dem Zaren telegraphiert:

„Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluss ein, um Oesterreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben."

Und in dem Telegramm an den Zaren vom 29. Juli sagte der Deutsche Kaiser:

„Ich glaube, dass eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die — wie ich Dir schon telegraphierte — Meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist."

Der Kaiser fügte, wie hier gleich hervorgehoben sei, hinzu: „Natürlich würden militärische Massnahmen Russlands, die Oesterreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, dass wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben."

Dieser Zusammenhang wird bestätigt durch ein Telegramm Sir Edward Greys an den englischen Botschafter in Petersburg vom 31. Juli (Blaubuch No. 110), laut welchem der deutsche Botschafter in London an Grey die Mitteilung machte, dass als Ergebnis einer Anregung der deutschen Regierung („as a result of suggestions by the German Government") eine Aussprache in Wien zwischen

dem Grafen Berchtold und Herrn Schebeko stattgefunden habe, und dass der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg instruiert worden sei, sich mit dem russischen Minister des Auswärtigen in Verbindung zu setzen, diesem Aufklärungen über das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien zu geben und alle die österreich-ungarisch-russischen Beziehungen betreffenden Anregungen und Fragen zu diskutieren. Sir Edward Grey fügte hinzu, er habe mit grosser Genugtuung von dieser Wiederaufnahme der direkten Aussprache zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland Kenntnis genommen.*)

Im Gegensatz zu den Behauptungen des französischen Gelbbuches, dass Deutschland in keinem Stadium in Wien ernsthaft zu einem versöhnlichen Entgegenkommen geraten habe, steht also fest, dass auf die Intervention des Deutschen Kaisers hin die öster-

---

*) Dieser Sachverhalt hat nach Abfassung und Veröffentlichung der obenstehenden Darstellung eine jeden Zweifel ausschliessende Bestätigung erfahren durch inzwischen erfolgte Mitteilungen des Reichskanzlers über den Meinungsaustausch zwischen Berlin und Wien.

Am 30. Juli hat der Reichskanzler auf Grund einer Mitteilung des deutschen Botschafters in Petersburg, dass Oesterreich-Ungarn kategorisch jeden direkten Meinungsaustausch abgelehnt habe, folgende Instruktion an den deutschen Botschafter in Wien telegraphiert:

„Die Meldung des Grafen Pourtales steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die Eure Exzellenz von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Missverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Oesterreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit St. Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Eure Exzellenz wollen sich gegen Grafen Berchthold sofort mit allem Nachdruck und grossem Ernst in diesem Sinne aussprechen."

Herr von Tschirschky meldete darauf am 30. Juli:

„Graf Berchtold bemerkte, es liege in der Tat, wie Eure Exzellenz annehmen, ein Missverständnis, und zwar auf russischer Seite, vor. Nachdem er auch schon durch Graf Szapary — den österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg — von diesem Missverständnis Meldung erhalten und gleichzeitig unsere dringende Anregung erfolgt sei, in Konversation mit Russland einzutreten, habe er Graf Szapary sofort entsprechende Instruktionen erteilt." (Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 19. August 1915).

Der Reichskanzler hat seinem Schritt bei der Wiener Regierung weiteren Nachdruck gegeben durch nachstehendes Telegramm:

„Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, sodass wir mit Oesterreich-Ungarn drei Grossmächten gegenüberstünden. Deutschland würde

reichisch-ungarische Regierung sich am 30. Juli nachmittags dem bisher standhaft abgeschlagenen russischen Wunsch nach einer Diskussion der Note an Serbien fügte. Es wird ferner durch das französische Gelbbuch bezeugt, dass der russische Botschafter in Wien der versöhnlichen Erklärung des Grafen Berchtold den grössten Wert beimass und von dieser Erklärung sofort seine französischen und englischen Kollegen unterrichtete. Es steht ferner nach dem französischen Gelbbuch fest, dass der französische Botschafter in Wien aus dem Entgegenkommen des Grafen Berchtold die Hoffnung auf eine Lokalisierung des Konflikts herleitete und dass der englische Botschafter, ohne erst in London rückzufragen, das vollständige Einverständnis des Foreign Office mit dem zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter besprochenen Vorgehen aussprach.

Es ist aber weiter eine Tatsache, dass das russische Orangebuch keine Spur von diesem entscheidenden Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns aufweist, und schliesslich, dass dieses entscheidende Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns von der russischen Regierung mit der allgemeinen Mobilmachung beantwortet wurde, die den Krieg unvermeidlich machte.

Dazu kommt, dass die allgemeine Mobilmachung den beiden

---

infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen. Das politische Prestige Oesterreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.“

Die österreichisch-ungarische Regierung entsprach unseren eindringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Botschafter in Berlin folgende Weisung gab:

„Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Staatssekretär von Jagow für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, dass wir trotz der Aenderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Russlands eingetreten sei, gern bereit seien, dem Vorschlage Sir Edward Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, dass unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme, und dass das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmassregeln in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden.“

Entente-Genossen Russlands, die das Entgegenkommen Oesterreichs laut ihrer eigenen Dokumente als eine Friedenshoffnung mit grosser Genugtuung begrüssten, gänzlich überraschend kam. Beweis dafür: Am 31. Juli, um 7 Uhr abends, sprach der deutsche Botschafter in Paris bei dem französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, Herrn Viviani, vor, um ihm mitzuteilen, dass Deutschland durch die allgemeine russische Mobilmachung gezwungen worden sei, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr zu proklamieren und an Russland die Forderung der Demobilisation zu stellen. Darauf hat Herr Viviani geantwortet, „er sei über die angebliche Mobilisation der russischen Armee und Marine in keiner Weise unterrichtet" („nullement renseigné sur une prétendue mobilisation totale de l'armée et de la flotte russes") (Gelbbuch No. 117). Auch der englische Botschafter in Paris berichtete noch am späten Abend des 31. Juli an das Foreign Office, dass seinem Kollegen Iswolsky nicht das mindeste von einer allgemeinen russischen Mobilmachung bekannt sei (Blaubuch No. 117).

Wenn also die von Russland angegebenen Gründe für die plötzliche allgemeine Mobilmachung lediglich durchsichtige Vorwände waren, und wenn Russland die folgenschwere Massnahme, ohne England und Frankreich auch nur zu informieren, in demjenigen Moment über das Knie gebrochen hat, in welchem ein aussichtsvoller englischer Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden war und die von Deutschland erreichte Nachgiebigkeit Oesterreich-Ungarns die akute Kriegsgefahr beseitigen musste, so bleibt hierfür nur eine Erklärung:

Die in jenem Augenblick in Russland entscheidenden Persönlichkeiten wollten angesichts der auf deutsches Betreiben zutage tretenden Nachgiebigkeit der österreichisch-ungarischen Regierung alle Brücken zum Frieden abbrechen und den Krieg unvermeidlich machen.

Wenn diese auf der Hand liegende Schlussfolgerung noch einer Bestätigung bedürfte, so wird ihr diese zuteil durch das Verhalten Russlands nach der Ueberreichung des deutschen Ultimatums.

Während Deutschland, das bisher die russische Mobilmachung als Kriegsfall bezeichnet hatte, sich zunächst damit begnügte, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr, der noch nicht gleichbedeutend

mit Mobilmachung ist, zu proklamieren, und der russischen Regierung 12 Stunden (ablaufend am 1. August mittags) Zeit liess, um ihre Mobilmachung rückgängig zu machen, hat Russland den deutschen Botschafter ohne jede Antwort gelassen, auch nicht irgend einen Versuch gemacht, durch Vermittlung Dritter das Aeusserste abzuwenden, dagegen in der Nacht vom 1. zum 2. August an drei Stellen der preussischen Grenze die Feindseligkeiten eröffnet.

Gegenüber diesem unbestreitbaren Sachverhalt wagt die französische Regierung folgende Darstellung (Zirkularnote der französischen Regierung vom 1. August, Gelbbuch No. 120):

Oesterreich-Ungarn hat sich endlich bereit finden lassen, mit Russland den Inhalt seines Ultimatums an Serbien materiell zu diskutieren. Russland ist bereit, auf Grund des englischen Vorschlags in Verhandlung einzutreten („le Gouvernement russe est prêt à entrer en négociation sur la base de la proposition anglaise"). Unglücklicherweise werden diese Aussichten auf eine friedliche Lösung durch das Ultimatum Deutschlands vernichtet, das von Russland die Demobilisation fordert. Das Ultimatum ist ungerechtfertigt, da Russland den englischen Vorschlag, der eine Einstellung der militärischen Vorbereitungen einschliesst, angenommen hat („puisque la Russie a accepté la proposition anglaise qui implique un arrêt des préparatifs militaires de toutes les Puissances"). Deutschlands Haltung beweist, dass es den Krieg will.

Leichteren Herzens kann werdende Geschichte wohl nicht gefälscht werden.

Richtig ist allerdings, dass Oesterreich-Ungarn sich nachgiebig zeigte und damit alle Berechtigung gab, auf die Erhaltung des Friedens zu hoffen. Aber die französische Zirkularnote verschweigt, dass diese Nachgiebigkeit auf Deutschlands Einwirkung zurückzuführen war; der französische Minister des Aeussern hatte sogar die Stirn, am 4. August vor der Deputiertenkammer zu erklären, Deutschland habe sich — vom 24. Juli an bis zu seinem am 31. Juli unter dem Vorwand(!) der von Russland angeordneten allgemeinen Mobilmachung gestellten Ultimatum — durch keinerlei positive Handlung an den Friedensbemühungen des Dreiverbandes beteiligt (Gelbbuch No. 159).

Falsch ist, dass Russland den englischen Vorschlag, der die

Einstellung der militärischen Vorbereitungen bei allen Mächten enthalten habe, angenommen und damit dem deutschen Ultimatum im voraus die Berechtigung entzogen habe. Zunächst enthielt der englische Vorschlag, der oben angeführt ist (Blaubuch No. 103), nicht die Bedingung der Einstellung aller militärischen Vorbereitungen, sondern Sir Edward Grey hatte lediglich die ernste Hoffnung ausgesprochen, dass bei Annahme seines Vorschlags die militärischen Vorbereitungen von allen Seiten eingestellt würden. Ferner hat Russland den englischen Vorschlag nicht angenommen, weder vor noch nach der Ueberreichung des deutschen Ultimatums; die Zirkularnote Vivianis (Gelbbuch No. 120), die in ihrem Absatz 5 die vollzogene Annahme des englischen Vorschlags behauptet, sagt selbst in ihrem Absatz 4, die russische Regierung sei „prêt à entrer en négociation sur la base de la proposition anglaise", und zwischen der Annahme eines Vorschlags und der Bereitschaft auf dessen Basis zu verhandeln, besteht eben doch ein Unterschied. Russlands auswärtiger Minister hat sich aber in Wirklichkeit nicht einmal bereit erklärt, auf Basis des englischen Vorschlags in Verhandlungen einzutreten; er hat vielmehr dem englischen Botschafter einen Gegenvorschlag gemacht, der sich von dem englischen Vorschlag wesentlich unterschied, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

Russischer Gegenvorschlag (Orangebuch Nr. 67)	Englischer Vorschlag (Blaubuch Nr. 103)
Si l'Autriche consent à arrêter la marche de ses armées sur le territoire serbe (wenn Oesterreich zustimmt, den Vormarsch seiner Armeen auf dem serbischen Territorium anzuhalten)	Austria, after taking Belgrade and Servian territory in region of frontier, to promise not to advance further (Oesterreich soll versprechen, nach Einnahme von Belgrad und des serbischen Territoriums in der Gegend der Grenze nicht weiter vorzurücken)
et si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question européenne, (und wenn, anerkennend,	= diese Anerkennung hatte Sir Edw. Grey nicht verlangt, und die österreichisch-ungarische Regierung hatte sich stets

dass der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat)

elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement d'Autriche-Hongrie (Oesterreich zugibt, dass die Grossmächte die Genugtuung prüfen, die Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung gewähren könnte)

sans laisser porter atteinte à ses droits d'Etat souverain et à son indépendance, (ohne seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit zu berühren)

la Russie s'engage à conserver son attitude expectante (verpflichtet sich Russland, seine abwartende Haltung beizubehalten)

geweigert, ihren Konflikt mit Serbien als eine europäische Frage behandeln zu lassen =

while Powers endeavoured to arrange that Servia should give satisfaction sufficient to pacify Austria (während die Mächte versuchen sollten zu erreichen, dass Serbien eine Oesterreich zufriedenstellende Genugtuung gibt)

= dieser Vorbehalt, der übrigens durch Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung bereits erfüllt war, figurierte in dem englischen Vorschlag nicht, vielmehr war dort nur vorgesehen, dass Oesterreich-Ungarn nach erhaltener Genugtuung die besetzten serbischen Gebiete wieder räumen sollte = (Territory occupied would, of course, be evacuated when Austria was satisfied)

— welche abwartende Haltung bisher in dem Fortschreiten der kriegerischen Vorbereitungen bis zur allgemeinen Mobilmachung bestanden hatte —.

Einen solchen durch eine geradezu klassische Naivität sich auszeichnenden Gegenvorschlag nennt die französische Regierung vor ihren diplomatischen Vertretern, vor ihrer Kammer und der Kulturwelt: die Annahme des englischen Vorschlags, der die Einstellung der militärischen Vorbereitungen einschloss.

Dass Russland gar nicht daran dachte, seine militärischen Vorbereitungen einzustellen, bestätigte Herr Sasonoff übrigens noch ganz ausdrücklich am 31. Juli, bei der Präsentation seines Gegenvorschlages, dem englischen Botschafter, indem er erklärte, „it was, of course, impossible to stop a mobilisation which was already in progress" (es sei natürlich unmöglich, eine Mobilmachung, die schon im Fortschreiten sei, aufzuhalten).

Keine noch so ungenierte Verdrehung kann also die Tatsache verdunkeln, dass Russland, unmittelbar nachdem durch das von Deutschland veranlasste österreichisch-ungarische Entgegenkommen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens von neuem Platz griff, ohne vorherige Benachrichtigung, weder seiner Gegner, noch seiner Verbündeten die den Krieg besiegelnde allgemeine Mobilmachung überstürzte, während Deutschland mit seinen Gegenmassnahmen bis an die Grenze der Selbsterhaltung zurückhielt. *Die massgebenden Kreise Russlands haben den Krieg gewollt und haben ihn mit verdoppelter Brutalität gewollt, als sich die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich erschloss.*

Die Mitschuldigen.

Wenn sich aus den vorstehenden Ausführungen, die samt und sonders nur auf Dokumenten der Dreiverbands-Regierungen beruhen, die unumstössliche Sicherheit ergibt, dass die massgebenden Persönlichkeiten Russlands den Krieg gewollt und erzwungen haben, so entsteht die Frage, wie dieser mit einer weltenschweren Verantwortung behaftete Entschluss zustande kommen konnte.

Der zwingende Grund der Selbsterhaltung scheidet aus, denn Russland war von niemandem bedroht.

Der Schutz Serbiens scheidet gleichfalls aus; denn abgesehen davon, dass Serbien in keinem Russland politisch oder moralisch verpflichtenden Schutzverhältnisse stand, hatte Oesterreich gegenüber verschiedenen Grossmächten sich zur Wahrung der territorialen Integrität und der Souveränität Serbiens verpflichtet.

Sogar die Erhaltung des russischen Prestiges auf dem Balkan war nach dem von Oesterreich-Ungarn angebotenen Entgegen-

kommen keine Sache mehr, die den Appell an die Waffen begründen konnte.

Die Herbeiführung des Krieges war also für Russland eine reine Opportunitätsfrage. In Ermangelung zwingender Gründe konnte die Entscheidung für den Krieg nur herbeigeführt werden durch die Ueberzeugung: die Gelegenheit ist günstig, diejenigen Grossmächte niederzuzwingen, welche den massgebenden russischen Persönlichkeiten als Hindernis auf dem Wege ihrer Politik erschienen.

Auf sich allein gestellt, hätte Russland den Krieg mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland äusserstenfalls in Verteidigung nationaler Lebensinteressen, niemals aber aus der Abwägung der Wahrscheinlichkeit des Erfolges gewagt. Nur die Sicherheit der aktiven Mitwirkung anderer Grossmächte konnte also den leitenden Kreisen Russlands den Entschluss zum Kriege ermöglichen. Die Haltung der beiden anderen Mächte des dreifachen Einvernehmens musste also für die russischen Entschlüsse von entscheidendem Einfluss sein.

Hierfür enthalten die Dokumente der Dreiverbands-Regierungen die Bestätigung.

Die Mitwirkung Frankreichs war keineswegs a priori sicher, geschweige denn die Mitwirkung Englands. Der französisch-russische Bündnisvertrag verpflichtete Frankreich nicht zu einer unbedingten Kriegsgefolgschaft gegenüber Russland, und zwischen Russland und England bestanden keinerlei präzise Abmachungen. Bei dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt, der aus der Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers und seiner Gemahlin entstanden war, konnten die Sympathien der nicht unmittelbar Beteiligten nur auf der Seite Oesterreich-Ungarns sein. Darüber war man sich auch in Russland klar, und diese Klarheit äusserte sich darin, dass die russische Regierung nach der Uebergabe der österreichisch-ungarischen Note an Serbien zunächst eine gewisse Vorsicht an den Tag legte.

So drahtete der französische Botschafter in Petersburg seiner Regierung am 24. Juli (Gelbbuch No. 31), nachdem Sasonoff von der österreichisch-ungarischen Note an Serbien Kenntnis erhalten hatte, die Dispositionen des Zaren und seiner Minister seien die allerfriedlichsten; und am 25. Juli (Gelbbuch No. 38):

„M. Sasonoff garde toute sa modération: Il faut éviter, m'a-t-il dit, tout ce qui pourrait précipiter la crise. J'estime que, même si le Gouvernement austro-hongrois passait à l'action contre la Serbie, nous ne devrions pas rompre les négociations" (Herr Sasonoff bewahrt seine volle Mässigung: „Man muss, hat er mir gesagt, alles vermeiden, was die Krisis überstürzen könnte. Ich bin der Ansicht, dass, selbst wenn die österreichisch-ungarische Regierung Serbien gegenüber zum gewaltsamen Eingreifen übergehen sollte, wir die Verhandlungen nicht abbrechen dürfen").

Am 26. Juli schrieb das französische Ministerium des Auswärtigen in einer Zirkularnote (Gelbbuch No. 50):

„De Pétersbourg, nous apprenons que M. Sasonoff a conseillé à la Serbie de demander la médiation anglaise. Dans le Conseil des ministres du 25, tenu en présence de l'Empereur, la mobilisation de treize corps d'armée éventuellement destinés à opérer contre l'Autriche a été envisagée; cette mobilisation ne serait toutefois rendue effective que si l'Autriche contraignait la Serbie par la force des armes, et seulement après avis du Ministre des Affaires Etrangères, à qui le soin incombe de fixer la date, liberté lui étant laissée de continuer les négociations, même dans le cas où Belgrade serait occupée." (Aus Petersburg erfahren wir, dass Herr Sasonoff Serbien geraten hat, die englische Vermittlung zu erbitten. In dem Ministerrat vom 25., der in Gegenwart des Kaisers stattfand, ist die Mobilisation von 13 Armeekorps, die eventuell gegen Oesterreich operieren sollen, ins Auge gefasst worden; diese Mobilisation soll jedoch erst effektiv werden, wenn Oesterreich Serbien mit den Waffen Gewalt antut und nur nach dem Gutachten des Ministers des Aeussern, dem die Festsetzung des Datums obliegen soll, wobei er die Freiheit hat, die Verhandlungen selbst im Falle der Okkupation Belgrads fortzusetzen.)

Dass diese Mässigung nicht ganz echt war, geht schon daraus hervor, dass Herr Sasonoff bereits am 24. Juli dem englischen Botschafter erklärte (Blaubuch No. 6): that Russian mobilisation would at any rate have to be carried out (dass die russische Mobilisation unter allen Umständen durchgeführt werden müsse), woraus sich ergibt, dass die russische Mobilisation am 24. Juli, am Tage der Bekanntgabe der österreichisch-ungarischen Note an Serbien,

bereits im Gange war, während die französische Zirkularnote vom 26. Juli (Gelbbuch No. 50), die Teilmobilisation gegen Oesterreich vom russischen Ministerrat erst am 25. „ins Auge fassen" und deren Inkraftsetzung noch von österreichischer Waffengewalt gegen Serbien und dem Gutachten des Ministers des Aeusseren abhängig machen lässt. Immerhin ist es wichtig, dass die russische und die französische Regierung damals noch die äusserste Mässigung wenigstens markieren wollten.

Der Grund ist offensichtlich, dass die russische Regierung damals der englischen und sogar der französischen Mitwirkung noch nicht sicher war. Bei der Unterhaltung, die Sasonoff auf seinen Wunsch am 24. Juli im Hause des französischen Botschafters mit diesem und Sir G. Buchanan hatte (Blaubuch No. 6), verlangte Sasonoff, England solle sich mit Russland und Frankreich solidarisch erklären, worauf Buchanan sehr klug antwortete:

„I could not, of course, speak in the name of His Majesty's Government, but personally I saw no reason to expect any declaration of solidarity from His Majesty's Government that would entail an unconditional engagement on their part to support Russia and France by arms. Direct British interest in Servia were nil, and a war on behalf of that country would never be sanctioned by British public opinion." (Ich könne natürlich nicht im Namen meiner Regierung sprechen; aber persönlich sehe ich keinen Grund, von meiner Regierung irgendeine Solidaritätserklärung zu erwarten, die eine unbedingte Verpflichtung zur Waffenhilfe für Russland und Frankreich enthalte. Die direkten britischen Interessen in Serbien seien gleich Null und ein Krieg wegen dieses Landes werde niemals durch die englische öffentliche Meinung sanktioniert werden.

Wie der französische Botschafter sich gegenüber Herrn Sasonoff verhielt, ist nicht einwandfrei festzustellen, denn das französische Gelbbuch enthält bezeichnender Weise über diese wichtige Unterhaltung keinen Bericht, und Sir G. Buchanan beschränkt sich in seinem Bericht zu sagen, sein französischer Kollege habe ihm „zu verstehen gegeben" (gave me to understand), Frankreich werde alle Verpflichtungen erfüllen, die in seiner Allianz mit

Russland gegeben seien. Eine solche Haltung liess die Neutralität Frankreichs in einem russischen Angriffskrieg offen. In der Tat hat Frankreich, wie wir sehen werden, erst in einem späteren Stadium der russischen Regierung die Zusage der unbedingten Waffenhilfe gegeben.

Wir wollen nun betrachten, wie die Haltung Frankreichs und Englands sich entwickelt hat.

Frankreich.

Die französische Regierung befand sich offenbar in einem schweren Dilemma. Einerseits war ihre ganze Politik seit Jahrzehnten auf den engsten Anschluss an Russland abgestellt; andererseits wog die Verantwortung, in der schlechten serbischen Sache sich unbedingt auf die Seite Russlands zu stellen und allein mit Russland einen Krieg mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu riskieren, zu schwer.

Die französischen Staatsmänner waren dementsprechend von einer doppelten Furcht bewegt: einmal von der Furcht, bei der russischen Regierung Misstrauen zu erregen und Frankreich durch eine Lockerung der französisch-russischen Beziehungen zu isolieren; zweitens durch die Furcht, in einem Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit Russland allein zu stehen.

Die Wirkung der erstgenannten Befürchtung war, dass die französische Regierung sich weigerte, in Petersburg irgend eine Einwirkung im friedlichen Sinne zu versuchen, die dort als ein Abrücken Frankreichs von Russland hätte aufgefasst werden können. Die verschiedenen dringenden Schritte, die der deutsche Botschafter nach der Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien in Paris unternahm, um dem französischen Kabinett den Ernst der Situation vor Augen zu führen und darauf hinzuweisen, wie notwendig ein mässigender Einfluss Frankreichs in Petersburg sei, wurden stets mit dem grössten Misstrauen aufgenommen und als Versuche, einen Keil zwischen Frankreich und Russland zu treiben, beargwöhnt.

Als nach Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note der deutsche Botschafter in Paris der französischen Regierung die

korrekte und loyale Erklärung abgab, dass die deutsche Regierung die Angelegenheit als eine ausschliesslich zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu regelnde betrachte und die Lokalisierung des Konflikts dringend wünsche, da jede Intervention einer anderen Macht durch das natürliche Spiel der bestehenden Allianzen unberechenbare Konsequenzen herbeiführen könne, war der Widerhall dieser Mitteilung ein Artikel in dem „Echo de Paris", dessen intime Beziehungen zum Quai d'Orsay bekannt sind. In diesem Artikel wurde der Schritt des deutschen Botschafters als eine „menace allemande" gebrandmarkt (Gelbbuch No. 36).

Als zwei Tage später, am 26. Juli, der deutsche Botschafter der französischen Regierung anheimstellte, bei der russischen Regierung im Sinne des Friedens zu intervenieren, und hinzufügte, dass Oesterreich-Ungarn nach den an Russland abgegebenen Erklärungen weder eine territoriale Vergrösserung noch eine Beeinträchtigung der Integrität Serbiens, sondern nur seine eigene Sicherheit erstrebe, war die Antwort, Russland habe nichts getan, was Anlass zum Zweifel an seiner Mässigung gebe; aber Deutschland möge in Wien intervenieren, um militärische Operationen gegen Serbien zu verhindern (Gelbbuch No. 56). Und als der deutsche Botschafter, gewarnt durch das Verhalten des „Echo de Paris", den Vorschlag machte, über die Besprechung eine Notiz an die Presse zu geben, in der gesagt wurde, dass er in einer neuen Unterhaltung mit dem Minister des Aeussern die Mittel zur Erhaltung des Friedens im freundschaftlichsten Geist und im Gefühl der friedlichen Solidarität geprüft habe, da erregte der Gedanke an die öffentliche Bekundung einer „solidarité pacifique" mit Deutschland einen wahren Schrecken (Gelbbuch No. 57), und die vom deutschen Botschafter vorgeschlagene Notiz wurde schliesslich ohne den verdächtigen Ausdruck der Solidarität und des freundschaftlichen Geistes der Presse mitgeteilt. — „Cette rédaction, volontairement terne, évitait une solidarité avec l'Allemagne qui pourrait être mal interprétée" (diese absichtlich farblose Redaktion vermied eine Solidarität mit Deutschland, die falsch ausgelegt werden könnte). So zu lesen in einer Zirkularnote, die das französische Ministerium des Auswärtigen über diesen wichtigen Fall an seine ausländischen Missionen richtete (Gelbbuch No. 62). Dieselbe Zirkularnote fügt

hinzu, die wahrscheinlichste Auslegung des Schrittes des Herrn von Schoen sei, dass er versuche, Frankreich in den Augen Russlands zu kompromittieren (à compromettre la France au regard de la Russie). Der französische Minister des Auswärtigen p. i. verkündete in einer weiteren Zirkularnote vom 29. Juli seinen Stolz, dass der deutsche Botschafter vergeblich versucht habe, Frankreich in eine solidarische deutsch-französische Aktion in Petersburg hineinzuziehen (a vainement tenté de nous entraîner dans une action solidaire franco-allemande à Petersbourg). Er wiederholt die Behauptung, dass die russische Regierung die grössten Beweise ihrer Mässigung gegeben habe und dass Russland in keiner Weise den Frieden bedrohe, dass dagegen in Wien gehandelt werden müsse und alle Gefahr aus Wien komme (Gelbbuch No. 85).

Aus keinem Dokument des französischen Gelbbuchs und ebenso wenig aus dem russischen Orangebuch und dem englischen Blaubuch ergibt sich, dass Frankreich in irgendeinem Stadium gewagt hätte, der russischen Regierung einen ernstlichen Rat im Sinne des Friedens zu erteilen; es sei denn, dass man den Ausdruck des Wunsches, Russland möchte Massnahmen vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur Mobilmachung geben könnten (Gelbbuch No. 102), als eine aufrichtige Vermittlungstätigkeit im Sinne des Friedens ansehen will, während solche Wünsche in Wirklichkeit wohl richtiger als taktische Fingerzeige aufgefasst werden, um Deutschland solange hinzuhalten, bis die von Frankreich in jener Zeit mit allen Mitteln angestrebte Sicherung der Waffenhilfe Englands erreicht war.

Der unbedingten Sicherung der englischen Bundesgenossenschaft, nicht irgendwelcher Vermittlungstätigkeit, galten in jenen kritischen Tagen die Bemühungen der französischen Diplomatie, und solange dieses Ziel nicht erreicht war, wurde auch das entscheidende Wort gegenüber Russland nicht gesprochen. Mag aus dem französischen Gelbbuch hundertmal der Eindruck sich ergeben, als ob die französische Hilfe für Russland selbstverständlich gewesen sei, so selbstverständlich, dass eine besondere Erklärung hierüber an Russland — die man im Gelbbuch vergeblich suchen würde — überhaupt nicht nötig gewesen wäre, — das Orangebuch des russischen Verbündeten weiss es besser. In diesem ist ein tele-

graphischer Erlass Sasonoffs an Iswolsky vom 29. Juli abgedruckt (Orangebuch No. 58), und zwar als letztes der vom 29. Juli datierten zehn Dokumente, so dass man annehmen kann, dass dieses Telegramm erst am späten Abend des 29. Juli abgeschickt worden ist. In dem Erlass wird Iswolsky beauftragt „d'exprimer au Gouvernement français notre sincère reconnaissance pour la déclaration que l'Ambassadeur de France m'a faite en son nom en disant que nous pouvons compter entièrement sur l'appui de notre alliée, la France" (der französischen Regierung unsere aufrichtige Erkenntlichkeit auszudrücken für die Erklärung, die der französische Botschafter mir in deren Namen gemacht hat, dass wir voll und ganz auf die Unterstützung Frankreichs als unseres Bundesgenossen zählen dürfen). Sasonoff fügte hinzu: „Dans les circonstances actuelles cette déclaration nous est particulièrement précieuse." (Unter den gegenwärtigen Umständen ist uns diese Erklärung ganz besonders wertvoll.)

Hieraus ergibt sich also, dass Frankreich am Abend des 29. Juli, nicht früher und nicht später, Russland die ausdrückliche und vorbehaltlose Erklärung der Waffenhilfe abgegeben hat.

Warum nicht früher? Und warum fand Frankreich am 29. Juli die Entschlussfähigkeit zu diesem entscheidenden Schritt?

Der Schlüssel liegt bei

England.

Frankreichs Verhältnis zu England trägt seit 1905 den offiziellen Namen der „entente cordiale". Einvernehmen, nicht Bündnis. Im englischen Parlament haben die für die auswärtige Politik verantwortlichen Minister stets erklärt, irgendeine vertragsmässige Bindung des herzlichen Einvernehmens zwischen den beiden Nationen existiere nicht; für England bestehe keinerlei bindende Verpflichtung; der Entscheidung des Parlaments sei in keiner Weise vorgegriffen.

Heute wissen wir mehr.

Zwischen Sir Edward Grey als Staatssekretär des britischen Foreign Office und Herrn Paul Cambon als Botschafter der fran-

zösischen Republik waren am 22. und 23. November 1912 Briefe ausgetauscht worden, von denen der Brief Grey's — den Paul Cambon lediglich im ungefähren Wortlaut bestätigte — hier Platz finden möge (Blaubuch No. 105, Anlage 1):

Foreign Office, November 22, 1912.

My dear Ambassador,

From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether, or not, to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not, to be regarded as, an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets, respectively at the present moment, is not based upon an engagement to cooperate in war.

You have, however, pointed out that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attak by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.

I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attak by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would at once be taken into consideration, and the Governments would then decide what effect should be given to them.

Yours, &c.

E. Grey.

Uebersetzung.

Foreign Office, 22. November 1912.

Mein lieber Botschafter!

Von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren haben die französischen und britischen maritimen und militärischen Autoritäten miteinander

beraten. Es bestand stets Einverständnis darüber, dass solche Beratungen die Freiheit beider Regierungen nicht einschränken sollten, in Zukunft darüber zu entscheiden, ob sie sich einander durch ihre bewaffnete Macht beistehen sollten oder nicht. Wir haben vereinbart, dass Beratungen zwischen Sachverständigen keine Verpflichtung sein oder darstellen sollten, die eine der beiden Regierungen binde, in einem Falle zu handeln, der nicht entstanden ist und niemals entstehen möge. Die Verteilung z. B. der französischen und britischen Flotte im gegenwärtigen Augenblick beruht nicht auf irgendeiner Verpflichtung, im Kriege zusammenzuwirken.

Sie haben jedoch ausgeführt, dass, wenn eine der beiden Regierungen ernsten Grund haben sollte, einen nicht herausgeforderten Angriff seitens einer dritten Macht zu erwarten, es wesentlich werden könnte, zu wissen, ob sie in diesem Falle auf die bewaffnete Unterstützung der anderen Macht rechnen könne.

Ich stimme zu, dass, wenn eine der beiden Regierungen ernsten Grund haben sollte, einen nicht herausgeforderten Angriff seitens einer dritten Macht oder irgend etwas, was den allgemeinen Frieden bedrohen könnte, zu erwarten, sie alsbald mit der anderen Macht darüber in Besprechungen eintreten soll, ob beide Regierungen zusammen handeln sollen, um einen Angriff abzuwehren oder den Frieden zu wahren und, im bejahenden Fall, welche Massregeln sie bereit seien, gemeinschaftlich zu ergreifen. Wenn diese Massnahmen eine Aktion einbegreifen, würden die Pläne der Generalstäbe sofort in Betrachtung zu ziehen sein, und die Regierungen würden zu entscheiden haben, welche Folgen diesen Plänen zu geben sind.

Ihr usw.

E. Grey.

Dieses historische Dokument bestätigt, dass die britischen und französischen General- und Admiralstäbe seit Jahren Pläne für eine gemeinschaftliche Aktion zu Wasser und zu Lande ausgearbeitet und vereinbart hatten. Gegen wen sich diese gemeinschaftlichen Pläne allein richten konnten, ist nicht zweifelhaft. Die gemeinschaftlichen Pläne wurden durch regelmässig wiederkehrende Beratungen zwischen den englischen und französischen militärischen und maritimen Instanzen auf dem Laufenden gehalten. Die

Bedingungen für das Effektivwerden des gemeinschaftlichen Handelns der beiderseitigen Land- und Seestreitkräfte waren nicht formuliert, es sollte vielmehr im gegebenen Fall darüber entschieden werden, ob gemeinschaftlich zu handeln sei.

Die englische Regierung war also formell berechtigt zu behaupten, eine vertragsmässige Bindung sei von ihr Frankreich gegenüber nicht eingegangen worden. Materiell jedoch ist klar, dass die Aufstellung gemeinschaftlicher Operationspläne zwischen zwei Grossmächten und die fortlaufende Beratung über solche Operationspläne kein müssiger Zeitvertreib sein kann, sondern — schon wegen des intimen Einblicks, den jeder Teil in die Wehrverhältnisse des anderen erhält — nur dann möglich ist, wenn im Prinzip beiderseits die ernstliche Absicht des Zusammenwirkens besteht. Um diesen materiellen Kern des formell nicht bindenden Briefwechsels zu beleuchten, sei auf die Tatsache hingewiesen, dass Frankreich, gestützt auf den mit England vereinbarten Operationsplan, seine Flotte im Mittelmeer konzentriert und den Schutz seiner Küste am Kanal und am Atlantischen Ozean der englischen Flotte überlassen hat. Ergaben sich aus dieser sehr materiellen Tatsache für England wirklich keine zum mindesten moralischen Verpflichtungen?

Sophisten suchen mitunter nicht nur andere, sondern auch sich selbst zu täuschen. Auch Sir Edward Grey scheint beim Beginn des Konflikts sich selbst eine Freiheit vorgetäuscht zu haben, die er innerlich nicht besass. Nur so lässt sich die merkwürdige, von vornherein zum Scheitern verurteilte Rolle erklären, in die sich Sir Edward begab: Er wollte Vermittler sein, wo er in Wirklichkeit Partei war.

Gewollt oder ungewollt, musste diese Zwitterstellung zur Unaufrichtigkeit führen.

Man braucht nur im englischen Blaubuch (No. 17) zu lesen, was Sir G. Buchanan bei Beginn der Krisis, am 25. Juli, Herrn Sasonoff auf dessen Drängen nach einer Solidaritätserklärung Englands mit Frankreich und Russland antwortete:

"I said that England could play the rôle of mediator at Berlin and Vienna to better purpose as friend who, if her counsels of moderation were disregarded, might one day be converted into an

ally, than if she were to declare herself Russia's ally at once" (Ich sagte, dass England die Rolle eines Vermittlers in Berlin und Wien mit besseren Aussichten spielen könne, wenn es als Freund erscheine, der, wenn seine Ratschläge zur Mässigung nicht geachtet würden, sich eines schönen Tages in einen Alliierten (nämlich Russlands) verwandeln könne, als wenn England sich von vornherein als Alliierten Russlands erkläre).

Das Wort vom „ehrlichen Makler" kann auf einen solchen „mediator" gewiss keine Anwendung finden.

Abgesehen davon, dass Sir Edward Grey auf Grund des Entente-Verhältnisses zu Frankreich und auch zu Russland nicht die Unbefangenheit und innere Freiheit hatte, die ihn allein zu der von ihm — wie in anderen Fällen, so auch in dem Konflikt wegen Serbiens — angestrebten Rolle des Vermittlers und Schiedsrichters befähigt hätten, war er, die Ehrlichkeit seiner eigenen friedlichen Absichten vorausgesetzt, in einer schwierigen Lage gegenüber seinen Ministerkollegen, deren Haltung in der Frage Krieg oder Frieden, wie später das Ausscheiden der drei Friedensfreunde vor aller Welt offenkundig machte, nicht einheitlich war.

Zunächst setzte Sir Edward Grey dem Drängen Russlands und Frankreichs nach einer sofortigen Solidaritätserklärung einigen Widerstand entgegen. Er billigte durchaus die von Buchanan gegenüber Sasonoff am 24. Juli abgegebenen Erklärungen, von denen die wichtigste war, dass England kaum eine unbedingte Verpflichtung zur Waffenhilfe für Frankreich und Russland eingehen könne, da die öffentliche Meinung in England einen Krieg wegen Serbiens nicht sanktionieren werde (Blaubuch No. 6); ja, er bestätigt ausdrücklich:

"I do not consider that public opinion here would, or ought to, sanction our going to war over a Servian quarrel" (Ich glaube nicht, dass die öffentliche Meinung hier es sanktionieren würde oder sollte, dass wir wegen eines serbischen Streites in den Krieg gehen) (Blaubuch No. 24).

Die Haltung Englands hat, wie sich zwar nicht aus den veröffentlichen Dokumenten, aber aus der Presse jener Tage ergibt, in Petersburg und Paris auf das peinlichste berührt.

Die russische und französische Diplomatie versuchte Sir Edward

Grey zu beeinflussen durch die Behauptung, die Gefahr liege darin, dass die deutsche Regierung Englands Nichteinmischung als sicher ansehe: sobald England sich entschlossen auf die Seite Russlands und Frankreich stelle, werde Deutschland auf Oesterreich-Ungarn drücken und die Kriegsgefahr sei beseitigt (Blaubuch No. 17). Sir G. Buchanan antwortete noch am 27. Juli Herrn Sasonoff auf diese immer wiederkehrende Argumentation in durchaus zutreffender Weise, er irre sich, wenn er glaube, dass ein solches Vorgehen der Sache des Friedens dienen werde. Durch eine solche Drohung werde Deutschland lediglich steif gemacht werden („Their attitude would merely be stiffened by such a menace") (Blaubuch No. 44).

Während der englische Botschafter in Petersburg auf diese Weise aussprach, was lediglich selbstverständlich war, dass nämlich eine Drohung Englands an Deutschland ihren Zweck nicht nur verfehlen, sondern die kritische Lage verschärfen müsse, begann man in London dem Drängen Frankreichs und Russlands nachzugeben.

Sir Edward Grey liess sich zunächst von Paul Cambon seinen Konferenzvorschlag einflüstern, und zwar in der folgenden Form: das britische Kabinett solle von der deutschen Regierung verlangen „de prendre l'initiative d'une démarche à Vienne pour offrir une médiation, entre l'Autriche et la Serbie, des quatre Puissances non directement intéressées" (die Initiative zu ergreifen zu einem Schritt in Wien, um eine Vermittlung der nicht direkt interessierten vier Mächte in der österreichisch-ungarisch-serbischen Frage anzubieten). (Gelbbuch No. 32.) Der Vorschlag war von vornherein aussichtslos; denn abgesehen davon, dass er Deutschland eine Initiative bei seinem Bundesgenossen zuspielen wollte, die Frankreich bei Russland ängstlich ablehnte, war der österreichisch-ungarische Standpunkt, dass eine Einmischung oder Vermittlung Dritter in den österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt unannehmbar sei, bekannt; und ferner hätte Oesterreich-Ungarn durch die Annahme des Grey-Cambonschen Vorschlags eo ipso Russland im österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt als „Puissance directement intéressée" anerkannt, was im striktesten Gegensatz zu den österreichisch-ungarischen Auffassungen und Absichten stand. Aber, indem Paul Cambon Sir Edward Grey auf dieses Eis lockte, er-

reichte er mit der sicher zu erwartenden deutschen Ablehnung eine Verschlechterung der Stimmung des englischen Kabinetts gegenüber Deutschland.*)

Daneben zeigten sich aus dem Kreise der britischen Regierung gewisse Ermutigungen für Frankreich und Russland. Welche Kräfte dabei am Werke waren, ergibt sich aus dem Zusammenhalt zweier Telegramme (Gelbbuch No. 63 und No. 66), die der französische Geschäftsträger in London am 27. Juli an seine Regierung richtete. Die beiden Telegramme mögen hier im Wortlaut Platz finden:

*) Die deutsche Regierung hat übrigens den Konferenzgedanken unter ausdrücklichem Hinweis darauf abgelehnt, dass nach Petersburger Nachrichten Herr Sasonoff einen direkten Meinungsaustausch mit dem Grafen Berchtold beabsichtige und dass es das Beste sei, zunächst einmal das Ergebnis dieses Meinungsaustausches abzuwarten (Blaubuch No. 43). Die russische Regierung selbst nahm zu dem englischen Konferenzvorschlag die gleiche Haltung ein: Sasonoff antwortete dem englischen Botschafter, der ihm die Konferenzidee unterbreitete, er habe Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter unter, wie er hoffe, günstigen Verhältnissen eingeleitet. Wenn die unmittelbare Aussprache mit dem Wiener Kabinett sich als unmöglich herausstellen sollte, sei er bereit, den englischen Vorschlag anzunehmen, wie jeden andern, der geeignet sei, eine günstige Lösung des Konflikts herbeizuführen (Blaubuch No. 53). — Also auch Russland hat den englischen Konferenzvorschlag zunächst nicht angenommen, sondern den Weg der direkten Verhandlung mit Wien vorgezogen. Sir Edward Grey selbst hat sich dieser Auffassung angeschlossen, indem er am 28. Juli an Sir E. Goschen telegraphierte: Solange Aussicht auf einen direkten Meinungsaustausch zwischen Oesterreich und Russland besteht, möchte ich jeden andern Vorschlag aufheben, da ich vollkommen übereinstimme, dass der direkte Meinungsaustausch den grössten Vorzug vor allen andern Methoden verdient (Blaubuch No. 67).

Hieraus ergibt sich, wie heuchlerisch der neuerdings vom englischen Minister erhobene Vorwurf ist, Deutschland habe den Konferenzvorschlag Sir Edward Greys abgelehnt, um den Krieg herbeizuführen.

Das gleiche gilt von dem Vorwurf, der deutsche Kaiser habe die vom Zaren vorgeschlagene Verweisung des Konflikts an das Haager Schiedsgericht abgelehnt. Der einzige Hinweis auf das Haager Schiedsgericht ist in einem Telegramm des Zaren an den deutschen Kaiser vom 29. Juli, 8 Uhr 20 Abends in folgendem Satz enthalten: „Es würde richtiger sein, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben."

Diese Meinungsäusserung, die in keiner Weise den Charakter eines Vorschlags hatte, gab der Zar am Abend desselben Tages von sich, an dem er 13 Armeekorps gegen Oesterreich mobilisiert hatte. Sollte der deutsche Kaiser seinem Verbündeten zumuten, mit der Unterwerfung unter das Haager Schiedsgericht stillzuhalten, während die Truppen des Zaren bereits marschierten? — Im übrigen sind die Ereignisse, die Russland heraufbeschwor, über den beiläufigen Gedanken des Haager Schiedsgerichts hinweggegangen, ohne dass es überhaupt zu einer Stellungnahme Deutschlands gekommen wäre. Noch der 30. Juli war ausgefüllt mit der Hoffnung auf eine unmittelbare Verständigung zwischen Oesterreich und Russland, und bereits die Nacht zum 31. Juli brachte mit der vom Zaren gebrochenen russischen General-Mobilmachung die Zerstörung jeder Ausgleichsmöglichkeit.

No. 63.

„Londres, le 27 juillet 1914.

L'Ambassadeur d'Allemagne et l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie laissent entendre qu'ils sont sûrs que l'Angleterre garderait la neutralité si un conflit venait à éclater. Sir Arthur Nicolson m'a dit que, cependant, le prince Lichnowsky ne pouvait, après la conversation qu'il a eue avec lui aujourd'hui, conserver aucun doute sur la liberté qu'entendait garder le Gouvernement britannique d'intervenir, au cas où il le jugerait utile.

L'Ambassadeur d'Allemagne n'aura pas manqué d'être frappé de cette déclaration, mais pour peser sur l'Allemagne et pour éviter un conflit, il semble indispensable que celleci soit amenée a tenir pour certain qu'elle trouverait l'Angleterre et la Russie aux côtés de la France."

London, 27. Juli 1914.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter lassen durchblicken, sie seien sicher, dass England im Falle eines Konflikts neutral bleiben werde. Sir Arthur Nicolson hat mir indessen gesagt, der Fürst Lichnowsky könne nach der Unterhaltung, die er heute mit ihm gehabt habe, nicht mehr darüber im Zweifel sein, dass die englische Regierung sich die Freiheit des Eingreifens vorzubehalten gedenke, für den Fall ihr dies nützlich erscheine.

Der deutsche Botschafter ist sicher durch diese Erklärung betroffen gewesen; aber um auf Deutschland zu drücken und einen Konflikt zu vermeiden, muss es dazu gebracht werden, für sicher zu halten, dass es England und Russland an Frankreichs Seite finden wird."

No. 66.

„Londres, le 27 juillet 1914.

Sir Edw. Grey a dit ce matin à l'Ambassadeur d'Allemagne que, si l'Autriche envahissait la Serbie après la réponse serbe, elle démontrerait qu'elle ne poursuivait pas seulement le règlement des questions mentionnées dans sa note du 23

„London, 27. Juli 1914.

Sir Edward Grey hat heute morgen dem deutschen Botschafter gesagt, dass Oesterreich, wenn es nach der serbischen Antwort in Serbien einfalle, damit zeige, dass es nicht nur die Regelung der in seiner Note vom 23. Juli erwähnten Fragen verfolge, son-

juillet, mais qu'elle voulait écraser un petit Etat. „Alors, a-t-il ajouté, se poserait une question européenne, et il s'ensuivrait une guerre à laquelle d'autres Puissances seraient amenées à prendre part."

L'attitude de la Grande-Bretagne s'affirme par l'arrêt de la demobilisation de sa flotte. Le premier Lord de l'Amirauté avait pris discrètement cette mesure dès vendredi, de sa propre initiative; cette nuit, Sir Edward Grey et ses collègues ont décidé de la publier. Ce résultat est dû à l'attitude conciliante de la Serbie et de la Russie."

dern dass es einen kleinen Staat erdrücken wolle. „Dann, hat er hinzugefügt, würde sich eine europäische Frage aufwerfen, und es würde daraus ein Krieg entstehen, an dem andere Mächte sich veranlasst sehen würden teilzunehmen."

Die Haltung Grossbritanniens bestätigt sich durch das Aufhalten der Demobilisation seiner Flotte. Der Erste Lord der Admiralität hatte diese Massnahme insgeheim schon am Freitag (24. Juli) ergriffen, aus seiner eigenen Initiative; heute nacht haben Sir Edward Grey und seine Kollegen beschlossen, sie zu veröffentlichen. Dieses Ergebnis ist der versöhnlichen Haltung Serbiens und Russlands zu verdanken."

Man beachte die Nuancen in den Eröffnungen Greys und Nicolsons an den französischen Geschäftsträger: Nicolson will dem deutschen Botschafter Erklärungen gegeben haben, die diesem jeden Zweifel daran nehmen mussten, dass England sich die Freiheit wahre, einzugreifen. Grey will nur davon gesprochen haben, dass an einem Krieg auch „andere Mächte" teilnehmen könnten.*)

Aber wichtiger als dieser Unterschied zwischen der schärferen

---

*) Die französische Regierung hat eine englische Uebersetzung ihres Gelbbuchs durch die „Times" veranstalten lassen und diese Uebersetzung ausdrücklich auf dem Titelblatt als „autorisiert" erklärt. In dieser Uebersetzung heisst es für

„une guerre à laquelle d'*antres Pnissances* seraient amenées à prendre part":

„a war in which all the Powers *would take part*"; also die ursprünglich französische Version

ein Krieg, an dem *andere Mächte sich veranlasst sehen würden, teilznnehmen*"

Tonart Nicolsons, bekanntlich eines der Väter der russisch-englischen Annäherung, und der milderen Tonart Greys ist die Tatsache, dass der Erste Lord der Admiralität aus eigener Initiative schon am 24. Juli die fällige Demobilisation der zu Uebungszwecken zusammengezogenen Flotte abbestellt hat, und noch wichtiger ist, dass Sir Edward Grey sich am 27. Juli veranlasst sah, diese bisher geheim gehaltene Massnahme dem französischen Geschäftsträger als Folge des serbischen und russischen Wohlverhaltens bekannt zu geben. Auch dem russischen Botschafter hat Grey am gleichen Tag die gleiche Mitteilung gemacht, worüber er an Buchanan wie folgt berichtete:

"I have been told by the Russian Ambassador that in German and Austrian circles impression prevails that in any event we would stand aside. His Excellency deplored the effect that such an impression must produce. This impression ought, as I have pointed out, to be dispelled by the orders we have given to the First Fleet, which is concentrated, as it happens, at Portland, not to disperse for manœuvre leave. But I explained to the Russian Ambassador that my reference to it must not be taken to mean that anything more than diplomatie action was promised." (Der russische Botschafter sagte mir, dass in deutschen und österreich-ungarischen Kreisen der Eindruck herrsche, dass wir unter allen Umständen beiseite stehen würden. Seine Exzellenz beklagte die Wirkung, die ein solcher Eindruck hervorrufen muss. Dieser Eindruck müsste, wie ich ausgeführt habe, zerstört werden durch die Befehle, die wir unserer zurzeit zufällig in Portland konzentrierten Ersten Flotte gegeben haben, nicht im Manöverurlaub auseinanderzugehen. Aber ich setzte dem russischen Botschafter auseinander, dass mein Hinweis hierauf nicht so aufgefasst werden dürfe, als ob mehr als diplomatische Unterstützung versprochen sei.) (Blaubuch No. 47.)

Man kann sich denken, welche Folgerungen trotz des von Grey für nötig erachteten Vorbehalts, die russische und französische Re-

---

ist mit Autorisation der französischen Regierung übersetzt worden in:
„ein Krieg, an dem **alle Mächte teilnehmen würden**."—
Durch diese Retouche wird aus durchsichtigen Gründen Sir Edward Grey eine Klarheit der Sprache schon für den 27. Juli zugeschrieben, die er in Wirklichkeit erst einige Tage später gefunden hat.

gierung aus der Aufrechterhaltung des mobilen Zustands der englischen Nordseeflotte und aus der Mitteilung dieser Massnahme zogen. Die Handlung des Ersten Lords der Admiralität und deren Sanktionierung und Bekanntgabe durch das britische Kabinett wogen schwerer als alle vorsichtigen Worte.

In den folgenden zwei Tagen muss die Kriegspartei im englischen Kabinett noch mehr Oberwasser bekommen haben. Denn am 29. Juli tat Sir Edward Grey einen Schritt, der keinen Zweifel über die Stellungnahme Englands an der Seite seiner Ententegenossen mehr zulassen konnte. An diesem Tage hatte Grey mit dem Fürsten Lichnowsky eine Unterredung, über die er selbst an den englischen Botschafter in Berlin berichtet (Blaubuch No. 89):

"After speaking to the German Ambassador this afternoon about the European situation, I said that I wished to say to him, in a quite private and friedly way, something that was on my mind. The situation was very grave. While it was restricted to the issues at present actually involved we had no thought of interfering in it. But if Germany became involved in it, and then France, the issue might be so great that it would involve all European interests; and I did not wish him to be misled by the friendly tone of our conversation — which I hoped would continue — in thinking that we should stand aside." Nachdem ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter über die europäische Frage gesprochen hatte, sagte ich, dass ich ihm in durchaus privater und freundschaftlicher Weise etwas sagen möchte, was mir im Sinn liege. Die Lage sei sehr ernst. Solange sie nur die Fragen betreffe, die zurzeit wirklich im Spiel seien, dächten wir nicht an eine Einmischung. Wenn aber Deutschland hinein verwickelt werde, und dann Frankreich, dann stehe soviel auf dem Spiel, dass alle europäischen Interessen hineingezogen würden; und ich wünschte nicht, dass er durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltung — auf deren Fortsetzung ich hoffte — irre geführt werde zu der Annahme, dass wir beiseite stehen würden.)

Diese Ankündigung liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Nun kann Deutlichkeit in schwierigen Situationen ein Vorteil sein und zur Entwirrung beitragen. Wenn aber das die Absicht Sir

Edward Greys gewesen sein sollte, welcher Teufel hat ihn geritten, dem französischen Botschafter am Vormittag des 29. Juli zu sagen, dass er den deutschen Botschafter zu sich bestellen und ihm diese „durchaus private und freundschaftliche" Eröffnung machen werde!

Sir Edward Grey selbst berichtet an den englischen Botschafter in Paris, dass er also gehandelt hat (Blaubuch No. 87):

"After telling M. Cambon to-day how grave the situation seemed to be, I told him that I meant to tell the German Ambassador to-day that he must not be misled by the friendly tone of our conversations into any sense of false security that we should stand aside if all the efforts to preserve the peace, which we were now making in common with Germany, failed." (Nachdem ich heute Herrn Cambon gesagt hatte, wie ernst die Lage zu sein scheine, sagte ich ihm, dass ich die Absicht habe, dem deutschen Botschafter zu sagen, dass er sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltung nicht irre führen lassen dürfe in irgend ein Gefühl falscher Sicherheit, dass wir beiseite stehen würden, wenn alle Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, die wir jetzt in Gemeinschaft mit Deutschland machten, scheitern sollten.)

Nun musste Frankreich sicher sein, dass es auf die aktive Waffenhilfe Englands zählen dürfte, falls es selbst unter irgend welchen Umständen in den Konflikt hineingezogen würde. In dem französischen Gelbbuch sucht man bezeichnenderweise vergeblich nach einem Bericht Paul Cambons über diese wichtigste Unterhaltung während der ganzen kritischen Woche; man sucht eben dort auch vergeblich nach den daraufhin von Paris nach Petersburg gegebenen Instruktionen. Aber die Kugel, die am Vormittag des 29. Juli in London den Lauf verlassen hatte, kommt am Abend desselben Tages in Petersburg zum Vorschein: in dem Telegramm, in dem Sasonoff Iswolsky beauftragt, der französischen Regierung die aufrichtige Erkenntlichkeit der russischen Regierung für die Erklärung der unbedingten Waffenhilfe auszudrücken (Orangebuch No. 58).

Jetzt waren die Würfel zugunsten des Krieges gefallen. Sasonoff hatte schon am 25. Juli dem englischen Botschafter erklärt:

"If Russia feels secure of the support of France, she will face all the risk of war" (wenn Russland der Hilfe Frankreichs sicher ist, wird es alle Risiken des Krieges auf sich nehmen) (Blaubuch No. 17). Jetzt war es so weit: Dank der endlich erlangten Gewissheit, dass der Eintritt Frankreichs in den Krieg das Losschlagen Englands zur Folge haben werde, hatte Frankreich Russland die Kriegshilfe zugesagt und dabei wohl auch erwähnt, dass auf die englische Mitwirkung gleichfalls gerechnet werden könne.*)

Sir Edward Grey hat seiner Mitteilung an Paul Cambon über seine beabsichtigte Eröffnung an den Fürsten Lichnowsky einige Ausführungen hinzugefügt, die auf den ersten Blick eine Analogie zu dem Vorbehalt zu sein scheinen, den er bei der Mitteilung der Aufrechterhaltung des mobilen Zustandes der Flotte an den russischen Botschafter gemacht hat. Er hat nämlich darauf hingewiesen, dass die öffentliche Meinung in England die derzeitigen Schwierigkeiten doch mit anderen Augen ansehe als vor einigen Jahren die Marokkokrisis. Damals habe es ausgesehen, als ob Deutschland Frankreich zerschmettern wolle wegen einer Frage, die Gegenstand eines Spezialabkommens zwischen England und Frankreich war. Diesmal handle es sich in erster Linie um eine serbisch-österreichisch-ungarische, vielleicht auch um eine russisch-deutsche Frage, und England fühle keinen Beruf, sich einzumischen. Wenn auch Frankreich auf Grund seiner Bündnisverpflichtungen hineingezogen werde, so habe England sich noch nicht schlüssig gemacht, was zu tun sei; dies sei ein Fall, der zu überlegen wäre. England sei frei von Verpflichtungen und werde zu entscheiden haben, was die britischen Interessen verlangten. Er habe es für nötig gehalten, dies zu sagen, um Cambon nicht in den Irrtum zu versetzen, als ob hierüber ein Beschluss schon gefasst sei.

---

*) Ein in Deutschland nach Ausbruch des Krieges aufgefangener Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg, Herrn de l'Escaille, vom 30. Juli enthält eine volle Bestätigung dieser Zusammenhänge. In diesem Bericht heisst es: „England hat zuerst zu verstehen gegeben, dass es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir G. Buchanan sagte dies offen. Heute (also am 30. Juli) ist Petersburg fest überzeugt, ja es hat sogar Zusicherungen des Inhalts empfangen, dass England auf der Seite Frankreichs mitgehen wird. Diese Hilfe ist von entscheidender Wichtigkeit und hat wesentlich zum Triumph der Kriegspartei beigetragen."

Wie Cambon diese Ausführungen auffasst, ergibt sich aus seiner Antwort. Sir Edward Grey selbst drahtet hierüber an den britischen Botschafter in Paris (Blaubuch No. 87):

"M. Cambon said that I had explained the situation very cleary. He understood it bo te that in a Balkan quarrel, and in a strugglefor supremacy between Teuton and Slav we should not feel called to intervene, should other issues be raised, and Germany and France become involved, so that the question become one of the hegemony of Europe, we should then decide what it was necessary for us to do". (Herr Cambon sagte, ich habe die Lage sehr klar auseinandergesetzt. Er verstehe, dass wir keinen Beruf fühlten, in einem Balkanzwist oder in einem Kampf um die Vorherrschaft von Teutonen oder Slawen zu intervenieren; wenn aber andere Ausgangspunkte entstehen und Deutschland und Frankreich hineinverwickelt werden sollten, so dass der Fall zur Frage der Hegemonie über Europa werde, so würden wir zu entscheiden haben, was für uns zu tun nötig sei).

Herr Cambon hat Sir Edward Grey in der Tat ausgezeichnet verstanden, auch in dem, was er nicht ausgesprochen hat: das englische Kabinett braucht in Rücksicht auf die öffentliche Meinung für sein Eingreifen einen anderen Ausgangspunkt als einen serbisch-österreichisch-ungarischen oder russisch-deutschen Konflikt; für einen solchen anderen Ausgangspunkt kann und muss gesorgt werden. Jedenfalls sieht England einen Konflikt, in dem auch Deutschland und Frankreich sich gegenüberstehen, als eine Frage der Hegemonie über Europa an, woraus sich dann die von der englischen Regierung formell noch zu fassenden Entschlüsse von selbst ergeben.

Der verständnisvolle Herr Cambon zögerte denn auch nicht, nachdem auf Grund dieser Unterhaltung mit Sir Edward Grey die Zusage der französischen Waffenhilfe an Russland gegeben war, für andere Ausgangspunkte (issues) des um sich greifenden Brandes zu sorgen. Er präsentierte Sir Edward Grey am folgenden Tag, 30. Juli, den Wechsel vom November 1912, begleitet von einer Notiz des Pariser Auswärtigen Ministeriums über angebliche deutsche Kriegsvorbereitungen an der deutsch-französischen Grenze,*) und mit dem

*) Diese Notiz in der Fassung, wie sie in dem englischen Blaubuch veröffentlicht worden ist, kann aus den oben in Anmerkung 1 dargelegten Gründen nur nachträglich fabriziert sein.

ihm eigenen Scharfblick sah er voraus, dass Deutschland jetzt Frankreich angreifen werde, sei es in der Form einer Forderung auf Einstellung der französischen Kriegsvorbereitungen, sei es in der Form des Verlangens einer französischen Neutralitätserklärung für den Fall eines deutsch-russischen Krieges. Beides werde Frankreich ablehnen müssen (Blaubuch No. 105).

Ein drohender Angriff auf Frankreich und die Gefährdung des europäischen Friedens, die beiden Voraussetzungen, unter denen über das Effektivwerden des für diesen Fall verabredeten Zusammenwirkens der englischen und französischen Land- und Seestreitkräfte alsbald Beschluss gefasst werden sollte, war also nach Auffassung der französischen Regierung gegeben. Die Entscheidung des englischen Kabinetts konnte nach der am 29. Juli stattgehabten Unterhaltung zwischen Grey und Cambon nicht mehr zweifelhaft sein.

Hat Sir Edward Grey gewusst, dass die französische Regierung noch am 29. Juli Russland ihre unbedingte Waffenhilfe zusagte, mit der Russland entschlossen war, alle Risiken eines Krieges auf sich zu nehmen? Wenn ja, hat er dann am 30. Juli noch mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg an Buchanan den Auftrag telegraphieren können, der russischen Regierung den neuen, aus der Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter hervorgegangenen Vermittlungsvorschlag dringend zu empfehlen? Wenn es Sir Edward Grey ernst damit war, auf dieser Grundlage im letzten Augenblick noch eine Einigung herbeizuführen, und wenn er das durch die Intervention des deutschen Kaisers erreichte Zugeständnis des Grafen Berchtold, die Note an Serbien mit Russland materiell zu diskutieren, aufrichtig begrüsste, welche Gefühle musste es dann in ihm erwecken, dass die russische Regierung über die noch vorhandenen Friedensaussichten und seine eigenste Anregung hinaus in der Nacht zum 31. Juli die allgemeine Mobilmachung anordnete und damit einen Krieg unvermeidlich machte, in den nach allem Vorhergegangenen auch England hineingezogen werden musste?

Wenn der brüske und unerhört folgenschwere Schritt Russlands bei Sir Edward Grey überhaupt Gefühle auslöste, dann muss man ihm zugeben, dass er seine Gefühle zu bemeistern verstand. Im Blaubuch findet sich jedenfalls keine Spur eines solchen Gefühls,

auch nicht die Spur irgendeines Remonstrierens gegen den alles verderbenden russischen Schritt oder irgendeines Versuchs, auf Russland einzuwirken, um eine Aufschiebung der angeordneten Mobilmachung oder befriedigende Aufklärung an Deutschland zu erlangen.

Dagegen machte Grey den von vornherein aussichtslosen Versuch, die Verhandlungen weiterzuspinnen und Deutschland zu bewegen, im mobilen Zustande still zu halten. Letztere Zumutung wurde von Deutschland abgelehnt. Der Staatssekretär von Jagow erklärte Sir E. Goschen: Russland sage, dass seine Mobilisation nicht notwendig den Krieg bedeute, denn Russland könne sehr wohl für einige Monate im mobilen Zustand bleiben ohne Krieg zu führen, dies sei aber bei Deutschland nicht der Fall. Deutschlands Vorteil sei die Schnelligkeit, Russlands Vorteil die Zahl, und die Sicherheit Deutschlands verbiete, dass Deutschland Russland gestatten könne, seine Truppenmassen aus allen Teilen des zweiten Reiches zusammenzubringen (Blaubuch No. 138).

Ferner konzentrierte Sir Edward Grey, nun die Würfel gefallen waren, seine Anstrengungen darauf, die Karten so zu spielen, dass sich für das sofortige Eintreten Englands in den Krieg ein Anlass ergeben musste, der auch dem einem Krieg mit Deutschland immer noch widerstrebenden Teil des britischen Kabinetts und der britischen öffentlichen Meinung als zwingend erscheinen sollte.

Blau- und Gelbbuch in ihrem Zusammenhalt ergeben, dass Grey, der seit dem 29. Juli Paul Cambon gegenüber moralisch so stark gebunden war, wie man es nur sein kann, einige Schwierigkeiten hatte, im englischen Kabinett die blosse Hineinziehung Frankreichs in den Krieg als ausreichenden Grund für die aktive Mitwirkung Englands durchzusetzen. Die Cambonsche Interpretation, ein Krieg, in den Frankreich und Deutschland verwickelt seien, bedeute einen Kampf um die Hegemonie Europas, der England nicht gleichgültig lassen könne, — eine Interpretation, der Grey nicht widersprochen hatte (siehe S. 32/33), fand offenbar im englischen Kabinett keine ausreichende Unterstützung.

Die Verlegenheit Greys wurde vermehrt durch sehr weitgehende Zusicherungen, die Deutschland für den Fall einer britischen Neutralitätserklärung in Aussicht stellte. Am 29. Juli, als die „freund-

schaftlichen und privaten" Eröffnungen Greys an den Fürsten Lichnowsky in Berlin noch nicht bekannt waren (siehe S. 30), machte der Reichskanzler Sir E. Goschen einen Vorschlag, der die englische Neutralität ermöglichen sollte (Blaubuch No. 85.). Der Kanzler wies darauf hin, dass ein russischer Angriff auf Oesterreich-Ungarn voraussichtlich zu einer europäischen Konflagration führen werde, da Deutschland zu Waffenhilfe für seinen Verbündeten verpflichtet sei. Der Kanzler fügte hinzu, es sei für ihn klar, dass England nicht ruhig zusehen wolle, wenn Frankreich in irgendeinem möglichen Konflikt vernichtet werde. Die Vernichtung Frankreichs sei aber nicht Deutschlands Ziel, und unter der Voraussetzung, dass Englands Neutralität gesichert sei, könne der britischen Regierung jede Zusicherung gegeben werden, dass Deutschland keinerlei territoriale Vergrösserung auf Kosten Frankreichs erstrebe, auch wenn Deutschland aus einem solchen Krieg siegreich hervorgehe. Der Kanzler lehnte es auf Befragen Goschens ab, eine gleiche Zusicherung auch für die französischen Kolonien zu geben, eine Ablehnung, die späterhin nicht aufrecht erhalten wurde. Ferner erklärte der Kanzler, dass Deutschland die Neutralität Hollands jedenfalls respektieren werde, wenn dies auch von anderer Seite geschehe; und was Belgien anlange, so werde es von Frankreichs Aktion abhängen, welche Operationen Deutschland gezwungen sein könnte in Belgien einzuleiten; aber nach dem Krieg werde Belgiens Integrität respektiert werden, falls Belgien nicht gegen Deutschland gekämpft habe.

Dieses Angebot erfuhr bei Sir Edward Grey die schroffste Ablehnung. (Blaubuch No. 101). Goschen wurde beauftragt, dem Reichskanzler über die Zusicherungen betreffend Frankreich zu sagen: "it would be a disgrace for us to make this bargain with Germany at the expense of France a disgrace from which the good name of this country would never recover" (es wäre eine Schmach für uns, diesen Schacher mit Deutschland auf Kosten Frankreichs zu machen, eine Schande, von der der gute Name Englands sich nie erholen könne). Auch dass England seine Verpflichtungen und Interessen bezüglich der belgischen Neutralität verschachere, sei gleichfalls ausgeschlossen.

Die Heftigkeit des Ausdruckes bei der Abweisung des deutschen

Angebots ist bezeichnend: Sir Edward Grey betrachtete sich als Bundesgenossen Frankreichs, der zur Untreue verleitet werden sollte. Aus der belgischen Neutralität aber war er entschlossen, den Ausgangspunkt zu machen, den er brauchte, um Kabinett und öffentliche Meinung in den Krieg zu führen.

No. 113 des Blaubuches enthält das Telegramm aus Petersburg, betreffend die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung der russischen Streitkräfte.

No. 114 des Blaubuches enthält ein Telegramm Sir Edward Greys an die Botschafter in Berlin und Paris, lautend wie folgt:

Foreign Office, July 31, 1914.	Foreign Office, 31. Juli 1914
I still trust that situation is not irretrievable, but in view of prospect of mobilisation in Germany it becomes essential, to His Majesty's Government, in view of existing treaties, to ask whether French (German) Government is prepared to engage to respect neutrality of Belgium so long as no other Power violates it.	Ich vertraue noch, dass die Lage nicht unwiederbringlich verzweifelt ist, aber bei der Aussicht auf die deutsche Mobilmachung wird es für die englische Regierung angesichts bestehender Verträge notwendig zu fragen, ob die französische (deutsche) Regierung bereit ist, sich zu verpflichten, die Neutralität Belgiens zu achten, so lange keine andere Macht sie verletzt.

Also Greys Antwort auf die russische Mobilmachung war nicht ein Schritt in Petersburg, sondern das Aufwerfen der belgischen Neutralitätsfrage in Berlin — die Anfrage in Paris war selbstverständlich Komödie —, um den Ausgangspunkt für Englands Eingreifen zu gewinnen.

Es war in der Tat hohe Zeit, dass etwas nach dieser Richtung geschah: denn der französische Botschafter, der auf die verhängnis volle Eröffnung Greys vom 29. Juli hin sofort gehandelt und Frankreich unwiderruflich engagiert hatte, der am 30. Juli den Wechsel vom November 1912 bei Sir Edward präsentiert hatte und dessen Honorierung verlangte, wurde ungeduldig, als Sir Edward, gezwungen durch einen Kabinettsbeschluss, Ausflüchte machte. Grey telegraphierte am 31. Juli an den englischen Botschafter in

Paris (Blaubuch No. 119), dass Paul Cambon ein Telegramm Jules Cambon aus Berlin — offensichtlich bestellte Arbeit — vorgezeigt habe, nach welchem Deutschland durch die Ungewissheit über die Intervention Englands ermutigt worden sei. Sir Edward verwahrte sich und sagte Paul Cambon, er habe an diesem selben Vormittag gegenüber dem deutschen Botschafter definitiv jede Neutralitätserklärung verweigert und sogar erklärt, dass bei einer Verwicklung Deutschlands und Frankreichs in den Krieg England hineingezogen werde. Dies soll aber nicht ein Engagement gegenüber Frankreich bedeuten. — Er sagte Paul Cambon weiter, das Kabinett sei zu dem Schluss gekommen, es könne im gegenwärtigen Augenblick keine Verpflichtung übernehmen. "Up to the present moment, we did not feel, and public opinion did not feel, that any treaties or obligations of this country were involved." (Bis zu diesem Augenblick fühlten wir nicht und fühle die öffentliche Meinung nicht, dass irgendwelche Verträge oder Verpflichtungen Englands im Spiel seien.) Aber, fügte er verheissungsvoll hinzu, weitere Entwicklungen könnten die Lage ändern und Regierung und Parlament von der Berechtigung einer Intervention überzeugen. Die Neutralität Belgiens könnte "I would not say a decisive, but an important factor" (Ich möchte nicht sagen ein entscheidender, aber ein wichtiger Faktor) bei der Bestimmung der Haltung Englands sein.

Wie wenig Paul Cambon mit diesem Bescheid zufrieden war, ergibt sich aus seinem eigenen Bericht über die Unterhaltung (Gelbbuch No. 110). Er fragte Grey, ob England mit seiner Intervention etwa einen deutschen Einfall in Frankreich abwarten wollte. „J'ai insisté sur le fait que les mesures déjà adoptées sur notre frontière par l'Allemagne révélaient des intentions d'agression prochaine, et que, si l'on voulait éviter de voir se renouveler l'erreur de l'Europe en 1870, il convenait que l'Angleterre envisageât dès maintenant les conditions dans lesquelles elle nous donnerait le concours sur lequell la France comptait" (Ich insistierte auf der Tatsache, dass die von Deutschland an unserer Grenze bereits ergriffenen Massnahmen die Absicht eines nahen Angriffs enthüllten, und dass, wenn der Irrtum Europas von 1870 vermieden werden sollte, England sofort die Umstände ins Auge fassen müsse, unter denen es uns die Hilfe gewähren würde, auf die Frankreich

zähle). Aber Grey blieb bei dem Kabinettsbeschluss. — Dagegen spendete Sir Artur Nicolson, dem Cambon beim Verlassen des Kabinetts des Staatssekretärs begegnete, einigen Trost: Der Ministerrat werde sich am nächsten Tag wieder versammeln, „et, confidentiellement, il m'a fait entendre que le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères ne manquerait pas de reprendre la discussion" (und vertraulich hat er mir zu verstehen gegeben, dass der Staatssekretär des Auswärtigen nicht verfehlen werde, die Diskussion wieder aufzunehmen).

Man hat hier kaum nötig, zwischen den Zeilen zu lesen.

Bis zu dem von Nicolson für den nächsten Tag in Aussicht gestellten Ministerrat waren Antworten aus Paris und Berlin auf die Anfrage Greys wegen der Neutralität Belgiens eingelaufen. Die französische Regierung hatte selbstverständlich mit Emphase die Achtung der belgischen Neutralität zugesagt. In Berlin dagegen hatte der Staatssekretär des Auswärtigen dem englischen Botschafter erklärt, er müsse erst den Kaiser und Kanzler befragen. "I gathered from what he said that he thought any reply they might give could not but disclose a certain amount of their plan of campaign, in the event of war ensuing, and he was therefore very doubtful whether they would return any answer at all." (Ich entnahm aus dem, was er sagte, dass er meint, jede Antwort, die sie (Kaiser und Kanzler) geben könnten, müsse notwendig einen Teil des Feldzugsplans für den Fall eines entstehenden Krieges enthüllen, und er war deshalb sehr zweifelhaft, ob sie überhaupt eine Antwort geben würden). (Blaubuch No. 122.) Dieser Bericht Goschens ist am 31. Juli in Berlin spät abends abgegangen und laut Vermerk im englischen Blaubuch am 1. August im Foreign Office eingegangen.

Das englische Echo folgte prompt. Bereits die nächste Nummer des Blaubuchs (123) enthält eine Mitteilung Greys an Goschen vom 1. August, laut welcher Sir Edward dem Fürsten Lichnowsky sagte, die Antwort der deutschen Regierung betreffend die belgische Neutralität sei für ihn ein Gegenstand sehr grossen Bedauerns (a matter of very great regret), denn die Neutralität Belgiens berühre das Gefühl Englands (affected the feeling in this country). Wenn Deutschland zu antworten vermöge, wie Frankreich geantwortet habe, so würde dies wesentlich dazu beitragen, die Aengstlichkeit

und Spannung (tension) in England zu erleichtern. Andererseits wenn ein Kriegführender die belgische Neutralität verletze, während der andere sie achte, werde es äusserst schwierig sein, das öffentliche Fühlen in England zurückzuhalten. Fürst Lichnowsky stellte die Gegenfrage, ob im Falle einer Verpflichtung Deutschlands, die belgische Neutralität zu achten, England sich seinerseits zur Neutralität verpflichten wolle. Grey wich aus, behauptete, die Hände der englischen Regierung seien noch frei und sie sei im Begriff zu überlegen, was sie zu tun habe. Er könne nur sagen, dass ihre Haltung in weitem Umfang durch die öffentliche Meinung bestimmt werde, für welche die Neutralität Belgiens ein starkes Moment sei. Aber er sei nicht der Meinung, dass allein auf Grund dieser Bedingung England seine Neutralität zusagen könne. Der Fürst Lichnowsky stellte darauf die dringende Frage, ob Grey nicht die Bedingungen formulieren könne, unter denen England neutral bleiben werde. "He even suggested that the integrity of France and her colonies might be guaranteed." (Er regte sogar an, dass die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien garantiert werden könnte.) Aber Grey hatte darauf nur die Antwort: "I felt obliged to refuse definitely any promise to remain neutral on similar terms, and I could only say that we must keep our hands free" (ich fühlte mich verpflichtet, endgültig jedes Neutralitätsversprechen auf Grund solcher Bedingungen abzulehnen, und ich könnte nur sagen, dass wir unsere Hände frei zu halten wünschten). Also Sir Edward Greys eigener Bericht über diese Unterhaltung vom Morgen des 1. August.

Deutschland ist in seinen Zugeständnissen, durch die es die englische Neutralität ermöglichen wollte, sogar noch weiter gegangen. Der Reichskanzler hat am 4. August 1914 im Reichstag mitgeteilt, er habe der englischen Regierung angeboten, „dass, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird"; er hat hinzugefügt, „dass, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen."

Das englische Blaubuch erwähnt von diesen Zugeständnissen kein Wort. Es entsteht die Frage, ob dieses Zugeständnis von

Sir Edward Grey überhaupt zur Kenntnis des Kabinetts gebracht worden ist. Dass die Unterlassung nicht beim deutschen Botschafter in London gelegen haben kann, geht aus dem französischen Gelbbuch (No. 144) hervor; dort berichtet Paul Cambon unter dem 3. August, der deutsche Botschafter habe eine Mitteilung an die Presse versandt, besagend, dass, wenn England neutral bleibe, Deutschland auf jede Flottendemonstration verzichten und sich der belgischen Küste nicht als Stützpunkt bedienen werde (l'Allemagne renoncerait à toute opération navale et ne se servirait pas des côtes belges comme point d'appui).

Deutschland hatte also für die Neutralität Englands die Integrität Belgiens, Frankreichs und seiner Kolonien, ausserdem den Verzicht auf jede Flottenaktion gegen die französische Küste und die französische Schiffahrt angeboten; aber auch um diesen Preis, und auch nicht um irgend einen anderen, wie Sir Edward klar heraussagte, war die englische Neutralität zu haben. „England will seine Hände freihalten" hiess aus der Sprache des Cant in die Sprache der Aufrichtigkeit übersetzt: England ist gegenüber Frankreich bereits gebunden.

Am Tage der formellen und kategorischen Ablehnung der Neutralität unter irgendwelchen Bedingungen (1. August) machte Sir Edward Grey an Paul Cambon folgende Eröffnung (Gelbbuch No. 126):

Er werde das Kabinett mit der ungenügenden Antwort Deutschlands in Sachen der Neutralität Belgiens befassen und die Ermächtigung verlangen, am Montag (3. August) im Unterhaus zu sagen, die britische Regierung werde eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden. Ausserdem seien die britischen Geschwader mobilisiert und er wolle seinen Kollegen eine Erklärung vorschlagen, dahin gehend, dass die britische Flotte die Durchfahrt der deutschen Flotte durch den Kanal oder — wenn diese Durchfahrt gleichwohl gelingen sollte — jede Demonstration an der französischen Küste verhindern werde.

Es ist nicht anzunehmen, dass es in England üblich ist, dass der Staatssekretär des Aeussern Anträge von weltgeschichtlicher Tragweite, die er im Kabinettsrat zu stellen gedenkt, vorher dem Vertreter einer interessierten auswärtigen Macht mitteilt und auf

diese Weise die Politik seines Landes engagiert, ehe das Kabinett gesprochen hat. Ein solches Verhalten ist um so auffallender, wenn es sich um Beschlüsse handelt, gegen deren Tendenz im Schosse des Kabinetts bisher ein erfolgreicher Widerstand sich geltend gemacht hat. Wenn gleichwohl Sir Edward Grey am Vormittag des 1. August die oben mitgeteilten, dem Kabinett vorgreifenden Eröffnungen machte, so hat er für sich allerdings die Entschuldigung, dass er damit Frankreich gegenüber keine stärkere Verpflichtung übernahm, als er sie schon vorher übernommen hatte.

Immerhin ist bezeichnend, dass das englische Blaubuch keine Mitteilung Sir Edward Greys über diese Unterhaltung mit Paul Cambon an den britischen Botschafter in Paris enthält, während Paul Cambon nicht verfehlte, an seine Regierung alsbald zu berichten.

In Paris war man auf Grund der im englischen Kabinett zutage getretenen Widerstände so ängstlich geworden, dass der dortige englische Botschafter am Abend des 31. Juli nach London telegraphierte, der französische Minister des Auswärtigen sei „urgently anxious as to what the attitude of England will be in the circumstances, and begs an answer may be made by His Majesty's Government at the earliest moment possible (der französische Minister des Auswärtigen sei dringend ängstlich, was die Haltung von England bei dieser Sachlage sein werde, und bittet, dass die britische Regierung eine Antwort so rasch wie möglich geben möge). (Blaubuch No. 124.)

Die Antwort war die ungewöhnliche Eröffnung Sir Edward Greys an Paul Cambon am Morgen des 1. August.

Jetzt war Frankreich beruhigt, und ohne die deutsche Mobilmachung abzuwarten, verfügte die französische Regierung am 1. August, 3[40] Uhr nachmittags, die allgemeine Momilmachung der französischen Armee. (Blaubuch No. 136.)

Am folgenden Tage, Sonntag, den 2. August, machte Sir Edward Grey dem französischen Botschafter eine Eröffnung, die er am 3. August in folgender, etwas präziserer Form wiederholte:

„Dans le cas où l'escadre allemande franchirait le détroit ou remonterait la Mer du Nord pour doubler les îles britanniques, dans le but d'attaquer les côtes françaises ou

la marine de guerre française et d'inquiétier la marine marchande française, l'escadre anglaise interviendrait pour prêter à la marine française son entière protection, en sorte que, dès ce moment, l'Angleterre et l'Allemagne seraient en état de guerre." (Falls das deutsche Geschwader in den Kanal einfahren oder die Nordsee passieren sollte, um die britischen Inseln zu umschiffen, in der Absicht, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, würde das englische Geschwader eingreifen, um der französischen Marine seinen Schutz zu gewähren, in der Art, dass von diesem Augenblick an England und Deutschland sich im Kriegszustand befinden würden. (Gelbbuch No. 143).

Bei der erstmaligen Abgabe der Erklärung fühlte sich Sir Edward Grey verpflichtet, folgende Erläuterung zu geben: die englische Regierung habe sehr weite Fragen und schwierige Ausgangspunkte in Betracht zu ziehen und sie fühle, dass sie nicht binden könne, Deutschland notwendigerweise den Krieg zu erklären, wenn zwischen Frankreich und Deutschland der Krieg ausbreche; aber es sei wichtig für die französische Regierung, deren Flotte seit langem im Mittelländischen Meer konzentriert sei, zu wissen, wie sie ihre Dispositionen wegen ihrer gänzlich unverteidigten Nordküste zu treffen habe. Deshalb habe sich die britische Regierung für verpflichtet gehalten, die mitgeteilte Erklärung zu geben. Diese Erklärung verpflichte England nicht, in den Krieg mit Deutschland einzutreten, wenn nicht die deutsche Flotte die in der Erklärung ins Auge gefassten Aktionen unternehme. (Blaubuch No. 148).

Dieser Kommentar zeigt, in welchem Mass die formell nicht bindenden Abmachungen zwischen Frankreich und England materiell Verpflichtungen darstellten. Nur auf Grund des zwischen den englischen und französischen militärischen und maritimen Autoritäten verabredeten Operationsplanes, der für den Kriegsfall die Handlungsfreiheit der beiden Regierungen nicht binden sollte, war die französische Flotte im Mittelmeer konzentriert worden. Jetzt fühlte sich das britische Kabinett durch diese Konzentration gezwungen, den Schutz der französischen Nordküste und der französischen Handelsflotte zu übernehmen und dieserhalb eventuell in den Kriegszustand gegenüber Deutschland einzutreten.

Wenn also in der Zeit vom 2. bis 4. August deutsche Kriegsschiffe sich hätten beikommen lassen, sei es die Strasse von Calais zu passieren, sei es durch die Nordsee zu fahren, so wäre es, da man von englischer Seite hinter einer solchen Operation ohne weiteres die Absicht, die französische Küste oder Flotte anzugreifen oder zum mindesten die französische Handelsflotte zu beunruhigen, vermutet hätte, zu einer sofortigen Aktion der englischen Flotte und zum Kriegszustand zwischen Deutschland und England gekommen, lediglich auf Grund der Konsequenzen, die das britische Kabinett aus der angeblich zu nichts verpflichtenden Entente mit Frankreich sich zu ziehen gezwungen glaubte; dies ganz unabhängig von Deutschlands Haltung zur belgischen Neutralität.

Aber die belgische Neutralität blieb als möglicher Ausgangspunkt für den Krieg, in den die Majorität des englischen Kabinetts glaubte eintreten zu müssen, für den aber der Vorwand erst noch konstruiert werden musste, in Reserve. Zwar sprach Grey am 3. August gegenüber Cambon nur von dem Auslaufen der deutschen Flotte als casus belli, während er die belgische Neutralität überhaupt nicht erwähnte; dagegen hatte er sich in der Unterhaltung vom 2. August dahin geäussert, dass das Kabinett sich noch überlege, welche Erklärungen es am Tage darauf im Parlament abgeben solle und ob es die Verletzung der belgischen Neutralität als casus belli erklären solle. (Blaubuch No. 148.) Grey war also mit seinem am 1. August dem französischen Botschafter angekündigten Antrag, England werde die Verletzung der Neutralität Belgiens nicht dulden, im Kabinettsrat noch nicht durchgedrungen.

Man mag nachträglich bedauern, dass es in jener Zeit nicht zu einem Ausfahren deutscher Kriegsschiffe und daraufhin zu einer feindlichen Aktion der englischen Flotte gekommen ist. Das Märchen, dass England lediglich durch die Verletzung der Neutralität Belgiens von seiten Deutschlands gezwungen worden sei in den Krieg einzutreten, hätte dann nicht aufkommen können.

Wie die Dinge sich entwickelten, wurde der von den massgebenden Leitern der englischen Politik bereit gehaltene zweite Kriegsvorwand akut. Die deutsche Regierung sah sich auf Grund der sattsam bekannten Verhältnisse genötigt, von Belgien die Gestattung des Durchmarsches der deutschen Truppen zu verlangen.

Der König der Belgier wandte sich an den König von England mit der Bitte um diplomatische Unterstützung, um die Integrität Belgiens zu sichern. Die englische Regierung verlangte daraufhin von der deutschen Regierung eine sofortige Erklärung über die Respektierung der belgischen Neutralität (Blaubuch No. 153). Der deutsche Botschafter machte einen letzten Versuch, indem er der englischen Regierung den Text eines Telegramms des Auswärtigen Amts mitteilte, in dem er ersucht wurde, in der positivsten Form die Erklärung zu wiederholen, dass selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts Deutschland unter keinem Vorwand irgendwelcher Art belgisches Territorium annektieren werde. Es hiess in diesem Telegramm weiter: "Please impress upon Sir E. Grey that German army could not be exposed to French attak across Belgium, which was planned according to absolutely unimpeachable information" (bitte bei Sir Edward Grey nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die deutsche Armee nicht irgendeinem französischen Angriff über Belgien, der nach absolut unfehlbaren Informationen geplant ist, ausgesetzt werden darf) (Blaubuch No. 157).

Auch dieser letzte Versuch scheiterte. Die englische Regierung stellte noch am Abend des 4. August ein um Mitternacht ablaufendes Ultimatum, zu einer Zeit, als deutsche Truppen die belgische Grenze bereits überschritten hatten. Der Krieg mit England war da!

Dass England in den Krieg auch ohne jede Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland eingetreten wäre, bedarf noch der im Vorstehenden dargestellten Entwicklung der französisch-englisch-deutschen Verhandlungen in der kritischen Woche keines weiteren Beweises. Die verantwortlichen Leiter der englischen Politik hatten England auf Grund der formell zu nichts verpflichtenden Entente mit Frankreich in den seit der Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien verflossenen Tagen so stark für ein sofortiges bewaffnetes Eingreifen an der Seite Frankreichs engagiert, dass nur um den Preis des Sturzes des britischen Kabinetts und um den Preis des Vorwurfs der Perfidie England dem Krieg hätte fern bleiben können.

Dass die Leute, die England in diese Lage geführt hatten, ihre

Rechnung dabei fanden, den Vorwand der Verletzung der belgischen Neutralität, von dem sie sich eingestandenermassen eine starke Wirkung auf die öffentliche Meinung versprachen, nach Kräften zur Deckung der eigenen Verantwortlichkeit auszunutzen, steht auf einem anderen Brett. Wie unaufrichtig dieser Vorwand war, ist oft genug nachgewiesen worden. Es sei in dieser Beziehung auf die in Brüssel von den deutschen Behörden beschlagnahmten Dokumente aufmerksam gemacht, aus denen sich ein Zusammenwirken der belgischen und englischen Militärbehörden ergibt, das dem das Wesen der französisch-englischen Entente ausmachenden Zusammenwirken der beiden General- und Admiralstäbe durchaus entspricht. Wenn in bezug auf das englisch-belgische militärische Einverständnis von England die heuchlerische Ausrede gebraucht wird, die getroffenen Vereinbarungen hätten sich lediglich auf den Eventualfall einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland bezogen und an sich keinerlei die Politik der beiderseitigen Regierungen verpflichtende Kraft gehabt, so ist dieser Einwand genau so viel und so wenig wert wie die gleiche Behauptung, die von englischen Staatsmännern seit einem Jahrzehnt vor dem Parlament und der Oeffentlichkeit in bezug auf den Charakter der französisch-englischen Entente immer wieder aufgestellt worden ist. Im Falle Belgien jedoch wird das Verhältnis ganz besonders deutlich illustriert. Unter den beschlagnahmten Papieren befindet sich eine Aufzeichnung von der Hand des Grafen von der Straaten, Direktors im belgischen Ministerium des Aeussern, über eine Unterredung des englischen Militärattachés in Brüssel, Oberstleutnant Bridges, mit dem belgischen Generalstabschef, General Jungbluth, vom 23. April 1912. In dieser Unterredung erklärte nach der Niederschrift des Grafen von der Straaten der Oberstleutnant Bridges:

„Die englische Regierung hätte während der letzten Ereignisse (Marokkokrisis) unmittelbar eine Landung bei uns (in Belgien) vorgenommen, selbst wenn wir keine Hilfe verlangt hätten."

„Der General hat eingewandt, so heisst es in der Niederschrift weiter, dass dazu unsere Zustimmung notwendig sei."

„Der Militärattaché hat geantwortet, dass er das wisse; aber da wir nicht imstande seien, die Deutschen abzuhalten, durch unser Land zu marschieren, so hätte England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet."

Dass hiergegen von belgischer Seite eine Einwendung oder ein Vorbehalt gemacht worden sei, geht aus der Notiz des Grafen von der Straaten nicht hervor.

Die Unverletzlichkeit der Neutralität Belgiens, um deretwillen England angeblich in den Krieg eingetreten ist, war England hiernach im Jahre 1912 entschlossen gewesen über Bord zu werfen, ohne mit der Wimper zu zucken. Belgien selbst hatte durch die militärischen Abmachungen mit England seine Neutralität auf das schwerste kompromittiert. Wenn England trotzdem die Welt glauben machen will, dass es zum Schutz der Neutralität Belgiens das Schwert gezogen hat, so spielt es die Rolle des Verführers, der die von ihm verführte Unschuld zu schützen vorgibt.

Aus den von den Dreiverbandsregierungen veröffentlichten Dokumenten ergeben sich also die folgenden Grundzüge der Entstehungsgeschichte des europäischen Krieges:

1) Russland hat den Krieg herbeigeführt durch seine am 31. Juli angeordnete allgemeine Mobilmachung, die — wie den russischen Staatsmännern auf das genaueste bekannt war — für Deutschland den Krieg unvermeidlich machte.

2) Alle Vorwände, die von der russischen Regierung für die allgemeine Mobilmachung gegeben werden, sind hinfällig. Weder österreichisch-ungarische noch deutsche militärische Massnahmen können die allgemeine russische Mobilmachung begründen. Die russische Regierung hat vielmehr den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung erlassen, unmittelbar nachdem auf Grund der Einwirkung des Deutschen Kaisers in Wien Oesterreich-Ungarn sich in dem serbischen Konflikt zu einer entscheidenden Nachgiebigkeit entschlossen und diesen Entschluss dem russischen Botschafter in Wien mitgeteilt hatte. Russland hat also durch die allgemeine Mobilmachung den Krieg heraufbeschworen in einem Augenblick, in dem die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens durch einen versöhnlichen Schritt Oesterreich-Ungarns wieder auflebte.

3) Russland war nach seiner eigenen Erklärung von Anfang der Krisis an entschlossen, alle Risiken eines Krieges auf sich zu nehmen, wenn es der Hilfe Frankreichs sicher sei. Die Zusage der unbedingten Waffenhilfe Frankreichs hat Russland am 29. Juli abends erhalten, aller Wahrscheinlichkeit nach verbunden mit der

Mitteilung, dass Frankreich England an seiner Seite haben werde.

4) Frankreicht hat eine Zusage der unbedingten Waffenhilfe für Russland erst gegeben, nachdem die französische Regierung der Mitwirkung Englands versichert zu sein glaubte. Die Gewissheit der Waffenhilfe Englands erhielt die französische Regierung durch die Eröffnung, die der britische Staatssekretär des Auswärtigen am Vormittag des 29. Juli dem französischen Botschafter über die von ihm beabsichtigte Absage an den deutschen Botschafter gemacht hatte.

5) Die für die Politik Englands massgebenden Persönlichkeiten waren durch die Entente mit Frankreich von vornherein innerlich gebunden und sind im Laufe der kritischen Woche, wenn sie nicht vorher bereits entschlossen waren, zu dem Entschluss gekommen, unter allen Umständen bei einer Verwicklung Frankreichs in den Krieg einzugreifen.

6) Die für die englische Politik massgebenden Personen waren ferner der durchaus zutreffenden Ansicht, dass ein Krieg aus Anlass der serbischen Frage nicht die Billigung der öffentlichen Meinung finden werde. Deshalb richteten sie ihre Anstrengungen darauf, einen für die englische öffentliche Meinung annehmbaren Kriegsvorwand zu finden. Als solcher bot sich die Verletzung der belgischen Neutralität, die jahrelang vorher von Belgien selbst kompromittiert war und deren Achtung für den Ernstfall nach den eigenen Erklärungen des englischen Militärattachés in Brüssel seitens des englischen Generalstabes nicht beabsichtigt war.

7) Wie sehr die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland für das britische Kabinett nur ein Vorwand war, ergibt sich daraus, dass vor der Stellung des englischen Ultimatums an Deutschland wegen Belgiens der englische Staatssekretär des Auswärtigen dem französischen Botschafter formell erklärt hatte, dass England das Durchfahren des Kanals oder der Nordsee durch die deutsche Flotte als casus belli behandeln werde.

Auf Grund dieser unbestreitbaren, durch die offiziellen Veröffentlichungen der Dreiverbandsregierungen selbst bestätigten Zusammenhänge wird vor dem Richterstuhl der Geschichte die Behauptung, dass Deutschland den Krieg gewollt und verursacht habe, in nichts zerfallen. Russ-

land ist als der Brandstifter, Frankreich und England sind als die Mitschuldigen erwiesen.

Es liegt nicht im Rahmen dieser Darstellung, in den Urgrund der verhängnisvollen Verkettung von Einzelvorgängen und Einzelhandlungen hinabzusteigen, die in den Tagen vom 24. Juli bis zum 4. August den grössten und blutigsten Krieg der Weltgeschichte heranfbeschworen haben. Es genüge die Andeutung, dass diese Einzelvorgänge nnd Einzelhandlungen, dass die Worte eines Grey, eines Cambon und Sasonoff, dass die Handlungen des Ersten Lords der britischen Admiralität und des russischen Generalissimus — Worte und Handlungen, die an sich gegenüber der grossen Menschheitstragödie klein erscheinen mögen — nur die in der entscheidenden Zeit an die Oberfläche getretenen Manifestationen der Kräfte sind, deren Walten die Weltgeschichte unserer Zeit ausmacht.

Bei Russland der Drang nach der Vorherrschaft im nahen Orient, doppelt stark seit der Niederlage im Krieg mit Japan, und entschlossen, bei Aussicht auf Erfolg jeden Widerstand der Zentralmächte gewaltsam zu brechen.

Bei Frankreich die verhängnisvolle Orientierung der Gesamtpolitik nach dem negativen Pol des mit Furcht gepaarten nnversöhnlichen Revanchedurstes, auslaufend in die immerwährende Bereitschaft, mit jedem starken Gegner Deutschlands gegen uns zu marschieren.

Bei England der Handelsneid gegen jede aufstrebende Wirtschaft, dazu die instinktive Gegnerschaft zur stärksten Kontinentalmacht und die Tradition der gewaltsamen Unterdrückung jedes kontinentalen Strebens nach Seegeltung.

Diese heterogenen Kräfte haben das Netzwerk der Entente gesponnen, das der kleinen Minderheit der den Krieg entschlossen Wollenden zum furchtbaren Werkzeug wurde, und in dem die grosse friedliche Mehrheit der Völker Russlands, Frankreichs und Englands sich rettungslos verfing: Russlands Stellungnahme zu Oesterreich-Ungarn in der serbischen Frage stellte die Entente vor die entscheidende Belastungsprobe; es ist kein Zweifel, dass ein Wort der Weigerung Frankreichs genügt hätte, die Kriegspartei in Russland niederzuhalten; es ist zum mindesten sehr wahrscheinlich, dass ein Wort der Regierung Englands Frankreich zurückgehalten haben

würde; es ist unbedingt sicher, dass jedes Wort der Ermutigung von seiten Englands den Kriegsparteien in Frankreich und Russland das Uebergewicht verschaffen musste. Auf der anderen Seite ist ebenso gewiss, dass ein Sich-Entziehen Frankreichs oder Englands, mochte das Beiseitestehen in den Verträgen und Absprachen noch so sehr seine formelle Berechtigung finden, das dreifache Einvernehmen gesprengt und eine Neuorientierung der gesamten europäischen Politik zur Folge gehabt hätte, eine Neuorientierung, die nicht zu einer Vorherrschaft eines einzelnen Staates hätte führen müssen, bei der vielmehr jede Macht zu ihrem Recht hätte kommen können.

In der Wahl zwischen der Erhaltung der Entente und Erhaltung des Weltfriedens haben die leitenden britischen und französischen Staatsmänner, durch langjähriges eigenes Tun und Reden innerlich unfrei und befangen, unter dem Druck der kriegslüsternen Cliquen den Weltfrieden der Entente geopfert und den überragenden Teil der öffentlichen Meinung ihrer Länder durch die Berufung auf die Heiligkeit der geschriebenen und ungeschriebenen Verträge mit sich fortgerissen.

Diese Verflechtung von Schuld und Verhängnis im einzelnen klarzustellen und darzulegen, wird dereinst die grosse Aufgabe der Geschichtsschreiber unserer Zeit sein.

II.

Verschiedene Aufsätze.

Deutschlands finanzielle Rüstung.

(Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 16. August 1914 Nr. 192.)

Der einleitende Abschnitt des Krieges, die Periode der Mobilmachung, geht ihrem Ende zu. Freund und Feind hatte in dieser Periode Gelegenheit sich zu überzeugen, dass Deutschland nicht nur militärisch für den Krieg auf das exakteste vorbereitet und organisiert war, sondern sich auch finanziell und wirtschaftlich den gewaltigen Anforderungen der Zeit besser gewachsen gezeigt hat, als irgendein anderes Land. Einige schlagende Tatsachen sollen dies ins Licht setzen.

Schon in der Woche vor der Entscheidung über Krieg und Frieden haben die Kriegsbefürchtungen den wirtschaftlichen und finanziellen Organismus, nicht nur der unmittelbar beteiligten, sondern auch der neutralen Länder einer schweren Kraftprobe unterworfen. Alles drängte nach barem Geld: die Börsen wurden mit einer Flut von Verkaufsaufträgen überschüttet, die Banken wurden mit Wechseleinreichungen und Zurückziehungen von Guthaben bestürmt. Das Mass an Widerstandskraft, das die einzelnen Länder dieser plötzlichen Erschütterung der Fundamente ihres wirtschaftlichen Aufbaues gegenüberstellen konnten, lässt sich aus der Wirkung der Kriegspanik auf die Börsen und das Bankwesen erkennen.

Die Verheerungen in den Börsenkursen waren an allen Plätzen bis hinüber nach Amerika ganz gewaltige. Auch die deutschen Märkte haben schwer gelitten; aber ungleich stärker als bei uns war der Zusammenbruch und ungleich schwächer die Widerstandsfähigkeit, in England und Frankreich, obwohl diese beiden Länder sich auf einen älteren Reichtum stützen konnten als wir, und obwohl gerade in diesen Ländern bis in die letzte Zeit hinein

geflissentlich die Auffassung genährt wurde, dass in Deutschland das Gebäude des staatlichen und privaten Kredits beim ersten Kanonenschuss zusammenbrechen müsse.

Das Verhalten der verschiedenen Staatsanleihen in der kritischen Zeit ergibt sich aus folgenden Daten.

Vom 17. bis zum 28. Juli — in den folgenden Tagen hatte das ordnungsmässige Funktionieren des Börsenhandels in Staatspapieren fast überall bereits aufgehört — waren folgende Rückgänge zu verzeichnen:

	von	auf	also Rückgang
3% französische Rente	82,62	77,25	5,37%
neue 3½% franz. Rente	91,70	85,50	6,20%
2½% englische Konsols	75,81	71,75	4,06%
3% deutsche Reichsanleihe	76,50	73,75	2,75%
3½% deutsche Reichsanleiihe	86,70	84,90	1,80%

Der Rückgang war also bei den deutschen Reichsanleihen erheblich geringer als bei den englischen und namentlich bei den französischen Staatspapieren. Dabei ist zu bemerken, dass die Deroute des französischen Rentenmarktes in den Kursen auch nicht annähernd zum vollen Ausdruck kommt. Ein gewiss unverdächtiger Zeuge, der Pariser „Temps", berichtete über den Verlauf der Pariser Börse vom 25. Juli:

„Das Angebot an 3% Rente war bei der Eröffnung des Verkehrs so stark, dass die Kammer der agents de change genötigt war, die Notierung eines niedrigeren Kurses als 78% zu verbieten, obwohl Angebote zu 74% vorlagen."

An jenem Tag wurde der Markt für die 3% und die neue 3½% französische Rente zeitweise überhaupt geschlossen, weil man sich nur auf die Weise des gewaltigen Angebots erwehren und noch viel stärkeren Kursstürzen vorbeugen konnte.

Auch in den übrigen Papieren hat sich der deutsche Markt trotz aller schweren Erschütterungen relativ am besten gehalten. So sanken die Aktien der ersten französischen Privatbank, des Crédit Lyonnais, vom 18. bis zum 30. Juli von 1535 auf 1350 Franken, also um 12% des Kurswertes vom 18. Juli. Dagegen sanken die Aktien der Deutschen Bank in der gleichen Zeit nur von 231,60% auf 218%, diejenigen der Diskontogesellschaft von

180,80% auf 170%, beide Aktien also um nicht ganz 6% des Kurswertes vom 18. Juli.

Die Pariser Börse sah sich in der letzten Juliwoche genötigt, zur Vermeidung eines vollständigen Zusammenbruchs die Ultimoliquidation zwangsweise um einen Monat hinauszuschieben. Ein ähnliches Börsenmoratorium wurde in London notwendig, wo die Juliliquidation zunächst auf den 15. August, und dann auf den 31. August zwangsweise verschoben wurde. In London musste die Börse am 30. Juli geschlossen werden, da Hunderte von Brokerfirmen erklärten, sie müssten sich andernfalls „hämmern" lassen, d. h. ihren Konkurs anmelden. In Berlin blieb die Börse, wenn auch unter Beschränkung auf den Kassahandel, bis zum 1. August in Tätigkeit und wurde erst nach der Proklamation des Kriegszustandes geschlossen. Die Juliliquidation wurde im Gegensatz zu London und Paris nicht hinausgeschoben, sondern dank der von den Banken gewährten weitgehenden Erleichterungen glatt abgewickelt.

Dem grossen Andrang nach baren Zahlungsmitteln hat das deutsche Bankwesen — abgesehen von dem vorübergehenden und lokalen Mangel an Kleingeld — vollauf und zu erträglichen Bedingungen genügt. Während in Frankreich und namentlich in England den Einreichern von Wechseln die grössten Schwierigkeiten gemacht wurden, hat die Deutsche Reichsbank gegenüber dem Kreditbegehr das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Die Bank von England sah sich gezwungen, ihren Diskont in den drei Tagen vom 23. bis zum 25. Juli von 3% sprungweise bis auf 10% zu erhöhen. Sie nahm überhaupt nur Wechsel mit einer Laufzeit bis höchstens Mitte August und auch diese nur zum Teil und mit strenger Auswahl. Die Verhältnisse scheinen sich neuerdings in England so bedrohlich zugespitzt zu haben, dass in diesem jedem staatlichen Eingreifen in die privatwirtschaftlichen Angelegenheiten durchaus abgeneigten Lande die Intervention des Staates angerufen wurde: Die Bank von England setzt ihre Diskontierungen nur fort unter Garantie des Staates für etwaige Verluste!

Die Privatbanken sahen sich in Frankreich und in England sehr bald vor der Unmöglichkeit, dem Verlangen des Publikums auf Auszahlung der Guthaben in vollem Umfang zu entsprechen.

In Frankreich liessen sich die Banken die gesetzliche Autorisation geben, auf die bei ihnen bestehenden Guthaben bis zum 31. August nicht mehr als 250 Franken zuzüglich 5% des stehenbleibenden Betrages auszuzahlen, eine Massnahme, die noch heute in Kraft ist, und die andere Länder nachgeahmt haben. Ausserdem wurde in Frankreich die Verpflichtung der Sparkassen, die Einlagen auf Verlangen zurückzuzahlen, aufgehoben mit der Massgabe, dass die Sparkassen nicht verpflichtet sein sollten, auf ein Konto mehr als 50 Franken in je 14 Tagen zu verabfolgen. In England wussten sich die Banken nicht anders zu helfen, als dass sie für eine Reihe von Tagen ihre Schalter vollständig schlossen. Der erste Montag des Monats August ist bekanntlich in England gesetzlicher Bankfeiertag. Diese Bankferien wurden auch auf Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ausgedehnt, lediglich, weil die grossen Londoner Banken sich vor der Unmöglichkeit sahen, den Anforderungen des Publikums auf Rückzahlung seiner Guthaben zu genügen.

In allen Krieg führenden Ländern ausser Deutschland und in zahlreichen neutralen europäischen und überseeischen Ländern sah man sich ausserdem genötigt, Moratorien einzuführen, teils für den Wechselverkehr, teils auch für den gesamten Bankverkehr, teils für alle Zahlungsverpflichtungen unter Privaten. England speziell hat zunächst ein allgemeines Wechselmoratorium eingeführt, sah sich jedoch neuerdings veranlasst, dieses Moratorium auch auf nicht wechselmässige Verpflichtungen von mehr als 5 Pfund Sterling mit gewissen Ausnahmen (Steuern, Sparkasseneinlagen, Seefrachten, Obligationenzinsen usw.) auszudehnen.

Demgegenüber hat in Deutschland die Organisation des Geld- und Zahlungswesens sich den grossen Anforderungen gewachsen gezeigt. Die Reichsbank hat in den beiden Wochen vom 23. Juli bis zum 7. August dem Verkehr für mehr als 2 Milliarden Mark Zahlungsmittel der verschiedensten Kategorien zur Verfügung gestellt, ohne mit ihrem Diskont stärker als von 4 auf 6% in die Höhe zu gehen. Die Privatbanken haben anstandslos alle von ihnen verlangten Auszahlungen geleistet, ohne eine andere Hilfe in Anspruch zu nehmen, als den Weg der normalen Diskontierung von Wechseln oder Lombardierung von Effekten bei der Reichsbank. Dieses dem Bewusstsein einer zureichenden Rüstung entsprungene zuver-

sichtliche Verhalten der Bankwelt hat sehr bald eine weitgehende Beruhigung des Publikums zur Folge gehabt. Schon vor Beendigung der Mobilmachung und vor der Nachricht über die ersten Siege der deutschen Waffen hat das Publikum angefangen, die abgehobenen Gelder wieder zu den Banken zurückzubringen. Seit mehreren Tagen überwiegen bei den Grossbanken die baren Einzahlungen in fortschreitendem Masse die baren Ausgänge. Der letzte Ausweis der Reichsbank zeigt, dass dieser Gold nicht nur aus dem Reichskriegsschatz, sondern auch aus dem Verkehr zugeflossen ist.

Ein Moratorium ist in Deutschland nicht eingeführt worden. Der Bundesrat hat lediglich Massnahmen ergriffen, die Deutschland vor den Wirkungen der im Ausland erlassenen Moratorien schützen sollen; so die Erstreckung der Frist für Wechsel, die vom Ausland auf das Inland gezogen sind. Ausserdem hat der Bundesrat die Möglichkeit geschaffen, überall dort, wo ein wirklicher Notstand vorliegt, durch gerichtliches Urteil die Zahlungsfristen hinauszuschieben. Man ist zuversichtlich überzeugt, ein Moratorium durch positive Massnahmen, die teils auf einem Eingreifen des Staates, teils auf gegenseitiger Selbsthilfe und Rücksichtnahme beruhen, vermeiden zu können. Die vom Reiche alsbald nach dem Erlass der Mobilmachungsorder eingerichteten Darlehnskassen geben die Möglichkeit, auf Wertpapiere und Waren, deren Beleihung in normalen Zeiten bei der Reichsbank nicht möglich und an anderen deutschen Stellen schwierig ist, Geld zu erhalten. In den einzelnen Kreisen des Erwerbslebens, so in denjenigen des Exporthandels und der Realkreditinteressenten sind Bestrebungen im Gange, durch einheitliches Zusammenfassen der Kräfte mit staatlicher oder kommunaler Unterstützung Einrichtungen zu schaffen, welche die Leistungen der Reichsbank, der Darlehnskassen und der privaten Kreditinstitute in wirksamer Weise ergänzen sollen.

Alles dieses zeigt, dass Deutschland von allen an dem grossen Weltbrand beteiligten Nationen bisher auch auf finanziellem Gebiet am besten durchgehalten hat, dass unsere Organisation auf finanziellem Gebiet für den Kriegsfall derjenigen unserer Gegner überlegen ist, und dass überall lebendige Kräfte sich die Hände

reichen, um unsere Widerstandskraft zu stärken und die unvermeidlichen Zerstörungen, die ein Weltkrieg auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet mit sich bringt, auf ein Mindestmass zu beschränken. Das ganze arbeitende Deutschland ist von dem einen Gedanken durchdrungen, dass wir nicht nur mit den Waffen, sondern auch wirtschaftlich und finanziell die Sieger bleiben müssen.

Der Zustand Belgiens unter der deutschen Okkupation.

(Aus der Norddeutschen Allg. Zeitung vom 10. September 1914.)

Die zahlreichen Nachrichten, namentlich der ausländischen Presse, über die Fülle von Zerstörungen, die der Krieg in Belgien angerichtet hat, lassen ein Bild des Grauens entstehen. Man hört immer nur von niedergebrannten Ortschaften und Städten, von niedergeschossenen Einwohnern, von verwüsteten Feldern. Aber auch ohne die zahlreichen, häufig übertriebenen und oft genug erfundenen Einzelschilderungen genügt die blosse Vorstellung, dass ein gewaltiges Heer von vielleicht achtmalhunderttausend Mann in wenigen Wochen unter fortgesetzten schweren Kämpfen durch Belgien als Feindesland hindurchzog, um das Bild eines rauchenden Schutt- und Trümmerhaufens zu erwecken.

Trotzdem ist dieses Bild nicht richtig.

Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, grosse Teile des von unseren Heeren okkupierten Landes zu sehen: die Gegend zwischen Aachen und Lüttich, die Strecke Lüttich — Tirlemont — Löwen — Brüssel, die Gegend zwischen Brüssel und Namur, das Tal der Sambre aufwärts bis vor das belagerte Maubeuge einschliesslich des Industriegebiets von Charleroi, das Hügelland zwischen Sambre und Maas, das Tal der Maas von Dinant an der belgisch-französischen Grenze abwärts bis nach Lüttich, schliesslich die grosse Ardennenstrasse von Lüttich bis Arlon im südöstlichen Zipfel des belgischen Luxemburg.

Die augenfälligen Verheerungen des Krieges, wie sie einem

nach Ueberschreiten der deutsch-belgischen Grenze vor Augen treten, sind herzbewegend. Einige Ortschaften unmittelbar jenseits der Grenze sind völlig zerstört; teils ist um diese Ortschaften heftig gefochten worden, zum andern Teil erfolgte die Zerstörung wegen heimtückischer Ueberfälle nach friedlicher Kapitulation. Dagegen fällt die Tatsache auf, dass die grosse Industriestadt Verviers, in der noch heute alle Häuser weisse Fahnen und Tücher zeigen, völlig intakt ist. Von den grossen Fabriken ist nicht eine einzige auch nur im mindesten beschädigt.

In der nächsten Umgebung von Lüttich wiederholt sich dasselbe Bild. Ueberall dort, wo heftig gekämpft worden ist, namentlich in der Nähe der Forts, sind die Häuser zusammengeschossen oder ausgebrannt. Auch die Vorstädte zeigen stellenweise starke Zerstörungen, aber überall nur, wo unsere Soldaten aus den Häusern heraus beschossen worden sind. Die Stadt Lüttich selbst zeigt nur an wenigen Stellen Spuren des Krieges. Gegenüber der Universität sind allerdings eine Anzahl Häuser zusammengeschossen, weil nach der Besetzung der Stadt von hier aus — wie behauptet wird, von russischen Studenten — auf unsere Soldaten geschossen worden ist. Die schönste Brücke von Lüttich ist gesprengt, aber nicht von unseren Truppen, sondern von den Belgiern. Zwei Schiffsbrücken, die rechts und links der gesprengten Brücke alsbald nach Einnahme der Stadt angelegt wurden, zeigen, wie sinnlos diese Zerstörung war. Leider hat sich diese zwecklose Brückenzerstörung an zahlreichen anderen Stellen wiederholt. Im Maastal, namentlich zwischen Namur und Dinant sind von den Belgiern die meisten Brücken in die Luft gesprengt worden, um den deutschen Truppen den Uebergang zu erschweren oder die Verbindung zwischen den rechts und links von der Maas operierenden deutschen Armeen zu stören. Ueberall, wo es notwendig war, sind in der kürzesten Zeit, oft in wenigen Stunden, von unseren Truppen Notbrücken gebaut worden. Die grossen Fabriken in der Umgebung von Lüttich sind, ebenso wie in Verviers, unversehrt. Das gilt insbesondere für die grossen Eisenwerke, Maschinenfabriken usw. von Seraing.

Zwischen Lüttich und Tirlemont, wo unsere Truppen in breiter Front sich vorwärts bewegten, sieht es bis auf wenige Stellen

friedlich aus, als ob nie der Fuss eines feindlichen Soldaten diese Gegend betreten hätte.

Die Umgebung um Tirlemont, in der die bekannte Schlacht geschlagen wurde, ist allerdings kenntlich an ausgebrannten Häusern, — aber auf den Feldern, über die unsere Reiterei dahinbrauste, stehen heute noch vielfach die noch nicht eingefahrenen Getreidegarben. Nirgends hat man den Eindruck, als ob unsere Truppen ohne Not zerstört und verbrannt hätten. Tirlemont selbst, eine Stadt von etwa 17 000 Einwohnern, die sich friedlich ergeben hat und in der keine Ausschreitungen vorgekommen sind, ist gänzlich unversehrt.

Kurz vor Löwen allerdings beginnt das Grauen. Hier kommen wir in die Gegend, in der die Franktireurs besonders schlimm gewütet und unsere Truppen zu den schärfsten Gegenmassregeln gezwungen haben. Entgegen den allgemein verbreiteten Behauptungen kann jedoch von einer Zerstörung der Stadt Löwen nicht die Rede sein. Zerschossen und niedergebrannt sind nur die östlichen Quartiere, in denen nach der friedlichen Uebergabe der Stadt unsere Truppen in heimtückischer Weise systematisch und anhaltend beschossen worden sind, vor allem die Strassenzüge, die vom Bahnhof und aus der Richtung von Tirlemont nach dem Stadtinnern führen. Eine grausame Ironie des Schicksals will, dass die Strasse von Tirlemont nach dem Stadtzentrum den Namen „Rue des Joyeuses entrées" führt, wie noch auf dem blau und weiss emaillierten Strassenschildern zu lesen ist. Alle Häuser und Wände sind in diesen Strassen mit Kugelspuren dicht übersät; ein Beweis, wie jedes einzelne Strassenviertel gestürmt werden musste. Dagegen ist die ganze südliche Hälfte der Stadt und auch ein Teil des Westens so gut wie unversehrt geblieben. Zahlreiche Häuser tragen hier Inschriften, wie: „Hier wohnen gute Leute, bitte schonen!" — das Rathaus, die Perle Löwens, ist völlig erhalten. Es ist durch unsere Truppen gerettet worden. Offiziere, die an dem Strassenkampf in Löwen beteiligt waren, erzählen, dass unsere Leute die Dampfspritzen hervorholten, um den Brand der dem Rathause benachbarten Häuser zu löschen und so dieses architektonische Kleinod vor dem Untergang zu bewahren. Sie führten das Rettungswerk durch, obwohl sie bei der Löscharbeit

fortgesetzt von den Löwener Bürgern weiter beschossen wurden. Leider gelang es nicht, die wertvolle Universitätsbibliothek zu retten. Von der Kathedrale ist der Turm eingestürzt, das Schiff ist erhalten.

Die Strecke zwischen Löwen und Brüssel, an der das prachtvolle Besitztum Tervueren mit dem Kongomuseum gelegen ist, ist ein wahres Friedensydill. Kein Haus, kein Baum und kein Strauch sind berührt. Unsere Truppen sind hier durchmarschiert, ohne auch nur Spuren hinterlassen zu haben, wie man sie nach jedem friedlichen Manöver erwarten könnte.

Die Stadt Brüssel hat sich friedlich in ihr Schicksal gefunden, und bisher ist dort keinerlei Akt der Auflehnung gegen die deutschen Okkupationstruppen begangen worden. Infolgedessen ist keinem menschlichen Wesen auch nur ein Haar gekrümmt worden. Das Eigentum der Bürger wird auf das peinlichste respektiert; alle Requisitionen der Truppen wie alle Einkäufe der einzelnen Soldaten erfolgen gegen bare Bezahlung.

Auf der Strasse zwischen Brüssel und Namur ist das Bild gleichfalls fast durchweg ein friedliches. In Wavre sind allerdings einige Häuser am Marktplatz zusammengeschossen, weil auch von hier aus heimtückische Ueberfälle auf unsere Truppen verübt wurden. Die Leute auf den Feldern sind an der Arbeit, die zum grossen Teil bereits geborgene Ernte vollständig einzubringen; das Vieh weidet friedlich auf den endlosen grünen Flächen.

Um Namur herum ist das Bild ein ähnliches wie zwischen den Forts von Lüttich. Die Dörfer zwischen den Forts sind zum grössten Teil zerstört und zwar — wie man aus der Schussrichtung der Granaten vielfach feststellen kann — oft durch Beschiessung durch die belgischen Truppen aus den Forts heraus. Weithin sind die Felder zerstampft und durch Artilleriegeschosse aufgerissen. In den Unterständen zwischen den einzelnen Forts findet man heute noch liegen gebliebene Tornister, Uniformstücke aller Art, zerschossene Gewehre und andere Waffen. Die Stadt Namur hat wenig gelitten. Nur wiederholt sich auch hier das vielfach zu beobachtende Bild der Zerstörung am Rathausplatz, der hier wie in einer Anzahl von Städten und Ortschaften das Zentrum der plötzlichen Franktireurüberfälle auf unsere Truppen gebildet hat.

Zwischen Namur und Charleroi sind einige Ortschaften stark mitgenommen, in denen die Belgier und Franzosen dem Vormarsch der deutschen Truppen Widerstand entgegengesetzt haben. Das grosse Industriebecken von Charleroi selbst ist so gut wie vollständig verschont geblieben. Alle Fabriken und Werke sind intakt; nur an wenigen Stellen findet man zerschossene Häuser.

Von Charleroi — Sambre aufwärts ist vom Kriege wieder wenig zu merken, nur, dass je näher man an Maubeuge herankommt, desto zahlreicher die auf den Strassen marschierenden Kolonnen werden. In der näheren Umgebung von Maubeuge in der Zone, die im Bereich der Geschütze der Festung liegt, sind die Zerstörungen wieder stärker, aber die grossen Ortschaften dieser reichen Gegend sind im wesentlichen unberührt.

Es mag hier eingeschaltet werden, dass die englischen Soldaten, die bei den versuchten Ausfällen aus Maubeuge gefangen genommen worden sind, übereinstimmend erzählen, man habe ihnen in England bei ihrer Einschiffung nur von gemeinschaftlichen „Manövern" mit französischen Truppen gesprochen; sie hätten auch keine scharfe Munition mit sich geführt, sondern diese aus einem in Maubeuge eingerichteten grossen Depot erhalten. Es ist dabei zu beachten, dass das englische Kaliber nicht mit dem französischen identisch ist, das Munitionsdepot also speziell für englische Truppen bereit gehalten worden war.

Zwischen Sambre und Maas haben stellenweise heftige Kämpfe stattgefunden, und wo dies der Fall war, sieht man zusammengeschossene Häuser und Kirchen. Im südlichen Teil dieses Hügellandes, durch das die Armee des Generals von Bülow vormarschiert ist, sind die Zerstörungen häufiger. Hier sollen die Franzosen vor ihrem Rückzug geplündert und geraubt haben. Sie haben ausserdem die Einwohner mit Sack und Pack und allem ihrem Vieh zur Flucht veranlasst, indem sie ihnen vorredeten, dass die Deutschen alle Häuser niederbrennen und Mensch und Vieh ohne Gnade über den Haufen schiessen. Die Leute sind später in ihre Ortschaften zurückgekehrt und haben sich überzeugt, dass der deutsche Soldat solange man ihm nicht ans Leben geht, der friedlichste Mensch der ganzen Welt ist; ihre Gefühle für die Franzosen sind durch diese Erfahrungen merklich abgekühlt.

Im Tal der Maas ist Dinant, ein bevorzugter Sommeraufenthalt der eleganten Pariser und Brüsseler Welt — in malerischer Umgebung am Fusse eines hohen, von einem Fort gekrönten Felsens gelegen — total zerstört. Die Ursache war auch hier, dass unsere Truppen nach friedlicher Kapitulation der Stadt und mehrtägigem Aufenthalt plötzlich von allen Seiten her von den Einwohnern beschossen wurden.

Maasabwärts bis nach Namur erinnern überall nur die zahlreichen von den Franzosen und Belgiern gesprengten Brücken an den Kriegszustand, in dem sich das Land befindet.

Zwischen Namur und Lüttich ist lediglich die Stadt Andenne stark mitgenommen. Auch hier hatten deutsche Truppen mehrere Tage lang friedlich gelagert. Beim Ausmarsch, als gerade die letzten Munitions- und Proviantkolonnen die Maasbrücke passierten, empfingen sie von allen Seiten her aus den Häusern diesseits und jenseits der Maas ein mörderisches Feuer. Die ganze Division kehrte um; es entspann sich ein furchtbarer Strassenkampf, dem die Zerstörung eines grossen Teiles des Ortes folgte.

Den meisten übrigen Orten des dichtbevölkerten Maastales ist von den Schrecken des Krieges nichts anzumerken. Selbst Huy, das befestigt ist und dessen Fort kurze Zeit Widerstand leistete, ist vollständig erhalten.

Die grosse Strasse von Lüttich über die Ardennen nach Arlon gibt dieselben Eindrücke. Zerstörung findet man nur an wenigen Stellen, obwohl hier ein Teil der Armee des Herzogs Albrecht von Würtemberg sich vorwärts bewegte. Natürlich sind die Schlachtfelder in der Umgebung von Neufchâteau stark mitgenommen. Auf den Strassen fällt hier besonders stark auf die Verwüstung, welche die Belgier selbst an den herrlichen Alleen angerichtet haben. Um den deutschen Vormarsch zu verzögern, haben sie zahllose alte Bäume am Strassenrand gefällt und quer über die Strassen gelegt. Der Zweck ist hier ebensowenig erreicht worden wie bei dem sinnlosen Zerstören der Brücken. Die deutschen Truppen haben prompt aufgeräumt.

Der Gesamteindruck ist, dass unsere Truppen nur dort zerstört haben, wo die bittere Notwendigkeit des Gefechts es verlangte oder wo das Verhalten der Einwohnerschaft die schwersten

Repressalien nötig machte. An zahlreichen Stellen ist klar ersichtlich, dass unsere Truppen geradezu bemüht waren, die Zerstörungen auf den notwendigen Umfang zu beschränken und alles zu schonen was geschont werden durfte.

Die Wirkung dieses Verhaltens zeigt sich vor allen Dingen darin, dass die produktiven Kräfte des Landes durch den Krieg unendlich viel weniger betroffen worden sind, als man es erwarten sollte. Eine zerstörte Fabrik ist in diesem industriereichen Gebiet eine ganz vereinzelte Ausnahme. Man sieht keine versengten Felder; selbst dort, wo gekämpft worden ist, stehen heute noch Getreidemieten und -Garben. Die Hecken, die die Felder abgrenzen, sind nur dort rasiert oder niedergebrannt, wo die Erfordernisse des Gefechts es nötig machten. Der Viehstand des Landes ist im grossen und ganzen erhalten; das Vieh wurde von unseren Truppen weder verjagt noch unnötigerweise niedergeschossen.

Allerdings stehen die Fabriken bis auf wenige Ausnahmen still. Die Arbeiter sitzen mit Frau und Kind vor ihren Häusern und legen resigniert die Hände in den Schoss.

Der kaufmännische Betrieb ruht gleichfalls zu einem grossen Teil. In Brüssel haben nach dem Einzug der deutschen Truppen alle Banken geschlossen, hauptsächlich deshalb, weil die belgische Nationalbank ihren ganzen Bestand an Metallgeld und Noten nach Antwerpen gebracht hatte und deshalb die Banken in die Unmöglichkeit versetzt waren, sich Zahlungsmittel, namentlich auch Kleingeld zu verschaffen. Die Filiale der Deutschen Bank hielt am längsten durch; aber auch sie musste für einige Tage ihre Schalter schliessen, als ihr recht beträchtlicher Kassenbestand infolge der Umwechselung schliesslich fast nur noch in Tausendfranknoten bestand. Inzwischen sind Mittel gefunden worden, um die Wiederaufnahme des Bankbetriebes in die Wege zu leiten.

Auch die Landwirtschaft steht zum grössten Teil still. Das geschnittene Getreide wird nur an wenigen Stellen eingebracht. Vielfach steht der Hafer überreif noch auf den Feldern, ohne dass die Bauern sich weiter darum kümmern. In den ersten Tagen nach der Okkupation des Landes durch deutsche Truppen ist das Vieh meist seinem Schicksal überlassen worden; es stand ohne Futter in den Ställen oder trieb sich wild auf den Weiden

herum, die Kühe wurden nicht gemolken. Das ist jetzt anders geworden. Das Vieh wurde unter Mithilfe der deutschen Soldaten wieder eingefangen und, soweit es möglich war, zu den Besitzern zurückgebracht. Die merkwürdige Untätigkeit der Bauern ist möglicherweise eine Folgererscheinung der tiefen Resignation, die ganz Belgien erfasst hat; zum anderen Teil mag sie auch auf der gänzlich unbegründeten Furcht beruhen, dass die deutschen Truppen das geschnittene und eingebrachte Getreide für ihre Zwecke konfiszieren würden.

Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des vor wenigen Tagen in Brüssel eingesetzten deutschen Generalgouvernements sein, den Wirtschaftsbetrieb, die Landwirtschaft, die Industrie und das kaufmännische Gewerbe wieder in Gang zu bringen. Die Anfänge dazu sind bereits gemacht. Die industriellen Werke in der Gegend von Lüttich sind teilweise unter Zuhilfenahme deutscher Ingenieure wieder in Betrieb gesetzt und arbeiten für die Bedürfnisse der deutschen Militärverwaltung. Auch im Gebiet von Charleroi sieht man bereits wieder einige Schornsteine rauchen. Die Hauptarbeit ist jedoch noch zu leisten. Die Schwierigkeiten sind nicht zu verkennen; man braucht nur daran zu denken, ein wie grosser Teil der Betriebe selbst in dem siegreichen Deutschland ruht. Aber die Aufgabe, das Schwungrad des wirtschaftlichen Lebens in dem okkupierten Lande wieder in Gang zu bringen, ist des Schweisses der Edlen wert. Und wenn irgend etwas dem deutschen Generalgouvernement diese Aufgabe erleichtert hat, dann ist es die von Zerstörungswut weltenferne Disziplin unserer Truppen, die sich weder durch den Taumel des Sieges, noch durch den Durst nach Rache verleiten liessen, um des Zerstörens willen zu zerstören, und die sich auch in der gerechtesten Gegenwehr die äusserste Mässigung auferlegten.

Die erste Kriegsanleihe.
(Bank-Archiv, XV., Jahrgang Nr. 1).

> Das Ergebnis der am 19. September abgeschlossenen Zeichnung auf die Kriegsanleihe ist nach amtlicher Bekanntmachung: „Es sind gezeichnet: Reichsanleihe 3 121 001 300 Mark, darunter mit Schuldbucheintragung und Sperre bis 15. April 1915 1 198 987 700 Mark, Reichsschatzanweisungen 1 339 727 600 Mark, zusammen 4 460 728 900 Mark. Unter den Zeichnungen auf Schatzanweisungen befinden sich 582,9 Millionen Mark Wahlzeichnungen, deren Zeichner für den Fall der Ueberzeichnung der Schatzanweisungen erklärt haben, dass sie bereit seien, sich statt dieser auch Reichsanleihe zuteilen zu lassen.“

Rund 4,5 Milliarden Mark hat die Zeichnung auf die deutsche Kriegsanleihe ergeben.

Die in dieser Ziffer umschlossene Tatsache ist ein in der Geschichte der Völker bisher unerhörtes Ereignis. Sein Umfang und seine Wucht lassen sich auch für den Finanzfachmann auf den ersten Blick nicht voll ermessen. Seine Wurzeln liegen in den Tiefen des nationalen Lebenswillens unseres Volkes. Seine Wirkung greift weit über das finanzielle Gebiet hinüber in das Bereich des politischen und militärischen Geschehens, das über das Schicksal unseres Volkes entscheidet.

Um uns über die finanzielle Grosstat des deutschen Volkes klar zu werden, wollen wir zunächst festhalten:

Die 4,5 Milliarden sind kein eitler Bluff, sondern effektives Geld.

Dies im Unterschied von den Zeichnungsergebnissen der meisten anderen grossen Anleihen und vor allem zu dem von der Pariser Presse ins Riesenhafte aufgeblähten „Erfolg“ der 3½ prozentigen französischen Rente von Anfang Juli dieses Jahres. 805 Millionen Franken wurden damals zur Zeichnung aufgelegt. Wochenlang vor dem Abschluss der Subskription wurde in der französischen Presse laut verkündet, dass eine gewaltige Ueberzeichnung gesichert sei und dass die Zeichner nur auf die Zu-

teilung von wenigen Prozenten würden rechnen können. Die beabsichtigte Wirkung war, dass jeder, der sich tausend Frank der neuen Rente sichern wollte, 30 000, 40 000 oder gar mehr zeichnete, so dass in der Tat schliesslich eine 40 fache Ueberzeichnung herauskam. In Wirklichkeit war der Erfolg, wie sich alsbald nach Schluss der Subskription an der Kursentwicklung zeigte, nur ein mässiger. Der Kurs ging bald unter den Emissionskurs herab. Nach dem Kriegsausbruch erwies es sich für die französische Regierung als unmöglich, die noch ausstehenden Einzahlungen auf die Anleihe hereinzubekommen, so dass voraussichtlich nichts übrigbleiben wird, als die so erfolgreiche 3½ prozentige Anleihe zu annullieren und die bereits geleisteten Einzahlungen auf eine neu zu emittierende 5- oder 6 prozentige Kriegsanleihe zu verrechnen.

In völligem Gegensatz zu diesem prunkenden, aber so rasch in sich zusammengebrochenen Scheinerfolg ist das Zeichnungsergebnis unserer Kriegsanleihe echt bis auf die letzte Mark. Von den beiden Arten der Kriegsanleihe war nur für die kurzfristigen Schatzscheine ein fester Betrag vorgesehen, und zwar 1 Milliarde Mark; hierauf sind rund 1,34 Milliarden Mark ernsthafter Zeichnungen eingegangen, bei denen auf eine möglichst volle Zuteilung gerechnet wird. Da sich unter den Zeichnungen auf die Schatzscheine rund 580 Millionen Mark befinden, die alternativ auf Schatzscheine oder Anleihe lauten, werden die den festen Betrag von 1 Milliarde Mark übersteigenden Schatzscheinzeichnungen in Stücken der Anleihe befriedigt werden. Die langfristige Kriegsanleihe ist von vornherein ohne jede Beschränkung des Betrages der Zeichnung aufgelegt worden, und jeder Zeichner wusste, dass er auf die Zuteilung des vollen gezeichneten Betrages zu rechnen hatte. Jeder Zeichner war und ist also bereit, für den von ihm gezeichneten Betrag voll einzustehen. Das Reich wird demgemäss in den von ihm vorgeschriebenen Raten, deren letzte am 22. Dezember fällig ist, den vollen Gegenwert der gezeichneten 4,5 Milliarden Mark erhalten. Es darf hier ausgesprochen werden, dass der erzielte Betrag etwa doppelt so gross ist wie die Summe, auf die als Ergebnis der ersten Kriegsanleihe an den massgebenden Stellen gerechnet wurde.

Wer ermessen will, was der Erfolg der deutschen Kriegsanleihe bedeutet, werfe einen Blick auf die grössten Anleihegeschäfte, die bisher in Friedens- und Kriegszeiten durchgeführt worden sind.

Weitaus an der Spitze steht die 5prozentige französische Anleihe vom Juli 1872, die zusammen mit der Anleihe vom Juli 1871 zur Abtragung der Kriegskostenentschädigung aufgenommen wurde. Der Betrag der 1872er Anleihe war 2400 Millionen Mark, der 1871er Anleihe 1600 Millionen Mark. Die 1872er Anleihe war also nicht viel mehr als halb so gross wie die jetzt vom Deutschen Reich aufgebrachte Summe. Beide Anleihen zusammen bleiben noch um rund 500 Millionen Mark hinter der Summe zurück, die jetzt vom Deutschen Reich in einer einzigen Operation aufgebracht wird.

Hinter der grossen französischen Finanztransaktion zur Begleichung der Kriegskostenentschädigung stehen alle anderen seither durchgeführten Anleihegeschäfte weit zurück.

An zweiter Stelle kommt die japanische Anleihe von 1905 im Gesamtbetrag von 1640 Millionen Mark. Diese Anleihe stellt jedoch keine einheitliche Operation dar. Sie wurde vielmehr in 2 Abschnitten von je 600 Millionen Mark im März und Juli 1905 in verschiedenen Ländern (England, Vereinigte Staaten, Deutschland) emittiert; der Rest wurde allmählich unter der Hand verkauft.

Es folgt dann die grosse Anleihe der Vereinigten Staaten von 1900 in Höhe von 1290 Millionen Mark, die jedoch zum grossen Teil gegen ältere, höher verzinsliche Anleihen ausgegeben wurde und somit keine neue Inanspruchnahme des Kapitalmarktes bedeutete.

Fast den gleichen Betrag erreichte die von England im April 1901 — Burenkrieg — emittierte Anleihe von 1200 Millionen Mark.

Darauf folgen die russischen Anleihen von 1906 und 1909 im Betrage von je 1120 Millionen Mark.

Alle übrigen bisher in der Welt durchgeführten Finanzgeschäfte bleiben unter dem Betrag von einer Milliarde Mark zurück.

Einigermassen vergleichbar mit der deutschen Kriegsanleihe ist also nur die Aufbringung der Kriegskostenentschädigung durch Frankreich nach dem Kriege von 1870. Aber auch diese bisher in der Weltgeschichte weitaus bedeutendste Finanztransaktion wird

durch die deutsche Kriegsanleihe nicht nur der Summe nach, sondern noch mehr in anderen wichtigen Beziehungen übertroffen.

Während die deutsche Kriegsanleihe mit einem Mal den Betrag von 4,5 Milliarden Mark erbrachte, hat Frankreich die Aufbringung der 4 Milliarden Kriegskostenentschädigung auf zwei, mit mehr als Jahresfrist aufeinanderfolgende Anleihen verteilt. Dabei erstreckten sich die Einzahlungen auf die französische Anleihe vom Juni 1871 bis in das Frühjahr 1872 hinein, die Einzahlungen auf die Anleihe vom Juli 1872 bis in den Herbst 1873. Der Gesamtbetrag von 4 Milliarden Mark bedurfte also zu seiner Aufbringung eines Zeitraumes von mehr als zwei Jahren. Für die Einzahlungen auf unsere Kriegsanleihe dagegen war nur ein Zeitraum von zwei Monaten vorgesehen; lediglich in Rücksicht auf das alle Erwartungen übersteigende Ergebnis, das dem Reiche weit mehr Geld zur Verfügung stellt, als es zunächst braucht, sind die Einzahlungstermine nachträglich um einen Monat, bis zum 22. Dezember, hinausgeschoben worden. Das deutsche Volk stellt also seiner Regierung die 4,5 Milliarden Mark in ebensoviel Monaten zur Verfügung, wie an Jahren für die Aufbringung der 4 Milliarden Mark französischer Kriegskostenentschädigung erforderlich war.

Die 4 Milliarden Mark der französischen Kriegskostenentschädigung wurden ferner erst nach Wiederherstellung des Friedens aufgebracht. Die um 500 Millionen Mark grössere deutsche Kriegsanleihe stellt das deutsche Volk mitten im Kriege zur Verfügung, und zwar ehe die grossen Entscheidungen gefallen sind.

Schliesslich sind die französischen 4 Milliarden nicht nur von Frankreich selbst, sondern zum grossen Teil von den internationalen Märkten, namentlich von England, gezeichnet worden. Die Aufbringung der deutschen Kriegsanleihe dagegen ist die ausschliessliche Leistung des deutschen Volkes; die Heranziehung selbst des neutralen Auslandes ist mit voller Absicht vermieden worden.

Alle diese Unterschiede zeigen, wie sehr die deutsche Kriegsanleihe selbst die grösste bisher in der Welt durchgeführte Finanzoperation in den Schatten stellt. Es sei daran erinnert, dass die in wenig mehr als zwei Friedensjahren unter Heranziehung der

auswärtigen Märkte durchgeführte Aufbringung der 4 Milliarden Mark damals von der ganzen Welt als ein stauenswerter Beweis für die unermessliche und unzerstörbare finanzielle Kraft Frankreichs bewundert wurde.

Die finanzielle Grosstat des deutschen Volkes wird, soweit dies überhaupt noch möglich ist, in ein hoch helleres Licht gesetzt durch den Vergleich mit den bisherigen finanziellen Leistungen unserer Feinde.

England hat bisher in drei Abschnitten 45 Millionen Pfund Sterling in kurzfristigen Schatzscheinen aufgebracht, also 900 Millionen Mark. Eine grosse Anleiheemission hat es bisher nicht versucht.

Für Frankreich ist die Geldbeschaffung für den Krieg ein bisher noch ungelöstes Problem. Die französische Regierung ist zunächst mit einem amerikanischen Bankhaus wegen einer Anleihe von 100 Millionen Dollar in Verbindung getreten. Die Verhandlungen haben sich jedoch zerschlagen; angeblich weil die Regierung der Vereinigten Staaten die Uebernahme von Anleihen der kriegführenden Parteien als mit der Neutralität unvereinbar erklärt hat. In England hat Frankreich, soweit bisher bekannt geworden ist, lediglich 2 Millionen Pfund = 40 Millionen Mark auf Schatzwechsel erhalten. Es bleibt also der französischen Regierung voraussichtlich nichts übrig, als sich doch noch zu einer inneren Anleihe zu entschliessen. Man denkt zu diesem Zweck an eine 5- oder gar 6 prozentige Anleihe, die durch die Bezeichnung „Anleihe für die nationale Verteidigung" dem französischen Publikum schmackhaft gemacht werden soll, und auf die man die bisher geleisteten Einzahlungen auf die 3½ prozentige Rente vom Juli dieses Jahres als Akontozahlung verrechnen will.

Der vom deutschen Volke aufgebrachte Betrag enthebt die deutsche Regierung bis weit in das kommende Jahr hinein der Sorge um die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel. Der Krieg konnte von Deutschland zwei Monate lang geführt werden, ohne dass der Geldmarkt in Anspruch genommen wurde. Bedenkt man, dass der Geldbedarf in den Mobilmachungswochen mindestens doppelt so hoch war, als er im Durchschnitt der Wochen der Kriegführung sein wird, so kommt man zu dem

Schluss, dass Deutschland in der Lage sein wird, nach Verausgabung des Ertrages der Kriegsanleihe den Krieg weitere drei Monate fortzuführen, ohne gezwungen zu sein, erneut an den Markt zu appellieren. Die solide Verfassung unseres Kredit- und Bankwesens und die ausgezeichnete Vorbereitung der finanziellen Mobilmachung gewähren hierfür eine hinreichende Elastizität.

Für einen Krieg, der bis ins nächste Frühjahr hinein dauert, ist also der Geldbedarf des Deutschen Reiches gedeckt, während für England die Sorge um die Beschaffung der finanziellen Mittel für die Kriegführung weiterbesteht, und während für Frankreich diese Sorge von Tag zu Tag schwerer wird.

Wenn der englische Schatzkanzler in echt britischer Ueberhebung geprahlt hat, nicht die erste, sondern die letzte Milliarde — die natürlich bei England ist! — werde den Krieg entscheiden, so wird er heute einsehen müssen, dass Deutschland den Engländern zunächst um mehr als 3 Milliarden, den Franzosen um mehr als 4 Milliarden voraus ist. Mögen England und Frankreich diesen Vorsprung einholen! Dann werden wir mit aller Ruhe zusehen können, wem die Aufbringung der etwa weiter nötigen Milliarden schwerer fällt. Unsere Kriegsanleihe hat uns niemand in der Welt vorgemacht, und niemand wird sie uns so leicht nachmachen.

* * *

Der gewaltige, nicht nur für das Ausland, sondern auch für den hoffnungsfreudigsten Deutschen überraschende Erfolg der Kriegsanleihe lässt die Frage entstehen: Was hat Deutschland zu dieser, in der Finanzgeschichte einzigartigen Leistung befähigt?

Die 4½ Milliarden Mark sind uns sicherlich nicht als ein Geschenk des Himmels in den Schoss gefallen, ebensowenig wie Frankreichs finanzielle Verlegenheit in diesem Krieg ein Produkt des Zufalls ist.

Das Waffenglück hat zweifellos bis zu einem gewissen Grade mitgewirkt; sicherlich aber nicht ausschlaggebend, denn die grossen militärischen Entscheidungen in diesem Völkerringen sind noch nicht gefallen. Dazu kommt, dass die deutschen Waffenerfolge in Frankreich mit allen Mitteln der Lüge verkleinert worden sind,

und dass, seitdem das Vorhandensein unserer Armeen auf französischem Boden nicht mehr weggeleugnet werden kann, die Bevölkerung mit dem Hinweis auf die Uebermacht der Russen und Franzosen über den schliesslichen Ausgang beruhigt wird. Die Entwicklung der militärischen Operationen ist also keine ausreichende Erklärung für die fast für alle Welt überraschend zutage tretende gewaltige finanzielle Ueberlegenheit Deutschlands gegenüber Frankreich.

Die entscheidenden Ursachen unseres grossen finanziellen Erfolges sind vielmehr die folgenden:

Erstens ist Deutschlands Volkswohlstand im Laufe der letzten Jahrzehnte dem altberühmten Reichtum Frankreichs und sogar demjenigen Englands vorausgeeilt.

Zweitens verfügt Deutschland für Friedens- und für Kriegszeiten über eine unvergleichlich bessere wirtschaftliche und finanzielle Organisation als unsere Gegner.

Drittens äussert sich der gewaltige Aufschwung unseres Volkes in dieser schicksalsschweren Zeit in einem von den Franzosen nicht erreichten und von den Engländern ungekannten Opferwillen.

Und schliesslich haben wir auch auf dem finanziellen Gebiete Führer, deren Willenskraft und klarer Blick den Sieg verbürgen.

Die Entwicklung unseres Volkswohlstandes im Verhältnis zu derjenigen Frankreichs und Englands hat im Laufe der letzten Jahre den Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und Erörterungen gebildet. Das wirtschaftende Deutschland war sich des Wachsens seiner eigenen Kraft noch kaum bewusst geworden. Die Feststellung, in welchem Masse Deutschland in der Entwicklung seiner Produktion und seines Handels, seines Volkseinkommens und seines Volkswohlstandes alle anderen europäischen Nationen im Laufe der letzten Jahrzehnte überflügelt hat, fand im Auslande meist nur ungläubiges Kopfschütteln, bei unseren eigenen Landsleuten oft genug Kritik und Zweifel. Dies hat auch der Verfasser dieser Zeilen erfahren, als er im verflossenen Jahre das deutsche Volksvermögen auf 300 bis 320 Milliarden Mark, das jährliche Volkseinkommen Deutschlands auf etwa 42 Milliarden

Mark und den jährlichen Vermögenszuwachs Deutschlands auf 8 bis 10 Milliarden Mark berechnete und damit für alle diese Posten auf höhere Zahlen kam als für Frankreich und England. Im Auslande bestand nach wie vor der unerschütterliche Glaube, dass Deutschlands Volks- und Finanzwirtschaft ein Koloss auf tönernen Füssen sei, und dass Deutschland wirtschaftlich und finanziell beim ersten Kanonenschuss zusammenbrechen müsse. Dieser Glaube an unsere finanzielle Unzulänglichkeit gehörte mit zu den schwersten Gefahren für den Weltfrieden. Noch in der letzten Stunde vor Ausbruch des Krieges, im Juni d. J., hat der Verfasser — dem man in diesem Falle das Selbstzitieren verzeihen möge — im Vorwort zur 4. Auflage seiner Schrift über „Deutschlands Volkswohlstand" ausgeführt:

„Es ist geradezu ein Weltinteresse, dass die Illusion verschwindet, durch Mittel der finanziellen Politik könne erreicht werden, was bisher weder durch militärische Macht, noch durch Allianzen und Ententen zu erreichen war: die Niederkämpfung Deutschlands."

Es gibt niemand in Deutschland, der nicht gewünscht hätte, diese für unsere Gegner verhängnisvolle Illusion im Frieden verschwinden zu sehen. Jetzt, wo man den Krieg uns aufgedrungen hat, wird der Krieg sie ausrotten.

Aber das blosse Vorhandensein von Wohlstand und Reichtum tut es nicht allein, ebensowenig wie militärisch die Kopfzahl der Heere. Ihre Aktionskraft erhält die tote Masse durch die Organisation. In diesem Punkte haben wir uns schon in Friedenszeiten unseren jetzigen Gegnern weit überlegen gezeigt. Der Krieg ist die Probe aufs Exempel. Wenn unsere Börsen sich besser gehalten haben als diejenigen des Auslandes, wenn Deutschland allein von allen kriegführenden Staaten von dem Erlass eines Moratoriums Abstand nehmen konnte, wenn unser Geld- und Kreditwesen allen den grossen Anforderungen des Krieges bisher besser gerecht geworden ist, als dies bei irgendeinem unserer Gegner der Fall war, so verdanken wir dies der gesunden Struktur unserer Geld- und Bankverfassung, deren Leistungsfähigkeit durch die seit vielen Jahren sorgsam ausgearbeitete und bis ins kleinste vorbereitete Kriegsorganisation für die schweren Zeiten, die wir jetzt durchkämpfen, noch ausserordentlich gesteigert worden ist. Das kunst-

volle Ineinandergreifen von Reichsbank, Darlehnskassen, privaten Banken, Sparkassen, Kriegskreditbanken usw. kann und darf hier im einzelnen nicht dargestellt werden. Erst nach errungenem Sieg wird hierzu die Zeit gekommen sein. Für jetzt genüge die Feststellung, dass diese organisatorische Leistung die Möglichkeit geschaffen hat, die im Frieden erarbeiteten und den Werken des Friedens dienenden Kapitalien jetzt im Kriegsfall für die Kriegsbedürfnisse zu mobilisieren.

Bei aller Zunahme des deutschen Volksreichtums und bei aller Zweckmässigkeit unserer finanziellen Kriegsorganisation hätte unsere Kriegsanleihe nie und nimmer den gewaltigen Erfolg erzielen können, wenn nicht unser ganzes Volk von der schicksalsschweren Grösse des Entscheidungskampfes, den uns der Hass und Neid unserer Feinde aufgezwungen hat, bis ins Innerste durchdrungen wäre. Wie jeder deutsche Soldat freudig sein Blut für das Vaterland lässt, so ist ganz Deutschland entschlossen, jedes Opfer an Gut zu bringen. Die 4½ Milliarden Mark sind nicht etwa der Ausdruck der guten Kapitalsanlage einer verhältnissmässig kleinen Schicht von Wohlhabenden; sie sind der Ausdruck des entschlossenen Willens unseres ganzen Volkes, mit allem Können und Vermögen an dem gewaltigen Kampf um den Bestand und die Zukunft des Vaterlandes teilzunehmen. — „Wir alle wollen Hüter sein!" — Es ist bisher nicht veröffentlicht worden, wie gross die Zahl der Einzelzeichnungen auf die Kriegsanleihe ist. Aber wenn ich die Ergebnisse der bei der Deutschen Bank eingegangenen Zeichnungen zugrunde lege, so komme ich zu dem Schluss, dass die Zahl der Einzelzeichnungen nicht unbeträchtlich grösser ist als eine Million, und dass etwa ¾ dieser Zeichnungen auf Beträge bis zu 2000 Mark entfallen. Das ist eine „Levée en masse" auf finanziellem Gebiet, die in der Geschichte ebenso einzig dasteht wie der Anleiheerfolg als solcher.

Die vorhandenen Kräfte und den vorhandenen Geist richtig erkannt und entschlossen zum Siege geführt zu haben, ist das unvergängliche Verdienst unserer finanziellen Führung, die vor allem in den Händen der Reichsbank und ihres Präsidenten lag. Wie gross das Wagnis war, so bald nach dem Kriegsausbruch und vor dem Fall der endgültigen Entscheidungen eine Milliardenanleihe

herauszubringen, zeigt am besten der Vergleich mit den anderen kriegführenden Staaten, die sich bisher zu einem solchen Entschluss noch nicht durchgerungen haben. Wie gross das Wagnis war, die Kriegsanleihe in unbeschränktem Betrag aufzulegen, jedem Zeichner von vornherein die volle Zuteilung des gezeichneten Betrages in Aussicht zu stellen und damit von vornherein auf jeden Anreiz zu spekulativen Zeichnungen und auf jeden Scheinerfolg zu verzichten, dessen waren sich nur wenige bewusst. Aber dem Mutigen hilft Gott! In solchen Zeiten kommt es nicht darauf an, ob Einzelheiten so oder anders gemacht werden, sondern einzig und allein darauf, dass mit raschem und festem Entschluss geschieht, was nötig ist. Der Reichsbankpräsident hat nach dem Goetheschen Spruch gehandelt:

Säume nicht, dich zu erdreisten,
Wenn die Menge zaudernd schweift;
Alles kann der Edle leisten,
Der versteht und rasch ergreift.

* * *

So gross für sich allein genommen der Erfolg der Kriegsanleihe ist, seine volle Bedeutung hat dieser Erfolg erst in seinem Zusammenhang mit der Gesamtheit der Kriegsarbeit, die das deutsche Volk zu vollbringen hat. Die 4½ Milliarden, greifbar und materiell, wie sie sind, haben ihre ideale Bedeutung als Ausdruck des Willens zum Sieg, der das ganze deutsche Volk beseelt, und als Unterpfand dafür, dass uns der Sieg werden muss. Ein Volk, das in seiner Schicksalsstunde solcher Kraftleistungen fähig ist, kann nicht untergehen. Diese Gewissheit möge uns stärken. Den Feinden aber mögen die 4½ Milliarden zeigen, dass alle ihre Rechnungen auf Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Schwäche ebenso falsch sind wie ihre Spekulationen auf die Uneinigkeiten der deutschen Parteien oder Stämme. Vor allem England mag erkennen, dass alle Pläne, Deutschland wirtschaftlich und finanziell auf die Knie zu zwingen, an unserer Macht und unserem Willen zuschanden werden müssen, dass wir durchhalten werden mit der äussersten Anspannung aller Kräfte und um den Preis der äussersten Opfer bis zu dem Frieden, der unserm Volke für die lebenden und die kommenden Geschlechter Freiheit und Ehre, Ruhe und Wachstum verbürgt.

III.

Reichstagsreden.

Rede zum Reichsetat für 1915 und zur zweiten Kriegsanleihe,

vom 10. März 1915.

Meine Herren! Zum dritten Male, seit die Waffen das grosse Wort sprechen, haben Sie sich hier zu einer Kriegstagung versammelt, um im Verein mit den verbündeten Regierungen über die Reichsgeschäfte zu beraten.

Der Hauptgegenstand Ihres Arbeitsprogramms ist die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das kommende Rechnungsjahr und die Bereitstellung der für die Fortführung des Krieges erforderlichen Mittel. Diesem Umstande verdanke ich als Leiter der Reichsfinanzen die Ehre, Ihre Beratungen einleiten und Ihren Arbeiten namens der verbündeten Regierungen Erfolg und Segen wünschen zu dürfen. Ich zweifle nicht, dass diese guten Wünsche und die Hoffnungen, mit denen das ganze Land Ihre Beratungen begleitet, in Erfüllung gehen werden; denn ich weiss — und der Herr Präsident hat das vorhin in seiner Begrüssungsansprache ausdrücklich bestätigt —, dass auch dieses hohe Haus von dem einen grossen Gedanken durchdrungen ist, der heute in allen deutschen Herzen wohnt, von dem einen Gedanken: zusammenzuhalten und durchzuhalten, alle Kräfte einsetzen und alle Opfer zu tragen bis zum endgültigen und vollgültigen Siege.

Meine Herren, es ist mir heute zum ersten Male beschieden, als Vertreter der Verbündeten Regierungen vor diesem hohen Hause zu erscheinen. Ich glaube, eine Pflicht zu erfüllen, und glaube, auch in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich bei dieser ersten Gelegenheit zum Ausdruck bringe, wieviel das Reich und wieviel

die Finanzen des Reiches meinem hochverehrten Herrn Amtsvorgänger verdanken. Sie haben meinen Herrn Amtsvorgänger viele Jahre hindurch an der Arbeit gesehen, Sie kennen alle das vorbildliche Pflichtgefühl und die treue Hingebung, die gesunde Klugheit und die vielerfahrene Sachkenntnis, die den Staatssekretär Kühn auszeichneten.

Die Finanzierung der letzten Heeresvorlagen durch den Wehrbeitrag ist, wie wir alle wissen, in erster Reihe sein Werk. Er hat sich durch diese Tat seinen Platz in der deutschen Geschichte gesichert. Die Gründe, die meinen Herrn Amtsvorgänger bewogen haben, die Bürde seines Amtes niederzulegen, sind ein ehrenvolles Zeugnis für seine peinliche Gewissenhaftigkeit. Er hat geglaubt — vielleicht zu Unrecht —, dass seine gesundheitlichen Kräfte den grossen und schweren Anforderungen, die dem Leiter der Reichsfinanzen aus dem Kriege erstehen, nicht mehr voll gewachsen seien. Er hat daraus die Folgerung gezogen, dass es seine Pflicht gegenüber dem Vaterlande sei, das ihm in mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit liebgewordene Amt für einen Nachfolger freizumachen.

Meine Herren, das Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers hat mich zum Nachfolger des verdienten Mannes bestimmt. Sie dürfen mir glauben, dass der Entschluss, das verantwortungsvolle Amt auf mich zu nehmen, mir nicht leicht geworden ist. Vor mir sah ich und sehe ich ohne Unterlass riesengross die Aufgaben, die der Krieg, die der Friedensschluss und die schliesslich die militärische und wirtschaftliche Wiederherstellung für den Leiter der Reichsfinanzen mit sich bringen. Aber ich fühlte auch, dass ich nicht das Recht hatte, in solcher Stunde klein zu sein und zu versagen. Das Soldatenherz, das in jeder deutschen Brust schlägt, sagte mir ein kategorisches „Du musst!"

In diesem Geist, meine Herren, habe ich mein Amt übernommen, und in diesem Geist will ich es führen. Was ich meinem Kaiserlichen Herrn gelobt habe, was ich mir selbst versprochen habe, das will ich an dieser Stelle vor den erwählten Vertretern des deutschen Volkes wiederholen: Meine ganze Kraft und mein ganzes Können soll der Aufgabe gehören, die mir in dieser unerhört ernsten und schweren, aber auch unerhörten grossen und stolzen Zeit zuteil geworden ist.

Ueber eines bin ich mir dabei klar: Die allererste Voraussetzung erfolgreichen Wirkens auf diesem schweren Posten ist das Vertrauen und die Unterstützung aller zur Mitarbeit Berufenen. Um dieses Vertrauen und um diese Mitarbeit möchte ich Sie eindringlich bitten. Ich werde mit schweren Fragen an Sie herantreten müssen, mit Fragen, die gewaltige Interessen auf das tiefste berühren. Und das weiss ich im voraus: ich werde nicht immer das Glück haben, mit Ihnen Allen einer Meinung zu sein, schon deshalb nicht, weil Sie ja unter sich selbst nicht die Gepflogenheit haben, immer am selben Strange zu ziehen und die Schuhe über den gleichen Leisten zu schlagen. Aber ich hoffe, ein Hauch des Geistes, der, seit die grosse Stunde geschlagen hat, durch alle deutschen Lande und alle deutschen Herzen geht, wird auch die künftigen Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte auf meinem Arbeitsgebiete abmildern. Ich weiss sehr wohl, dass die Gegensätzlichkeiten der Weltanschauungen und der materiellen Interessen auch durch diesen Krieg nicht aus der Welt und aus dem deutschen Volke verschwinden werden. Ich weiss sehr wohl, dass Sie nicht darauf verzichten können und nicht darauf verzichten dürfen, die Anschauungen und Interessen Ihrer Kreise, Ihrer Berufsstände, Ihrer Parteien zu vertreten. Und ich glaube, das ist gut so! Was Lebenskraft hat und wachsen will, muss sich rühren und wehren. Reibung erzeugt Wärme, — das gilt auch im Leben der Völker! Nur darf die aus dem Leben geborene und Leben spendende Wärme nicht zum zerstörenden Fieber und zur verheerenden Feuersbrunst werden. Der wohltätige Widerstand, der hier eingeschaltet werden muss, ist das alles überragende Bewusstsein unserer deutschen Lebens- und Kulturgemeinschaft, die alles umfassende Liebe zu unserem grossen deutschen Vaterland.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich etwas näher an den Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung herankommen. Ich habe Ihnen den Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1915 zu erläutern und zu begründen. Ich nehme an, dass es Ihren Wünschen entspricht, wenn ich mich in meinen heutigen Ausführungen nicht hierauf beschränke, zumal da zum Etat selbst nicht allzuviel zu sagen ist. Ich beabsichtige, Ihnen im Anschluss an die Etatsbegrün-

dung einen Ueberblick über die Entwicklung und die Lage auf dem finanziellen Kriegsschauplatz zu geben, einen Ueberblick sowohl über unsere eigenen Massnahmen als auch über die Massnahmen unserer Feinde. Nur aus einem solchen Ueberblick heraus glaube ich Ihnen die Notwendigkeit des im ausserordentlichen Etat von uns angeforderten neuen Kriegskredits von 10 Milliarden Mark näherbringen zu können.

Ich möchte hier aber auch gleich sagen, worüber ich nicht zu sprechen gedenke: das ist mein finanzielles Programm für die Zukunft — und zwar aus dem sehr einfachen Grunde: der Schelm gibt mehr, als er hat! Ein praktisches und praktikables Programm braucht einen festen Untergrund von Tatsachen. Dieser Untergrund ist heute noch nicht da. Er wird erst durch den Ausgang des Krieges und durch die Bedingungen des Friedensschlusses geschaffen werden. Ich hoffe also, Sie sind nicht enttäuscht, wenn ich das abwarten will.

Heute möchte ich Ihnen nur eins sagen: Ich werde an die grossen Aufgaben, die in jedem Fall kommen werden, herantreten ohne jede Befangenheit und unbeirrt durch Schul- und Parteimeinungen. Wir alle, meine Herren, werden wohl in manchen Punkten überkommene Anschauungen daraufhin prüfen müssen, ob sie gegenüber den Erfahrungen dieses Krieges und gegenüber den durch den Krieg geschaffenen neuen Problemen einer Revision bedürfen. Mir scheint, wir werden alle mehr oder weniger umlernen müssen; denn die Zeit, die wir durchmachen, ist das grösste Erlebnis, das je einer Generation beschieden war — und Erleben heisst für den denkenden Menschen Lernen.

Aber ich wollte nicht von der Zukunft sprechen, sondern von der Gegenwart. Ich komme also zum Haushaltsentwurf.

Der Entwurf ist in der Geschichte des Deutschen Reiches das erste Kriegsbudget. Sie dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn er schon äusserlich anders aussieht als seine unmittelbaren Vorgänger. Es geht ihm wie so manchem einst wohlbeleibten Landwehrmann und Landsturmmann draussen im Felde: er ist um einige Pfund magerer geworden. Aber, meine Herren, das ist leider nur äusserlich; der innere Unterschied geht nach der andern Seite, und dieser innere Unterschied ist beträcht-

lich grösser. Die Summen, die wir für die Weiterführung des Krieges benötigen, lassen diesen Etatsentwurf in seiner Gesamtheit mit mehr als 13 Milliarden Mark abschliessen, also mit einer Summe, die etwa viermal so gross ist als der grösste Etat, der Ihnen bisher jemals vorgelegt wurde.

Meine Herren, die 10 Milliarden für die ausserordentlichen Kriegsausgaben geben dem Haushaltsentwurf sein eigentliches Gepräge. Aber die Wirkungen des Kriegszustandes erschöpfen sich keineswegs in dem ausserordentlichen Etat, — sie greifen weit hinüber in das Ordinarium. Bei dem ordentlichen Budget standen wir geradezu vor einer unlösbaren Aufgabe. Das Budget soll seiner Natur nach ein Voranschlag der zu erwartenden Einnahmen und der zu leistenden Ausgaben sein. Ein solcher Voranschlag ist bei der Unsicherheit über die Zeitdauer des Krieges und bei der Unsicherheit über die Einwirkungen des Krieges auf die verschiedenen Etatspositionen geradezu eine Unmöglichkeit.

Auf die Gestaltung des Reichshaushalts im laufenden Rechnungsjahre komme ich gleich zurück. Aber auch diese Gestaltung gibt, obwohl acht Monate des jetzt ablaufenden Rechnungsjahres bereits in die Kriegszeit fallen, keinen genügenden Anhalt für eine Veranschlagung. Schon in normalen Zeiten gilt ja von dem Haushaltsentwurf nur allzuoft das Wort: was sind Pläne, was sind Entwürfe! Die Wirklichkeit sieht sehr oft anders aus als die Anschläge, die wir vorlegen können. Unter den jetzigen Verhältnissen eine nur einigermassen zutreffende Veranschlagung vorzunehmen, dazu gehört mehr Voraussicht, dazu gehört mehr Mut, als ich mich zu besitzen rühmen kann. Deshalb, meine Herren, verzichten wir auf die Veranschlagung, die sonst ja ein wesentlicher Teil des Haushaltsentwurfs ist. Dieser Verzicht bedeutet keineswegs, wie Sie an der Tatsache der Vorlage sehen, dass wir überhaupt von einem Haushaltsetat Abstand nehmen wollen.

Abgesehen von dem Zwecke der Veranlagung hat ja das Budget noch zwei andere Aufgaben. Diese beiden Aufgaben sind erstens, die verfassungsmässige Grundlage für die Reichsfinanzwirtschaft zu schaffen, und auf diese verfassungsmässige Grundlage wollen wir auch jetzt während der Kriegszeit nicht verzichten. Der zweite Punkt ist die Sicherung des kalkulatorischen technischen Sche-

mas für die gesamte Wirtschaftsführung, für die Verrechnung, für die Rechnungslegung und für die Rechnungsprüfung.

Sie finden deshalb in dem Ihnen vorgelegten Entwurf dasselbe Schema, dieselbe Anordnung von Kapiteln, Titeln und Positionen wie gewöhnlich. Sie finden bei diesen Kapiteln, Titeln und Positionen Ansätze, die vielleicht, wie noch niemals bisher in einem Jahre, bis auf ganz wenige, aber wichtige Ausnahmen mit denen des vergangenen Jahres in Uebereinstimmung stehen. Dies kommt daher, dass wir davon abgesehen haben, soweit es sich ermöglichen und durchführen lässt, in diesem Etat mit neuen Forderungen an Sie heranzutreten. Wir haben im laufenden Etat davon abgesehen, Ihnen irgendwelche neuen Stellen in Vorschlag zu bringen. Wir haben bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats lediglich zweite Raten für die bereits angefangenen Bauten und andere Arbeiten angefordert und ausserdem nur einige ganz wichtige Neuforderungen, z. B. bei der Post, für Zwecke, die keinen Aufschub duldeten.

Meine Herren, von diesem Grundsatz, die Ausgaben und Einnahmen so einzustellen wie im letzten Jahre, aber Ihnen gleichzeitig ein detailliertes Schema zu liefern, sind wir nur abgewichen bei dem Etat der Heeresverwaltung, des Reichsmilitärgerichts, der Marine und der Kolonien. Die Gründe, aus denen wir geglaubt haben, bei den Kriegsressorts von einer Detaillierung absehen zu können, sind folgende. Der ordentliche Etat für Heer und Marine ist mit der Mobilmachung gewissermassen ausser Kraft getreten. Von dem ersten Tage der Mobilmachung an sind die sämtlichen und mussten die sämtlichen Ausgaben für Heer und Marine über das Kapitel 6 des ausserordentlichen Etats geleitet werden. Seit der Mobilmachung haben wir kein Friedensheer und keine Friedensmarine mehr, sondern nur noch ein ungeteiltes Kriegsheer und eine ungeteilte Kriegsmarine. Erst wenn der Tag der Demobilmachung gekommen sein wird, wird der ordentliche Etat für die fortdauernden Ausgaben für Heer und Marine wieder aufleben. Meine Herren, ich weiss nicht, wann dieser Tag kommen wird, — wir hoffen alle, es wird im Laufe des kommenden Rechnungsjahres der Fall sein, — aber das Eine weiss ich bestimmt: wenn dieser Tag kommt, werden wir Ihnen einen Nachtragsetat

vorlegen müssen, der die dann erst zu übersehenden Friedensbedürfnisse für Heer und Marine berücksichtigt. Wir werden Ihnen aber unter keinen Umständen ein Brot vorsetzen können, das wir heute schon backen. Aus diesem Grunde also haben wir geglaubt, bei den Kriegsressorts darauf verzichten zu können, Ihnen eine detaillierte Aufstellung wie bei den Zivilressorts zu geben.

Aehnliche Gründe, meine Herren, bestehen für die Kolonien. Wir müssen in dieser, für unsere Kolonien so schweren Zeit, den örtlichen Instanzen für die Massnahmen, die sie zur Verteidigung der ihnen anvertrauten Gebiete für notwendig halten, den allerweitesten Spielraum lassen. Wir wissen, dass wir das können und dürfen. Die heldenmütige Gegenwehr, von der uns der Feind wider seinen Willen Kunde geben muss, zeigt uns — wenn wir es nicht schon vorher wussten —, dass draussen in unseren Kolonien Männer mit dem Herz auf dem rechten Fleck auf der schweren Wacht stehen. Wir wissen, dass diese Männer das Menschenmöglichste tun, um gegen einen mit allen Mitteln kämpfenden Feind das in harter Arbeit erworbene und nutzbar gemachte Land zu schützen, die ihnen anvertrauten Menschenleben zu sichern, sich selbst und der deutschen Flagge Ehre zu machen, ja — ich stehe nicht an, das zu sagen —: den Namen und die Ehre und die Zukunft des weissen Mannes in den fremden Kontinenten zu retten.

Angesichts solchen Kampfes, in den unsere Schutzgebiete mit allen Fasern verstrickt sind, konnten und wollten wir keine ins einzelne gehende Etatsvorschriften in Vorschlag bringen. Wir haben Ihnen deshalb lediglich einen kurzen Etatsgesetzentwurf, ohne die üblichen detaillierten Anlagen, vorgelegt. Durch diesen Gesetzentwurf soll, nach Art eines Notgesetzes, den Männern draussen in den Kolonien die Möglichkeit gegeben werden, unter Anwendung — soweit das möglich ist — der Grundsätze, wie sie bisher bestanden, die Finanzwirtschaft weiterzuführen. Alle Einzelheiten, die zu diesem kurzen Entwurf über das Etatsgesetz für die Kolonien zu bemerken sind, darf ich mir für die Kommision vorbehalten.

Meine Herren, das wäre ungefähr das, was ich über die formale Behandlung des Etats zu sagen hätte.

Materiell habe ich einiges hinzuzufügen. Der Bedarf an fortdauernden Ausgaben für Reichsheer, Reichsmilitärgericht und Marine, wie wir ihn für jede der drei Verwaltungen in einer einzigen Summe ausgeworfen haben, stellt nicht den vollen Jahresbedarf, sondern die Hälfte des normalen Jahresbedarfs dar. Dieser Ansatz, der vielleicht aufs erste überraschen kann, steht im Zusammenhang mit der Höhe der von uns im ausserordentlichen Etat angeforderten Kriegskredite. Wenn die 10 Milliarden Mark, um deren Bewilligung wir Sie bitten, aufgebracht werden sollten, so würde das heissen, dass der Krieg ungefähr bis zum Spätherbst dauert, dass also bis zum Spätherbst zu Lasten des ordentlichen Etats für Heer und Marine Ausgaben überhaupt nicht zu leisten sind. Geht der Krieg früher zu Ende, so wird allerdings der ordentliche Etat für mehr als für den Bedarf eines halben Jahres in Anspruch genommen werden müssen; aber dann wird ein grosser Teil der ausserordentlichen Kredite frei. Dauert umgekehrt der Krieg länger, so wird die rechnungsmässige Ersparnis bei den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats entsprechend höher sein, während auf der anderen Seite weitere Kredite von Ihnen wohl würden verlangt werden müssen.

Unter allen Umständen aber — das habe ich schon vorher erwähnt — werden wir beim Friedensschlusse gezwungen sein, mit einem Nachtragsetat zu kommen, der den dann erst zu übersehenden Friedensbedürfnissen für Heer und Flotte Rechnung trägt.

Bei diesem inneren Zusammenhang zwischen dem ausserordentlichen Kriegsbudget und den fortdauernden Ausgaben für Heer und Marine haben wir geglaubt, dass die vorgeschlagene Regelung der inneren Oekonomie des Gesamtetats entspricht.

Meine Herren, so gern ich nun die Erörterungen im einzelnen der Budgetkomission überlassen möchte, so glaube ich mich doch verpflichtet, gleich hier im Plenum noch auf einen wichtigen Punkt im Etat hinweisen zu sollen, nämlich auf den Etat der Reichsschuld. Zunächst möchte ich feststellen, dass wir uns nicht veranlasst gesehen haben, die planmässige Tilgung der Reichsschuld einzustellen. Sie finden im ordentlichen Etat für Tilgungszwecke rund 68 Millionen, gegen 63½ Millionen Mark im Vorjahre. Ob diese Tilgung im Wege von Rückkäufen auf dem Markt oder

durch Absetzung von den bewilligten Krediten vorgenommen wird, das dürfen Sie wie in den früheren Jahren der Reichsfinanzverwaltung überlassen. Wichtig und wesentlich erschien mir nur, dass die nach so vielen Mühen endlich eingeführten Grundsätze einer planmässigen Schuldentilgung auch jetzt in der Kriegszeit und für die künftige Friedenszeit aufrechterhalten werden; und ich glaube, mich hierin mit dem hohen Hause in Uebereinstimmung zu befinden.

Für die Kriegsanleihen selbst haben wir allerdings von einer Tilgung abgesehen. Das ist ein Punkt, der natürlich der Regelung nach dem Friedensschluss überlassen bleiben muss.

Sie finden ferner bei dem Etat der Reichsschuld einen sehr starken Mehrbedarf für die Verzinsung, einen Mehrbedarf von nahezu einer Milliarde Mark. Das erklärt sich daraus, dass die Reichsschuld, die beim Ausbruch des Krieges rund 5 Milliarden Mark betrug, inzwischen auf rund 15 Milliarden Mark angewachsen ist, und dass sie, wie Ihnen schon die neue Kreditforderung zeigt, weiter wachsen muss, wenn der Krieg länger andauert. Das Erfordernis für die Verzinsung der Reichsschuld steigt also durch die Inanspruchnahme der Kriegskredite in ganz ausserordentlichem Masse. Es ist das derjenige Posten des ordentlichen Budgets, welcher vorläufig durch den Krieg am meisten betroffen wird. Auch hier haben wir geglaubt, nicht darauf verzichten zu sollen, solange wir das können — zurzeit können wir es noch! —, die Zinsen auch für die Kriegsschuld in den ordentlichen Etat einzustellen. Ich war der Meinung, dass wir auch in Kriegszeiten nach Möglichkeit vermeiden müssen, auf die schiefe Ebene zu kommen, dass Schuldenzinsen wieder aus Schulden bezahlt werden.

Wie sich nun die Verhältnisse bei der Reichsschuld späterhin gestalten werden, das hängt ganz und gar von dem Kriegsausgang und von den Friedensbedingungen ab. Wir werden nicht darauf verzichten können, und wir denken nicht daran, darauf zu verzichten, dass unsere Feinde — abgesehen von allem anderen — uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen, den sie mit diesem frevelhaft angezettelten Kriege angerichtet haben.

Meine Herren, ich darf mir nicht versagen, das tote Gerippe des Haushaltsentwurfs für 1915, das ich Ihnen bis jetzt vorgetragen

habe, mit etwas mehr Fleisch und Blut durch einige Mitteilungen darüber auszufüllen, wie sich der Reichshaushalt im laufenden Finanzjahr, von dem acht Monate in die Kriegszeit fallen, gestaltet hat. Aber ich will es kurz machen und genauere Angaben in der Budgetkommission geben, wenn solche gewünscht werden. Zunächst kann ich Ihnen mitteilen, dass die Rechnung für das zu Ende gehende Finanzjahr trotz des Krieges nicht mit einem Fehlbetrag, sondern voraussichtlich mit einem Ueberschuss abschliessen wird.

Nach den Januarergebnissen, die bereits vorliegen, wird dieser Ueberschuss etwa 38 Millionen Mark betragen. Meine Herren, ich will Ihnen Ihre Freude nicht gern stören, aber die Gewissenhaftigkeit erfordert, dass ich hinzusetze: der Ueberschuss ist ein rechnungsmässiger, dessen Bedeutung sich nur nach den Faktoren beurteilen lässt, aus denen er sich ergibt. Diese Faktoren — ich nehme an, dass Sie das interessieren wird — sind die folgenden:

Die Einnahmen des ablaufenden Etatsjahres ergeben voraussichtlich ein Minus von 535 Millionen Mark, also von mehr als einer halben Milliarde.

Die fortdauernden Ausgaben zeigen gleichfalls ein Minus — also eine Ersparnis —, und zwar in Höhe von 563 Millionen Mark.

Die einmaligen Ausgaben bleiben mit 10 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück.

Aus diesen Ziffern ergibt sich das rechnungsmässige Schlussresultat, das ich vorhin nannte, der Ueberschuss von 38 Millionen Mark.

Wenn Sie die Verteilung des Einnahmerückganges auf die wichtigsten Quellen interessiert: Der Ertrag der Zölle und Steuern ist um 176 Millionen Mark niedriger als im Voranschlag. Die Post zeigt einen Minderertrag ihres Ueberschusses gegenüber dem Voranschlag von 129 Millionen Mark. Bei den Reichseisenbahnen beläuft sich der Ausfall auf 58 Millionen. Dazu kommt beim Wehrbeitrag das erhebliche Minus von 175 Millionen, das in den Vorbemerkungen zum Etat Ihnen ja ausreichend begründet und erläutert ist. Dieser Fehlbetrag beruht hauptsächlich darauf, dass die ursprüngliche und, wie sich gezeigt hat, zutreffende Schätzung

des Ergebnisses von einer Milliarde auf eine Milliarde 200 Millionen Mark erhöht worden ist. Diese Erhöhung hat sich leider nicht als gerechtfertigt erwiesen.

Die Ersparnis an fortdauernden Ausgaben in Höhe von 563 Millionen ist in sich ein kompliziertes Gebilde und geht natürlich in erster Linie darauf zurück, dass, wie bereits erwähnt, vom Tage der Mobilmachung, also vom 1. August an, der ordentliche Etat für die fortdauernden Ausgaben für Heer und Flotte überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen worden ist. Daraus ergibt sich eine rechnungsmässige Ersparnis von nahezu drei Viertel Milliarde.

Auch bei den Zivilressorts sind grössere Ersparnisse erzielt worden, die in der Hauptsache darauf beruhen, dass ein grosser Teil der Beamten unter den Waffen steht, und dass ihre Bezüge zum Teil infolge dieser Tatsache aus dem Kriegsfonds fliessen.

Auf der anderen Seite ist bei den fortdauernden Ausgaben zu berücksichtigen, dass die Verzinsung der Reichsschuld gegenüber dem Voranschlag aus den Ihnen vorhin dargestellten Gründen einen erheblichen Mehrbetrag erfordert hat. Aehnlich wird im Gesamtergebnis der ordentlichen Ausgaben die rechnungsmässige Ersparnis auf 563 Millionen Mark herabgedrückt.

Diese Entwicklung des abgelaufenen Finanzjahres gibt uns einige Möglichkeit, eine Prognose zu stellen, wie sich die Dinge im laufenden Finanzjahr bei Fortdauer des Krieges entwickeln werden. Wir dürfen annehmen, dass einmal die sicher gegenüber dem formalen Anschlag zu erwartenden Ausfälle in den Einnahmen einen teilweisen Ausgleich finden in Ersparnissen bei den Ausgaben, die in der alten Höhe eingestellt sind, und wir dürfen weiter erwarten, dass in dem Betrag von 1200 Millionen Mark, der jetzt für den Schuldendienst eingesetzt ist, eine nicht unerhebliche stille Reserve liegt, die vielleicht ausreichen wird, um schliesslich im Endergebnis die Rechnung in Balance zu bringen.

Soweit sich also die Gestaltung der Reichsfinanzwirtschaft in dieser ausserordentlichen Zeit überhaupt voraussehen lässt, glaube ich, annehmen zu dürfen, dass der Etat, wie wir ihn Ihnen vorgelegt haben, nicht nur äusserlich balanciert, sondern auch, immer in den Grenzen der Möglichkeit, ein inneres Gleichgewicht in sich selber trägt.

Meine Herren, dass ich Ihnen dieses Urteil aussprechen darf, und zwar auf Grund der Ergebnisse einer achtmonatlichen Kriegszeit, zeigt Ihnen, wie solid die Fundamente sind, auf denen unsere Reichsfinanzwirtschaft beruht. Wir dürfen die Beruhigung in uns tragen, dass der Unterbau, den deutsche Arbeit, deutsche Intelligenz und deutsche Methoden geschaffen haben, selbst für eine Welt von Feinden schlechthin unzerstörbar ist.

Meine Herren, während die Friedensarbeit in Wirtschafts- und Finanzgebarung weiter geht, fordert der Krieg seine Rechte. Das gigantische Ringen ohnegleichen in der Weltgeschichte sprengt alle Formen und Masse, in denen wir bisher zu denken und zu rechnen gewohnt waren. Die Zahl der Riesenheere, die Verluste an Menschenleben, der Verbrauch an Material, die Zerstörung von Werten, der Kummer und das Herzeleid im ganzen Lande, vom Palast bis zur Hütte, aber auch der Opfermut und die Willenseinheit von ungezählten Millionen, — das alles sind Vorstellungen, an deren Weite und Tiefe die Menschheit sich erst gewöhnen muss.

Und nicht anders geht es uns mit dem materiellsten der Begriffe, mit dem Gelde.

Wir müssen heute mit Summen rechnen, die geradezu Schwindel erregen könnten. Der Jahresertrag mancher Finanzreformen, und zwar nicht nur der kleinen, wird heute aufgebraucht durch die Kosten einer einzigen Kriegswoche. Ich habe versucht, mir ein Bild über die wöchentlichen Ausgaben der kriegführenden Grossmächte zu machen, und bin auf einen Betrag gekommen von eineinhalb Milliarden Mark. Ich muss es mir hier versagen, Ihnen genauere Ziffern über unsere eigenen Kriegskosten vorzutragen; das muss ich mir aus naheliegenden Gründen für die Budgetkommission vorbehalten. Ich möchte Sie deshalb bitten, sich damit zu begnügen, dass ich Ihnen sage: die verbündeten Regierungen sind genötigt, Sie zu ersuchen, zu den bereits bewilligten Krediten von zweimal 5 Milliarden Mark dem im ausserordentlichen Etat für 1915 geforderten weiteren Kriegskredit von 10 Milliarden Mark Ihre Zustimmung zu erteilen, um auf diese Weise die nötige finanzielle Bewegungsfreiheit für die Weiterführung des Krieges bis zum Spätherbst zu sichern.

Meine Herren, wir sind durchdrungen von der Grösse des

Opfers und von der schweren Belastung, die sich in der Ziffer von 10 Milliarden, wie sie niemals von einem Parlament der Welt verlangt worden ist, ausdrückt; aber wir sind ebenso stark durchdrungen von der Ueberzeugung, dass kein Opfer zu gross und keine Last zu schwer sein kann, wenn es sich um unser Ein und Alles, wenn es sich um den Bestand und die Grösse unseres Vaterlandes handelt.

So schwer die 10 Milliarden und aber 10 Milliarden wiegen, das schwerste Opfer sind sie leider nicht; das schwerste Opfer ist das gute deutsche Blut, das die Blüte unserer Jugend und Manneskraft draussen vor dem Feinde vergiesst, ohne Murren und ohne Verzagen in der Selbstverständlichkeit einer heiligen Pflichterfüllung.

Meine Herren, vor diesem Opfermut können wir Daheimgebliebenen, denen es nicht vergönnt ist, mit den Brüdern draussen Not und Tod, Kampf und Sieg zu teilen, uns nur still verneigen. Wir können uns nur geloben, dass alles, was an uns liegt, geschehen soll und getragen werden soll, um den Helden draussen ihre Aufgabe und ihr Los zu erleichtern und die Früchte ihres Heldentums zu sichern.

Meine Herren, das geringste, was wir nach dieser Richtung tun können — und ich sage das als Leiter der Reichsfinanzverwaltung —, ist die Bewilligung der Mittel, die für die Fortführung des Krieges unbedingt notwendig sind.

Aber, meine Herren, mit der Bewilligung allein ist es nicht getan. Ihr Beschluss, die 10 Milliarden zu bewilligen, legt die 10 Milliarden dem Deutschen Reich nicht als Ostergeschenk auf den Tisch des Hauses nieder. Ihre Bewilligung bedeutet im Grunde genommen nicht mehr als die Autorisation für die Regierung, den von Ihnen bewilligten Betrag im Anleihewege flüssig zu machen, und deshalb, meine Herren, möchte ich einen dringenden Appell an Sie richten: begnügen Sie sich nicht mit dem stolzen Gefühl, die Mittel bewilligt zu haben, beteiligen Sie sich auch an der Aufbringung nicht nur nach Ihren eigenen finanziellen Kräften — das nehme ich als selbstverständlich an —, sondern beteiligen Sie sich an der Aufbringung dadurch, dass Sie als gewählte Vertreter des deutschen Volkes in denjenigen Kreisen, die Ihnen

ihr Vertrauen geschenkt haben, wirken für die weitestgehende, ausgiebigste Beteiligung an der neuen Kriegsanleihe, wirken im Sinne der Aufklärung dafür, wie sehr die Mitarbeit an der Aufbringung der für den Krieg erforderlichen Mittel eine patriotische Pflicht ist, der sich niemand entziehen darf.

Besonderer Anlass für diesen Appell ist mir die Tatsache, dass wir vor kurzem die zweite Kriegsanleihe aufgelegt haben, und dass der Termin für die Zeichnung auf diese Kriegsanleihe am 19. dieses Monats, also in relativ kurzer Zeit, abläuft.

Die erste Kriegsanleihe vom vorigen September war, wie Sie alle wissen, ein Erfolg von ungeahnten Dimensionen. Sie hat rund 4½ Milliarden gebracht, einen Betrag, der alle bisher dagewesenen Finanzoperationen einschliesslich der französischen Kriegsentschädigung 1871 in Schatten stellte. Meine Herren, wir hatten diesen Erfolg zu verdanken dem durch die zähe Arbeit des deutschen Volkes im raschen Fortschritte vermehrten Wohlstand, wir hatten ihn zu verdanken der opferwilligen Vaterlandsliebe aller Bevölkerungsschichten, der vorzüglichen Friedens- und Kriegsorganisation unseres Geld- und Kreditwesens und der ausgezeichneten Leitung des Anleihegeschäftes. Meine Herren, es ist mir hier ein Bedürfnis, zu bekunden, welches unvergängliche Verdienst um unsere Kriegsbereitschaft und speziell um die Führung des Anleihegeschäftes sich die Reichsbank und insbesondere der Reichsbankpräsident erworben hat. In jahrelanger zäher Arbeit hat der Reichsbankpräsident darauf hingewirkt, unser Kreditwesen krisen- und kriegsfest zu machen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass der Reichsbankpräsident bei diesem Bestreben mitunter auf Zweifel und Bedenken gestossen ist, aber auch, dass er schliesslich in der grossen Linie Verständnis gefunden hat, Verständnis in dem Masse, dass ohne gesetzlichen Eingriff unsere deutsche Kreditorganisation in den gewaltigen Stürmen des Kriegsausbruchs sich besser bewährt hat als diejenige irgend eines anderen Landes Und dieses ruhige Sichbewähren in den ersten kritischen Wochen hat neben den unvergleichlichen Waffenerfolgen unserer Truppen nicht zum wenigsten dazu beigetragen, dem ganzen Volke das sichere Gefühl des Vertrauens zu geben,

das die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung dieses Völkerkrieges ist. Aber der glänzende Erfolg der ersten Kriegsanleihe ist nur ein erster Schritt. Eine gewonnene Schlacht ist noch kein gewonnener Feldzug. Sie brauchen nur den Betrag der ersten Kriegsanleihe, so gewaltig er an sich war, im Verhältnis zu den Krediten zu setzen, die Sie bereits bewilligt haben, und die wir weiter von Ihnen verlangen müssen, dann werden Sie die Notwendigkeit verstehen, dass der zweite Appell an die deutschen Sparer und Kapitalisten ausgiebigsten Widerhall finden muss. Dazu können und müssen Sie uns helfen.

Wir haben die Organisation, die im September für die erste Kriegsanleihe geschaffen worden ist und so vorzüglich funktionierte, jetzt nach Möglichkeit ausgebaut. Wir haben den Kreis der Zeichnungsstellen für die Kriegsanleihe wesentlich erweitert. Diesmal nehmen nicht nur Banken, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen usw. Zeichnungen für die Kriegsanleihe an, sondern auch die sämtlichen Kreditgenossenschaften haben sich zur Verfügung gestellt, und an denjenigen kleineren Plätzen, an denen nicht wenigstens eine Sparkasse besteht, stehen die Postanstalten für die Zeichnung zur Verfügung.

Wir haben uns ferner mit den einzelnen Bundesregierungen in Verbindung gesetzt, um durch die Werbearbeit von Gemeindevorstehern, von Geistlichen und von Lehrern die Aufklärung über die patriotische Pflicht, bei der Kriegsanleihe mitzuwirken, und über die finanziellen Vorteile, die die Kriegsanleihe den Zeichnern gewährt, in die breitesten Schichten der Bevölkerung hineinzutragen. In ungezählten Exemplaren haben wir ein Merkblatt verbreitet, das alles Wissenswerte über die Kriegsanleihe enthält und, wie ich glaube, in allgemein verständlicher Weise auseinandersetzt.

Meine Herren, es gilt, dem ganzen Volke klar zu machen, dass dieser Krieg mehr als irgendeiner zuvor nicht nur mit Blut und mit Eisen, sondern auch mit Brot und mit Geld geführt wird. Für diesen Krieg gibt es nicht nur eine allgemeine Wehrpflicht, sondern auch eine allgemeine Sparpflicht und eine allgemeine Zahlpflicht. Keiner darf sich entziehen, auch der Kleinste nicht. Der Verschwender notwendiger Lebensmittel und der

Mammonsknecht, der sich nicht von seinen Ersparnissen trennen kann, ist um kein Haar besser als der Deserteur, der sich seiner Wehrpflicht entzieht. Wie es für das Heer auf jeden Arm ankommt, der noch die Büchse spannen kann, so brauchen wir alle die grossen und kleinen Ersparnisse. Niemand darf sich mit der billigen Ausrede oder Redensart entziehen: auf meine paar Groschen kommt es doch nicht an. Es kommt auf jede Ersparnis an. Das deutsche Volk muss auch in dieser Beziehung leisten, was es irgend leisten kann. Ich wiederhole, auch unser Ruf, der Ruf der finanziellen Kriegsleitung, geht an alle, an Gross und Klein, und Schande über jeden, der sich taub stellt!

Das akute Thema der Kriegsanleihe hat mich von dem Reichshaushaltsetat auf ein weiteres Feld geführt, auf das grosse Schlachtfeld der finanziellen Kriegsführung. Ich möchte sie einladen, auf diesem Felde mit mir eine rasche Umschau zu halten, eine Umschau, die Sie in den Stand setzen soll, die materiellen Opfer, die das deutsche Volk bringen muss, einzustellen in den grossen Zusammenhang der finanziellen Kriegsvorgänge, und ich hoffe, dass es mir auf diesem Wege gelingen wird, Ihnen wenigstens einen gefühlsmässigen Massstab für die finanziellen Grössenverhältnisse zu geben, die sich der verstandesmässigen Auffassung nahezu entziehen. Vor allem hoffe ich, dass Sie sich überzeugen: wenn jeder seine Pflicht tut, kann uns auch auf diesem Felde der Sieg nicht fehlen.

Meine Herren, das Ausland hat lange die Augen vor unserem wirtschaftlichen und finanziellen Wachstum verschlossen. Vor allem die Nationen des alten Reichtums, Frankreich und England, sahen, bei allem Respekt vor unserer militärischen Macht, auf unsere finanzielle Leistungsfähigkeit mit unverhohlener Geringschätzung herab. Noch im Jahre 1911, zur Zeit der Marokkokrisis, glaubten die Franzosen, durch die Zurückziehung ihrer Guthaben, deren Umfang sie in phantastischer Weise überschätzten, uns auf die Knie zwingen zu können. Sie haben uns damit ungewollt die Gelegenheit gegeben, gewissermassen eine Generalprobe unserer finanziellen Kriegsbereitschaft abzulegen. Die Generalprobe ist günstig für uns ausgefallen; aber die Franzosen haben aus dieser

Erfahrung nichts gelernt. Sie blieben nicht nur bei ihrer Unterschätzung unserer und bei der Ueberschätzung ihrer eigenen Finanzkraft, sondern sie bildeten sehr bald die für die französischen Ohren ebenso angenehm wie für den Weltfrieden gefährliche Legende: nur die Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs habe Deutschland damals vor einem Ueberfall auf Frankreich abgehalten. Das war die Meinung, der man in den Jahren nach der Marokkokrisis in Paris ungefähr überall begegnen konnte.

Auch England hat unsere wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit zu gering veranschlagt. Die Kenntnis der Verhältnisse anderer war ja niemals Englands starke Seite. Mein britischer Kollege, Lloyd George, der eine bilderreiche Sprache liebt, hat wenige Tage nach dem Kriegsausbruch das Wort von der „letzten Milliarde“ und von den „silbernen Kugeln“ gesprochen, mit denen England den Krieg gewinnen werde. Meine Herren, da ich mich begreiflicherweise dafür interessiere, wie sich die Welt und namentlich wie sich dieser Krieg in den führenden Köpfen unserer Feinde malt, habe ich mir den Wortlaut dieser Rede von Lloyd George beschafft und etwas näher angesehen. Ich bin dabei, abgesehen von der selbstverständlichen Ueberzeugung von Englands unbedingter Ueberlegenheit über die ganze Welt, auf eine Vorstellung des Krieges und auf eine Geschichtsauffassung gestossen, die ich glaube diesem hohen Hause nicht vorenthalten zu sollen. Lloyd George sprach damals vor einer Delegation der Grafschaften und der Munizipalitäten. Er machte den Herren begreiflich, dass sie den Kapitalmarkt jetzt nicht für ihre Bedürfnisse beanspruchen dürften, sondern ihn ausschliesslich der Regierung für die Kriegszwecke überlassen müssten. Sie sehen also, in diesem Punkte verfährt doch das stolze England genau so, wie wir in Deutschland verfahren. Dann fuhr er fort — ich will das wörtlich verlesen —:

„Wir brauchen jeden Penny, um gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen, und unsere erste Sorge muss sein zu gewinnen... Die ersten hundert Millionen kann der Feind so gut aufbringen wie wir, die letzten hundert Millionen hat der Feind, Gott sei Dank, nicht... Mit den silbernen Kugeln haben wir schon früher gewonnen. Wir haben Europa finanziert in dem grössten Kriege,

den wir je durchgefochten haben, und das ist es, was den Krieg gewonnen hat...."

Meine Herren, das ist wörtlich übersetzt. Nur der Vollständigkeit wegen sei hinzugefügt, dass Lloyd George auch bei dieser Gelegenheit auf die unerschütterte und unerschütterliche Herrschaft Englands über die See hinwies, die England nicht nur den eigenen Handel sichere, sondern England auch gestatte, einen guten Teil des Handels seiner Feinde sich anzueignen. Er setzte hinzu:

„Natürlich muss das Geschäft aufrecht erhalten werden, denn das Geschäft ist immer nötig, um den Krieg in Gang zu halten."

Also, meine Herren, Lloyd George ist stolz darauf, dass der grösste Krieg, den England bisher in seiner Geschichte zu führen hatte, nämlich der Krieg gegen Napoleon I., mit silbernen Kugeln gewonnen worden sei, und er hat die stolze Hoffnung, diesmal werde die durchschlagende Kraft der silbernen Kugeln abermals den Ausschlag zugunsten Englands geben.

Ich meine, der Herzog von Wellington — von dem braven Marschall Vorwärts ganz zu schweigen — muss sich bei dieser Einschätzung seiner Taten durch einen seiner Epigonen im Grabe umdrehen. Nein, meine Herren, mit dem dicken Geldbeutel allein, auch wenn er mit allen Künsten der Subsidien und der Bestechung gehandhabt wird, sind damals Schlachten nicht zu gewinnen gewesen, und heute sind sie damit erst recht nicht zu gewinnen. Die preussischen Grenadiere, die bei Waterloo zur rechten Zeit noch Wellingtons Truppen herausgehauen und damit Schlacht und Feldzug und Imperatorenschicksal entschieden haben, haben von silbernen Kugeln sicherlich nichts gewusst, und unsere Zweiundvierziger und unsere Unterseeboote schiessen auch nicht mit silbernen Kugeln, sondern mit gutem Stahl, der durch deutscher Hände Arbeit gewonnen und gehärtet ist.

Ich kann nicht umhin zu sagen, die Aeusserungen meines britischen Kollegen haben mir stärker als irgend ein anderes Wort der englischen Staatsmänner in dieser Zeit den Unterschied klargemacht, der zwischen englischer und deutscher Auffassung vom Krieg besteht. Das bekannte Wort von Clausewitz. „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"

muss in das Englische übersetzt werden: der Krieg ist die Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln. Die Engländer betrachten in der Tat den Krieg als ein Geschäft, das mit Gewaltmitteln abzuwickeln ist. Der Deutsche dagegen sieht in dem Kriege die schwerste, aber auch die erhabenste Prüfung, die das Geschick einem Volk zuerteilen kann, eine Prüfung, die alle moralischen, intellektuellen und materiellen Kräfte auf den Plan ruft und auf das äusserste anspannt. Diese Auffassung, auf die wir unsere Zuversicht bauen, ist, glaube ich, ein festeres Fundament als alles Gold und Silber der Welt. Aber es ist gut, dass wir den Gegner kennen und wissen, auf welche Waffen er sein Vertrauen setzt; und noch besser ist, dass wir sicher sind, ihm mit seinen eigenen Waffen ausreichend dienen zu können. Diese felsenfeste Zuversicht möchte ich hier aus meiner innersten Ueberzeugung heraus mit allem Nachdruck und aller Eindringlichkeit bekunden. Diese Ueberzeugung stützt sich nicht nur auf die Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands, sondern auch auf die Erfahrungen des bisherigen Kriegsverlaufs.

Sie wissen alle, dass die Entwicklung unseres Volksreichtums und unseres Volkseinkommens vor dem Kriege auf einem Punkt angelangt war, der uns gestattete, uns England gegenüber als gleichwertig und Frankreich gegenüber als überlegen zu betrachten. Ich setze hinzu: unsere vermögenbildende Kraft hat in den letzten Jahren vor dem Krieg diejenige der beiden Länder zweifellos übertroffen. Wenn unsere ausländischen Rivalen, ja wenn vielfach wir Deutschen selbst unsere Wohlstandsentwicklung nicht richtig und jedenfalls nicht voll einschätzten, so lag das namentlich an folgenden zwei Punkten: unser erarbeiteter und ersparter Kapitalzuwachs fand vor allem und in erster Linie lohnende Verwendung in der heimischen Volkswirtschaft. Der Ausbau und die Modernisierung unserer deutschen Industrie stellte an den Kapitalmarkt Jahr für Jahr ganz gewaltige Ansprüche. Halten Sie sich nur vor Augen, dass vor 12 Jahren noch unsere Produktion von Roheisen mit 10 Millionen Tonnen gerade die englische Produktion, die uns vorher überlegen war, erreicht hatte, und dass im Jahre vor dem Krieg, im Jahre 1913,

unsere Roheisenproduktion mit rund 20 Millionen Tonnen die englische Produktion, die stabil geblieben war, genau um das Doppelte übertraf.

Aber auch die Landwirtschaft hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in einer Weise rationalisiert und in einer gewissen Beziehung — möchte ich sagen — industrialisiert, dass ihre Erzeugung nicht nur mit dem starken Wachstum unserer Bevölkerung Schritt hielt, sondern auch — auf die gleiche Bodenfläche bezogen — einen erheblich grösseren Ertrag lieferte als die Landwirtschaft irgendeines der mit uns konkurrierenden Länder, von denen die meisten unter besseren Bodenbedingungen und besseren klimatischen Verhältnissen arbeiten als wir. Unsere deutsche Landwirtschaft ist heute in der ganzen Welt nicht nur unübertroffen, sondern auch unerreicht.

Der Ausbau unserer Industrie und die Entwickelung unserer Landwirtschaft hat, wie gesagt, den weitaus grössten Teil unseres jährlichen Kapitalzuwachses gebunden. Es blieb mithin, da uns das Hemd näher ist als der Rock, für das Ausland nur ein relativ bescheidener Teil unserer jährlichen Ersparnisse zur Verfügung. In welchem Masse das der Fall ist, werden Sie an wenigen Zahlen sehen, die ich Ihnen geben will. In den letzten 5 Jahren vor dem Krieg betrug der Anteil der öffentlichen Emissionen, der auf auswärtige Anlagen kam, in Deutschland 15 Prozent, in Frankreich 69 Prozent. Von den englischen Emsisionen kamen 46 Prozent auf ausländische Anlagen, 36 Prozent auf die Kolonien und nur 18 Prozent auf inländische Anlagen. An dem Massstab der Auslandsanlagen gemessen sind wir allerdings ein armes Volk geblieben. Dieser Massstab ist aber fast so falsch, wie wenn man den Vermögenszuwachs, die Wohlstandszunahme eines Mannes beurteilen wollte nach dem äusserlichen Aufwand, den er treibt. Das Verhältnis ist oft genug ein umgekehrtes!

Meine Herren, dieselbe Tatsache, von der ich eben sprach, die relativ geringe Menge verfügbaren Kapitals für Auslandszwecke, hat ihr Gegenstück in dem Verhalten des Geldmarktes im Innern. Der Geldmarkt war bei uns durch das starke Bedürfnis für die Entwickelung von Industrie, Landwirtschaft und Handel während der letzten Jahre stärker in Anspruch genommen als

derjenige unserer ausländischen Konkurrenten. Die zeitweise stürmische Aufwärtsbewegung hat gelegentlich zu Pressungen geführt, die das Ausland als einen Beweis unserer finanziellen Rückständigkeit und Schwäche ansah, während diese Pressungen in Wirklichkeit nur die Begleiterscheinungen einer intensiven Betätigung unserer Kräfte und schlimmstenfalls notwendige Wachstumskrankheiten waren. Wo wirklicher Kapitalzuwachs vorhanden war und wo äusserer Schein sich breit machte, das hat sich gerade in unserem Verhältnis zu Frankreich schon in den Monaten vor dem Ausbruch des Krieges mit aller Deutlichkeit gezeigt. Das hat sich gezeigt, als der französische Markt und die französische Bankwelt unter dem Druck der aus Prestigesucht wahllos übernommenen Auslandswerte und unter der Wucht gewaltiger Verluste an leichtfertig eingegangenen überseeischen Engagements spekulativsten Charakters in allen Fugen zu erzittern begannen.

Meine Herren, die Begleiterscheinungen des Kriegsausbruches und der bisherige Verlauf des Krieges haben denjenigen recht gegeben, die unser finanzielles Kräfteverhältnis gegenüber unseren Gegnern günstig bewerteten. Die vielen Jahre von Arbeit und Sparsamkeit haben bei uns Kräfte angesammelt, die durch die wohlvorbereitete Organisation der finanziellen Mobilmachung in der wirksamsten Weise zur Geltung gebracht werden konnten. Wohl sahen wir, dass ebenso wie in andern Ländern in den ersten Tagen der Bestürzung und der Beunruhigung, der Verwirrung und der Kopflosigkeit ein törichtes Zurückhalten und Zurückziehen von Bargeld stattfand. Aber den wohlüberlegten Massnahmen der Regierungen und der Behörden, dem zielbewussten Eingreifen der Reichsbank, der sofortigen Errichtung der Darlehnskassen, dem ruhigen und selbstsicheren Verhalten der Geldinstitute, Banken und Sparkassen gelang es in der kürzesten Frist, die Zahlungsmittelkrisis zu überwinden und im Geldverkehr Vertrauen und normale Verhältnisse wiederherzustellen. Wir hatten zu diesem Zweck nicht nötig, wie die Bank von England, den Diskont auf 10 Prozent zu erhöhen, sondern sind mit 6 Prozent ausgekommen; wir hatten auch nicht nötig, wie die englische Regierung, nahezu eine Woche von sogenannten „Bankfeiertagen“ zu dekretieren, nur um die Bankwelt vor der Zahlungseinstellung zu schützen; und

wir hatten auch schliesslich nicht nötig, wie die anderen kriegführenden Staaten und die meisten übrigen Länder, ein allgemeines Moratorium zu erlassen, das sehr viel leichter eingeführt als wieder aus der Welt geschaffen ist.

Auch unser Staatskredit hat sich wesentlich besser gehalten als derjenige Frankreichs und auch besser als derjenige Englands. Die dreiprozentige französische Rente ist seit Kriegsausbruch um 12 Prozent und zeitweise über 15 Prozent zurückgegangen, unsere deutsche Reichsanleihe nur um 5½ Prozent. Auch die englischen Konsols haben einen Rückgang erfahren um 7 Prozent. Aber hier kommt in Betracht, dass die englische Regierung Minimalkurse dekretiert hat, die im freien Verkehr zeitweise um 3 Prozent bis 4 Prozent unterschritten worden sein sollen.

Wenn Sie aber noch etwas zurückgehen und berücksichtigen, dass wir die ganze Periode von der Marokkokrisis über den Tripoliskrieg und die Balkankriege bis zum jetzigen Weltkriege schliesslich als ein gemeinsames Ganzes ansehen müssen, wenn Sie also das Jahr 1910 für diese Betrachtung zum Ausgangspunkt nehmen, so kommen Sie zu folgenden Zahlen:

Der Durchschnittskurs der französischen Rente im Jahre 1910 war 98, derjenige der deutschen dreiprozentigen Reichsanleihe 84; die französischen dreiprozentigen standen also um volle 14 Prozent höher als die deutsche Reichsanleihe. Und heute ist seit einiger Zeit die französische dreiprozentige Rente unter den Kurs der deutschen Reichsanleihe heruntergegangen. Der ganz kolossale Vorsprung der französischen Rente von 14 Prozent ist also im Laufe von vier Jahren verloren gegangen zu unseren Gunsten.

Lassen sie mich nun in kurzen Zügen darstellen, wie die bisherige Finanzierung des Krieges bei Freund und Feind sich abgewickelt hat. Dazu muss ich zunächst ein Wort sagen über die Kriegskosten bei den einzelnen Staaten. Ueber unsere eigenen Kriegskosten sind Sie ungefähr im Bilde. Die näheren Mitteilungen habe ich mir für die Budgetkommission vorbehalten. Die Kriegskosten der verbündeten Donaumonarchie blieben angesichts der geringeren Effektivstärke der österreichisch-ungarischen Armee hinter den unsrigen zurück. Unser anderer Verbündeter, die Türkei, war stets dafür bekannt, dass er es meisterhaft versteht, seine

Kriege mit einem Mindestmass von finanziellem Aufwand zu führen. Natürlich geht es auch hier nicht ganz ohne Geld. Der Mitwirkung, die über die eigenen, im übrigen nicht zu unterschätzenden Hilfsmittel der Türkei hinaus notwendig ist, hat sich Deutschland niemals bisher entzogen, und es wird sich dieser Mitwirkung auch weiterhin nicht entziehen. Ich bin in den Angelegenheiten der finanziellen Kriegsführung in Fühlung mit meinem Freunde Dschavid Bey, dem früheren türkischen Finanzminister den die ottomanische Regierung mit Spezialauftrag für diese Dinge hierhergesandt hat.

Was nun die Kriegskosten unserer Feinde anhelangt, so kann ich Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen, sie sind noch ein gutes Stück grösser als die unsrigen und die unserer Verbündeten. Für sich allein genommen, trägt Deutschland allerdings die stärkste Last, aber die Kriegskosten Englands zeigen in den letzten Monaten und Wochen eine so erfreuliche Zunahme, dass sie jetzt wohl kaum mehr hinter unseren zurückbleiben. Die silbernen Kugeln müssen in England eben mancherlei ersetzen, was bei uns einer solchen Nachhilfe nicht hedarf. Nach dem letzten Material, das ich habe zusammenstellen lassen, stellen sich die englischen Kriegskosten für die mit dem Monat März ablaufenden acht Monate auf nicht weniger, oder auf kaum weniger als neun Milliarden Mark. Dabei hahen die Engländer mit sehr kleinen Kriegskosten angefangen und sind dann sehr rasch und sehr stark mit ihren Kriegskosten in die Höhe gegangen. Sie sind heute auf einer täglichen Kriegsausgabe von etwa zwei Millionen Pfund, d. h. von 40 Millionen Mark angelangt, und ich glaube, die Ziffer wird wohl bald überstiegen werden.

Ueber die Kriegskosten von Frankreich und Russland ist mir Zuverlässiges nicht bekannt, ausser den gelegentlichen Mitteilungen, die nicht dort in diesen Ländern, sondern im englischen Parlament gemacht worden sind. Aus einer Aeusserung des englischen Schatzkanzlers schliesse ich, dass die Kriegskosten von Russland und Frankreich zusammengenommen kaum geringer sind als die doppelten Kriegskosten Englands. Der Unterschied, der dort angedeutet wurde, ist nicht sehr erheblich. Wenn ich nun noch alle die Nebenkosten hinzunehme, die Kosten für die sogenannte helgische

Regierung und die belgische Armee, für Serbien und Montenegro, so wird die Summe der täglichen Kriegskosten unserer Gegner eher jenseits als diesseits von 120 Millionen Mark pro Tag liegen. Das sind 3 Milliarden 600 Millionen Mark in einem einzigen Monat.

Sie werden sich nun fragen, auf welche Weise die kriegführenden Staaten bisher diesen gewaltigen Anforderungen gerecht geworden sind. Die Mittel der Finanzierung eines modernen Krieges sind im wesentlichen die folgenden: Erstens die Aufnahme von Anleihen, zweitens die Inanspruchnahme der Noten- und Papiergeldpresse, drittens die Verminderung von Ausgaben und Kriegssteuern.

Lassen Sie mich mit der letzten Position beginnen.

Die laufenden Ausgaben eines geordneten Staatswesens stehen zum weit überwiegenden Teile durch gesetzliche Verpflichtungen des Staates und durch tatsächliche Staatsnotwendigkeiten in solchem Masse fest, dass eine Reduktion nur in bescheidenem Umfange möglich ist, wenn nicht wichtige allgemeine Interessen leiden sollen. Wir haben in unserem Etat eine solche Reduktion nur in bescheidenem Umfange, innerhalb der Grenzen des Möglichen, namentlich bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, vorgenommen. Die übrigen Kriegführenden scheinen ähnlich zu verfahren. Die Summen, um die es sich dabei handeln kann, sind gegenüber den gewaltigen Kriegsausgaben, die überall ein Mehrfaches des normalen Budgets betragen, natürlich ganz minimal.

Zu neuen Steuern oder zu Steuererhöhungen hat sich in grösserem Umfange bisher nur England entschlossen. Russland hat sogar seine stärkste Einnahmequelle, das Alkoholmonopol, abgeschafft. Es hat — man kann nicht sagen: zum Ausgleich, denn dazu ist es zu wenig —, es hat gleichzeitig, und auch jetzt in letzter Zeit wieder, Steuererhöhungen und neue Steuern eingeführt, die aber unmöglich einen ansehnlichen Betrag bringen können.

England folgte in der Einführung von Steuererhöhungen einer alten und an sich gesunden Tradition, indem es den Versuch machte, einen Teil seiner Kriegskosten durch Kriegssteuern zu decken. Aber auch wenn sich England nach dieser Richtung anstrengte:

es bliebe doch bei einem Versuch mit unzureichenden Mitteln. Das Parlament hat auf Vorschlag der Regierung zwar an sich recht stattliche Zuschläge zur Einkommensteuer genehmigt, daneben eine gewaltige Steuererhöhung auf Bier und einen sehr hohen Extrazoll auf Tee. Aber die Aufrechterhaltung der „guten und vornehmen Tradition“, auf die sich der britische Schatzkanzler gegenüber dem Unterhause berief, ist gleichwohl nur eine äusserliche. In den früheren Kriegen, sogar in den grossen Kriegen, von denen Lloyd George vorhin sprach, in den Kriegen gegen Frankreich zu Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts, die sich über zwei Jahrzehnte erstrecken, wurden 40 Prozent der Kriegskosten und mehr durch Steuern aufgebracht. Die Steuern, die England jetzt als Kriegssteuern eingeführt hat, stellen, so belastend sie sind, nur einen ganz bescheidenen Bruchteil des Kriegsbudgets dar. Ihr Betrag wird für das jetzt laufende Finanzjahr nur auf 15 Millionen Pfund geschätzt bei einer Kriegsausgabe von mehr als 440 Millionen Pfund. Der Ertrag der neuen Steuern reicht nicht einmal aus, um den erwarteten Einnahmeausfall und die durch die Kriegsschuld vermehrte Zinsenlast zu decken. Das Budget für das laufende Jahr wird in England vielmehr nur dadurch zum Balancieren gebracht, dass die regelmässige Schuldentilgung in Höhe von 3 Millionen Pfund unterdrückt wird; der Betrag, der bisher für Schuldentilgung ausgeworfen wurde, musste in England zur Balancierung des Budgets herbeigezogen werden. Im kommenden Finanzjahr werden die Steuererhöhungen allerdings beträchtlich mehr bringen; aber dann wird auch der Einnahmeausfall und die Zinsenlast der Kriegsschuld so stark gestiegen sein, dass der Mehrbetrag absorbiert werden wird. Die englischen Kriegssteuern tragen also in Wirklichkeit zu den Kriegskosten überhaupt nicht bei, sondern sie erschöpfen sich darin, dass sie ein Loch ausstopfen, das der Krieg in das ordentliche Budget gerissen hat.

Meine Herren, Sie haben gesehen, dass unser Etat für das ablaufende Finanzjahr nicht nur balanciert, sondern voraussichtlich einen bescheidenen, wenn auch nur rechnungsmässigen Ueberschuss bringt. Sie haben gesehen, dass unser Budget für das kommende Finanzjahr immerhin, soweit es in solchen Zeiten noch möglich ist, ein Gleichgewicht in sich trägt, und dies, obwohl wir

nicht nur die volle Verzinsung der Kriegsschuld auf das ordentliche Budget übernehmen, sondern auch — im Gegensatz zu England — die planmässige Tilgung für die beiden Finanzjahre aufrecht erhalten. Der zwingende Anlass, aus Gründen der rechnungsmässigen Balancierung des ordentlichen Etats zu neuen Steuern zu greifen, liegt also, im Gegensatz zu England, für uns nicht vor, jedenfalls zurzeit noch nicht.

Unter diesen Umständen haben die verbündeten Regierungen geglaubt, zurzeit von der Einbringung von Kriegssteuern Abstand nehmen zu können. Sie haben geglaubt, dem Lande das Tragen der ohnedies schweren Kriegslasten nicht durch neue Steuern oder Steuererhöhungen noch schwerer machen zu sollen, solange aus der Gestaltung des ordentlichen Reichshaushalts heraus eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt. Sie sind in dieser Stellungnahme durch die Tatsache bestärkt worden, dass auch die schärfste Steuermassnahme nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben würde decken können, dass überdies der gegenwärtige Krieg nicht nur für die Gegenwart, sondern vor allem für unsere Zukunft geführt wird, und dass wir an der Hoffnung festhalten, die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg beim Friedensschluss unseren Gegnern präsentieren zu können.

Wie die Dinge in diesem grossen Kriege liegen, werden also die Kosten so gut wie ausschliesslich durch Anleihe und durch Noten- und Papiergeldausgabe — beides geht ja bis zu einem gewissen Grade ineinander über — aufgebracht werden müssen. Je mehr durch Anleihen aufgebracht werden kann, desto besser. Die Inanspruchnahme der Notenbanken und gar erst die der Papiergeldpresse wird, solange es irgendwie geht, nur als temporäres Auskunftsmittel benutzt werden dürfen.

Auf diesem Felde der Kriegsfinanzierung haben wir durch die im September ausgegebene erste Kriegsanleihe einen grossen Erfolg erzielt. Wir haben mit einer einzigen Operation gegen 4½ Milliarden aufgebracht. Die bis zur Anleiheemission entstandenen Kriegskosten waren teils durch den Kriegsschatz, teils durch bereite Bestände der Reichshauptkasse, teils durch Begebung von Schatzwechseln bei der Reichsbank gedeckt worden. Auch die grossen Beträge, die inzwischen über den Erlös der Kriegsanleihe

hinaus für die Kriegszwecke bereitgestellt werden mussten, wurden auf diesem Wege aufgebracht.

Es liegt nun aber keineswegs so, dass die bei der Reichsbank diskontierten kurzfristigen Schatzwechsel samt und sonders bei der Reichsbank geblieben wären. Für einen grossen Teil war die Reichsbank lediglich Durchgangsstation. Die Reichsbank konnte bei der grossen Geldflüssigkeit, die sich im Laufe des Krieges herausentwickelt hat, immerhin erhebliche Beträge bei privaten Geldnehmern rediskontieren. Sie sehen dies schon an dem günstigen Stande der Reichsbank, der keineswegs eine übermässig grosse Anspannung aufweist. Darauf komme ich gleich noch zurück. Dabei dürfen Sie nicht übersehen, dass die Anforderungen des Reichs an die Reichsbank jetzt wieder ihrem Kulminationspunkt nahe sind. Denn sobald die Gelder auf die neue Kriegsanleihe eingehen, wird die Inanspruchnahme der Reichsbank entsprechend abgebürdet. Die Einzahlungen auf die neue Kriegsanleihe werden natürlich verwendet, um die bei der Reichsbank diskontierten und fällig werdenden kurzfristigen Schatzwechsel einzulösen. Die Reichsbank wird auf diese Weise frei und kann ihre ausgezeichnete Organisation und ihre reichlichen Mittel für die weiteren Bedürfnisse des Reiches aufs neue zur Verfügung stellen.

Meine Herren, es freut mich, feststellen zu können, dass auch die verbündete Donaumonarchie mit ihrer Kriegsanleihe vom November vorigen Jahres einen sehr ansehnlichen Erfolg erzielt hat. Die Anleihe hat in den beiden Reichshälften zusammen mehr als 3300 Millionen Kronen erbracht, eine Summe, die unseren Gegnern, wenn sie überhaupt sehen und hören wollen, zeigen muss, dass sie nicht nur Deutschlands Finanzkraft, sondern auch die Finanzkraft der mit uns verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie ganz bedeutend unterschätzt haben.

Von unseren Gegnern hat lediglich England auf dem Gebiet der Anleihepolitik einen Erfolg erzielt, der sich neben dem unsrigen sehen lassen kann. Zunächst hat sich England mit sechsmonatlichen und einjährigen Schatzscheinen beholfen, von denen es mehr als 90 Millionen Pfund auf den englischen Markt begeben hat. Erst im November, also zwei Monate später als wir, entschloss

sich England zur Ausgabe einer Anleihe, und zwar gleich in dem formidablen Betrage von 350 Millionen Pfund; das sind 7 Milliarden Mark. Die englische Regierung hat alles getan, um dieser Anleihe einen Erfolg zu sichern. Zunächst hat sie die Einzahlungen über einen wesentlich längeren Zeitraum verteilt als wir. Während bei uns die letzte Einzahlung bereits im Dezember zu leisten war, laufen die Einzahlungen auf die englische Kriegsanleihe noch weiter. Die letzte Einzahlung hat erst stattzufinden am 26. April. Ferner wurde die Bank von England veranlasst, die Zeichnungen auf die Anleihe in einer in der Geschichte der Notenbanken beispiellosen Art zu erleichtern. Das ist um so interessanter und bedeutsamer, als die englische Presse sich nicht genug tun konnte, den Erfolg unserer Kriegsanleihen durch spöttische Bemerkungen über die Mitwirkung unserer Darlehnskassen zu verkleinern. Die Mitwirkung unserer Darlehnskassen bei unserer ersten Kriegsanleihe — und sie wird auch bei der zweiten Kriegsanleihe stattfinden, wir lassen uns durch kein Geschrei jenseits des Kanals irre machen —, diese Mitwirkung ist ein Kinderspiel gegenüber den Kreditfazilitäten, welche die Bank von England nach Lloyd George Zeugnis „in patriotischer Weise den Zeichnern auf die Kriegsanleihe zu gewähren sich bereit erklärt hat". Diese Kreditfazilitäten bestanden darin, dass die Bank von England gegen Hinterlegung von Kriegsanleihe ohne weitere Sicherheitsleistung Vorschüsse bis zur vollen Höhe des Emissionskurses zu 1 Prozent unter dem Banksatz und auf volle drei Jahre gewährt. Das ist das patriotische Zugeständnis, das die Bank von England den Zeichnern auf die Kriegsanleihe gemacht hat. Demgegenüber bevorschussen unsere Darlehnskassen die Kriegsanleihe nicht voll, sondern, wie Sie wissen, zu 75 Prozent; sie bevorschussen sie auch nicht zu 1 Prozent unter Banksatz, sondern zu 1/4 Prozent über Banksatz, und dann nicht auf drei Jahre fest, sondern auf sechs Monate, wobei allerdings die Prolongation vorbehalten bleibt. Wenn also die Herren Engländer behaupten, der Erfolg unserer Kriegsanleihe sei nur künstlich, die Darlehnskassen hätten unsere Kriegsanleihe in Wirklichkeit finanziert, so können wir hier mit gutem Gewissen und mit grösserem Recht behaupten: Die Bank von England hat der englischen Kriegsanleihe zu einem Scheinerfolg verholfen. Die

Tatsachen, wie sie sich nach der Emission entwickelt haben, bestätigen das.

Die Vorschüsse der Darlehnskasse auf die 4½ Milliarden Kriegsanleihe betragen nur wenig mehr als 300 Millionen Mark, also etwa 8½ Prozent; dagegen hat die Bank von England bisher nicht verlauten lassen, wie gross ihre Vorschüsse auf die englische Kriegsanleihe sind.

Weiter hat sich der Kurs unserer Kriegsanleihe bald über den Ausgabekurs von 97½ Prozent hinaus gehoben, zeitweise über Pari; und wir sind daher in der Lage, unsere zweite Kriegsanleihe zu einem um 1 Prozent höheren Emissionskurs als die erste ausgeben zu können. Unsere erste Kriegsanleihe ist also echt und gut untergebracht; sonst wäre diese günstige Kursentwickelung schlechterdings nicht möglich. Dagegen hat die englische Kriegsanleihe ihren Ausgabekurs von 95 Prozent nicht behaupten können. Der Kurs ist alsbald nach der Emission gefallen und zeitweise um mehr als 1 Prozent unter den Ausgabekurs zurückgegangen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Zuteilung auf die englische Kriegsanleihe für die Zeichner eine Ueberraschung war: sie war viel stärker als die Zeichner erwartet hatten. Und es ist ferner ein offenes Geheimnis, dass trotz der sehr weitgehenden Kreditfazilitäten, trotz der sehr weitgehenden Beleihung der Bank von England viel schwimmendes Material von der Kriegsanleihe sich heute noch auf dem Markt befindet.

Wir können ruhig abwarten, zu welchen Bedingungen England unter diesen Umständen seine zweite Kriegsanleihe hinausgibt; und kommen muss diese zweite Anleihe viel rascher, als man noch vor wenigen Monaten in England glauben wollte. Als Lloyd George im November 1914 die grosse Anleihe ankündigte, erklärte er, hiermit sei die Finanzierung des Krieges so weit gesichert, dass ein weiterer Appell an das Publikum vor dem nächsten Juli nicht nötig sein werde. Jetzt in diesen Tagen lässt die britische Regierung sich die Autorisation zu einer Schatzscheinanleihe von 50 Millionen Pfund geben, um die demnächst fällig werdenden Schatzanweisungen, die im vorigen Herbst emittiert waren, einzulösen, die eigentlich planmässig aus dem Erlös der konsolidierten Anleihe hätten eingelöst werden sollen. Aber ausserdem lässt die

britische Regierung in diesen Tagen in der Presse erklären, dass eine zweite grosse Kriegsanleihe in nächster Zeit gebieterisch notwendig werde, und dass Lloyd George ein diesbezügliches Gesetz gleich nach Ostern einbringen werde.

Inzwischen ist bereits ein neuer Kriegskredit von 250 Millionen Pfund im Parlament eingebracht worden. Dieser neue Kriegskredit soll nach einer Erklärung des Premierminister Asquith bis Juli vorhalten, also nur für drei Monate und nur bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ursprünglich die Anleihe von 350 Millionen ausreichen sollte, das heisst, für die Zeit, für die die Anleihe von 350 Millionen Pfund veranschlagt war, sind 600 Millionen Pfund erforderlich geworden.

Ich wende mich nun zu den beiden anderen mit uns im Kriege liegenden Grossmächten. Russland sowohl wie Frankreich haben bisher nicht vermocht eine einheitliche grosse Finanzoperation zur Deckung ihrer Kriegskosten in die Wege zu leiten.

Bei Russland kann dies nicht überraschen, und es hat auch niemand überrascht; denn Russland ist schon in Friedenszeiten für sein Geldbedürfnis auf die ausländischen Kapitalmärkte in grossem Umfange angewiesen. Diese ausländischen Märkte sind ihm jetzt verschlossen, und zwar auch die Märkte seiner Verbündeten; denn diese mit ihm verbündeten Länder haben ihre eigenen Geldsorgen. Nur paketweise und niemals ohne grosse Gegenleistungen ist es Russland gelungen, in England und in den Vereinigten Staaten kleine Beträge an Schatzanweisungen unterzubringen, im ganzen bisher 600 Millionen Mark. In Frankreich, dem überfliessend reichen Geldgeber von ehemals, hat Russland bisher kein Glück gehabt. Erst in der jüngsten Konferenz der drei Finanzminister in Paris scheinen gewisse, auch Frankreich heranziehende Abmachungen getroffen worden zu sein. Aber dies ist ein Kapitel für sich.

In Russland selbst will Russland grössere Beträge von Schatzanweisungen und Staatsschuldverschreibungen untergebracht haben. Es liegen darüber aber keine zuverlässigen Mitteilungen vor. Aus den Nachrichten in der Presse seiner Verbündeten, also Frankreichs und Englands, lässt sich kein klares Bild gewinnen, wie weit es Russland gelungen ist, auf seinem eigenen Markte

und bei seinen inländischen Banken grössere Beiträge zu placieren. Jedenfalls ist sicher, dass ein grosser Teil der Geldbeschaffung durch die russische Reichsbank übernommen worden ist, deren Status eine sehr starke Anspannung zeigt. Dass der russische Finanzminister das dringende Bedürfnis nach der bisher allzu kargen Hilfe seiner Verbündeten verspürt, beweist seine Bittfahrt zu seinen französischen und englischen Kollegen in Paris.

Wenn wir uns über die russische finanzielle Bedrängnis nicht zu wundern brauchen, so ist doch Frankreichs Unvermögen zu jeder durchgreifenden Aktion selbst für solche Leute erstaunlich, die — wie ich — seit langer Zeit die Finanzkraft und Finanzkunst dieses Landes mit einigen Zweifeln betrachteten. Frankreich hat bekanntlich kurz vor Kriegsausbruch im Juni 1914 eine 3½ prozentige Anleihe von 800 Millionen Franken herausgebracht. Es hat mit allen Künsten der Regie, auf die man sich in Paris ausgezeichnet versteht, eine 40fache Ueberzeichnung arrangiert und dadurch einen überwältigenden Scheinerfolg der erstaunten Welt vorgezaubert. Aber schon vor der kritischen Zuspitzung der politischen Verhältnisse hielt dieser Erfolg nicht Stich. Die Anleihe ging bald unter den Ausgabekurs herunter. Dann kam der Kriegsausbruch, und es stellte sich heraus, dass ein grosser Teil der Zeichner, die die 40fache Ueberzeichnung zuwege gebracht hatten, nicht in der Lage waren, die fällig werdenden Einzahlungen zu leisten.

An eine neue Anleihe im Innland war unter diesen Umständen zunächst überhaupt nicht zu denken. Der französische Kapitalmarkt war total desorganisiert. So eröffnete Frankreich seine finanziellen Kriegsoperationen mit einem gewiss nicht überwältigenden Pump von zwei Millionen Pfund Sterling in London. Es erfolgten dann im November und Januar zwei kurzfristige Operationen in London und New York, deren Gesamtertrag etwa 20 Millionen Pfund Sterling ausmacht. An den Inlandsmarkt wagte man überhaupt nicht mit einer einheitlichen Finanzoperation heranzutreten; vielmehr beschränkte sich der Finanzminister darauf, vom Oktober an Schatzscheine mit einer Laufzeit von drei bis zwölf Monaten, je nach Wahl der Abnehmer, zum freihändigen Verkauf zu stellen. Das sind die sogenannten „Bons de la défense nationale“, für die man in Frankreich nach dem Finanzminister

Ribot den kürzeren Namen „Ribotins“ geprägt hat. Diese „Ribotins“ wurden dann gewissermassen nach der Elle verkauft, wie das Geschäft gerade ging. Wieviel davon insgesamt abgesetzt worden ist, wieviel inzwischen wieder fällig geworden ist, ist nicht genau in Erfahrung zu bringen. Ich habe mir Mühe gegeben, nachzurechnen und abzusetzen, was an Schatzscheinen bereits vor dem Krieg im Umlauf war, und bin auf einen Betrag von rund zwei Milliarden Franken gekommen als Betrag neuen Geldes, der bisher Frankreich aus seinen finanziellen Operationen aus dem Inlandsmarkt zugeflossen sein kann. Selbst im günstigsten Fall bleibt die Gesamtleistung des französischen Marktes für den Krieg bisher weit hinter derjenigen des von Frankreich bisher gering geschätzten österreich-ungarischen Marktes zurück.

Der weitaus grösste Teil der finanziellen Last wird in Frankreich von der Zentralbank, von der Bank von Frankreich, getragen, die von der Regierung veranlasst worden ist, ihr einen Kredit von nicht weniger als 6 Milliarden Franken zu eröffnen.

Freilich in der allerjüngsten Zeit hat sich die französische Finanzverwaltung zu einer grösseren Aktion aufgeschwungen, zu einer Aktion, die in manchen Zügen unserer eigenen Kriegsanleihe nachgebildet ist, z. B. darin, dass der Betrag nicht limitiert wurde, sondern dass ein unbegrenzter Betrag zum Angebot gelangte. Diese Anleihe, die fünfprozentig ist und in spätestens zehn Jahren, vielleicht aber schon in fünf Jahren, zurückgezahlt werden soll, wurde zu 96,5 Prozent nominal aufgelegt; aber es wurde ausdrücklich bedungen, dass die Zinsen halbjährlich vorausbezahlt werden sollten, so dass bei der Zeichnung gleich ein Betrag von 2½ Prozent abgezogen wurde, also die Zeichner nicht den Nominalkurs von 96,5 Prozent, sondern nur von 94 Prozent zu bezahlen hatten. Sie sehen also: der Kurs, zu dem diese fünfprozentige Anleihe herauskommt, ist wesentlich ungünstiger als der Kurs, zu dem wir unsere Kriegsanleihe unterbringen können.

Nun kommt aber die allermerkwürdigste Bedingung in diesem neuen Anleihegeschäft. Sie besteht darin, dass die Einzahlungen auf die neue Anleihe nicht ausschliesslich in Bargeld zu leisten sind, sondern dass sowohl Stücke der verunglückten Anleihe vom

Juni 1914, als auch die sogenannte Ribotins auf die Anleihe in Zahlung genommen werden. Die Stücke der Anleihe von 1914 werden sogar zum ursprünglichen Emissionskurs von 91 angenommen, während der Kurs auf dem Markte inzwischen um mehr als zehn Prozent zurückgegangen ist. Ich kann mir nicht denken, dass es in Frankreich einen Kerl gibt, der so dumm ist, dass er unter diesen Umständen nicht seine Anleihe von 1914 zurückbringt und dafür die neue 5prozentige Anleihe nimmt. Die ganze Operation mag sich also darin erschöpfen, dass die französische Regierung möglicherweise einen Milliardenerfolg erzielt, dass vielleicht gegen 3 Milliarden gezeichnet werden, dass sie aber nicht einen Centime bares Geld für diese 3 Milliarden bekommt. Ich habe heute, gerade als ich zur Sitzung ging, noch ein Telegramm gelesen, nach dem die Zeichnung, die jetzt schon geschlossen sein sollte, verlängert worden ist, weil bisher nur so etwas wie 600 Millionen gezeichnet worden seien und davon nur 80 Millionen Franken in barem Geld. Meine Herren, Sie sehen also: die französische Finanzpolitik scheint in diesem Kriege ihren Ehrgeiz zum grossen Teil darin zu suchen, aus Papier mit grosser Kunst — Papier zu machen.

Die recht grossen russischen und französischen Schwierigkeiten lassen es begreiflich erscheinen, dass die Finanzminister der beiden Staaten den lebhaften Wunsch hatten, den stärkeren englischen Bundesgenossen etwas intensiver finanziell zu fruktifizieren. Der russische Finanzminister ,Herr Bark, begab sich also auf Reisen. In Paris traf er sich mit seinen französischen und englischen Kollegen. Die Presse des Dreiverbandes erging sich einige Wochen lang in tiefgründigen Betrachtungen über die Dinge, die jetzt kommen sollten. Dass eine gemeinschaftliche Anleihe des Dreiverbandes zustande kommen werde, dass auf diese Weise — in der Sprache der französischen Presse zu reden — „die Einheit des Handelns auch auf finanziellem Gebiet sanktioniert werden würde“, stand ausser Zweifel. Nur ob der Betrag der gemeinschaftlichen Anleihe 15 Milliarden Franken oder 20 Milliarden Franken oder gar eine Milliarde Pfund, also 20 Milliarden Mark, betragen sollte, schien noch einer Diskussion zu unterliegen. Die drei Finanzminister haben sich während meh-

rerer Tage gründlich ausgesprochen. Aber ausgerechnet von diesem Moment an verfiel die Presse des Dreiverbandes in ein rätselhaftes Schweigen. Trotzdem wissen wir, wie die Dinge gelaufen sind; denn Lloyd George selbst hat im britischen Parlament eingehend über die Ergebnisse der finanziellen Konferenzen Bericht erstattet.

Das Wichtigste dieser Ergebnisse ist nun, dass der Plan einer gemeinschaftlichen Anleihe, den Russland und Frankreich zu verwirklichen strebten, an dem Widerstand Englands gescheitert ist. Lloyd George führte im Unterhaus mit der annerkennenswerten Offenheit, die ihn auszeichnet, aus, dass ein solches Gemeinschaftsgeschäft den Kredit des bestgestellten Staates, d. h. Englands, auf das Niveau des schlechtestgestellten Staates, d. h. Russlands, herabbringen werde, also sei es besser, jede der drei Grossmächte sorge für ihre eigenen Bedürfnisse so weit wie möglich im eigenen Lande; nur soweit ein Geldbedarf für Käufe im Ausland in Betracht komme, sei eine gegenseitige Unterstützung in Erwägung zu ziehen.

Die nähere Betrachtung zeigt nun allerdings, dass diese Gegenseitigkeit etwas einseitig gedacht ist; denn unter den Käufen im Ausland, für die man sich gegenseitig unterstützen will, sind hauptsächlich russische Käufe in England zu verstehen. Für solche Käufe sollen Russland von England und Frankreich zusammen 50 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt werden, d. h. Frankreich soll gestattet werden, englische Lieferungen an Russland finanzieren zu helfen. England kommt also bei diesem Handel nicht zu kurz. Vorläufig sind allerdings von den 50 Millionen, von denen in Paris die Rede war, nur 10 in London zur Zeichnung aufgelegt worden, in Paris überhaupt noch nichts, und die Londoner Zeichnungen sollen nicht übermässig gut gegangen sein.

Auch in einem anderen nicht unwichtigen, ganz interessanten Punkte zeigte sich England hilfsbereit. Russische Kaufleute sind an englische Kaufleute stark verschuldet. Der Rückgang des Rubelkurses, durch den der englische Handel schwer leidet, ist für Russland ein begreiflicher Schmerz. England hat sich bereit gefunden, dem Rubelkurs aufzuhelfen, indem es sich für seine Kaufleute an Stelle der unbezahlten Rubelwechsel russischer Kaufleute Schatzwechsel der russischen Regierung — ich nehme an, dass sie auf Gold lauten sollen — geben liess.

Schliesslich aber hat sich England gesagt, dass alle diese seine Leistungen eine Gegenleistung verdienen, und man hat unschwer eine Gelegenheit für die Verbündeten gefunden, sich erkenntlich zu zeigen. Englands finanzielle Rüstung hat seit einiger Zeit angefangen, einen schwachen Punkt zu zeigen, den man in England nicht ohne Sorge betrachtet. Das ist der relativ niedrige Goldbestand der Bank von England. Er ist nur halb so gross als derjenige unserer Reichsbank. Er ist bedroht durch die Notwendigkeit grosser Zahlungen an das Ausland, namentlich an Amerika für die von dort importierten sehr nützlichen Dinge. Die englische Regierung hat diesem Punkte schon seit dem Kriegsbeginn ihre besondere Sorgfalt gewidmet. Sie hat z. B. ohne weiteres einen Teil der Goldreserve des indischen Reiches dem Goldbestand der Bank von England einverleibt. Ebenso hat sie den Goldbestand der ägyptischen Nationalbank nach England gebracht und der Bank von England überantwortet. Sie ist wahrscheinlich ebenso verfahren mit dem Goldbestand der belgischen Nationalbank, den sie gerade noch rechtzeitig von Antwerpen nach London gerettet hat. Und als Russland im Dezember vorigen Jahres zum ersten Mal an den englischen Markt herantrat mit der Bitte, zwölf Millionen Pfund Sterling zur Bezahlung von Lieferungen aus England und zur Bezahlung von Zinsen emittieren zu dürfen, da hat die englische Regierung dies nur unter der Bedingung zugestanden, dass die russische Reichsbank gleichzeitig an die Bank von England acht Millionen Pfund in barem Golde überwies. Jetzt bei der Pariser Finanzkonferenz mussten sich Frankreich und Russland verpflichten, für den Fall, dass der Goldbestand der Bank von England unter einem gewissen Punkt, den Lloyd George als einen „fairly high point“ bezeichnete, herabgehen sollte, dass dann die Banken von Frankreich und Russland mit ihrem eigenen Goldbestand der Bank von England zu Hilfe kommen sollten. Die Banken von Russland und Frankreich bilden also heute Reserven, auf die die Bank von England, wenn es nötig ist, nach Belieben zurückgreifen kann.

Sie sehen, meinem britischen Kollegen ist eine gewisse Geschicklichkeit im Verhandeln nicht abzusprechen. Er weiss auch im Verkehr mit seinen Bundesgenossen die Grenze zwischen Freundschaft und Geschäft genau zu respektieren. 9

Wenn ich vorhin die französische Finanzpolitik dahin charakterisiert habe, dass sie die Kunst verstehe, aus Papier Papier zu machen, so kann ich der englischen Finanzpolitik die viel grössere Kunst nicht abstreiten, dass sie es versteht, aus dem mürben Leder ihrer Schutzbefohlenen und Verbündeten für sich selbst goldne Riemen zu schneiden.

Aber, meine Herren, trotz aller dieser Künste, deren Nachahmung jenseits der Grenze unseres Ehrgeizes liegt, glaube ich versichern zu können, dass wir mit unserer klaren und sicheren Anleihepolitik bisher nicht schlecht abgeschnitten haben; und dieser Eindruck wird bestätigt durch einen Blick auf die Notenbanken der beteiligten Länder. Unsere Reichsbank hebt sich aus dem Kreise der amtlichen grossen Zentralnotenbanken geradezu glänzend heraus durch die Tatsache, dass es gelungen ist, ihren Goldbestand in einem ungeahnten Masse zu stärken. Sie hat ihren Goldbestand, der bei Kriegsausbruch rund 1 Milliarde 250 Millionen Mark betrug, auf etwa 2 Milliarden 300 Millionen Mark erhöht, also um rund eine Milliarde. Die ganze Bevölkerung hat dabei mitgewirkt und hat dazu beigetragen, die stattlichen Goldreserven des freien Verkehrs in die Bank überzuleiten, also an diejenige Stelle, wo in Kriegszeiten das Gold am wirksamsten ist; und dieser Zustrom dauert fort. Woche für Woche kann die Reichsbank eine Anzahl von Millionen neues Gold aufzeigen. Ich möchte nicht unterlassen, von dieser Stelle aus allen zu danken, die sich in patriotischem Sinne um diese Stärkung unserer Zentralbank und damit um die finanzielle Wehrkraft unseres Vaterlandes verdient gemacht haben. Ich möchte dabei ganz besonders anerkennen, dass diese Stärkung des Goldbestandes der Reichsbank sich durchaus im Wege freiwilliger Betätigung vollzogen hat unter dem Einfluss einer wohlorganisierten Aufklärung und Aneiferung, aber ohne jeden Zwang. Ich möchte dies mit um so grösserem Nachdruck feststellen, als die uns feindliche Auslandspresse die albernsten Märchen über die Ursache der Zunahme unseres Goldbestands kolportiert und als ich selbst seit Uebernahme meines Amtes unzählige Zuschriften erhalten habe und täglich noch erhalte, die im Uebermass eines an sich löblichen Eifers allerlei Zwangsmittel in Vorschlag bringen.

Meine Herren, überhaupt die vielen Briefe mit guten Ratschlägen! Auch die neue Reichsanleihe hat mir wieder einen ganzen Stoss davon eingebracht! Wenn es auch nicht so schlimm ist wie bei dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, so ist es doch immerhin so schlimm, dass ich es mit Rücksicht auf meine auch sonst etwas in Anspruch genommene Zeit längst aufgeben musste, mit dem Lesen nachzukommen, geschweige denn mit dem Antworten.

Jedenfalls wollen wir beim Gold für die Reichsbank auch künftig ohne Zwang auskommen und stolz darauf bleiben, dass wir den von Woche zu Woche sich vollziehenden Zuwachs ausschliesslich der vaterländischen Gesinnung unseres deutschen Volkes zu verdanken haben. Wir wollen um so mehr stolz darauf sein, als die Zentralnotenbanken der uns feindlichen Länder in keiner Weise auch nur entfernt ähnliche Erfolge aufzuweisen haben.

Die russische Reichsbank hat ihren Goldvorrat nicht nur nicht erhöhen können, sie hat vielmehr seit Kriegsausbruch ungefähr diejenige Einbusse erlitten, die der Ueberführung von 8 Millionen Pfund Gold an die Bank von England entspricht.

Die Bank von Frankreich hat zwar kein Gold herausgelassen, aber sie bekam trotz der krampfhaftesten Anstrengungen auch keine irgendwie nennenswerten Beträge hinein. Ihr Goldbestand ist heute fast noch der gleiche, wie er bei Beginn des Krieges war.

Die Bank von England schliesslich hat es durch die Anwendung der Gewaltmittel, von denen ich bereits gesprochen habe, also durch den Griff in die Goldreserve Indiens, durch die Hereinnahme des Goldbestandes der ägyptischen Nationalbank und des Goldbestandes der belgischen Nationalbank, durch die freundliche Aufnahme der russischen 8 Millionen, durch die Einrechnung von Gold, das in Kanada, in Südafrika und in Australien liegt, — durch alle diese Mittel hat sie es allerdings fertig gebracht, ihren Goldbestand von ungefähr 40 Millionen Pfund zu Kriegsbeginn bis auf 72 Millionen Pfund im November des vorigen Jahres zu steigern. Aber seit dieser Zeit ist ein unaufhaltsamer und kaum unterbrochener Rückgang eingetreten bis auf 59 Millionen Pfund nach dem letzten Ausweis. Sie werden nun verstehen, warum der britische Schatzkanzler sich bei der Pariser Konferenz von seinem russischen und französischen Kollegen eine Unterstützung für die

Bank von England ausbedungen hat für den Fall, dass deren Goldbestand unter ein gewisses Minimum, unter einen gewissen anständig hohen Punkt berabgehen sollte. Russland und Frankreich sollen England helfen, das Gold für die Bezahlung seiner amerikanischen Einfuhr aufzubringen!

Nun ist die absolute Höhe des Goldbestandes oder auch dessen Bewegung an sich noch kein ausreichendes Kriterium für die Stärke und für die Leistungsfähigkeit einer Notenbank. Aber auch in jeder anderen Beziehung steht unsere Reichsbank an erster Stelle. Ich will nur einen Punkt erwähnen. Nach den letzten Ausweisen, Ende Februar und Anfang März, betrug die Golddeckung der Noten und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten bei der Reichsbank 35,2 Prozent, bei der Bank von Frankreich 31,5 Prozent, bei der Bank von England weniger als 30 Prozent. Dabei steht bei uns eine Abbürdung der Inanspruchnahme der Reichsbank durch die zweite Kriegsanleihe in naher Aussicht.

Meine Herren, der gute Stand der Reichsbank wird auch nicht beeinträchtigt durch die Tatsache, dass neben den Reichsbanknoten Darlehnskassenscheine sich in Umlauf befinden. Der Betrag der ausgegebenen Darlehnskassenscheine beläuft sich zurzeit auf rund 770 Millionen Mark bei einer autorisierten Ausgabe von 3 Milliarden. Der ausgegebene Betrag ist kaum grösser als derjenige, den die englische Regierung ihrerseits an Staatsnoten in Umlauf gesetzt hat. Von dem ausgegebenen Betrage liegen übrigens bei uns etwa 200 Millionen Mark in der Reichsbank selbst, so dass für den freien Verkehr der Umlauf nur etwa 570 Millionen Mark beträgt, gewiss keine Summe, die im Verhältnis zu den übrigen Zahlen, die ich Ihnen hier vorgetragen habe, irgenwie beängstigen und erschrecken kann. Die günstige finanzielle Situation, wie sie sich in den Ausweisen der Reichsbank spiegelt, erfährt ihre Bestätigung durch allerlei Wahrnehmungen aus dem allgemeinen Geldverkehr. Der Markt zeigt eine grosse Geldflüssigkeit; bei den Grossbanken haben die Einlagen, die in den Wochen der Unruhe bei Kriegsausbruch durch Zurückziehung aus dem Publikum stark angegriffen wurden, in den letztverflossenen Monaten wohl durchweg eine erhebliche Steigerung erfahren, und, soviel mir bekannt ist, bei einzelnen Instituten geradezu Rekordziffern erreicht.

Das gleiche sehen wir bei den Sparkassen. Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen waren am Ende des Jahres 1914 um nicht weniger als 900 Millionen Mark höher als ein Jahr zuvor. Dieser Zunahme um 900 Millionen Mark bei den deutschen Sparkassen steht bei den französischen Sparkassen ein Abgang um 120 Millionen Franken gegenüber. Der Monat Januar allein — da kommen ja nun Mieten, Zinsen und ähnliches mit in Betracht — hat bei den deutschen Sparkassen nach einer vorläufigen Berechnung eine Zunahme in der kolossalen Summe von 390 Millionen Mark erbracht, während in Frankreich der Rückgang sich fortsetzt. Und bei der Beurteilung der Zunahme für das Jahr 1914 dürfen Sie überdies nicht vergessen, dass unsere Sparkassen und die Einleger unserer Sparkassen sich in grossem Umfange an der Zeichnung der ersten Kriegsanleihe beteiligt haben, dass allein mehr als 800 Millionen Mark bei unseren Sparkassen auf die Kriegsanleihe gezeichnet worden sind.

Die Ursache dieser auf den ersten Blick erstaunlichen Entwickelung ist, dass unsere Volkswirtschaft sich in geradezu wunderbarer Weise dem Kriege angepasst hat, dass ferner die grossen Zahlungen des Reiches für den Krieg so gut wie ausschliesslich dem inländischen Verkehr wieder zufliessen, sei es direkt durch die Bezahlungen für Lieferungen an die Landwirtschaft, an die Industrie usw., sei es indirekt durch die Auszahlung der Besoldungen im Felde, die ja dann durch Sendungen unserer Truppen zum grössten Teil wieder nach Deutschland zurückkommen. Es liegt also hier ein Kreislauf vor, und zwar nicht etwa ein circulus vitiosus, sondern ganz im Gegenteil ein sehr gesunder und wohltätiger Kreislauf, ein Kreislauf, der uns hoffen lässt, dass auch die Zeichnung auf die zweite Kriegsanleihe den notwendigen vollen Erfolg bringen wird.

Meine Herren, nach allen diesen günstigen Momenten darf ich einen Punkt nicht übergehen, in dem die feindliche Kritik, die Kritik in der Presse des feindlichen und teilweise auch des neutralen Auslandes, am stärksten einsetzt, um unsere Finanzkraft zu diskreditieren. Dieser Punkt ist der ungünstige Stand unserer auswärtigen Wechselkurse. Ich hatte in den letzten Wochen und Monaten häufig Gelegenheit, mit Finanzleuten neutraler Länder

zu sprechen, und zwar auch mit solchen, die es mit Deutschland zweifellos gut meinen und die uns wohlwollen. Ueberall konnte ich feststellen, dass der Stand unserer auswärtigen Wechselkurse, der den Ausländern als Entwertung unserer Reichsmark erscheint, die Leute etwas kopfscheu gemacht hat. Das Faktum ist nicht zu leugnen, dass wir heute in unserem deutschen Geld den Schweizer Franken, den holländischen Gulden, die skandinavische Krone und den amerikanischen Dollar höher bezahlen müssen als in normalen Zeiten. Man darf hier den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern muss versuchen, die Zusammenhänge zu verstehen und, wo es nötig ist, für Aufklärung zu sorgen. Ich möchte deshalb auch hier von dieser Stelle aus, von der aus man weithin gehört wird, dasjenige ungefähr sagen, was ich meinen besorgten neutralen Freunden gesagt habe. Meine Herren, die Entwicklung der ausländischen Wechselkurse steht nach meiner Ansicht in gar keinem Zusammenhang mit der inneren Stärke unserer finanziellen Position. Sie beruht lediglich auf gewissen technischen Momenten unseres auswärtigen Verkehrs. In normalen Zeiten kann Deutschland alle seine Verpflichtungen an das Ausland, insbesondere für seinen Warenimport, reichlich decken durch Forderungen aus seinem Warenexport und durch die Zinsen seiner ausländischen Kapitalsanlagen. Die Unterbrechung unseres Verkehrs mit den überseeischen Gebieten macht es uns unmöglich, die dort anwachsenden Zinsen, Dividenden usw. einzuziehen, wenigstens für den weitaus grössten Teil. Sie wissen ferner, das Deutschland grosse Kapitalsanlagen und grosse Wertpapiere liegen hat in Ländern, mit denen wir heute im Kriegszustand stehen, namentlich in England, und diese Kapitalsanlagen stehen unter Sequester. Die Forderungen, die wir an Zinsen und Dividenden haben, sind gesperrt. Dazu kommt, dass Deutschland in der Hauptsache Rohstoffe und Nahrungsmittel importiert, die schon in normalen Zeiten usancegemäss in bar bezahlt werden oder in kurzfristigen Wechseln, während der grösste Teil des deutschen Exports aus industriellen Produkten besteht, für die lange Buchkredite gewährt werden. So hat z. B. auf Russland die deutsche Maschinenindustrie kolossale Summen laufen, die zurzeit vollständig uneintreibbar sind. Das Mittel, die Forderungen des Auslandes an uns durch

unsere Forderungen an das Ausland zu saldieren, ist uns also jetzt in der Kriegszeit verschlossen. Ueberdies hat unsere Ausfuhr jetzt im Kriege noch stärker gelitten als unsere Einfuhr, und unsere Einfuhr konzentriert sich in der Hauptsache auf eine bestimmte Anzahl von neutralen Ländern. Wir müssen die Zahlungsmittel für diese Länder schaffen, und diesem Bedarf an Zahlungsmitteln steht kein entsprechendes Angebot gegenüber. Der Ausgleich würde allerdings erfolgen können durch Goldsendungen nach dem Ausland, also durch die Verschickung baren Goldes. Aber wir sind der Ansicht, dass die Erhaltung eines möglichst starken Goldbestandes zurzeit wichtiger ist als die Bewertung der deutschen Mark im Ausland. Die niedrige Bewertung der Mark im Ausland hat zur Folge, dass wir gewisse Artikel, die wir aus dem Ausland beziehen müssen, in unserem Gelde entsprechend höher bezahlen. Aber diesen Nachteil können und müssen wir in Kauf nehmen, zumal da die unsere Valuta beeinflussenden ungünstigen Momente lediglich vorübergehender Natur sind.

Im übrigen, meine Herren, der englische Hohn über die ungünstigen deutschen Wechselkurse ist doch in der letzten Zeit etwas schüchterner geworden. Denn trotz fortgesetzter Goldabgabe der Bank von England hat der Kurs des Pfundes Sterling, der für die Engländer ein unverrückbarer Pol in den Bewegungen und Schwankungen des internationalen Geldmarktes ist, eine Entwertung bis 3 Prozent gegenüber dem amerikanischen Dollar erfahren. Das ist eine Erscheinung, wie sie seit hundert Jahren, seit dem Abschluss der napoleonischen Kriege, niemals dagewesen ist. Der britische Hohn beginnt also auf seine Urheber zurückzufallen.

Ich glaube also, wir dürfen auch gegenüber den Erscheinungen auf dem Wechselmarkt durchaus unser kalter Blut behalten. Nach dem Kriege aber wird ohnedies die beste Valuta die Valuta des Siegers sein.

Meine Herren, wenn es uns bisher gelungen ist, den gewachsenen finanziellen Anforderungen des Krieges so gut und besser zu genügen als die mächtigsten unserer Feinde, und wenn wir mit Vertrauen der weiteren Entwicklung dieses Teils des grossen Völkerringens entgegensehen dürfen, so wollen wir uns in aller Bescheidenheit klar darüber sein, dass dieser Erfolg nicht lediglich

auf den vor dem Kriege angesammelten Kapitalien, auch nicht lediglich auf der gesunden und leistungsfähigen Organisation unseres Geld- und Kreditwesens, auch nicht etwa nur auf der Kunst der finanziellen Kriegführung beruht. Die Grundursachen liegen tiefer. Starke Finanzen sind undenkbar ohne starke Volkswirtschaft, und — Gott sei Dank! — Eine starke Volkswirtschaft haben wir. Meine Herren, wer mitten in den grossen Ereignissen steht und in der täglichen Arbeit, wie wir das alle tun, am sausenden Webstuhl der Zeit mitwirkt, der muss sich von Zeit zu Zeit geradezu einen Ruck geben, um gewissermassen Distanz zu den Dingen zu gewinnen und sich der Grösse der welthistorischen Vorgänge bewusst zu bleiben. Mit das allergrösste Phänomen in all dem Wunderbaren, das um uns vorgeht, ist die Anpassung der deutschen Volkswirtschaft an die durch den Krieg gänzlich veränderten Vorbedingungen des wirtschaftlichen Lebens und die durch den Krieg geschaffenen Bedürfnisse. Meine Herren, wir müssen uns mit diesem Ruck, von dem ich sprach, daran erinnern, dass Deutschland vor dem Krieg einen Aussenhandel hatte, der die Jahressumme von 20 Milliarden Mark überschritt, einen Aussenhandel, der nur noch von demjenigen Englands unerheblich übertroffen und nur von demjenigen der Vereinigten Staaten annähernd erreicht wurde. Einfuhr und Ausfuhr mit ihren Riesensummen bildeten einen so grossen Bestandteil unserer gesamten Volkswirtschaft, waren so eng mit den wichtigsten Zweigen unserer Produktion und unseres Konsums verflochten und verwachsen, dass ein Stillegen dieses gewaltigen Aussenhandels ohne die schwersten Störungen, ja, ohne lebensgefährliche Hemmungen des ganzen volkswirtschaftlichen Organismus jedem von uns doch geradezu als undenkbar erschienen wäre. Darauf ging die Rechnung unserer Gegner, vor allem die Rechnung unseres gefährlichsten Feindes. Man hoffte, uns durch die Unterbindung unseres Aussenhandels zum elenden Verkommen zu bringen, wie den Fisch, den man auf den Dünensand wirft.

Aber, wie der Herr Präsident schon vorhin ausführte: diese Rechnung hatte ein Loch. Sie hat übersehen, das die produktiven Kräfte, die Deutschland auf heimischem Boden in harter körperlicher und geistiger Arbeit und unter dem Schutze seiner Wirt-

schaftspolitik entwickelt hat, ausreichen, um den deutschen Volkskörper in Nahrung zu setzen und in Tätigkeit zu halten. Sie hat übersehen, dass das deutsche Volk genug Opfermut besitzt, um die sich aus der Unterbindung des Aussenhandels ergebenden Einschränkungen willig zu tragen; schon beginnt ja den Engländern vor dem „deutschen Kartoffelbrotgeist" bange zu werden. Und die Rechnung der Gegner hat schliesslich übersehen, dass die Spannkraft und Anpassungsfähigkeit des deutschen Volkes gross genug ist, um die wirtschaftlichen Energien von den gesperrten Kanälen in neue, durch den Krieg erschlossene Bahnen zu leiten, um aus der ganzen deutschen Volkswirtschaft in wenigen Monaten eine einzige gewaltige, von einem unüberwindlichen und alles überwindenden Willen beseelte Kriegsmaschine zu machen.

Meine Herren, wir sind umringt von Feinden, die kein Recht achten und kein Erbarmen kennen; wir sind von dem grössten Teil unserer auswärtigen Verbindungen abgeschnitten; unsere Ausfuhr, unsere Einfuhr, unsere Schiffahrt sind lahmgelegt; unsere Zinsen- und Kapitalforderungen an das Ausland sind grossenteils gesperrt, unsere Kapitalinvestierungen beschlagnahmt — und trotzdem atmen und leben wir! Die Schwingen sind uns gewachsen für den weiten Weltenraum — das haben wir in der Vergangenheit gezeigt —; aber wir haben die Wurzeln unserer Kraft im heimischen Boden behalten, und solange uns der heimische Boden bleibt, und solange wir uns seiner würdig erweisen, so lange wird es keiner Hunger- und keiner Erdrosselungspolitik gelingen, uns die Lebensluft abzubinden!

Zu dieser Zuversicht sind wir heute, nach mehr als sieben Kriegsmonaten, in denen sich das Wunder der Anpassung der deutschen Volkswirtschaft vollzogen hat, vollauf berechtigt. Ich will dieses Wunder nicht im einzelnen darstellen; das sind Dinge, die Ihnen geläufig sind, und ich darf Ihre, ohnedies stark missbrauchte Zeit nicht mehr länger in Anspruch nehmen. Sie wissen so gut wie ich, dass das Gespenst des Stillstandes der Betriebe und der Arbeitslosigkeit gebannt ist, dass die Schornsteine rauchen im deutschen Land, und dass die Räder surren, dass unsere Eisenbahnen bis auf einen Bruchteil die Verkehrsleistungen der Friedenszeit wieder erreicht haben. Sie wissen so gut wie ich, dass

es unserer Industrie in weitem Umfange gelungen ist, für ausländische Rohstoffe Ersatz zu schaffen. Ich darf das nur mit einem Beispiel belegen. In wenigen Monaten wird Deutschland seinen ganzen landwirtschaftlichen, industriellen und Kriegsbedarf an Stickstoffverbindungen — das sind mehr als eine Million Tonnen pro Jahr! —, einen Bedarf, der bisher zur weit überwiegenden Hälfte aus dem Auslande importiert worden ist, durch die einheimische deutsche Industrie voll und ganz decken können. Das ist eine Leistung, die uns kein Land auf der ganzen Welt nachmachen kann. Meine Herren, Sie wissen schliesslich so gut wie ich, dass wir dank der hohen Stufe unserer landwirtschaftlichen Entwicklung, dank der Tüchtigkeit unserer Landwirte aus eigener Kraft werden durchhalten können, wenn nur jeder einzelne die nötige Sparsamkeit und den nötigen Gemeinsinn walten lässt und sich willig und verständnisvoll fördernd den Massnahmen fügt, die zur vollen Ausnutzung und zur richtigen Verteilung der vorhandenen Bestände erforderlich sind. Jedes Opfer und jede Entbehrung, aber auch jede Meinungsverschiedenheit im einzelnen muss klein erscheinen gegenüber dem Gedanken, dass es bisher gelungen ist und weiter gelingen muss und wird, ein Volk von 70 Millionen, das mit tausend Fäden in die Weltwirtschaft verflochten war, auf sich selbst zurückzuführen, ein Volk von 70 Millionen durch die Mittel wirtschaftlicher und sozialer Organisation ohne Elend und Verschmachten durch den grössten Krieg in der Weltgeschichte hindurchzuleiten, durch einen ruchlosen und kulturlosen Krieg, den ein kalt und erbarmungslos aufs Ganze gehender Feind nicht als einen Krieg der Waffen dem deutschen Heere, sondern als einen Hunger- und Vernichtungskrieg dem ganzen deutschen Volke angesagt hat.

Meine Herren, wir alle können uns der Grösse der Zeit nur würdig zeigen, wenn wir uns Tag für Tag und Stunde für Stunde von dem ganzen schweren Ernst der dem deutschen Volk auferlegten Prüfung bis ins Innerste durchdringen lassen, wenn jeder sich als Mitkämpfer fühlt, wenn jeder täglich und stündlich sich das grosse Ziel vor Augen hält und täglich und stündlich bereit ist, sein Bestes für das grosse Ziel herzugeben. Wir haben das leuchtende Beispiel an unseren braven Soldaten, die zu Lande und zu

Wasser, in Regen und Wind, in Frost und Schneegestöber, im Unterseeboot und im Flugzeug zu jeder Stunde Blut und Leben einsetzen. Unseren braven Soldaten und ihren Führern verdanken wir es, wenn kaum mehr ein Feind auf deutschem Boden steht; ihnen verdanken wir es, wenn der verheerende Krieg den heimischen Fluren ferngehalten wird, und wenn der Ansturm der Feinde sich an den Bajonetten, den Gräben und Verhauen im Feindesland bricht. Zeigen wir uns den Brüdern draussen ebenbürtig an Mut und Selbstverleugnung, an Zähigkeit und Disziplin, fühlen wir uns alle mit ihnen als ein Heer, wie wir mit ihnen ein Volk und ein Blut sind! Dann kann uns mit Gottes Hilfe der Lohn nicht fehlen. Dann werden wir durchhalten und durchkämpfen bis zum vollen Sieg, bis zum ehrenvollen Frieden und bis zum Siegespreis, der allen den unsäglichen Opfern Ausgleich und Versöhnung bietet. Dann wird das deutsche Volk vor dem Weltgericht bestehen, und die Zukunft wird uns gehören!

Rede zur dritten Kriegsanleihe

vom 20. August 1915.

Meine Herren, nach den Ausführungen Ihres Herrn Berichterstatters würde ich auf eine Begründung des Nachtragsetats, der Ihnen vorliegt, verzichten können; denn ich glaube, die Sache, die ich hier zu vertreten habe, bedarf in diesem Hause keiner Verteidigung mehr. Wenn ich trotzdem um Ihre Erlaubnis bitte, den neuen Kriegskredit mit einigen Worten erläutern zu dürfen, so tue ich dies, weil ich — und wohl im Einklang mit Ihnen — das Bedürfnis empfinde, an der Schwelle des zweiten Kriegsjahres vor diesem hohen Hause, vor dem deutschen Volke, vor den Verbündeten, der neutralen und auch der feindlichen Welt in kurzen Zügen ein Bild zu geben, wie sich im ersten Kriegsjahr die Finanzlage des Reiches gestaltet hat, und welche Erwartungen wir berechtigterweise auf die Zukunft setzen dürfen.

Ich gehe gleich in medias res und rekapituliere: bewilligt sind von Ihnen für den Krieg bisher folgende Beträge: zweimal 5 Milliarden Mark, einmal im August, das zweite Mal im Dezember vorigen Jahres, dann 10 Milliarden Mark im März dieses Jahres, also zusammen 20 Milliarden Mark. Mit dem Ihnen jetzt vorliegenden Nachtragskredit wird die Gesamtsumme der für den Krieg erforderlichen Mittel auf den gewaltigen Betrag von 30 Milliarden Mark gebracht werden.

Meine Herren, man hat mitunter den Eindruck, dass in diesem Krieg die Welt die Schätzung für grosse Zahlen einigermassen verloren hat. Wir müssen nach anderen Massstäben suchen, und um Ihnen einen solchen Massstab zu geben, darf ich erwähnen, dass die bisher bereits bewilligten 20 Milliarden ungefähr den Wert des gesamten deutschen Eisenbahnsystems mit allen Anlagen und allem rollenden Material darstellen. Trotzdem bedarf dieser gewaltige Kredit heute der Auffüllung. Obwohl wir schon

im März mit den hohen Summen rechneten, sind unsere Schätzungen durch die tatsächliche Gestaltung der Kriegsausgaben noch übertroffen worden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die ungeheure und sich immer noch steigernde Anspannung aller Kräfte in diesem unerbittlichen Kampf um Leben und Zukunft unseres Volkes muss notwendigerweise auch in den Zahlen der Kriegsausgaben ihren Ausdruck finden.

Ich erwähne nur die wichtigsten Punkte. Es kommt in Betracht die Aufstellung immer neuer Formationen und deren Ausrüstung, die Verpflegung und Bekleidung unseres Millionenheeres bei steigenden Preisen für alle Lebensmittel und für alle Rohstoffe, der alle bisherigen Vorstellungen weit übersteigende Verbrauch an Material und an Munition, die Instandhaltung, die Vermehrung und die Verbesserung unserer Kriegswerkzeuge zu Land, zu Wasser und in der Luft, die Organisation der Verkehrsmittel hinter unseren Fronten, der Bau von Wegen, von Brücken, von Eisenbahnen in den besetzten feindlichen Gebieten. Das alles tritt täglich als Geldbedarf an den Leiter der Reichsfinanzen heran und verdichtet sich zu Monatssummen, die heute den Betrag von ungefähr zwei Milliarden Mark erreicht haben. Dieser Betrag von zwei Milliarden Mark, den wir jetzt in einem Monat für den Krieg aufwenden müssen, ist um ein Drittel höher als die Gesamtkosten des Krieges von 1870/71. Meine Herren, wir wollen diesen Zahlen und wir wollen der Wahrheit klar und unerschrockenen Blicks in die Augen sehen; wir wollen uns über die Grösse der Leistung, die noch zu verrichten ist, über die Schwere der Opfer, die noch zu bringen sind, keiner Selbsttäuschung hingeben. Es ist eine furchtbar schwere Zeit, die dem deutschen Volke und unserem Erdteil auferlegt ist. Wir wären dieser Zeit nicht würdig, wenn wir uns — more Gallico — mit leichten Worten über ihren Ernst hinwegzutäuschen versuchten. Wir wollen uns nüchtern und klar Rechenschaft darüber geben, dass in dem zweiten Kriegsjahr das Durchhalten nicht leichter, sondern vielfach schwerer sein wird als im ersten. Wir wollen uns klar darüber sein, dass neue Aufgaben entstehen und dass alte Aufgaben grösser werden; wir wollen uns namentlich Rechenschaft darüber geben, dass neue grosse Anstrengungen erforderlich sein werden, um unserer Bevölkerung

im Innern das Durchhalten zu erleichtern, dass noch grössere Mittel als bisher aufgewendet werden müssen, um gegenwärtige Not zu lindern, um drohendem Elend vorzubeugen und um Schaden für die Zukunft unseres Volkes abzuwehren. Ich möchte hier ausdrücklich wiederholen, was der Herr Berichterstatter aus den Verhandlungen der Budgetkommission bereits mitgeteilt hat, dass nämlich die verbündeten Regierungen sich diesen Aufgaben, so schwer sie sind, nicht entziehen werden. Ich wiederhole insbesondere, dass die Reichsfinanzverwaltung, einer in der Budgetkommission gegebenen Anregung entsprechend, aus dem neuen Kredit einen Betrag von 200 Millionen Mark bereitstellen wird, um den Fonds zu verstärken, der im Dezember vorigen Jahres geschaffen worden ist zur Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, na-
meindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, na-
mentlich auf dem Gebiete der Familienunterstützung und der Er-

Meine Herren, so schwer die materiellen Opfer sind, die das deutsche Volk, neben den noch grösseren und schwereren, in diesem Kriege bisher gebracht hat und weiter bringen wird: jeder Deutsche wusste von Anfang an, warum wir diese Opfer bringen, und jeder Deutsche weiss heute, dass diese Opfer nicht umsonst gebracht werden. Ich brauche deshalb, wie ich schon eingangs sagte, nicht viele Worte zu machen, um die Kreditvorlage, die Ihnen vorliegt, zu begründen. Ihre durchschlagende Begründung ist — der Herr Berichterstatter hat das bereits hervorgehoben — der einmütige Wille des deutschen Volkes, den uns aufgezwungenen Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuhalten, bis zu einem Frieden, den wir vor uns selbst, den wir vor Kindern und Enkeln verantworten können.

Aber, meine Herren, so weit sind wir heute noch nicht. Noch wollen unsere Feinde nicht zugestehen, dass ihr Frevelmut sich übernommen hat, als er sich vermass, uns mit Ueberzahl und Waffengewalt niederzuzwingen; noch wiegen sie sich in dem Selbstbetrug, dass es ihnen gelingen könnte, uns durch Ermüdung und Erschöpfung niederzuzwingen; noch sträuben sie sich, obwohl schwer getroffen, gegen den Gedanken, dass ihre Sache verspielt ist, dass die vernünftige Abwägung aller Aussichten sie zwingen

muss, den Fehlschlag ihres Unternehmens einzugestehen, für sich zu retten, was zu retten ist, und uns Sühne und Sicherheit für die Zukunft zu bieten. Solange die Feinde sich nicht bequemen, aus unserer Unbesiegbarkeit und aus unseren Siegen die Folgerungen zu ziehen, sind die Waffen unser einziges Mittel, sie zu überzeugen; so lange wollen und müssen wir weiterkämpfen und jedes Opfer bringen, das der Krieg uns auferlegt.

Meine Herren, was nun die Aufbringung der Mittel anlangt, die Sie in dem Nachtragsetat bewilligen werden, so soll auch dieses Mal wieder der Weg der Anleihe beschritten werden. Ich hatte mir bereits im März erlaubt, hier an dieser Stelle auszuführen, welche Gründe die verbündeten Regierungen veranlassen, von der Einbringung von Kriegssteuern, solange es angängig ist, abzusehen. Diese Gründe bestehen heute noch fort. Wir wollen während des Krieges die gewaltigen Lasten, die unser Volk trägt, nicht durch Steuern erhöhen, solange hierfür keine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Eine stärkere Besteuerung des Verbrauchs würde bei den ohnedies hohen Preisen wohl ebensowenig hier und im Volk auf Gegenliebe stossen wie eine stärkere Belastung des Verkehrs. Die direkten Steuern werden, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage, heute schon unter dem Zwange des Krieges von den Kommunen und teilweise auch von den Einzelstaaten ohnedies schon in erhöhtem Masse herangezogen. Zu alledem kommt, dass wir im Wege der Besteuerung auch bei der stärksten Anspannung gegenüber den gewaltigen Kriegsausgaben, die ich Ihnen genannt habe, nur wenige Prozente des Kriegsbedarfs flüssig machen könnten.

Meine Herren, Sie werden in diesem Zusammenhang wohl ein Wort über die vielbesprochene Kriegsgewinnsteuer erwarten. Es ist Ihnen bekannt, dass in dieser Frage bei der Zusammenkunft der Herren Finanzminister der Einzelstaaten, die am 10. Juli hier in Berlin stattfand, ein grundsätzliches Einverständnis erzielt worden ist. Zu einer Gesetzesvorlage ist die Angelegenheit, die genau durchgearbeitet werden muss, noch nicht reif. Wir sind auch der Ansicht, dass die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluss des Krieges stattfinden kann. Ich sage ausdrücklich: die Erhebung der Steuer; denn erst nach Abschluss des Krieges wird

es für die Betroffenen möglich sein, die finanzielle Wirkung, die der Krieg für sie mit sich gebracht hat, zu übersehen. Ueber die Grundsätze, hinsichtlich derer bei den verbündeten Regierungen heute schon Uebereinstimmung besteht, kann ich folgendes mitteilen: die verbündeten Regierungen sind einerseits überzeugt, dass die einwandfreie Feststellung des Begriffs des Kriegsgewinns eine steuertechnische Unmöglichkeit ist. Andererseits sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, dass alle diejenigen, die während der Kriegszeit, im Gegensatz zu der grossen Masse ihrer Volksgenossen, in der Lage waren, ihr Vermögen in erheblicherem Umfange zu vermehren, auch imstande und verpflichtet sind, in höherem Masse als im Wege der gewöhnlichen Besteuerung zu den Lasten des Krieges beizutragen.

Damit, meine Herren, ist die Anlehnung an die Reichsvermögenszuwachssteuer gegeben. Wie weit im einzelnen für die Bemessung der Steuersätze die Veränderungen des Einkommens in der Kriegszeit herangezogen werden können, unterliegt ebenso wie eine Reihe anderer Fragen noch der Prüfung. Uebereinstimmung besteht darin, dass der Vermögenszuwachs durch Erbgang von der Sondersteuer befreit bleiben soll. Wir sind ferner darüber einig, dass in Rücksicht auf den besonderen Zweck dieser Steuer, zur Entlastung der Kriegsausgaben des Reichs beizutragen, die Steuer nicht nur in barem Gelde, sondern auch in Kriegsanleihen soll entrichtet werden können. Die Erwartung der Kriegsgewinnsteuer darf also niemand abhalten, auf Kriegsanleihen zu zeichnen. — Meine Herren, Sie lachen. Aber die Angelegenheit hat ihre sehr ernste Seite. Ich habe eine ganze Anzahl von Briefen von Leuten bekommen, die fragen: wie sollen wir künftig Kriegsanleihen zeichnen, wenn wir nicht wissen, ob wir nicht nach Ablauf des Krieges einer schweren und vielleicht konfiskatorischen Steuer unterliegen? Wir dürfen nicht in die Lage kommen, eventuell mit grossem Kursverlust für die Steuerzahlung Papiere verkaufen zu müssen, die wir heute anschaffen. Aus diesen Erwägungen heraus müssen wir darauf bedacht sein, dass eine Steuer, wie wir sie in Aussicht genommen haben, auch in Kriegsanleihen gezahlt werden kann. (Zuruf: Zum Nennwert?) — Selbstverständlich zum Nennwert!

Wenn wir demnach, solange wir hoffen können, dass unser ordentliches Budget balanciert, ohne dass wir neue Einkommenquellen erschliessen müssen, auf neue Steuern verzichten, so stehen wir damit nicht allein in der Welt und unter den Kriegführenden da. Sogar England, das sich in dem ersten Monat des Krieges stolz zu der guten, alten Tradition bekannte, dass Kriege zu einem erheblichen Teile durch Steuern finanziert werden müssten, hat sich unter dem Zwange der Tatsachen zu einer anderen Ansicht bequemen müssen. Noch im letzten Herbst lockte den damaligen Schatzkanzler das Vorbild der napoleonischen Kriege, deren Kosten zu 40 Prozent durch Steuern und zu weniger als 60 Prozent durch Anleihen gedeckt worden sind; aber es ist bei der damals, im Herbst, in England beschlossenen Erhöhung der Einkommensteuer, der Biersteuer und Teesteuer geblieben, bei Steuererhöhungen, deren Ertrag nach jetzt vorliegenden englischen Schätzungen nur etwa 5 Prozent des Geldbedarfs des ersten Kriegsjahres ausmacht. Ein zweiter Versuch, Steuererhöhungen durchzusetzen, ist im Frühjahr dieses Jahres sang- und klanglos wieder aufgegeben worden. Und wenn neuerdings die englische Regierung mit dem Gedanken spielt, im Wege der Besteuerung neue Mittel dadurch zu beschaffen, dass sie auch die bisher freien Arbeitslöhne zur Einkommensteuer heranzieht, so ist sie damit heute schon auf so grossen Widerspruch gestossen, dass das Schicksal dieser neuen Idee heute kaum mehr zweifelhaft sein kann.

Meine Herren, wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluss und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allen anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen; das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig. Die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes muss, soweit es irgend möglich ist, von der ungeheuren Bürde befreit bleiben und entlastet werden, die der Krieg anwachsen lässt. Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.

Meine Herren, ich verkenne dabei nicht, dass die ungeheure finanzielle Schwächung, die der Krieg in seinem bisherigen Verlaufe bereits über unsere Gegner gebracht hat, die Aufgabe, die ich eben bezeichnete, zu einer ganz besonders schwierigen gestalten wird. Aber was nach dieser Richtung hin geschehen kann, das wird getan werden.

Die Bewilligung der Kriegskredite hat als Gegenstück die Realisierung dieser Kredite durch die Begebung der Anleihen. Sie wissen, und die Oeffentlichkeit weiss, dass die Ausgabe einer neuen, einer dritten Kriegsanleihe bevorsteht. Unsere Vorbereitungen sind zum grossen Teil bereits getroffen, sie stehen unmittelbar vor dem Abschluss. Ende dieses Monats, also in wenigen Tagen, werden die Zeichnungseinladungen auf die dritte Kriegsanleihe ausgegeben werden. Wir müssen durch die neue Anleihe die grossen Summen hereinbringen, die wir bereits jetzt über 13½ Milliarden der ersten beiden Kriegsanleihen hinaus verausgabt haben. Zum Teil sind ja diese Summen durch den Kriegsschatz und durch die bei Kriegsausbruch vorhandenen bereiten Bestände der Reichshauptkasse gedeckt worden. Diese Deckung hat weiterhin eine Erhöhung erfahren durch den Ueberschuss der Rechnung des ordentlichen Etats für das abgelaufene Finanzjahr. Ich habe diesen Ueberschuss hier auf Grund vorläufiger Berechnungen und Schätzungen im März dieses Jahres auf 38 Millionen Mark veranschlagt. Der endgültige Rechnungsabschluss hat ergeben, dass der Ueberschuss des ordentlichen Etats für 1914/15 sich auf 219 Millionen beläuft. Zusammen mit den anderen Posten, die ich erwähnte, Kriegsschatz und bereite Bestände, ist das immerhin eine ganz erkleckliche Summe, die aus dem ordentlichen Etat zu dem Fonds für die Kriegskosten hinüberfliesst. Aber die Summen, die wir vorläufig auf anderem Wege über den Ertrag der Anleihe hinaus aufbringen mussten, sind doch noch ausserordentlich viel grösser. Dieser andere Weg ist die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen bei der Reichsbank und bei den grossen deutschen Banken. Die auf diesem Wege ausgegebenen Schatzanweisungen müssen wir aus dem Erlös der bevorstehenden Anleihe konsolidieren, und die neue Anleihe muss uns darüber hinaus einen recht erheblichen Ueberschuss an freiem Geld für die Weiterführung des Krieges bringen.

Meine Herren, ich bin des Erfolges sicher; denn alle sittlichen und materiellen Kräfte, die unseren ersten beiden Kriegsanleihen einen über alle Erwartungen hinausgehenden Erfolg verschafft haben, stehen heute stark und fest wie je. Die ungeheuren Summen, die das Reich für den Krieg verausgabt hat, sind bis auf verhältnismässig unbedeutende Beträge im Lande geblieben. Sie sind unseren Soldaten, sie sind unserer Landwirtschaft, sie sind unserer Industrie — Arbeitern und Unternehmern — zugute gekommen und zugeflossen. Sie haben als Einzahlung auf die letzte Kriegsanleihe gedient und sich darüber hinaus zu neuem Sparkapital in der Zwischenzeit verdichtet.

Sie können den Prozess an der Entwicklung unserer Darlehnskassen verfolgen. Zur Zeit der ersten grossen Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe haben die Ausleihungen unserer Darlehnskassen einen Betrag von 1 Milliarde 500 Millionen Mark überschritten. Der Betrag ist seither längst unter 1 Milliarde Mark wieder heruntergegangen. Von den Ausleihungen der Darlehnskassen kamen im Höchstbetrag 536 Millionen Mark auf Vorschüsse, die zum Zweck der Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe gegeben worden sind. Dieser Betrag hat sich inzwischen auf 292 Millionen Mark vermindert. Das sind nicht viel mehr als 3 Prozent des Betrages von 9 Milliarden Mark, der heute auf die zweite Kriegsanleihe eingezahlt worden ist. (Hört! hört!) — Meine Herren, Sie rufen: „Hört! hört!“. Ich wünschte, dass unsere Feinde auch „Hört! hört!“ riefen; denn gerade den Punkt, den ich eben erwähnte, wollen sie unter keinen Umständen begreifen. Sie verbreiten mit einer geradezu unbelehrbaren Hartnäckigkeit die Behauptung, dass unsere Kriegsanleihen überhaupt nur Mache seien, dass sie finanziert seien mit dem Papier der Darlehnskassen. Gerade heute morgen — ich habe die Zeitung hier — ist mir ein Ausschnitt aus dem „Daily Telegraph“, der sonst doch ein relativ anständiges Blatt ist, vorgelegt worden. Hier lese ich zu meinem Erstaunen die alte Mär noch einmal. Ich lese sie mit einigen pikanten und interessanten Zutaten. Es wird hier erzählt, dass die Darlehnskassen bei uns geradezu alles beleihen, was ihnen überhaupt gebracht wird, bis zum Zahnstocher und bis zum Kohlenbecken. So ist es hier zu lesen. Das gehört mit

in das Thema, das gestern der Herr Reichskanzler berührt hat. Man kann darüber lachen. Aber auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein, dass diese systematische und fortgesetzte Herabsetzung unserer Finanzkraft, diese Verleumdung dessen, was in Deutschland geschieht, uns bisher im Laufe dieses Krieges unendlichen Schaden getan hat. Wir haben alles Interesse daran, dass auch dieses Lügengewebe, dass auch die Verleumdung auf dem Gebiete des Finanzwesens ganz energisch zerrissen wird.

Meine Herren, von den Darlehnskassen komme ich zu den Sparkassen. Unsere Sparkassen dürfen — das kann ich hier aussprechen — wirklich der Stolz des deutschen Volkes sein. Sie haben im Jahre 1913, also in dem Jahre vor dem Kriegsausbruch, mit ihren Einlagen um rund eine Milliarde zugenommen, und im Jahre 1914 haben sie trotz der fünf Kriegsmonate eine eine Zunahme an Einlagen zu verzeichnen, die sich insgesamt auf 900 Millionen Mark belief, obwohl auch im Jahre 1914 schon erhebliche Einzahlungen für die erste Kriegsanleihe aus Sparkassenguthaben geleistet worden sind. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1915 hat sich der Zugang bei den Sparkassen auf nahezu 1 500 000 000 Mark belaufen. Dieser Zugang ist allerdings vollständig aufgebracht worden für die gleichzeitigen Einzahlungen auf die Kriegsanleihe, auf die bei den Sparkassen ein Betrag von 1 800 000 000 Mark gezeichnet worden ist. Aber schon heute, wenn noch die drei Monate hinzukommen von Anfang Juli bis zu der ersten Einzahlung auf die neue Kriegsanleihe, kann man sagen, dass unsere Sparkassen wieder vollkommen intakt sind, dass sie mit einem Einnahmebestand von wesentlich mehr als 20 Milliarden Mark stärker sind als jemals vor Kriegsausbruch.

Aehnlich günstig stehen die Dinge auch bei unseren Banken, soweit meine Informationen reichen. Auch hier haben die Depositen nach der starken Inanspruchnahme durch die Einzahlungen auf die zweite Kriegsanleihe sich wieder auf ihren alten Stand erhoben. Ja, sie haben teilweise die bisherigen höchsten Zahlen überschritten.

Die Flüssigkeit des Geldes und das Gefühl der finanziellen Stärke und Gesundheit hat sich stellenweise sogar in spekulatives Treiben an den Börsen umgesetzt. Aber wie Ihnen bekannt

ist, hat ein leichter Wink genügt, um hier Einhalt zu gebieten und die Einsicht wieder überall zur Geltung zu bringen, da es für die Verwendung des freien Geldes jetzt eine bessere Betätigung gibt als die Effektenspekulation. Heute gehört alles verfügbare Geld dem Vaterland, und heute sind die Kriegsanleihen das Anlagepapier. Der freie Verkehr an den Börsen hat seine gute Berechtigung auch in der Kriegszeit, wenn und soweit er mittelbar und unmittelbar dazu dient, diese eine grosse Aufgabe zu erfüllen. Es spricht für die Einsicht und Vaterlandsliebe unseres Bankierstandes, dass der freie Börsenverkehr bisher sich im wesentlichen in diesen Schranken gehalten hat, und dass die erste Warnung sofort auf volles Verständnis und bereitwilligste Unterstützung gestossen ist.

Meine Herren, wir wollen jetzt bei der dritten Kriegsanleihe unsere finanzielle Kraft, die ich Ihnen eben als Symptom geschildert habe, voll in Bewegung und Wirksamkeit setzen. Zu diesem Zwecke haben wir die Organisation, die sich bei den ersten beiden Anleihen so gut bewährt hat, noch weiter ausgestaltet. Vor allem werden wir diesmal sämtliche Postanstalten im ganzen Deutschen Reich zur Zeichnung mit heranziehen, um so für jedermann die bequeme Gelegenheit zur Zeichnung zu verschaffen. Wir wollen ferner diesmal auch für die kleinen Zeichnungen unter 1000 Mark Teileinzahlungen gestatten und wollen dabei bis zu dem Betrag von 100 Mark herabgehen. Wir hoffen ferner, nach einigen sehr interessanten und wirksamen Beispielen bei der letzten Kriegsanleihe die Arbeitgeber dafür zu gewinnen, dass sie ihren Arbeitern und Angestellten durch Vorlagen die Zeichnung von kleinen Beträgen ermöglichen. Für die grossen Zeichner werden wir das Einzahlungsgeschäft vereinfachen, indem wir noch nicht fällige und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs, die in der Zwischenzeit ausgegeben worden sind, mit einem Abschlag von 5 Prozent in Zahlung hereinnehmen, also zu dem Satze der Kriegsanleihe, um auf diese Weise die Geldbewegung und die Störungen des Geldmarkts nach Möglichkeit einzuschränken.

Ferner, meine Herren, werden wir dieses Mal auf Grund der Erfahrungen bei der letzten Anleihe Zwischenscheine ausgeben,

damit der Zeichner der Anleihe sobald wie möglich etwas in die Hand bekommt. Ich stehe nicht an, anzuerkennen, dass die Unterlassung der Ausgabe von Zwischenscheinen bei der zweiten Kriegsanleihe zu Missständen geführt und vielfach Missfallen erregt hat. Wir konnten damals nicht annehmen, in welchem enormen Umfange gerade kleine Stücke gezeichnet werden würden. Es ist die Ausfertigung von weit über sechs Millionen Stücken notwendig. Dabei möchte ich Sie und möchte die Oeffentlichkeit bitten, zu berücksichtigen, unter welchen schwierigen Verhältnissen heute die Reichsschuldenverwaltung arbeitet. Ein grosser Teil ihres ausgebildeten Personals steht im Feld. Die Arbeit ist dort, obwohl Tag und Nacht mit Ausdauer gearbeitet wird, kaum zu bewältigen; und obenhin getan werden kann sie natürlich auch nicht. Dazu sind die Objekte, um die es sich handelt, zu wertvoll.

Die Werbetätigkeit für die Kriegsanleihe wollen wir dieses Mal in noch grösserem Umfange betreiben als die beiden letzten Male. Allerdings, auf die sensationelle Reklame, die England bei seiner letzten Kriegsanleihe aufgeboten hat — in gleichem Stil übrigens wie für die Werbung zum Kriegsdienst —, glauben wir verzichten zu können und verzichten zu müssen. Es entspricht nicht dem deutschen Geschmack, den Stil der Zirkusreklame auf den Ernst des Krieges in Anwendung zu bringen. Wir haben auch nicht nötig, nach englischem Vorbild den Zeichnern zu sagen, dass sie ihrem Vaterlande ein „a mercy", eine Gnade erweisen, wenn sie auf die Anleihe zeichnen. Das Deutsche Reich bettelt nicht, und der Deutsche gibt seinem Vaterlande kein Almosen, sondern er erfüllt seine Pflicht.

Aber die lebendige Mitwirkung aller, die durch Amt und Beruf, durch Stellung und Ansehen belehrend und beratend auf die weitesten Volkskreise einwirken können, wollen wir nicht missen. Gemeindevorsteher, Geistliche und Lehrer haben uns das letzte Mal schon wacker geholfen. Ich bin überzeugt, sie werden diesmal ihre Anstrengungen verdoppeln. Vor allem, meine Herren, rechne ich in dieser Beziehung auf Sie, auf Sie als die gewählten Mitglieder und Vertrauenspersonen des deutschen Volkes. Wenn Sie jetzt nach Ihrer Heimat zurückkehren, dann haben Sie Gelegenheit, in Ihrem Kreise durch Belehrung und durch Appell an

das patriotische Gewissen für die neue Anleihe zu wirken und zu ihrem Gelingen beizutragen. Soweit die Reichsfinanzverwaltung Ihnen dabei mit Material oder sonst irgendwie zur Verfügung stehen kann, wird das von meiner Seite gerne geschehen.

Ich komme nun zu der Ausstattung der neuen Anleihe. Wir wollen in bezug auf die Ausstattung der neuen Anleihe nach reiflicher und genauer Ueberlegung auf dem geraden und einfachen Wege bleiben, der uns bei den letzten beiden Anleihen den grossen Erfolg gebracht hat. Die 5 prozentige Kriegsanleihe ist heute das volkstümlichste Papier, das es in Deutschland jemals gegeben hat. Ohne Not wollen wir von diesen bewährten Bahnen nicht abgehen. Nur den Ausgabekurs werden wir im Gefühl unserer gefestigten Finanzkraft etwas höher setzen. Im übrigen: Probieren und Experimentieren, verschlungene Finanzkunststücke und sensationelle Reizmittel überlassen wir denen, die sich unsicher fühlen. Der Starke nützt seine Kraft in der Einfachheit.

Meine Herren, wenn etwas in der Welt unsere Zuversicht und Selbstsicherheit zu steigern vermag, dann ist es der Vergleich mit den Finanzverhältnissen und Finanzmassnahmen unserer Gegner. Ich darf Sie deshalb noch um etwas Geduld bitten, um Ihnen hierüber noch einiges zu sagen.

Vorausschicken möchte ich hier eine Schätzung der Gesamtkosten, die dieser ungeheure Krieg verursacht.

Nach genauen Untersuchungen auf Grund des Materials, das hier in Deutschland überhaupt zu erreichen ist, belaufen sich jetzt die täglichen Kriegskosten der sämtlichen beteiligten Mächte auf nahezu 300 Millionen Mark. Die monatlichen Kriegskosten übersteigen also 8 Milliarden Mark, und für das Jahr kommen wir insgesamt auf rund 100 Milliarden Mark. Diese 100 Milliarden sind ungefähr der dritte Teil des ganzen beweglichen und unbeweglichen, des ganzen öffentlichen und privaten Volksvermögens in Deutschland.

Meine Herren, das ist die grösste Wertzerstörung und Wertverschiebung, die jemals die Weltgeschichte gesehen hat. Ich muss dabei sagen, dass von den einzelnen Ländern Deutschland bis vor wenigen Monaten dabei die schwerste Last getragen hat, und auch heute ist wohl die Gesamtsumme der bisher aufgelaufenen

Kriegsausgaben in Deutschland grösser als in irgendeinem anderen Land. Aber was ich im März bereits kommen sah, ist inzwischen eingetreten: in der Höhe der laufenden Kriegsausgaben hat England uns jetzt überholt. Es scheint, dass dort die Kriegsausgaben pro Tag jetzt den Betrag von 4 Millionen Pfund, d. h. von 80 Millionen Mark, überschritten haben. Meine Herren, wir wollen den Engländern, denen ja der Begriff des Rekords so ausserordentlich viel sagt, diesen Vorsprung gönnen, zumal die Engländer selbst das Gefühl haben, dass wir mit kleineren Mitteln bedeutend mehr ausrichten als sie selbst. Noch kürzlich hat ein englischer Lord, ein Mitglied des Oberhauses, im Parlament gesagt, er habe den Eindruck, dass in Deutschland mit einem Pfund mehr ausgerichtet werde für den Krieg als in England mit dreien. — Ob der Mann recht hat, wage ich nicht zu entscheiden; aber ich könnte Ihnen allerdings einzelne Beispiele nennen, bei denen der Lord das Verhältnis noch ganz bedeutend unterschätzt hat. Auf die Gesamtheit der beiden Gruppen, die sich gegenüberstehen, verteilen sich die Kriegskosten ungefähr so, dass auf die Koalition unserer Feinde nahezu zwei Drittel, auf uns und unsere Verbündeten etwas mehr als ein Drittel der gesamten Kriegskosten entfallen.

Von den kriegführenden Ländern haben Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn allein bisher einen nennenswerten Teil ihrer Kriegskosten durch langfristige konsolidierte Anleihen gedeckt. England hat in seinen beiden Kriegsanleihen 18 bis 19 Milliarden Mark aufgebracht, von denen heute etwa 12 bis 13 Milliarden Mark eingezahlt sein dürften. Wir halten heute auf einem eingezahlten Betrag von etwa 13 Milliarden Mark, und mit der bevorstehenden Kriegsanleihe werden wir, wie ich zuversichtlich hoffe, auch hinsichtlich der gezeichneten und damit für die weitere Kriegsführung gesicherten Summe wieder allen anderen voranstehen. Unser Verbündeter Oesterreich-Ungarn hat durch langfristige Anleihen bisher nahezu 8 Milliarden Kronen aufgebracht, eine Leistung, die angesichts des Standes der Wirtschaft und des Volkswohlstands in Oesterreich-Ungarn die allergrösste Anerkennung verdient.

Wenn Ihnen das klar werden soll, brauche ich Ihnen nur als Gegenstück Frankreich zu nennen. Frankreich bleibt hinter den

Ziffern, die ich bisher genannt habe, weit zurück. Der Reinertrag seiner langfristigen Anleihe, der „Obligations de la défense nationale“, wie sie stolz genannt wird, erreicht bis heute kaum 2 Milliarden Francs. Das ist etwa der vierte Teil dessen, was Oesterreich-Ungarn auf dem Gebiet der langfristigen Anleihen geleistet hat. Den ganzen grossen Rest seiner Kriegsausgaben hat Frankreich bisher nur im Wege des kurzfristigen Kredits beschaffen können. Es hat rund 8 Milliarden Francs an kurzfristigen Schatzwechseln begeben, es hat 6½ Milliarden bei der Bank von Frankreich entnommen und es hat sich von England unter recht drückenden Bedingungen einen Kredit von 1½ Milliarden Francs bewilligen lassen.

Von Russland, Italien und den kleinen Ententegenossen will ich nicht reden. Man soll auch gegen Feinde nicht ohne Not grausam sein.

Meine Herren, für die Bewertung der bisher erzielten Erfolge und der weiteren Aussichten der finanziellen Kriegsführung ist nicht nur die Höhe der aufgebrachten Summen entscheidend, sondern auch das Wie der Aufbringung. Ich glaube ohne Ueberhebung sagen zu können, dass wir in diesem Punkte die unbestrittene Ueberlegenheit besitzen. Frankreich, das Land der Rentner, hat es bisher überhaupt nicht zu einer regelrechten Anleihe gebracht; denn die Obligationen, von denen ich vorhin sprach, sind nicht zu einer einheitlichen und ordnungsmässigen Zeichnung aufgelegt worden, sondern sie werden, ebenso wie die Schatzscheine, Tag für Tag verkauft. Neuerdings wird sogar die Ausgabe von verzinslichen Papierscheinen von 20 Francs und 5 Francs — mit Zinsen! — angekündigt, um die Ergiebigkeit der Geldquellen etwas zu steigern. Von Zeit zu Zeit spricht man auch von einer grossen Kraftanstrengung, von einer konsolidierten Anleihe. Aber zu einer solchen Operation hat man in Frankreich bisher immer noch nicht die Zeit für gekommen gehalten.

Ich komme zu England. Das Land der 2½ prozentigen Konsols hat es zuerst mit einer 3½ prozentigen Anleihe versucht. Das Zeichnungsergebnis war mit nahezu sieben Milliarden Mark äusserlich gut; aber die zu 95 Prozent ausgegebene Anleihe sank alsbald von dem ersten Tage ihrer Notierung unter den Ausgabekurs und

Bedeutung hat, dann müssten selbst die verbohrtesten unter unseren Feinden sehen, wie die Dinge auf dem finanziellen Kriegsschauplatze stehen.

Das finanzielle Kräfteverhältnis, wie es in den Erfolgen der bisherigen Kriegsanleihen so drastisch zum Ausdruck kommt, spiegelt sich wieder in allen anderen Erscheinungen, die mit dem öffentlichen Kredit und dem Geldmarkt im Zusammenhang stehen. Ich will nur die wichtigsten Punkte kurz erwähnen. Wenn Sie die vor dem Kriege massgebenden Staatspapiere in England, Frankreich und Deutschland nehmen, so werden Sie finden, dass die 3prozentige französische Rente gegenüber dem Kurse von etwa März 1914 um runde 20 Prozent zurückgegangen ist. In England sind ja Mindestkurse vorgeschrieben für die 2½ prozentigen Konsols. Der Mindestkurs ist 65 Prozent; nach dem Urteil der englischen Finanzpresse ist er um mehrere Prozent zu hoch. Aber gleichwohl stellt auch dieser Kurs von 65 Prozent einen Rückgang von 11 Prozent dar. Unsere deutschen Staatspapiere zeigen einen Rückgang von 8 bis 9 Prozent. Also auch hier, so gross die Entwertung ist, schneiden wir am besten ab. Allerdings leistet sich die Londoner Börse von Zeit zu Zeit den Scherz, unsere deutsche 3prozentige Reichsanleihe, für die ja vor dem Kriege dort ein Markt bestand, zu notieren. Sie hat sie noch kürzlich notiert mit 49½ Prozent. 50 Prozent wäre offenbar zu rund gewesen, um glaubhaft zu sein. Ich habe mich vergeblich bemüht, auf dem Umwege über neutrale Märkte zu diesem Kurs von 4½ Prozent deutsche Staatsanleihe in London zu kaufen; abgesehen von meinem Interesse an dem Sachverhältnis schon deshalb, weil sich eine solche Gelegenheit zu einer so billigen Schuldentilgung für das Reich wohl nie wieder finden wird. Aber ich muss Ihnen mitteilen, es ist mir nicht gelungen, auch nur ein einziges Stück zu bekommen. Wir wissen, wie die Dinge stehen. Aber solche Dinge werden ja nicht gemacht für uns und nicht für die Engländer. Die Engländer glauben es ja auch nicht. Sie sind gemacht für die anderen, namentlich für die Herren Franzosen. Dort ist der Kurs von 49½ Prozent sofort mit heller Begeisterung aufgenommen worden. Die Zeitungen schreiben — ich zitiere hier wörtlich den „Gaulois" —: Auf finanziellem Gebiete hat also, wie auf allen übrigen

Gebieten, das deutsche Debacle angefangen. Ein ähnliches Debacle, wie dieser Kurs von 49½ Prozent für unsere Staatspapiere, ist in den Augen unserer Feinde — es ist nicht zu glauben, aber wahr — unsere Reichsbank. Die Reichsbank hat seit Kriegsausbruch ihren Goldbestand um mehr als eine Milliarde erhöht, ein Beispiel, dem die Engländer und Franzosen bisher vergeblich annähernd Gleichwertiges zur Seite zu stellen gesucht haben. Die Golddeckung der Reichsbank für ihre sämtlichen Verbindlichkeiten, die vor dem Kriege ungefähr gleich gut war, wie die Golddeckung der Bank von England, und um 9 Prozent ungünstiger als bei der sehr gut mit Gold ausgepolsterten Bank von Frankreich, ist heute um 5,4 Prozent besser als in Frankreich und um 8 Prozent besser als in England — trotz der grossen Einzahlungen auf die letzte englische Kriegsanleihe. Die Zahlen der Golddeckung nach den letzten Bankausweisen sind: bei uns 33,7 Prozent, in Frankreich 28,3 Prozent und in England 25,3 Prozent; sie war aber dort schon niedriger als 20 Prozent.

Aber, meine Herren, auch diese Zahlen nützen nichts. Ein Londoner Finanzblatt erklärte kürzlich schlechtweg unser Gold in der Reichsbank für Papier; und die französische Presse spricht dies gläubig nach. Warum? Weil die Darlehnskassenscheine neben dem Metall bei uns Notendeckung sind. Das genügt für die auswärtige Finanzkritik, unser Gold glattweg für Papier zu erklären! Dass diese Darlehnskassenscheine zusammen mit den Reichskassenscheinen in jedem Ausweis der Reichsbank getrennt von dem Metall und getrennt von dem Golde ausgewiesen werden, daran stösst man sich nicht.

Neuerdings hat ein ganz kluger Mann noch eine andere Entdeckung gemacht. — Ich bringe diesen Fall, wie die anderen, nur deshalb hier vor, um Ihnen zu zeigen, wie von unseren Feinden gearbeitet wird, nicht wegen des „Temps" oder der „Times" oder irgendeiner sonstigen Stelle, von der solche Ausstreuungen ausgehen, sondern wegen des Systems. Also ein ganz Kluger, der im „Temps" sein Wesen treibt, hat neulich die Entdeckung gemacht, die Zunahme des Goldbestandes in der Reichsbank komme daher, dass wir uns den Goldbestand der Oesterreichisch-Ungarischen Bank unter der Hand angeeignet hätten. Hier scheint der

brave Franzose von den eigenen Erfahrungen auf andere zu schliessen; er scheint die Reichsbank mit der Bank von England zu verwechseln. Die Bank von England hat ja bekanntlich nicht nur auf die ägyptische Goldreserve, auf die indische Goldreserve die Hand gelegt und fürsorglich den Goldbestand der belgischen Nationalbank an sich genommen, sondern sie hat sich bei ihrer Hilfeleistung für Russland und für Frankreich mit klingendem Gold für ihre Kreditgewährung bezahlen lassen.

Diese neueste Legende, die gegen uns in die Welt gesetzt wird, ist mir gar nicht unwillkommen; denn sie gibt mir Gelegenheit zu einer Feststellung, die mir am Herzen liegt. Wir stehen allerdings unseren Verbündeten auch finanziell zur Seite, wie dies guter Waffenbrüderschaft entspricht. Unsere deutschen Banken haben mit der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse finanzielle Transaktionen, im Einverständnis mit der Reichsleitung, abgeschlossen. Ausserdem haben wir gegenüber den Türken, die sich so ausgezeichnet schlagen, die Pflichten des finanziell stärkeren Bundesgenossen bisher erfüllt und werden diese Pflichten weiter erfüllen. Geschachert haben wir mit unseren Bundesgenossen nicht; Gold haben wir ihnen nicht abgenommen. Treue Verbündete, die Schulter an Schulter mit uns ihr Blut vergiessen, als Objekte geschäftlicher Ausbeutung zu behandeln, das ist nicht deutsche Art, das ist britischer Stil; das überlassen wir den Engländern!

Nun, meine Herren, zu dem letzten Punkte dieser finanziellen Uebersicht, zu dem Punkte, den ich im Monat März hier als den einzigen wunden Punkt in unserer Finanzverfassung bezeichnen musste: ich meine die Gestaltung der auswärtigen Wechselkurse. Ich habe mich damals bemüht, Ihnen zu zeigen, auf welchen Zusammenhängen der Rückgang unserer auswärtigen Wechselkurse während dieses Krieges beruht. Sie bestehen, kurz zusammengefasst, in der starken Unterbindung unseres Exports und in der Sperrung unserer Kapitalanlagen im Auslande. Die Dinge haben sich auf diesem Gebiete für uns nicht erheblich gebessert, aber auch nicht verschlechtert. Die Sache ist heute ungefähr auf demselben Stande, auf dem sie im Monat März gewesen ist. Das ist, nachdem man ein halbes weiteres Kriegsjahr hinter sich

hat, immerhin schon ein Fortschritt, im Gegensatz zu dem im allgemeinen zutreffenden Sprichwort, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Dagegen ist den Franzosen und den Engländern der Spott über diesen Punkt inzwischen doch vergangen. Das stolze England, dem die Meere offen stehen, das über eigenes und fremdes Vermögen verfügt, kämpft einen verzweifelten Kampf um die Aufrechterhaltung des Sterlingkurses gegen die immer grösser werdende Entwertung. Der Sterlingkurs ist in letzter Zeit in New York bis 5 Prozent unter die Parität heruntergegangen, ein Zustand, wie er sich seit den Napoleonischen Kriegen nicht ereignet hat. Frankreich, dessen Valuta noch im März die volle Parität hatte, bezahlt heute für 100 Schweizer Franken 110 französische Franken, und in New York ist die gestern herübergekabelte Notierung des Franken etwa 16 Prozent Disagio. Die französische Valuta steht also in New York jetzt schlechter als die deutsche. Aber auch hier haben die Franzosen ihren Trost leicht bei der Hand. Herr Ribot, der französische Finanzminister, hat kürzlich Kammer und Land über den Valutarückgang mit folgenden Worten beruhigt — ich spreche französisch, damit man nicht sagen kann, die Uebersetzung übertreibe —:

Il n'y a aucune dépréciation de notre crédit; il y a simplement des difficultés de payer.

Das heisst auf deutsch:

Eine Entwertung unseres Kredits liegt in keiner Weise vor; es bestehen einfach nur gewisse Schwierigkeiten im Bezahlen.

Meine Herren, mit Ihrer Heiterkeit stellen Sie sich in einen gewissen Gegensatz zur französischen Kammer; denn nach dem Bericht über die Sitzung sind diese Worte des französischen Finanzministers von der Kammer allseitig mit Rufen: „Très bien! Très bien!" applaudiert worden.

Nun, meine Herren, lassen Sie mich von den einzelnen Erscheinungen, die ich mir erlaubt habe Ihnen vorzuführen, auf das Ganze und auf das Wesentliche zurückkommen, auf den Kern, in dem das Geheimnis unseres Erfolges auf dem finanziellen Kriegsschauplatz liegt! Das Geheimnis liegt nicht in dem, was man gemeinhin Reichtum nennt. Darin ist uns das britische Weltreich und ist uns, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, auch

Frankreich unbestreitbar überlegen. Der Reichtum, dem wir den Erfolg verdanken, ist nicht etwa nur die Summe von geldwerten Ersparnissen. Er umfasst vielmehr unseren gesamten wirtschaftlichtechnischen Apparat, er besteht vor allem in der lebendigen Arbeitskraft unseres Volkes, die im Krieg und für den Krieg wirkt und schafft. Was der Krieg verzehrt, das ist nicht etwa unser Stock rollenden Geldes; das ist die Summe von Kriegsmaterial und Unterhaltsmitteln, die unser Volk — Gott sei Dank auf eigenem Boden — in Anspannung aller Energie stets aufs neue gewinnt und erzeugt. Das Geld wird dabei gebraucht, aber nicht verbraucht. Das Geld steht hier ähnlich wie die Eisenbahnen, die unseren Truppen die zum Leben und Kämpfen notwendigen Dinge zuführen. Wie die Eisenbahnwagen wohlgefüllt zu den Fronten hinausrollen und dann wieder nach den heimatlichen Arbeitsstätten zurückkehren, so rollt das Geld aus der Reichskasse hinaus bei der Bezahlung der Kriegsausgaben, und so kehrt es zurück, muss es zurückkehren im Wege der Einzahlung auf die Kriegsanleihen. Ein wohlgeordnetes und gut funktionierendes Geld- und Finanzwesen ist für die Durchführung des Krieges ebenso wichtig wie ein leistungsfähiges Eisenbahnsystem. Aber auch das beste Eisenbahnsystem hilft nichts, wenn nichts zum Transportieren da ist, und das beste Geldsystem muss versagen, wenn die Arbeit des Volkes nicht die Dinge schafft, die zum Leben und Kriegführen notwendig sind. Wo das Geld über die Grenzen rollt, um draussen durch Ankauf von Kriegsmaterial und Nahrungsmitteln die mangelnde innere Erzeugung zu ergänzen, da rollt es nicht so leicht zurück, da treten die Stockungen ein, die wir bei unseren Gegnern beobachten. Darum, meine Herren, mögen unsere Feinde ihre Geldmaschine reparieren und dabei noch so sehr auf unser Vorbild schauen; nutzen wird ihnen das erst, wenn sie uns die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft und unserer Industrie, wenn sie uns in allen lebenswichtigen Produktionszweigen unsere Unternehmer und unsere Arbeiter nachmachen; und das können sie nicht. Das können sie so wenig, wie sie uns unser Heer nachmachen können, denn dazu gehört eben doch etwas mehr als die aus der Not des Augenblicks geborene Einsicht. Dazu gehören Generationen langjähriger Schulung und Zusammen-

arbeit, dazu gehört die eiserne Erziehung zu Pflicht und Disziplin, dazu gehört das in tausendjähriger Geschichte zu Stahl zusammengeschweisste Volkstum.

Darum mögen sie uns Vernichtung und Zerstückelung ansagen; an diesem stahlharten deutschen Volkstum wird ihre Zahl und Macht, ihr Geld und ihre Tücke zerschellen. Wir tragen den Sieg in uns. Wir fühlen die Verheissung des Sieges doppelt stark in diesen Tagen, wo unter den Donnerschlägen unserer festungsbezwingenden Geschütze Schwankendes Gestalt gewinnt, wo jeder das Herannahen grosser Entscheidungen spürt, wo der Flügelschlag der Weltgeschichte, des Weltenschicksals in der kleinsten Hütte hörbar wird. Wir wissen in diesen Tagen Heer und Volk durchdrungen von dem Bewusstsein, dass es abermals gilt, alle Kraft einzusetzen; wir wissen, dass es in jedem Deutschen zuckt, mit Hand anzulegen bei der grossen Entscheidung, draussen in der Feldschlacht und im Festungskrieg, daheim im wirtschaftlichen und im finanziellen Ringen. Deshalb, meine Herren, vertraue ich: der Kredit, den Sie jetzt bewilligen werden, wird vom ganzen Volke durch die Beteiligung an der neuen Kriegsanleihe gutgeheissen. Keiner wird sich ausschliessen. Grosse und Kleine werden ihre Pflicht tun. Die Daheimgebliebenen werden abermals den kämpfenden Brüdern draussen ihren Dank abstatten und und sich ihrer würdig erweisen. Die Daheimgebliebenen werden dazu beitragen, mit einem neuen durchschlagenden Erfolge uns näher zu bringen an Sieg und Frieden, an den deutschen Frieden, der uns die Vollendung des Werkes von 1812 und 1870 sein wird, an den Frieden, der uns und unseren Verbündeten dauernde Sicherheit vor Begehrlichkeit und Ueberfall gewährleistet, an einen Frieden, der unsere Gegner aus dem Fluch irregeführter Leidenschaft und künstlich gezüchteter Wahnidee zur Selbstbesinnung zurückleitet, der den blutenden Völkern die Ruhe und Entwicklungsfreiheit bringt, deren unser Erdteil bedarf, um in der Welt seinen Platz zu behalten und seine Mission zu erfüllen.

Kriegsgewinnsteuer.

Rede vom 30. November 1915.

Meine Herren, ich bitte um die Erlaubnis, dieser Vorlage einige Worte vorausschicken zu dürfen. Zur Verteidigung des allgemeinen Gedankens der sogenannten Kriegsgewinnsteuer brauche ich wohl hier in diesem Hause nichts zu sagen. Die Ueberzeugung von der sittlichen und von der finanziellen Notwendigkeit dieser Steuer ist heute, wie sich die Begründung der Vorlagen ausdrückt, Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. Ueber die Ausgestaltung der Steuer im einzelnen gehen allerdings die Meinungen, soweit ich sehe, noch auseinander. Ich bin aber der Ueberzeugung, dass es bei der Durchberatung der endgültigen Vorlage gelingen wird, diese auseinandergehenden Meinungen zu vereinigen und zu einer Uebereinstimmung zu kommen.

Bei unserer heutigen Beratung handelt es sich um ein vorläufiges Gesetz, das speziell die juristischen Personen betrifft, die Erwerbszwecke verfolgen. Sie werden nun den begreiflichen Wunsch haben, beim Eintritt in die Beratung dieses Gesetzes wenigstens über die grosse Grundlage unterrichtet zu werden, auf der später einmal nach dem Gedanken derjenigen Stellen, die mit der Feststellung des definitiven Entwurfs befasst sind, sich die ganze Kriegsgewinnbesteuerung aufbauen soll. Um diesem Wunsch entgegenzukommen, habe ich in die Begründung der Vorlage bereits einen Passus aufgenommen, der sich in allgemeiner Form über diese Grundlage ausspricht. Ich lehne mich in meinen gegenwärtigen Ausführungen hieran an.

Der erste dieser Grundsätze ist die Erfassung der Kriegsgewinne in allerweitestem Sinne des Wortes. Damit ist von vornherein eine Anlehnung an das Reichsbesitzsteuergesetz vom 3. Juni 1913 gegeben. Meine Herren, wir gehen dabei von folgender Auffassung aus: Jeder, der in der Lage ist, im Gegen-

satz zu der grossen Masse der Volksgenossen in dieser schweren Kriegszeit seine materiellen Verhältnisse zu verbessern, hat die Pflicht und soll angehalten werden, einen ansehnlichen Teil dieses Vermögenszuwachses dem Vaterlande zu opfern. Das ist die Hauptgrundlage, auf der die künftige Gesetzgebung stehen wird. Wir werden also im Wege der durch das Besitzsteuergesetz ohnedies vorgesehenen Veranlagung am 31. Dezember 1916 den Vermögenszuwachs gegenüber dem 1. Januar 1914 feststellen und danach die Steuer erheben. Dass bei der Durchführung dieses Systems im Gegensatz zum Besitzsteuergesetz Anfälle aus Erbschaften und andere ähnlich geartete Vermögensvermehrungen ausscheiden, habe ich hier in diesem Hause schon bei einer früheren Gelegenheit erwähnt.

Gegen diese allgemeine Erfassung des Vermögenszuwachses, also gegen eine Besteuerung, die über das Gebiet der Gewinne an direkten und indirekten Kriegslieferungen hinausgreift, sind hier und dort in der Oeffentlichkeit Einwendungen laut geworden. Ich will auf diese Einwendungen nicht im einzelnen eingehen, aber doch zu diesem wichtigen Kardinalpunkte einige Worte grundsätzlicher Art sagen. Da möchte ich voranstellen, dass es mir widerstrebt — und ich hoffe, es wird auch Ihnen widerstreben —, die geplante Kriegsgewinnsteuer als eine Art Strafsteuer gegen übermässige Gewinne bei Kriegslieferungen und bei Vermittlung von Kriegslieferungen anzusehen. Damit kämen wir auf einen durchaus falschen Weg. Wo direkte Uebervorteilungen vorgekommen sind, müssen wir auf andere Weise einen Ausgleich und Reparatur stattfinden lassen als im Wege der Besteuerung. Die Steuer ist keine Strafe, und die Steuer soll auch in den Augen der Steuerpflichtigen nicht zur Zuchtrute entwürdigt werden. Die Steuerleistung ist eine staatsbürgerliche Pflicht, die ebenso wie die allgemeine Wehrpflicht eine Ehrenpflicht ist und bleiben muss. Dafür zu sorgen, dass das deutsche Volk von dieser Ueberzeugung sich durchdringen lässt, dass diese Ueberzeugung im deutschen Volke geschützt und gefördert wird, dazu haben wir im Hinblick auf das, was auf finanziellem Gebiet kommen wird und kommen muss, mehr als jemals Veranlassung.

Aber ganz abgesehen von dieser allgemeinen Erwägung muss

meines Erachtens speziell bei der Kriegsgewinnbesteuerung alles vermieden werden, was dazu führen könnte, diese Steuer bei den Betroffenen auch nur als eine levis macula erscheinen zu lassen. Schliesslich sind Uebervorteilungen und Missbräuche auf dem Gebiet der Arbeit für den Krieg doch immerhin, Gott sei Dank, Ausnahmen, Ausnahmen, die jedermann auf das schärfste missbilligen und verurteilen wird, wo sie vorgekommen sind, Ausnahmen, die aber erfreulicherweise im Verhältnis zu der Gesamtheit der Riesenleistung, die das deutsche Wirtschaftsleben für den Krieg vollbracht hat, nur verschwindend gering sind. Soll etwa der Industrielle, der seine Friedensfabrik mit dem Aufwand seiner ganzen Intelligenz und seines Vermögens in eine Munitionsfabrik umgewandelt hat, soll der Landwirt, der trotz aller Erschwerungen alles getan hat, was in seiner Kraft stand, um für die Ernährung des Volkes und des Heeres, um für das Durchhalten zu sorgen, soll auch der Händler, der in redlicher Arbeit Nachfrage und Erzeugung zusammenzubringen versucht hat, einer an das Konfiskatorische streifenden Kriegsgewinnbesteuerung unterliegen, während etwa der Kapitalist — ich will einmal einen extremen Fall nehmen —, der ruhig auf amerikanischen Wertpapieren sass, die in die Höhe gegangen sind, und einen erheblichen Vermögenszuwachs dadurch erfahren hat, von dieser Steuer nicht getroffen wird, nur weil er für den Krieg nicht gearbeitet hat? Das sind Konsequenzen, die unter allen Umständen vermieden werden müssen. Also einen Strafcharakter wollen wir bei dieser Steuer bewusst und von vornherein ausschalten.

Dafür sprechen auch starke finanzielle Gründe.

Meine Herren, ich werde im Interesse der Neuordnung der Reichsfinanzen nach dem Kriege auf einen sehr ausgiebigen Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nicht verzichten können. Dass ein ausgiebiger Ertrag zu erzielen ist, halte ich für ausgemacht. Unsere grossen Milliardenaufwendungen für den Krieg sind doch erfreulicherweise zum weitaus überwiegenden Teil im Inlande geblieben. Die Zahlungen, die im Inland geleistet worden sind, müssen irgendwie in die Erscheinung treten; denn sie sind nach meiner Ueberzeugung erheblich geringer als die Werte, die in diesem Kriege im deutschen Vaterlande vernichtet oder aufgebraucht worden sind.

Der Krieg bedeutet — das ist richtig — eine enorme Wertzerstörung; aber ich glaube, die Wertverschiebung, die der Krieg hervorgebracht hat, ist nicht geringer zu veranschlagen, und diese Wertverschiebung muss irgendwo als Vermögenszuwachs in die Erscheinung treten. Wenn wir also diesen Vermögenszuwachs im weitesten Sinn erfassen, dann, aber auch nur dann, werden wir eine ausgiebige finanzielle Ausgestaltung, einen ausgiebigen finanziellen Ertrag der Steuer erwarten dürfen.

Meine Herren, der eben besprochene Punkt der Allgemeinheit der Gewinnbesteuerung ist der erste Punkt, in dem sich das kommende Kriegsgewinnsteuergesetz an die Besitzsteuer anlehnen wird. Dieser Grundsatz kommt auch bereits in dem vorbereitendem Gesetze, das heute den Gegenstand unserer Beratungen bildet, zum Ausdruck; denn das Gesetz umfasst in den Vorschriften, die es über Reservestellung usw. enthält, die Gesamtheit aller juristischen Personen, die Erwerbszwecke verfolgen, einerlei, ob sie direkt oder indirekt oder überhaupt nicht mit dem Kriege in irgendwelchem Zusammenhange stehen.

Der zweite Punkt, in dem das vorliegende Gesetz und auch voraussichtlich die definitive Kriegsbesteuerung sich an das Besitzsteuergesetz anlehnen wird, ist der dreijährige Zeitraum, den wir der Kriegsbesteuerung zugrunde legen wollen. Ich weiss, dass auch gegen diesen dreijährigen Zeitraum manche Bedenken und Einwände bestehen; aber ich hoffe, dass Sie sich überzeugen werden, dass wir auch hier mit unserm Entwurf und mit unserer Idee für den künftigen Entwurf den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Ich möchte von vornherein nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob bestimmend für diesen dreijährigen Zeitraum lediglich der formale Gesichtspunkt der Anlehnung an das bestehende Besitzsteuergesetz gewesen wäre. Das ist nicht der Fall; es sind vielmehr starke materielle, starke in der Sache liegende Gründe, die uns veranlasst haben, auf diesen Boden zu treten.

Die Gründe sind folgende: Für grosse Erwerbszweige ist die sogenannte Kriegskonjunktur keine einheitliche. Manches Unternehmen, nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft, mag in dem ersten Kriegsjahre glänzend verdient haben, wäh-

rend es in der Folgezeit vielleicht vor recht schwierigen Verhältnissen steht und vielleicht nur mit Verlust und Zubusse sich selbst und — worauf es mir besonders ankommt — seine Arbeiterschaft durchhalten kann. In normalen Zeiten, in Zeiten mässiger Besteuerung, wie wir sie bisher in Deutschland gewohnt waren, verschlägt es nicht allzuviel, wenn von einem Jahre auf das andere ein erheblicher Wechsel in der Konjunktur und in den Ergebnissen eintritt. Das ändert sich aber sofort, sobald wir für die Kriegsgewinnsteuer an Sätze denken, die doch auch nach Ihrer Auffassung über das hinausgehen werden, was wir bisher als Einkommensteuer oder Vermögenssteuer gewohnt waren. Es kommen hier doch wesentlich höhere Sätze in Betracht, wenn die Kriegsgewinnsteuer überhaupt einen Sinn haben soll. Dann aber werden Sie nicht darauf verzichten können, von der kurzen Frist eines einzelnen Jahres abzugehen und einen breiteren Boden zu nehmen. Denn wenn Sie den einzelnen Betrieben, die doch den Krieg noch vor sich haben — wir sind noch nicht am Ende —, einen sehr grossen Teil der Gewinne, die sie im ersten Kriegsjahre erzielt haben, wegsteuern, dann erschweren Sie ihnen das Durchhalten für sich und — ich betone nochmals — für ihre Arbeiterschaft. Das wäre nicht nur eine grosse und ungerechtfertigte Härte gegen diese Betriebe, sondern es wäre auch eine Schädigung unserer gesamten Volkswirtschaft, eine Schwächung der wirtschaftlichen Kräfte, die wir brauchen, auf die wir nicht verzichten können, wenn wir den Krieg zum guten Ende führen wollen; und dieses Ziel, das Durchkämpfen des Krieges bis zum guten Ende, ist und bleibt die Hauptsache, der sich alles andere unterzuordnen hat.

Nun darf ich noch mit einigen Worten die Punkte berühren, in denen der kommende Gesetzentwurf voraussichtlich vom System des Besitzsteuergesetzes abweichen wird.

Dass Erbschaften und ähnliche Vermögensanfälle bei dieser Steuer ausscheiden sollen, habe ich bereits erwähnt; darüber kann ich also hinweggehen.

Eine fernere Abweichung wird darin bestehen, dass neben dem reinen Vermögenszuwachs auch die Einkommensverhältnisse Berücksichtigung bei der Bemessung der Steuersätze vor-

aussichtlich finden werden: und zwar wohl in der Weise, dass auf den Vermögenszuwachs, sobald er auf einem bestimmten Einkommenzuwachs gegenüber der Zeit vor dem Kriege beruht, soweit er einem bestimmten Einkommenzuwachs während des Krieges entspricht, ein erhöhter Abgabesatz gelegt wird. Die Grundlage der Besteuerung wird nach diesem Gedanken immer die Besteuerung des Vermögenszuwachses bilden. Die Grundtaxe, die auf den einfachen Vermögenszuwachs erhoben wird, wird einen Zuschlag erfahren, soweit dieser Vermögenszuwachs auf einer Steigerung des Einkommens während der Kriegszeit beruht. Das ist eine Neuerung gegenüber dem Besitzsteuergesetz, das lediglich den reinen Vermögenszuwachs ohne Rücksicht darauf, wie er entstanden ist, zur Grundlage hatte.

Schliesslich hätte ich an eine weitere wichtige Abweichung gegenüber dem Besitzsteuergesetz zu erinnern, die in der Vorlage, wie sie Ihnen vorliegt, ja bereits voll zum Ausdruck kommt, nämlich an die Tatsache, dass wir im Gegensatz zum Besitzsteuergesetz, das die juristischen Personen frei lässt, die juristischen Personen zu der Kriegsgewinnsteuer heranziehen wollen. Auch gegen diesen Grundsatz lässt sich gewiss manches sagen. Aber ich glaube: so wie ich die Meinung des Hauses kenne, wird gegen diesen Grundsatz hier in diesem Hause sehr wenig gesagt werden, und ich habe infolgedessen auch nicht viel dafür zu sagen. Die Argumente, die hier vorgebracht werden könnten, sind auf dem Boden der Doppelbesteuerung gewachsen. Sie haben manches für sich; aber mir scheint: die ganz überwiegenden Gründe sprechen dafür, dass wir die Gewinne der Erwerbsgesellschaften als Ganzes und an der Quelle erfassen und nicht erst im atomisierten Zustand bei den einzelnen Aktionären zu erfassen versuchen, was in vielen Fällen sicher erfolglos wäre. In diesem Punkt, also in der Heranziehung der juristischen Personen, der Erwerbsgesellschaften, setzt der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf ein und trifft gewisse Vorkehrungen, die eine Verflüchtigung der Kriegsgewinne bis zum Zeitpunkt der Veranlagung und Erhebung der Kriegsgewinnsteuer verhindern sollen. Im Gegensatz zu den physischen Personen behalten ja die Erwerbsgesellschaften ihre Gewinne nicht bei sich, wenigstens in der Hauptsache nicht. Abgesehen von den Reserve-

stellungen, die sie vornehmen, werden die Gewinne an die Aktionäre, an die Gesellschafter verteilt, als Tantieme an den Aufsichtsrat und den Vorstand. Sie werden jedenfalls verteilt, sie gehen hinaus, und ein verteilter Gewinn ist kein Steuerobjekt mehr. Ein verteilter Gewinn ist im vorliegenden Falle kein ausgiebiges Steuerobjekt mehr; er löst sich in einzelne kleine Bestandteile auf, die ich bei den einzelnen nur dann erfassen kann, wenn sie dort noch in hinreichender Grösse in Erscheinung treten, und wenn nicht Verluste auf der anderen Seite gegenüberstehen. Darum glaube ich, dass wir im Sinne des Kriegsgewinnbesteuerungsgesetzes allerdings sagen können, dass, wenn der Gewinn verteilt ist, er sich für die Kriegsgewinnsteuer in der Hauptsache verflüchtigt hat. Das ist der Grund, weshalb wir nicht darauf verzichten können, auch die juristischen Personen der Besteuerung grundsätzlich zu unterwerfen.

Wenn nun über diesen Punkt Uebereinstimmung besteht, dann handelt es sich darum, jetzt so rasch wie möglich einen Riegel vorzuschieben, der es verhindert, dass die Gesellschaften weiterhin, wie es ja für das erste Kriegsgeschäftsjahr geschehen ist, ihre Gewinne ausschütten und zur Verteilung bringen. Ich gebe gern zu, dass eine grosse Anzahl von Gesellschaften freiwillig Rückstellungen gemacht hat, die durchaus ausreichen, um auch für das erste Kriegsgeschäftsjahr nachträglich die Steuer in Wirksamkeit zu setzen. Aber mit dem System der Freiwilligkeit kommen wir nicht durch. Wenn wir den Erfolg erzielen wollen, der uns vorschwebt, brauchen wir den gesetzlichen Zwang und brauchen wir eine gesetzliche Norm. Diesen Zwang, diese Norm zu schaffen, ist das Objekt des Ihnen vorliegenden Entwurfs.

Die Reservestellung, die in dem Entwurf vorgesehen ist, soll die Höhe von 50 vom Hundert der während der Kriegsjahre erzielten Mehrgewinne, also desjenigen Teils der Gewinne, der die Friedensgewinne, den durchschnittlichen Gewinn der drei vorhergegangenen Friedensjahre, übersteigt, erfassen. Ich glaube, das ist ein weiter Rahmen, namentlich, wenn Sie in diesem Punkte die Möglichkeit der Doppelbesteuerung mit in Rücksicht ziehen wollen, ein Rahmen, der für die spätere Ausgestaltung der Sätze im einzelnen nach unserer Ansicht durchaus den genügenden freien Spielraum lässt.

Welches nun die künftigen Steuersätze sein werden, ist eine naheliegende Frage. Aber leider kann ich auf diese Frage heute noch keine Antwort geben. Hierüber sind die Erwägungen noch im Gange, und hierzu haben die verbündeten Regierungen noch keine endgültige Stellung genommen. Ich glaube aber, sagen zu können, dass die Sätze, wie ich vorhin schon erwähnte, unter allen Umständen ganz erheblich über das Mass der normalen Einkommens- und Vermögensbesteuerungssätze, über die Sätze, an die wir bisher gewohnt waren, hinausgehen werden; und ich glaube, ferner sagen zu können, dass wir Ihnen voraussichtlich nicht, wie England und die englische Regierung es getan haben, einen einheitlichen Satz für alle Gewinne, grosse und kleine, vorlegen, sondern in Anlehnung an unser bisheriges bewährtes System Sätze, die nach der Grösse der Kriegsgewinne gestaffelt werden.

Nun, meine Herren, hätten Sie es vielleicht vorgezogen, jetzt schon die endgültige Vorlage über die Kriegsgewinnbesteuerung zu bekommen. Ich kann Ihnen das nachfühlen. Auch ich hätte lieber gleich ganze Arbeit gemacht und Ihnen das endgültige Gesetz vorgelegt. Ich weiss, dass man eine Aeusserung, die ich im August dieses Jahres in diesem hohen Hause getan habe, nicht überall richtig verstanden hat. Ich habe damals, im August dieses Jahres, als ich von der Notwendigkeit eines Aufschubs sprach, nicht von der Feststellung des Steuergesetzes, sondern ganz ausdrücklich von der Erhebung der Steuer gesprochen. Ich habe nach dem stenographischen Bericht ausdrücklich hinzugefügt: ich unterstreiche das Wort „Erhebung“. Der Erhebung muss natürlich vorausgehen erst einmal die Steuerveranlagung und noch früher die Einbringung und Verabschiedung der Steuergesetze. Das braucht seine Zeit, und daran haben wir selbstverständlich auch gedacht. Seit Monaten befindet sich die Angelegenheit in intensiver Bearbeitung. Aber ich glaube, Sie werden sich bei dem Fortgang der Beratungen überzeugen, dass die an sich so einfach aussehende Idee der Kriegsgewinnbesteuerung doch in der Durchführung eine recht verwickelte und schwierige und recht verantwortungsvolle Sache ist. Wir greifen hier, namentlich wenn wir auf hohe Steuersätze kommen, sehr tief in das gesamte Wirtschaftsleben ein, in das Wirtschaftsleben, das jetzt während des

Krieges ganz besonderer pfleglicher Behandlung bedarf, und bei dem wir auch bei dem Uebergang in den Friedenszustand keineswegs mit leichten Verhältnissen zu rechnen haben werden. Also einige Voraussicht und einige Sorgfalt, genaue Prüfung ist bei der Feststellung eines solchen Steuergesetzes am Platze.

Dazu kommt ein anderes Moment. Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat, und gerade für die Durcharbeitung eines solchen Gesetzes ist das keine Erleichterung. Ich glaube, die bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reiches hat sich in diesem Kriege erneut auf das glänzendste bewährt, und ich glaube auch, bei allem, was wir auf finanziellem Gebiete vorbereiten und beschliessen, müssen wir auf diese bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reiches die gebührende Rücksicht nehmen. In diesen Boden liegt zu einem grossen Teile die Wurzel unserer Kraft, und diesen Boden und diese Wurzel müssen wir uns erhalten. Es war also auch und es ist noch bei der Vorbereitung des endgültigen Kriegsgewinnbesteuerungsgesetzes auf diese bundesstaatlichen, etwas verwickelteren als einheitsstaatlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches unbedingt Rücksicht zu nehmen.

All diese Arbeit kann natürlich nicht von heute auf morgen geleistet werden. Auch für unsereinen hat der Tag, einschliesslich der Nacht, nur 24 Stunden, und alle Ressorts, die für die Bearbeitung dieser Angelegenheit in Betracht kommen, sowohl im Reich wie in den Einzelstaaten, sind, wie Sie wissen, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Arbeit überhäuft. Ich glaube aber, dass nach den Gesetzentwürfen, die Ihnen vorliegen, und nach dem, was ich Ihnen heute hier entwickeln durfte, auch Sie sich davon überzeugen werden, dass wir in der Zwischenzeit die Hände nicht in den Schoss gelegt haben, sondern dass wir in der Richtung auf das Ziel, das wir alle wollen, die verbündeten Regierungen sowohl wie der Reichstag und das deutsche Volk, seit ihrer letzten Tagung weitergearbeitet und doch immerhin recht erhebliche Fortschritte erzielt haben. So wie die Dinge heute stehen, nach dem heutigen Stande der Verhandlungen und Beratungen glaube ich, Ihnen in Aussicht stellen zu können, dass Ihnen das endgültige Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer zugehen wird zusammen mit dem Etat für das Rechnungsjahr 1916, also voraussichtlich im März des kommenden Jahres.

Aber, meine Herren, diese Aussicht darf uns nicht abhalten, das Gesetz, das heute vorliegt, und mit ihm zusammen das Gesetz über die Kriegsgewinnbesteuerung der Reichsbank, wo ja die Verhältnisse erheblich durchsichtiger und einfacher liegen, jetzt so rasch wie möglich zu verabschieden. Einen Aufschub können diese Gesetze nicht vertragen. Namentlich das Gesetz über vorbereitende Massnahmen muss rechtzeitig fertiggestellt werden, um zu verhindern, dass Gesellschaften in grossem Umfange über die Gewinne des zweiten Kriegsgeschäftsjahres frei verfügen können. Das wäre der Fall, wenn das Gesetz nicht in diesem Tagungsabschnitt des Reichstages zustande käme. Ich habe also an das hohe Haus die dringende Bitte zu richten, die Beratung des Gesetzentwurfs so sehr wie irgend möglich zu beschleunigen.

Ueber Einzelheiten brauche ich mich hier nicht weiter zu verbreiten. Sie werden ja wohl die Verweisung des Gesetzes an die Kommission beschliessen, und dort wird selbstverständlich jede irgendwie gewünschte weitere Auskunft erteilt werden.

Wie gesagt, ich hoffe, es wird gelingen, die beiden Gesetze in diesem Tagungsabschnitt fertigzustellen und damit einen ersten Schritt zu tun zu dem praktischen Ausbau eines grossen, für unsere Zukunft wichtigen Werkes, das dem gesamten deutschen Volke in allen seinen Teilen am Herzen liegt.

Der vierte Kriegskredit.

Rede vom 14. Dezember 1915.

Meine Herren, die verbündeten Regierungen beantragen einen erneuten Nachtragskredit von 10 Milliarden Mark für die Zwecke der Kriegführung. Ich lege Wert darauf, auch dieses Mal vor diesem hohen Hause und vor der Oeffentlichkeit die Anforderung der neuen Milliarden mit einigen Worten zu begründen.

Meine Herren, die Begründung des Nachtragsetats, der Ihnen vorliegt, ist einfach und zwingend: Die Sicherung unseres Bestandes als Volk und Reich muss unseren Feinden noch abgerungen werden, unseren Feinden, die nach mehr als sechzehnmonatlichen militärischen Fehlschlägen und Niederlagen immer noch von einer Zerschmetterung und Verkrüppelung Deutschlands phantasieren. Der Krieg, so hart und grausam er ist, muss und wird weiter durchgeführt werden auf jede Gefahr und um den Preis eines jeden Opfers, bis die Sicherung der Zukunft von Volk und Reich erkämpft sein wird.

Die angeforderten Kredite sollen uns die finanzielle Bewegungsfreiheit geben, die wir für die Weiterführung dieses Daseinskampfes brauchen. Ihre Zustimmung, meine Herren, wird der Welt aufs neue beweisen, dass unser Entschluss zum siegreichen Durchhalten unerschütterlich ist, und dass jede Rechnung auf Schwäche und Zwietracht, auf Ermüdung und Hungern eine falsche Rechnung ist und bleibt.

Meine Herren, die bisherigen Bewilligungen für den Krieg belaufen sich, wie Ihnen bekannt ist, auf 30 Milliarden Mark. Davon wurden die letzten 10 Milliarden im August dieses Jahres zur Verfügung gestellt. Ich habe damals im August die monatlichen Kriegsausgaben auf ungefähr zwei Milliarden beziffert.

Wir haben inzwischen Monate gehabt, in denen die Ausgaben die Summe von zwei Milliarden Mark noch übertroffen haben. Alles in allem aber ist die Steigerung gegenüber dem Umfange, den unsere Kriegsausgaben schon im Frühjahr dieses Jahres erreicht hatten, eine nicht allzu erhebliche. Schon der März hat eine monatliche Summe von etwa zwei Milliarden Mark erfordert. Sie sehen also, dass trotz der Erweiterung des Kriegsschauplatzes, trotz der Aufstellung neuer Formationen, trotz der Preissteigerung aller Lebensmittel und Rohstoffe, trotz der sich immer noch steigernden Anstrengungen zur Verbesserung und Ergänzung unseres Kriegsmaterials, dass trotz aller dieser Umstände es uns gelungen ist, die Steigerung unserer monatlichen Kriegsausgaben in verhältnismässig engen Grenzen zu halten. Sie dürfen daraus entnehmen, wie sich alle an der Kriegführung beteiligten Stellen von der Notwendigkeit der sparsamsten Wirtschaft haben durchdringen lassen. Aber, meine Herren, auch die strengste Sparsamkeit hat ihre Grenze an der Rücksicht auf unsere braven Truppen draussen im Felde. Kaum jemals hat ein Krieg an den Feldsoldaten dauernd so gewaltige und fast über das Menschliche hinausgehende Anforderungen gestellt, und jetzt im Beginn des zweiten Winterfeldzuges steht uns mit doppelter Klarheit vor Augen die elementare Pflicht, die Lage unserer Truppen draussen erträglich zu gestalten. Wir müssen also auch bei der äussersten Sparsamkeit mit dauernd hohen und wahrscheinlich weiterhin steigenden Ausgaben rechnen.

Meine Herren, das hieraus sich ergebende Exempel ist einfach. Seit der letzten Kreditbewilligung von 10 Milliarden Mark sind etwa vier Monate verflossen; daraus ergibt sich, dass der grösste Teil der bewilligten 10 Milliarden heute bereits verausgabt ist. Eine Auffüllung der Kredite ist erforderlich, wenn wir nicht binnen wenigen Wochen in unserer finanziellen Bewegungsfreiheit in unerwünschter und unzweckmässiger Weise beschränkt sein sollen.

Neben der Höhe der bisher aufgelaufenen Kriegsausgaben haben wir bei der Beurteilung der neuen Kreditvorlage die Art und Weise zu berücksichtigen, in der die Kredite bisher flüssig gemacht worden sind und weiterhin flüssig gemacht werden sollen. Die bisher aufgelegten und gezeichneten drei Kriegsanleihen be-

laufen sich, wie Ihnen bekannt ist, auf rund 25½ Milliarden Mark gegenüber einer Kreditbewilligung für Anleihezwecke von 30 Milliarden Mark. Nicht in Anleiheform begeben ist also bisher von den bewilligten Anleihekrediten ein Betrag von etwa 4½ Milliarden. Hiervon ist ein Teil in kurzfristigen Schatzanweisungen flüssig gemacht, der Rest und ebenso Beträge des neu zu bewilligenden Kredits werden auf demselben Wege flüssig gemacht werden bis zu dem Zeitpunkt, wo die Ausgabe einer neuen Anleihe in Betracht kommt.

Was diesen letzteren Punkt anlangt, die neue Anleihe, so wissen Sie, dass die Septemberanleihe mit ihrem Ertrag von mehr als 12 Milliarden uns nicht nur die Konsolidierung der bis dahin aufgelaufenen Schatzanweisungen ermöglicht hat, sondern dass uns der Ertrag darüber hinaus noch neues Geld gebracht hat. Wir verdanken es diesem grossen Erfolg, dass wir mit der nächsten Anleihe in aller Ruhe bis zum März warten können, und dass wir bis dahin wie im letzten Frühjahr ohne Schwierigkeit mit der Begebung von kurzfristigen Schatzanweisungen auskommen werden.

Der neue Kredit wird also zunächst in der Weise Verwendung finden, das Schatzanweisungen verausgabt werden; später tritt dann der für die Anleihebegebung nach offene Restbetrag der alten Kredite von 4½ Milliarden dem neuen Kredit zu.

Die Höhe des neuen Kredits schlagen wir Ihnen vor abermals mit 10 Milliarden zu bemessen wie im letzten März und wie im letzten August.

Die Gesamtsumme der Kriegskredite wird damit den Betrag von 40 Milliarden erreichen. Es ist schwer, einen Massstab zu finden, um eine solche gewaltige Summe dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen. Ich kann nur wiederholen, was ich bereits im August vor Ihre Augen gerückt habe: der Wert des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes mit allem rollenden Material und allen Anlagen ist auf kaum mehr als 20 Milliarden Mark zu schätzen; das ist also die Hälfte des Betrags derjenigen Kredite, die mit der neuen Forderung für den Krieg bewilligt sein werden.

An der erschütternden Grösse dieser Belastung der Allgemeinheit mag der einzelne bemessen, welche Opfer er jetzt und späterhin

auf sich zu nehmen hat, um seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen, um durch die Hergabe von Geld und Gut und, soweit es sein muss, durch Einschränkungen und Entbehrungen für seinen Teil dem Vaterland in dieser schweren, für unsere Zukunft entscheidenden Zeit zu dienen. Aber wenn unserem Volke das Pflichtbewusstsein und der Opferwille erhalten bleibt, die den deutschen Mann und die deutsche Frau in schwerer Zeit stets ausgezeichnet haben, dann haben wir keinen Grund, an dem guten Ende zu zweifeln. Nach dieser Richtung gibt uns gerade auf finanziellem Gebiet das bisher Geleistete die beste Gewähr. Auch unsere Feinde haben sich überzeugen müssen, dass auf dem Felde der Kriegsfinanzen Kraft und Wille nirgends so sehr im Einklang stehen wie bei uns. Dass man unseren früheren Wohlstand in einer verhängnisvollen Weise unterschätzt hat, davon will ich heute nicht weiter sprechen. Das liegt heute klar vor aller Augen. Aber das will ich heute von dieser Stelle noch einmal laut bekunden: Der kategorische Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe ist es, der in unseren Milliarden seine Triumphe feiert.

Die Zahlen der dritten Kriegsanleihe, so nüchtern Zahlen sind, reden nach dieser Richtung hin eine erhebende Sprache. 12 160 000 000 in wenigen Wochen gezeichnet von mehr als vier Millionen einzelnen Personen! Vergegenwärtigen Sie sich, meine Herren, was das heisst. Erinnern Sie sich, dass es vor dem Krieg in Preussen rund 8 Millionen Haushaltungsvorstände und selbständige Einzelpersonen mit einem Einkommen von mehr als 900 Mark gegeben hat. Auf das Reich bezogen, wären das etwa 13 Millionen. Davon hat also nahezu jeder dritte Mann gezeichnet; oder, um Ihnen den Sachverhalt noch anschaulicher zu machen, Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark gab es vor dem Kriege in Preussen zwischen 800 000 und 900 000. Im Reich sind das etwa 1 300 000. Gezeichnet haben auf die dritte Kriegsanleihe mehr als vier Millionen Personen, also sicher nahezu drei Millionen Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark. Dem entspricht die Tatsache, dass von den vier Millionen Zeichnern nicht weniger als zweidreiviertel Millionen Beträge bis zu 1000 Mark gezeichnet haben. Wie viel schwer verdientes Geld, wie viel sauer ersparte Groschen wurden hier in Opferwillen

und Vertrauen dem Vaterlande dargebracht! Ich halte mich für verpflichtet, von dieser Stelle aus allen zu danken, die das Ihrige zu dem grossen Erfolge beigetragen haben, allen, die werbend und gebend sich in den Dienst der grossen Sache gestellt und uns zu dem grossen Erfolge verholfen haben. Was hier erreicht wurde, das ist in der Tat eine Volksanleihe, wie sie England machen wollte, aber nicht machen konnte. Der englische Schatzkanzler hat kürzlich im englischen Unterhause eingestehen müssen, dass die während vieler Monate offengehaltene Volkszeichnung auf die zweite englische Kriegsanleihe ein glatter Fehlschlag gewesen ist. Es wurden nur wenige hunderte Millionen Mark gezeichnet in Monaten gegen die Milliarden bei uns in einigen Wochen. Man ist dabei dort herabgegangen bis zu verzinslichen Scheinen von fünf Schilling, also bis zu verzinslichen Fünfmarknoten, nur um die Absatzbasis zu verbreitern.

Meine Herren, die Art und Weise, wie sich seither die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe abgewickelt und wie sich die sonstigen geldlichen Verhältnisse in Deutschland gestaltet haben, berechtigt uns zu der Erwartung, dass auch der nächste Ruf an die deutsche Sparkraft den erwünschten und notwendigen Erfolg haben wird. Ich will Ihnen hierfür einige Zahlen geben. Am ersten Pflichtzahlungstage, dem 18. Oktober, waren auf die dritte Kriegsanleihe bereits eingezahlt mehr als 8½ Milliarden Mark, mehr als 70 Prozent des gezeichneten Gesamtbetrages gegenüber einer Pflichteinzahlung von nur 30 Prozent. Heute belaufen sich die Einzahlungen auf mehr als 10,6 Milliarden. Sie eilen den fälligen Einzahlungen um mehr als 4½ Milliarden Mark voraus. Das ist der beste Beweis, wie leicht die deutsche Volkswirtschaft diese gewaltige Hergabe von Kapital bewerkstelligt.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, dass die Darlehnskassen nur in ganz bescheidenem Umfange für die Zwecke der dritten Kriegsanleihe in Anspruch genommen worden sind, trotz des grösseren Betrages der Anleihe, um sehr viel weniger als für die erste und zweite Kriegsanleihe. Zurzeit sind die Darlehnskassen für die dritte Kriegsanleihe beansprucht mit 580 Millionen Mark, das sind ungefähr 5,4 Prozent der eingezahlten Beträge, nicht mehr.

Die Sparkassen — gleichfalls ein wichtiger Faktor für die Beurteilung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit — zeigen ebenfalls ein sehr erfreuliches Bild. Die Gesamtzeichnungen der Sparkassen selbst und ihrer Einleger auf die dritte Kriegsanleihe betragen nicht weniger als 5 Milliarden 890 Millionen Mark. Davon kommen rund 2 Milliarden 875 Millionen auf die dritte Kriegsanleihe allein und etwas mehr als 3 Milliarden Mark auf die erste und zweite Kriegsanleihe zusammen. Im September d. J. — also vor der Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe, aber nach Abführung der vollen Milliarden für die erste und zweite Kriegsanleihe — war der Einlagebestand, den unsere Sparkassen vor Kriegsausbruch gehabt hatten, nicht nur unberührt, sondern die Summe der Einlagen war sogar um rund 1¼ Milliarden Mark höher als zu Beginn des Jahres 1914.

Aehnlich steht es mit den Einlagen, mit den Depositen bei unseren Banken. Der Depositenbestand bei unseren Banken erreichte im August und September Höchstziffern, wie sie in Friedenszeiten überhaupt niemals erreicht worden sind. Und trotz der so stark beschleunigten Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe sind auch jetzt wieder, soweit ich es übersehen kann, die Einlagen bei unseren Banken höher, als sie es vor Jahresfrist waren.

Ueber den Stand der Reichsbank brauche ich kein Wort zu verlieren. In dem wesentlichsten Punkte der Golddeckung, der Noten- und sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten steht sie nach wie vor günstiger als die Zentralbank irgendeines anderen der kriegführenden Länder.

Meine Herren, ich weiss sehr wohl, dass unsere Feinde all dies nicht gelten lassen wollen. Ihre Presse verurteilt uns täglich mehrfach zum Bankrott, genau wie sie täglich aus den Erfolgen unserer Waffen uns die endgültige Niederlage prophezeit. Seit einiger Zeit scheinen unsere Gegner allerdings einzusehen, dass es ihnen nicht allzuviel nützt, wenn unser Bankrott nur innerhalb ihrer eigenen Grenzen und höchstens in dem oder jenem, uns nicht gerade wohlgesinnten neutralen Blatt proklamiert wird. Sie lassen es sich in der letzten Zeit angelegen sein, uns selbst davon zu überzeugen, dass wir am Ende sind. Ich habe hier eine kleine

Schrift, betitelt: „Das britische und das deutsche Finanzwesen“, von einem Mr. Davies. Diese Schrift ist in den letzten Wochen von Holland aus ganz massenhaft in Deutschland verbreitet worden; ich selbst habe Dutzende von Exemplaren davon zugesandt bekommen. Sogar die gestrenge Zensur hat bei mir angefragt, ob es sich nicht empfehle, diese Broschüre und ihren Vertrieb zu verbieten.

Meine Herren, aus dieser kleinen instruktiven Schrift habe ich unter anderem erfahren, dass wir unsere Bankdirektoren durch Drohung mit dem Kriegsrecht gezwungen haben, uns ihre Depositen zum Zweck der Zeichnung auf die Kriegsanleihe auszuliefern. Der Verfasser setzt hinzu, er selbst habe die Nachricht anfangs nicht geglaubt, aber die Erkundigungen, die er dann habe einziehen können, hätten diese ganz unglaubliche Geschichte voll und ganz bewahrheitet. Ich habe natürlich verhindert, dass die Zensur dem Vertrieb dieser Schrift irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legt, obwohl ich eigentlich Grund gehabt hätte, mich gegenüber den Herren Engländern zu revanchieren.

Ich habe im Juni einem amerikanischen Journalisten auf seinen Wunsch einige Bemerkungen über die damals gerade bevorstehende englische Kriegsanleihe gemacht in der Annahme, dass dies vielleicht auch die Herren Engländer etwas interessieren könnte. Der Journalist hat meine Bemerkungen nach New York gekabelt; aber die englische Kabelzensur hat das Telegramm unterschlagen. Es hat erst späterhin in Amerika brieflich das Licht der Welt erblickt und in England überhaupt nie.

Aber, meine Herren, nicht nur ein unbekannter Mister so und so, wie der Verfasser dieser Schrift, sondern die gesamte feindliche Presse bei unseren Gegnern und bei den Neutralen widmet sich mit einer Beharrlichkeit, die wirklich einer besseren Sache würdig wäre, dem Bestreben, uns finanziell totzusagen, und vor allem wird immer wieder darauf hingewiesen — ich habe das letzte Mal hier schon darauf aufmerksam gemacht —, dass unsere Anleihen nur ein grosser Bluff seien, dass sie ausschliesslich finanziert seien durch unsere Darlehnskassen. Das ist aus der Welt und aus der feindlichen Presse nicht herauszukriegen! Der Pariser „Temps“ hat noch vor wenigen Tagen in einem Artikel,

der zum Lobe der neuen französischen Anleihe geschrieben war, behauptet, dass nicht ein einziger Deutscher, der auf die deutsche Kriegsanleihe gezeichnet habe, vorhanden sei, der das Geld nicht der Darlehnskasse oder seinem Bankier schulde. Aehnliche Behauptungen sind vor einigen Wochen aufgestellt worden von dem englischen Handelsminister Mr. Runciman. Dies alles angesichts der Tatsache, dass der Gesamtbestand der Darlehnskassen an Ausleihungen für Kriegsanleihe und andere Zwecke nur etwa 1600 Millionen beträgt gegenüber 25¼ Milliarden Kriegsanleihe, und dass die für die Kriegsanleihe gewährten Darlehen insgesamt mithin noch nicht einmal fünf Prozent der Einzahlungen betragen.

Meine Herren, wenn ich auf diesen Punkt hier wieder zurückkomme, so geschieht es nicht etwa, um unsere Gegner zu belehren; das ist aussichtslos, das weiss ich. Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit! Von solchen sachlichen Richtigstellungen nimmt weder die feindliche Presse, noch nehmen davon die feindlichen Staatsmänner Notiz. Ich wiederhole diese Feststellungen hier nur, um Ihnen den Geisteszustand nahezubringen, in dem sich die mit uns im Kriege liegenden Völker befinden, dank eines ebenso raffinierten wie gewissenlosen Systems der Täuschung, von Regierungen und Presse im Verein in unverantwortlichster Weise gehandhabt. Ich frage mich jeden Tag, wenn ich die ausländischen Zeitungen lese, ob es denn möglich ist, dass Urteil und Verstand durch die in diesem Kriege aufgewühlten Leidenschaften so furchtbar getrübt werden, und ich nehme daraus Anlass zu der Selbstprüfung, ob wir denn unsererseits bei der Beurteilung der Verhältnisse unserer Gegner ebenso in die Irre gehen wie die Gegner bei der Beurteilung unserer Dinge. Aber ich glaube, der Deutsche ist zu objektiv und zu gewissenhaft. Er neigt mehr nach der anderen Seite; er neigt mehr dazu, die Schwierigkeiten bei sich selbst zu Hause zu überschätzen, die Schwierigkeiten bei den anderen zu gering zu veranschlagen. Dass wir damit, meine Herren, nur allzu oft Wasser auf die feindlichen Mühlen leiten, das steht für jeden, der die ausländische Presse verfolgt, ausserhalb jeden Zweifels.

Nun, meine Herren, möchte ich in dem Geiste strenger, leidenschaftsloser Prüfung hier vor Ihnen darlegen, wie die Kriegs-

finanzverhältnisse in ihrer Gesamtheit, also auch bei unseren Feinden, sich gestaltet haben.

Ich will auch diesmal zunächst einen Ueberblick geben über die gesamten Kriegskosten aller kriegführenden Staaten.

Ich habe hier im August die gesamten Kriegskosten auf nahezu 300 Millionen Mark pro Tag geschätzt. Das reicht heute nicht mehr aus. Meine Ziffern kommen heute auf 320 bis 330 Millionen pro Tag; die monatlichen Kriegskosten kommen damit an die 10 Milliarden Mark heran, die jährlichen Kriegskosten auf nahezu 120 Milliarden Mark. Meine Herren, 120 Milliarden Mark, das ist die Hälfte des ganzen öffentlichen und privaten beweglichen und unbeweglichen französischen Nationalvermögens, wie es vor dem Kriege stand. Von diesen gewaltigen Kriegskosten entfällt auch heute noch etwas weniger als zwei Drittel auf unsere Gegner und etwas mehr als ein Drittel auf uns und unsere Verbündeten.

In der Höhe der laufenden Kriegskosten hat England mit einem Tagesbedarf, der drüben kürzlich erst wieder von Mr. Asquith mit 100 Millionen Mark angegeben worden ist, uns wohl endgültig überholt. Ich hoffe nicht, dass wir den Engländern bis zu dieser Höhe nachkommen werden.

Auch was den Gesamtbetrag der bisher aufgelaufenen Kriegskosten anlangt, dürfte England heute dicht vor uns an erster Stelle stehen, und sein Vorsprung wird sich wohl rasch vergrössern.

Wenn Sie Aufwand und Erfolg vergleichen, so werden Sie finden, dass nicht nur auf dem Felde der Schlachten, sondern auch auf dem Gebiete des Geldes mächtigere Faktoren entscheiden als blosse Zahlen. Wir geben mit unseren Bundesgenossen nicht viel mehr als halb soviel aus wie der Verband unserer Feinde, und ich glaube, ohne unbescheiden zu sein, sagen zu können, dass wir mit dieser geringeren Summe doch wesentlich mehr erreicht haben. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob das doppelte Gewicht der finanziellen Last unsere Gegner deshalb etwa weniger gedrückt habe. Wir brauchen uns nur ein Bild davon zu machen, wie die verschiedenen Kriegführenden bisher mit der Aufbringung dieser gewaltigen Mittel fertig geworden sind.

Wir in Deutschland und unsere österreichisch-ungarischen Bundesgenossen haben den grössten Teil unseres Kriegsgeldbedarfs

durch langfristige Anleihen decken und konsolidieren können. Von den Gegnern ist dies bisher nur England gelungen, aber nicht entfernt in demselben Masse wie etwa uns. Bei ungefähr gleichem Gesamtaufwande für den Krieg hat England bisher 18,5 Milliarden Mark etwa, wir dagegen haben 25,5 Milliarden Mark durch langfristige Anleihen gedeckt. Frankreich, das bisher nur einen ganz minimalen Betrag seiner Kriegskosten durch zehnjährige Obligationen, alles übrige durch kurzfristige Kredite beim Publikum und bei der Bank von Frankreich aufgebracht hat, macht erst jetzt eine verzweifelte Anstrengung mit einer zu sehr niedrigem Kurs ausgelegten Anleihe, die mit 5 Prozent verzinslich ist, auf die ich gleich noch kommen werde. Dieser Unterschied in der Art der Deckung der Kriegskosten ist derjenige, den ich in die erste Reihe rücken möchte.

Der zweite Unterschied ist: Wir haben bisher unseren Geldbedarf für uns und für unsere Verbündeten so gut wie ausschliesslich im Inlande gedeckt, aus dem unversieglichen Brunnen unserer heimischen Arbeitskraft geschöpft. Unsere Feinde waren genötigt, in grossem Umfange auf die Geldquellen des Auslandes, insbesondere der Vereinigten Staaten, zurückzugreifen.

Der dritte Unterschied ist: Wir haben unsere Geldbeschaffung nach einem einheitlichen und einfachen grossen Plan durchgeführt, dabei die Bedingungen für das Reich von Schritt zu Schritt verbessert und den Erfolg von Schritt zu Schritt vergrössert. Von Anfang an haben wir den fünfprozentigen Anleihetyp gewählt. Die Ausgabekurse sind, wie Ihnen bekannt, 97,5, 98,5 und 99 gewesen, und der Ertrag war 4,5, 9 und etwa 12,2 Milliarden Mark. Bei unseren Gegnern dagegen sehen wir ein Suchen und Tasten, sehen Verlegenheitsmassnahmen und, was das Wichtigste ist, eine fortgesetzte Verschlechterung der Bedingungen der Geldbeschaffung.

Ich will nicht zu tief in die Einzelheiten eingehen und deshalb nur von England und Frankreich, den finanziell wichtigsten unserer Gegner sprechen.

Frankreich hat bisher während des Krieges mehr als 22 Milliarden Franken aufgenommen. Sie werden die Musterkarte sehen, nach der das geschehen ist. Mehr als 7,5 Milliarden Franken

hat es bei der Bank von Frankreich geliehen, 75 Millionen Franken bei der Bank von Algier, 8 Milliarden 350 Millionen in kurzfristigen Bons de la défense nationale mit verschiedener Laufzeit, 3660 Millionen in Form von zehnjährigen Obligations de la défense nationale, über eine Milliarde im Wege verschiedener kurzfristiger Kreditgeschäfte in England, ein paar hundert Millionen durch kurzfristige Operationen in den Vereinigten Staaten und schliesslich 1,25 Milliarden durch die mit England in den Vereinigten Staaten abgeschlossene Anleihe.

Meine Herren, als Deutschland bald nach Kriegsausbruch im Monat September mit seiner 5 prozentigen Kriegsanleihe zum Kurse von 97,5 herauskam, sprachen die französischen Zeitungen von dem bevorstehenden deutschen Staatsbankrott. Die Franzosen sind sehr bald bescheidener geworden. Sie haben zu Beginn des Jahres 1915 ihre 5 prozentigen Bons de la défense nationale nicht zu 96,5, sondern zu 95 herausgebracht, und es war ein Misserfolg. Sie haben sich jetzt entschlossen, für ihre neue 5 prozentige Anleihe sich einen Erfolg unter allen Umständen dadurch zu sichern, dass sie einen Ausgabekurs festsetzten, der nominell 88 ist, sich aber, wenn Sie die verschiedenen Zinsvergütungen usw. abziehen, auf 86,80 Prozent stellt.

Also, meine Herren, eine deutsche fünfprozentige Anleihe zu 97½, das war der deutsche Staatsbankrott, aber eine französische fünfprozentige Anleihe zu 86,80 Prozent ist — (Zurufe rechts: Siegesanleihe!) — jawohl, das „Emprunt de la Victoire", die „Siegesanleihe".

Herr Ribot, der französische Finanzminister, hat diesem fünfprozentigen Papier, zu dem sich das Land der dreiprozentigen Rente entschliessen musste, sehr zärtliche Worte mit auf den Weg gegeben. Er hat in der Kammer bei der Einführung des Anleihegesetzes unter anderem gesagt:

Die fünfprozentige Anleihe ist das alte französische Papier, das man in jedem Haus, in jeder Hütte fand, das unsere Väter gekannt und geliebt haben, weil es ein Stück von Frankreich war, ein Andenken an die Tage, die auf die langen Kriege folgten, das Frankreich überdauerte.

Auch über den niedrigen Ausgabekurs weiss sich der kluge Ribot hinwegzutrösten. Er ist bei Till Eulenspiegel in die Schule gegangen und sagt:

Der niedrige Kurs schädigt den Kredit Frankreichs in keiner Weise, im Gegenteil; denn gerade ein niedriger Kurs hat die Möglichkeit zu steigen, und wenn auf diese Weise der Zeichner einen Vorteil hat, so profitiert auch der Staat davon.

Meine Herren, diese Siegesanleihe ist, abgesehen von dem niedrigen Ausgabekurs, auch sonst noch mit einer Reihe von allen möglichen Reizmitteln ausgestattet. Die dreiprozentige französische Rente, die jetzt auf 64⅓ steht, zeitweise bis 63 heruntergegangen ist, kann bis zu einem Drittel der Zeichnungen auf die neue Anleihe zu 66 in Zahlung gegeben werden. Die sämtlichen bisher ausgegebenen Bons und Obligations de la défense nationale werden auf die neue Anleihe in Zahlung genommen. Besonders interessant ist aber, dass die Sparkassen, die auf Grund des im vorigen Jahre noch bestehenden Moratoriums alle 14 Tage nur 50 Franken auszuzahlen brauchten, einerlei, wie hoch das Guthaben ist, nunmehr durch das Anleihegesetz angewiesen sind, die Einlagen für die Zwecke der Anleihezeichnung freizugeben, aber nur dann, wenn der Einleger ausserdem noch, wie es in dem Motivenbericht heisst, ein „effort personnel", eine persönliche Anstrengung macht und den gleichen Betrag, den er von der Sparkasse abhebt, noch aus anderen Mitteln zeichnet.

In der Agitation für die Anleihe hat Frankreich die englische Propaganda, die ich für unübertrefflich gehalten habe, noch übertroffen. Sogar die sämtlichen Kinos sind in den Dienst der guten Sache gestellt worden, und die reich remunerierte Begeisterung in der Pariser Presse für die Siegesanleihe kennt keine Grenzen. Meine Herren, morgen soll die Zeichnung geschlossen werden. Wir warten das Ergebnis in Ruhe ab und werden zwischen Geld und Papier wohl zu unterscheiden wissen.

Aber, meine Herren, noch viel wichtiger als die Beurteilung der französischen Verhältnisse ist für uns der Stand der Dinge auf finanziellem Gebiet in England; denn England ist finanziell wie politisch der Eckpfeiler der gegnerischen Kombination.

Zunächst möchte ich feststellen, in welchem Masse man sich in England von Anfang an in den Kriegskosten verrechnet hat. Ich erinnere an das leicht hingeworfene Wort von Sir Edward Grey vom 4. August vorigen Jahres, der Krieg werde England kaum grössere Opfer auferlegen, wenn es sich an ihm beteilige, als wenn es beiseite stehe. Die englischen Staatsmänner haben sich inzwischen eines besseren belehren lassen müssen. Aber noch im Mai hat der damalige englische Schatzkanzler die Kosten des Krieges bis zum Ende des laufenden Etatsjahres, d. h. bis zum 31. März 1916, auf etwa 1133 Millionen Pfund geschätzt. Vier Monate später dagegen hat sein Nachfolger die Schätzung auf 1590 Millionen Pfund erhöhen müssen, und der vor kurzem von der englischen Regierung verlangte neue Kredit, der bis Mitte Februar reichen soll, also immer noch nicht bis zum 31. März, bringt die Gesamtsumme der bisher eingeforderten Mittel auf mehr als 1660 Millionen Pfund.

Die Aufbringung dieser Mittel ist für England fortgesetzt schwerer geworden. Zu Anfang des Krieges spielte Lloyd George noch mit dem Gedanken, es könnte entsprechend der guten alten britischen Tradition ein sehr erheblicher Teil der Kriegskosten durch Steuern aufgebracht werden. Er selbst hat an die Napoleonischen Kriege erinnert, in denen 40 Prozent der Kriegsausgaben durch Steuern gedeckt worden seien. Aber die damals im November vorigen Jahres beschlossenen Steuern machten von vornherein nur wenige Prozent des Kriegsbedarfs aus. Eine zweite Steuervorlage im Frühjahr 1915 kam überhaupt nicht über die Schwelle des Parlaments. Eine dritte Steuervorlage, die angeblich 100 Millionen Pfund bringen sollte, deren Ertrag für das laufende Jahr aber nur auf 30 Millionen veranschlagt wurde, wird seit vielen Wochen im englischen Unterhaus beraten. Die Verhandlungen sind nicht sehr rasch vom Fleck gekommen, und wenn diese Finanzbill jetzt in der Hauptsache Gesetz wird, so wird sie, wie heute schon festzustehen scheint, kaum irgend etwas zu den eigentlichen Kriegskosten beitragen, sondern gerade genügen, vielleicht nicht einmal ganz genügen, um das durch den Krieg verursachte Mehr an Schuldzinsen zu decken. Die Absicht, durch Steuern einen ansehnlichen Teil der Kriegskosten zu decken, ist in England gescheitert.

England kämpft heute lediglich um die Erhaltung des Gleichgewichts in seinem ordentlichen Budget. Auch das ist ein sehr schwerer Kampf, ein Kampf, von dem ich sagen muss, dass er uns in Deutschland noch bevorsteht und kommen wird.

In seiner Anleihepolitik sieht sich England auf Wege gedrängt, die in englischen Finanzkreisen die grösste Besorgnis seit Monaten erregen. Vor einem Jahre noch glaubte man mit einem 3½ prozentigen Zinsfuss für die Kriegsanleihe auskommen zu können. Die Anleihe war kein Erfolg. Das Gesicht wurde nur dadurch gewahrt, dass die grossen englischen Banken veranlasst wurden, etwa 100 Millionen Pfund zu zeichnen, also nahezu ein Drittel der Anleihe auf sich zu übernehmen. Die Folge des Fehlschlages war, dass der Markt für eine ähnliche Anleihe nicht mehr aufnahmefähig wurde. Die Regierung behalf sich, solange es ging, mit der Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen und Tresorbons. Als dann im Juni die Begebung von weiteren Schatzscheinen wegen der Uebersättigung des Marktes und der Banken auf Schwierigkeiten stiess, wurde ein neuer Anleiheversuch nötig. Damals griff England zu dem heroischen Mittel der mit der Hinaufkonvertierung der 2½ prozentigen Konsols verbundenen 4½ prozentigen Anleihe, deren Effektivzinssatz in Wirklichkeit höher war als 5 Prozent. Der britische Schatzkanzler erklärte im Parlamente im Juni d. J., dass er hoffe, der Ertrag der Anleihe werde genügen, um den Geldbedarf Englands für den Krieg bis zum 31. März 1916 sicherzustellen. Die Anleihe erbrachte nicht ganz 600 Millionen Pfund. Aus ihr mussten die aufgelaufenen kurzfristigen Verbindlichkeiten gedeckt werden. Der Ueberschuss war im September oder spätestens im Oktober vollständig aufgezehrt, statt bis zum 1. April nächsten Jahres zu reichen. Also aufgezehrt in drei bis vier Monaten statt in neuen Monaten!

Aber nicht nur in ihrem Ertrag war die Anleihe ein Fehlschlag, sondern auch in bezug auf die Einwirkung auf die Verhältnisse des englischen Kapitalmarktes. Die Anleihe, die angeblich zu pari, in Wirklichkeit aber zu 98⅞ Prozent ausgegeben wurde, ging alsbald nach dem ersten Notierungstage unter den Ausgabekurs herunter und steht heute wenig über 97 Prozent. Alsbald nach der Emission gestand die Presse zu, dass eine weitere Anleihe

nur zu 5 Prozent in England überhaupt möglich sein werde. England hat bisher einen weiteren Anleiheversuch auf seinem eigenen Markte nicht unternommen. Es hat sich wieder mit der Begebung von Schatzscheinen geholfen, und ich nehme an, dass heute die Schatzscheine einschliesslich der Exchequer-bonds einen Betrag von etwa 350 000 Pfund erreichen werden. In welcher Weise diese kurzfristigen Kredite im neuen Jahr konsolidiert werden, und in welcher Weise darüber hinaus neues Geld beschafft werden soll, darüber ergibt sich aus der englischen Fachpresse und aus den Aeusserungen der englischen Staatsmänner keine Klarheit. Bezeichnend aber ist das Eingeständnis einer grossen englischen Zeitung gerade in diesen Tagen. Es heisst dort: es sei durchaus möglich, dass die Regierung ihre fälligen Zahlungen etwas langsamer bewirke, um mit der neuen grossen Anleihe warten zu können, bis sich neues Anlagekapital angesammelt haben werde.

Meine Herren, zu der Verschlechterung der Verhältnisse auf dem englischen Kapitalmarkt kamen hinzu die gerade für England ganz besonders empfindlichen Erschwernisse auf dem Gebiete der Valuta. Die Entwertung des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar betrug im Monat September nahezu 8 Prozent. England stand vor der Gefahr nicht nur einer schweren Erschütterung seines Prestiges auf dem internationalen Geldmarkt, sondern auch vor einer ernsten Gefährdung seines Kriegsmaterial- und Lebensmittelbezuges aus den Vereinigten Staaten.

Unter dem Druck dieser Sachlage wurde die englisch- französische Kommission im September nach New York geschickt mit dem Auftrag, dort eine Anleihe von mindestens einer Milliarde Dollar abzuschliessen. England und Frankreich, die Geldgeber der Welt, erschienen kreditsuchend vor ihren bisherigen Kreditnehmern. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig. Das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen. Statt einer Milliarde Dollar erhielten die beiden Grossmächte zusammen nur eine halbe Milliarde, und zwar gegen 5prozentige Schatzscheine mit fünfjähriger Laufzeit, die zu 96 Prozent an das amerikanische Konsortium begeben wurden. Das ist eine effektive Verzinsung von mehr als 6 Prozent für eine kurzfristige Anleihe, die die solidarische Garantie von Englnad und Frankreich trägt.

Die Schatzscheine sind bekanntlich in den Vereinigten Staaten zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt worden. Auch hier ist der Misserfolg den Verbündeten treu geblieben. Die verschiedenen Mitteilungen gehen nur darin auseinander, ob das Bankenkonsortium auf 150, 250 oder, wie andere behaupten, gar auf 350 Millionen Dollar sitzen geblieben ist. Natürlich stehen die Schatzscheine unter ihrem Ausgabekurs, sie sollen jetzt auf 94 gesunken sein.

Sowohl Frankreich wie England waren von dem Ergebnis dieser amerikanischen Aktion so wenig befriedigt, dass sie alsbald die Aufnahme weiterer Kredite versuchten. Aber selbst das Bankhaus Morgan zeigte jetzt zugeknöpfte Taschen. Nur um den Preis der Bestellung von anderen Werten, teilweise englischen Kriegsanleihen, vor allem aber amerikanischen Eisenbahnobligationen und ähnlichen amerikanischen Werten, ist es den Engländern und Franzosen gelungen, in Amerika weitere sogenannte „kommerzielle Kredite" zu erhalten. Der Staatskredit allein hat also nicht mehr genügt, es wurde eine zusätzliche Sicherheit in Form von Papieren, vorwiegend amerikanischen Papieren, verlangt.

Meine Herren, ich stelle hier gern fest, dass der mangelhafte Erfolg der Alliierten in den Vereinigten Staaten zum grossen Teil dem Widerstand zu verdanken ist, den die amerikanischen Staatsbürger deutscher Abstammung dem englisch-französischen Anleiheprojekt entgegengestellt haben. Es hat ja vereinzelte Ausnahmen gegeben, aber in ihrer grossen Mehrzahl haben unsere Blutsverwandten jenseits des grossen Wassers geglaubt, ebenso gute Bürger eines neutralen Staates zu sein, wenn sie auch die Anleihe nicht zeichneten, wenn sie der Ententeanleihe einen Widerstand entgegensetzten, wie diejenigen, die Amerika mit der Ententeanleihe zu beglücken versuchten. Erfreulicherweise haben sie mit diesem Bestreben auch in breiten Schichten der amerikanischen Bevölkerung angelsächsischer Abstammung Widerhall und Nachfolge gefunden.

Meine Herren, wenn Sie mit einem einzigen Zahlenbild die Entwicklung der Finanzverhältnisse in England, Frankreich und Deutschland während des Krieges überblicken wollen, dann brauchen Sie nur den gegenwärtigen Kursstand der drei wichtigsten Staatspapiere der drei Reiche zu betrachten. Im Durchschnitt des Jahres

1913 notierte die französische dreiprozentige Rente 87 Prozent. Heute steht sie auf 64½ Prozent. Der Rückgang beträgt also 22½ Prozent. Die 2½ prozentigen englischen Konsols sind von 73,60 auf 58 gesunken, also um mehr als 15½ Prozent. Die 3prozentige deutsche Reichsanleihe ist von 77,7 auf 70, also um 7,7 Prozent zurückgegangen. Der Kursrückgang der englischen Konsols ist infolge des Krieges doppelt so gross und der Kursrückgang der französischen Rente ist dreimal so gross als der Rückgang unserer Reichsanleihe.

Meine Herren, die Gründe, aus denen sich unsere Finanzen um so viel leistungsfähiger und widerstandsfähiger erwiesen haben als die unserer Gegner, brauche ich Ihnen hier nicht auseinanderzusetzen. Die Gründe liegen teils in unserem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl, teils in der Tatsache, dass wir in diesem schweren Kriege stark und fest auf unseren eigenen Füssen stehen, dass unsere eigene Arbeit in Landwirtschaft und Industrie aus heimischem Boden uns alles schafft, was wir zum Leben und zur Kriegsführung brauchen. Wir zahlen so gut wie ausschliesslich an uns selbst, während die Gegner gezwungen sind, Milliarden um Milliarden an das Ausland zu entrichten. In diesem Unterschiede liegt eine Gewähr, dass wir weiterhin den Vorsprung behaupten werden, den wir auf dem Felde der Kriegsfinanzen unseren Feinden abgerungen haben.

Aber, meine Herren, das ist nicht alles. Geld ist ein anderes Ding für England als für Deutschland. Für England sind Macht und Geld unzertrennbare Begriffe. Das britische Weltreich ist zum guten Teil auf der britischen Geldmacht aufgebaut und wird von dieser zusammengehalten. Seine Allianzen hat England zumeist mit Geld gemacht und seine Kriege zumeist mit Geld geführt.

Wenn Sie einen klassischen Zeugen wollen: der Mann, der in das Foreign Office berufen wurde, als Grey augenleidend wurde, Lord Creve, hat am 10. November dieses Jahres im britischen Oberhause gesagt — ich führe das nach der Uebersetzung wörtlich an —:

Seit 200 Jahren und länger, so oft wir in auswärtige Kriege verwickelt waren, war es unsere Gewohnheit, die Verbündeten, mit denen wir gerade zusammengingen, in weitestem Masse mit

Geldvorschüssen zu unterstützen. Es ist interessant, daran zu erinnern, dass kein Land in der Vergangenheit von dieser Fürsorge — „provision" ist der englische Ausdruck — mehr profitiert hat als Preussen selbst.

Meine Herren, das ist englische Welt- und Geschichtsauffassung. In den Augen der Engländer ist Friedrich der Grosse etwas ganz anderes als für uns. In den Augen der Engländer ist Friedrich der Grosse nicht der Mann, der das neue Preussen begründet und damit den Kern für das neue Deutsche Reich geschaffen hat, sondern lediglich der Mann, der die Franzosen festgehalten hat, bis ihnen die Engländer Indien und Kanada abgenommen hatten. Unser Daseinskampf gegen den ersten Napoleon war für England nur die Gelegenheit, seine Herrschaft über das Weltmeer zu befestigen und seinen überseeischen Besitz auf Kosten Frankreichs und Hollands zu erweitern und zu stärken. Auch in dem jetzigen Kriege hoffte England nach dieser bewährten Methode arbeiten zu können. Von Anfang an hat es sich seine Hauptrolle gedacht als Geldgeber oder, wie ein anderer Engländer gesagt hat, als „manufacturing partner", als industrieller Teilhaber, eine Rolle, die es nun allerdings zum Teil an die Vereinigten Staaten hat abgeben müssen. Um den Ring, der uns einkreisen und erdrosseln sollte, zusammenzuschmieden und zusammenzuhalten, hat England seinen Verbündeten und solchen, die es nach seiner Absicht werden sollten, viel grössere Mittel zur Verfügung stellen müssen, als jemals die englischen Staatsmänner erwartet hatten.

Aber der ursprüngliche englische Kriegsplan hat sich nicht durchführen lassen. Unsere braven Truppen haben England gezwungen, in das wankende Spiel nicht nur Britengeld, sondern auch Britenblut einzusetzen. Der Zwang, eine starke Armee aufzustellen, hat wiederum die Wirkung gehabt, die eigenen Kriegskosten Englands nahezu ins Ungemessene zu erhöhen und die englischen Finanzen und die englische Wirtschaft in eine Lage zu bringen, die von den britischen Staatsmännern selbst als äusserst ernst bezeichnet wird. Das leichte Wort von der letzten Milliarde, mit der England den Krieg entscheiden wird, ist zu Anfang des Krieges gefallen. Jetzt spricht Mr. Asquith vor englischen Arbeitern von dem letzten Penny, bis zu dem sie kämpfen müssen,

und Bonar Law hat neulich im Oberhause sogar von Staatsbankerott gesprochen, den man im äussersten Fall riskieren müsse, um den Krieg zu gewinnen.

Meine Herren, wir wollen uns in aller Ruhe und in aller Nüchternheit Rechenschaft davon geben, dass mit der englischen Finanz- und Wirtschaftsmacht die Grundlage des englischen Weltreichs ins Wanken gerät. Ich möchte das britische Weltreich mit einem grossen Sonnensystem vergleichen, in dem der Zentralstern durch die Wucht seiner Masse die Planeten in seine Kreise bannt. So war Englands gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Ueberlegenheit bisher ein wesentliches Stück der Schwerkraft, die das grosse britische Weltreich zusammenhält. Verliert die Sonne einen wesentlichen Teil ihrer Substanz, dann zerstiebt das ganze Planetensystem im Weltenraum. Deutschland, meine Herren, steht zum Gelde anders. Wir können es vertragen, ärmer zu werden, und wir bleiben doch, was wir sind. Ein verarmtes England aber heisst: finis Britanniae! Wir Deutsche haben den Dreissigjährigen Krieg, wir haben die Napoleonischen Kriege überstanden, wir sind ausgesogen und ausgeplündert worden, aber wir haben uns immer wieder in unverwüstlicher Lebenskraft und in zähem Schaffen emporgearbeitet. Man hat uns zerschlagen und zerstückelt, aber wir sind wieder zusammengewachsen; wenn aber das britische Weltreich erst in die Brüche gegangen ist, dann wird es auch in Jahrtausenden nicht wieder auferstehen. Und dieses England, das mit solchem Risiko, mit solcher Gefahr behaftet ist, spricht das frevelhafte Wort vom Erschöpfungskrieg! Dieses England will von den Waffen, mit denen es uns nicht zu überwältigen vermag, mit denen es bis in die jüngste Zeit sich schwere Misserfolge holte, an den Hunger und Bankerott appellieren! Der Appell wird versagen! Wir wissen, dass wir das Nötige zum Leben und zum Kämpfen haben und haben werden; wir wissen, dass trotz aller Absperrung das Brot, die Kartoffeln und andere wichtige Dinge bei uns billiger sind als in England und in Frankreich, denen das Meer offensteht. Und der Feind soll wissen, dass wir auf jeden Ueberfluss verzichten, dass wir, wenn es nötig ist, lieber jede Not ertragen als des Feindes Gebot. Er soll aber auch wissen, dass uns ausserdem nach wie vor unser scharfes Schwert zur

Verfügung steht, ungebrochener Kampfesmut und ungebrochene Siegeszuversicht. Die deutsche Eisenfaust, die jetzt mit wuchtigem Schlage das Eiserne Tor gesprengt und über den serbischen Vasallen und Torwächter hinweg eine breite Bahn nach dem Osten geöffnet hat, — diese eiserne Faust holt zu neuen Schlägen aus, wenn unsere Feinde es durchaus so haben wollen.

Die Verantwortung allerdings für das Blut, das dann weiterhin fliesst, für alle die Not, die weiter über die Welt kommt, für die schweren Gefahren, die unserer ganzen europäischen Kultur drohen, diese Verantwortung fällt nicht auf Deutschland; sie fällt auf jene, die sich nicht entschliessen können, aus unseren Erfolgen, die uns die ganze Welt nicht mehr streitig machen kann, die Folgerungen zu ziehen, uns das Recht auf die Sicherung unserer Zukunft zuzugestehen. Sie fällt auf jene, die in törichtem und verbrecherischem Wahn heute noch von unserer Zerschmetterung und Zerstückelung reden und von dem Erschöpfungskrieg, der sie ans Ziel bringen soll.

Erschöpfungskrieg, meine Herren! — Wir stehen fest wie gewachsener Fels in der heimischen Erde; an den goldenen Pfeilern des Britischen Weltreichs aber leuchtet in Flammenschrift, wie an Belsazars Palast, das „mene tekel upharsin!“

Reichshaushalt 1916 — Kriegssteuern und vierte Kriegsanleihe.

Rede vom 16. März 1916.

Meine Herren, die neue Tagung, zu der Sie im zwanzigsten Monat des Krieges zusammengetreten sind, gilt vor allem den Fragen des Reichshaushalts. Zum zweiten Male habe ich Ihnen einen Haushaltsetat vorzulegen, dem der Krieg das Gepräge gibt. Aber während vor einem Jahre der Reichshaushalt mehr eine Formsache war, bei der grössere sachliche Meinungsverschiedenheiten kaum hervortreten konnten, liegt diesmal die Sache anders. Diesmal sind mit dem Haushaltsetat Fragen von grosser sachlicher Bedeutung verbunden, in der die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Die verbündeten Regierungen sind sich hierüber klar; sie sind aber auch überzeugt, dass Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen, aus der grossen Zeit geborenen Geiste durchdrungen sein werden wie Ihre bisherigen Beratungen, von dem Bewusstsein der untrennbaren Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Kriege unser Volkstum siegreich zu behaupten und für Volk und Reich die Zukunft zu sichern.

Ich darf um Ihre Erlaubnis bitten, Ihnen zunächst den Etat und die Steuervorlagen in ihrem Zusammenhange darzulegen und im Anschluss daran ein kurzes Bild über unsere finanzielle Kriegslage zu geben.

Ich beginne mit dem Etat. Wie im vorigen Jahre, so müssen wir auch diesmal im allgemeinen darauf verzichten, Ihnen einen auch nur einigermassen zuverlässigen Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzulegen. Wir haben deshalb entsprechend dem schon im Etat von 1915 angewandten Verfahren bei den meisten Kapiteln und Titeln

die Ansätze des letzten Friedensjahres eingestellt unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen, die sich durch den Zeitablauf und andere in ihrer Wirkung feststehende Tatsachen ergeben. Wenn wir damit auch auf die in den Kriegsverhältnissen nicht durchführbaren genauen Veranschlagungen verzichten, so genügen wir doch dem Erfordernis, die verfassungsmässige und finanzwirtschaftliche Grundlage für die Fortführung der Reichsverwaltung im kommenden Rechnungsjahre sicherzustellen. Wir haben ferner wie im Vorjahre die äusserste Sparsamkeit bei der Aufstellung des Etats walten lassen. Wir haben bei den fortdauernden Ausgaben von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen und uns bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf die Fortführung der bereits begonnenen Bauten usw. beschränkt. Auch bei diesen wird gebremst, wo es irgend angängig ist. Alles Geld und alle Arbeit wird auf die Kriegsbedürfnisse vereinigt, alles, was nicht dem Kriege dient, wird nach Möglichkeit zurückgestellt.

Für die Kriegsführung selbst finden Sie in dem neuen Etat keine Forderungen. Der Kriegskredit, den Sie im Dezember bewilligt haben, wird noch für einige Zeit vorhalten; die weiterhin für die Durchführung erforderlichen Mittel werden die verbündeten Regierungen bei diesem hohen Hause wie bisher je nach Bedarf im Wege besonderer Kriegskredite beantragen. Aus den Kriegskrediten werden bekanntlich, solange der Krieg dauert, auch die fortdauernden Ausgaben der Heeres- und Marineverwaltung bestritten. Für das laufende Etatsjahr hatten wir noch eine halbe Friedensrate für diese Verwaltungen eingestellt; sie wird nicht in Anspruch genommen. Für das Jahr 1916 sehen wir von einer Einstellung überhaupt ab. Auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung in den Friedenszustand längere Zeit erfordern und auf etatsrechtlichem Gebiete neue Massnahmen notwendig machen.

Seine eigentliche Bedeutung, meine Herren, erhält der neue Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld: Zinsen und Tilgung figurieren diesmal mit 2 303 000 000 Mark gegenüber 1 268 000 000 Mark im Vorjahre und 250 000 000 Mark im letzten Friedensetat. Hier kündigt sich noch mitten im Kriege eines der

grössten staatswirtschaftlichen Probleme an, die wir im Frieden zu lösen haben werden, ein Problem, dem wir nicht früh genug unsere Aufmerksamkeit und unsere Sorge widmen können. Ich werde hierauf gleich noch zurückkommen.

Rechnerisch wird die Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst von mehr als einer Milliarde im Etat 1916 zunächst zu mehr als die Hälfte ausgeglichen durch den Wegfall der laufenden Ausgaben für Heer und Marine. Dieser Ausgleich wird noch verbessert durch die Herabminderung der einmaligen Ausgaben um 80 Millionen Mark. Insgesamt schliessen die Ausgaben des ordentlichen Etats mit 3 659 000 000 Mark ab; das sind 316 000 000 Mark mehr als im Etat für 1915.

Auf der Einnahmeseite sind die wesentlichsten Veränderungen die folgenden. In Abgang gestellt ist der Wehrbeitrag, der im Etat für 1915 mit seiner letzten Rate in Höhe von 328 000 000 Mark aufgeführt war. Dagegen konnten wir den Ueberschuss des Jahres 1914 mit 220 000 000 Mark einsetzen. Insgesamt würden die Ansätze der Einnahme des ordentlichen Etats ohne die Erschliessung neuer Quellen ein Weniger von 144 000 000 Mark gegenüber dem Vorjahre ergeben, und das gegenüber einem Mehr bei den Ausgaben in Höhe von 336 000 000 Mark, wie ich vorhin erwähnte. Daraus ergibt sich also ein Fehlbetrag von 480 000 000 Mark. Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deckung vor die neuen Kriegssteuern.

Meine Herren, damit ist der Etat formell ins Gleichgewicht gebracht, aber nur formell! Denn, wie ich mir bereits erlaubte, auszuführen: wir haben die Einnahmen mit den Ziffern des letzten Friedensetats eingestellt, und, wenn etwas in dem neuen Etat sicher ist, dann ist es die Tatsache, dass die Ansätze nicht erreicht werden.

Wir können zwar aus einzelnen Kapiteln auf Mehreinnahmen rechnen, so aus dem Bankwesen infolge der Kriegsbesteuerung und der starken Inanspruchnahme der Reichsbank, auf Einnahmen, die uns für das laufende Jahr 175 000 000 Mark bringen werden; wir können ferner rechnen auf erhebliche Einnahmen aus den Darlehnskassen.

Diese sicher zu erwartenden Mehreinnahmen haben wir in dem Etat nicht berücksichtigt, da wir auch hier natürlich den Grundsatz befolgen mussten, den wir bei denjenigen Einnahmen befolgt haben, die ein Minus zeigen werden. Wenn wir auf der einen Seite das sicher zu erwartende Minus nicht berücksichtigen wollen, dürfen wir auch auf der anderen Seite das sicher zu erwartende Plus nicht in Rechnung stellen. Aber, meine Herren, wir dürfen leider nicht erwarten, dass das Plus bei dem einen oder anderen Einnahmezweige einen auch nur annähernden Ausgleich für das bei den andern Einnahmezweigen sich ergebende Minus bilden wird. Ein Fehlbetrag wird bleiben, ein Fehlbetrag, der seiner Grösse nach unbekannt und nicht abzuschätzen ist. Zur Deckung dieses Fehlbetrags, dieses latenten Fehlbetrags, haben wir, um nach jeder Möglichkeit hin auf das materielle Gleichgewicht des Etats hinzuwirken, ein Kapitel für Einnahmen: „Aus der Kriegsgewinnsteuer“ eingesetzt. Auf diesem Kapitel sollen die in dem Rechnungsjahr 1916 bereits eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer, soweit sie zur Deckung dieses Fehlbetrags erforderlich sind, verrechnet werden. Angesichts der Unsicherheit über den Umfang des zu deckenden Fehlbetrags und der aus der Kriegsgewinnsteuer zu erwartenden Beträge haben wir diese Einnahmen in Form eines sogenannten „Leertitels“ aufgenommen; aber ich hoffe, dass hier der Satz nicht gelten wird: Nomen est omen, ich hoffe im Gegenteil, dass dieser Leertitel sich auch schon im Laufe des Rechnungsjahres 1916 in einer für die Reichsfinanzverwaltung erfreulichen Weise füllen wird. Die Absicht, dies zu ermöglichen, war mitbestimmend dafür, dass wir im Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes vorgesehen haben, dass die juristischen Personen bereits nach dem Ergebnis des zweiten Kriegsgeschäftsjahres vorläufig veranlagt werden können. Das zweite Kriegsgeschäftsjahr ist auf Grund der Beschlüsse, die der Reichstag bei dem vorläufigen Gesetze, bei dem Sperrgesetze, gefasst hat, abgelaufen für die Gesellschaften, deren Geschäftsjahr in der Zeit vom 31. August bis heute schliesst. Sie sehen also, dass das zweite Kriegsgeschäftsjahr bei allen den zahlreichen Gesellschaften abgelaufen ist, die am 30. September schliessen, und für alle diejenigen Gesellschaften, bei denen das Geschäftsjahr mit

dem Kalenderjahr zusammenfällt. Auch die Gesellschaften, die am 31. März schliessen — das sind auch nicht wenige — werden nächstens ihr zweites Kriegsgeschäftsjahr beenden. Zahlreiche Bilanzen sind ja bereits publiziert, und Sie wissen, dass bei vielen von diesen Gesellschaften doch recht erhebliche Mehrgewinne gegenüber den Friedensjahren erzielt worden sind. Wir dürfen also darauf rechnen, dass aus dieser Quelle sich immerhin ein erheblicher Betrag aus dem Leertitel ergeben wird. Der Leertitel „Kriegsgewinnsteuer" bildet also gewissermassen den Ausgleichsposten in dem neuen Etat, einen Ausgleichsposten, der uns hoffentlich gestatten wird, über das rein formelle Gleichgewicht hinaus das tatsächliche Gleichgewicht, wenn nicht zu erreichen, so ihm doch erheblich nahezukommen. Aber, meine Herren, um keine Illusionen hervorzurufen, muss ich daran erinnern, dass das dann immer erst ein Etat der rein bürgerlichen Reichsverwaltung ohne Heeres- und Marineausgaben ist, und dass zur formellen und materiellen Balancierung dieses rein bürgerlichen Haushaltsetats die 480 Millionen Mark neuer Steuern neben der Kriegsgewinnsteuer erforderlich sind.

Der Etat in dieser Aufmachung will also für die Ordnung im Hause sorgen, während draussen der Krieg weitergeht. Die Aufrechterhaltung dieser häuslichen Ordnung ist das Mindeste, was wir nach der bestimmten Ansicht der verbündeten Regierungen anstreben müssen, wenn nicht der solide Bau unserer Finanzwirtschaft, der bisher allen Anforderungen des gewaltigen Krieges sich in unvergleichlicher Weise gewachsen gezeigt hat, der sich besser bewährt hat als die Finanzwirtschaft des stärksten unserer Gegner, — wenn dieser solide Bau nicht ernstlich in Gefahr gebracht werden soll. Diese Gefahr auszuschliessen, ist der Zweck der neuen Steuervorlagen. In diesem Zwecke finden sie ihre Begründung und finden sie ihre Begrenzung. Weiter gehen unsere Absichten nicht, und weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen.

Ich stelle das ausdrücklich fest, weil in der Presse und auch sonst in Unterhaltungen ich der Meinung begegnet bin, ich hätte mich durch die englische Finanzpolitik allzusehr beeindrucken lassen; ich hätte mich durch die englische Finanzpolitik von der

früher von mir angezeigten Richtlinie abbringen lassen. Das ist in keiner Weise der Fall. Ich habe niemals den Satz aufgestellt, dass wir den Krieg auf eine beliebige Dauer führen könnten, ohne neue Einnahmequellen zu erschliessen. Was ich vor einem Jahre erklärt habe, war lediglich, dass wir von neuen Steuern glauben absehen zu können, solange es uns möglich ist, unseren ordentlichen Etat einschliesslich des Schuldendienstes auch ohne neue Einnahmen zu balancieren. Diese Möglichkeit war, als ich vor einem Jahre hier sprach, noch gegeben. Heute ist sie es nicht mehr, und hieraus haben wir die Konsequenzen zu ziehen. Wenn wir das tun, wenn wir die Konsequenzen ziehen, heisst das nicht etwa, dass wir uns dabei etwa auf die Wege der englischen Finanzpolitik begeben. An sich würde ich mich gar nicht scheuen, dies zu tun, sobald ich die Ueberzeugung gewonnen hätte, dass diese Wege die richtigen sind, und dass sie gangbar sind. Man soll auch vom Feinde lernen, aber nach beiden Richtungen, wie man es machen soll oder nicht machen soll, oder in diesem Falle, was man machen kann und was man nicht machen kann. Der englische Schatzkanzler hat in den ersten Kriegsmonaten eine Finanzpolitik verkündet, nach der ein erheblicher Teil der Kriegskosten nicht aus Anleihen, sondern aus Steuern gedeckt werden soll. Er hat sich dabei auf die alte britische Tradition berufen, unter anderem darauf, dass die Kosten der Napoleonischen Kriege zu etwa 45 Prozent aus Steuern gedeckt worden seien. Um dieses Programm wahr zu machen, dazu hat dem englischen Schatzkanzler der Atem nicht ausgereicht. England wird bis zum Ende des Rechnungsjahres, soweit ich sehen kann — und ich glaube, reichlich gerechnet zu haben —, aus Kriegssteuern etwa 122 Millionen Pfund herausgewirtschaftet haben. Das ist sehr viel und bedeutet eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler. Aber wenn Sie die Summe in Vergleich setzen zu den Kriegsausgaben, die bis zum 31. März des Jahres 1 Milliarde 800 Millionen Pfund überschritten haben werden, dann werden Sie sehen, dass der Ertrag der Kriegssteuern von Beginn des Krieges an bis Ende März dieses Jahres nicht ganz 7 Prozent der gesamten Kriegskosten gebracht hat. Ueber die Verzinsung der Kriegsschulden hinaus bleibt also kein nennenswertes Geld verfügbar.

Wir haben von Anfang an uns nicht vorgenommen und nicht vermessen, die Kosten des Krieges aus Steuern auch nur zu einem erheblichen Teile decken zu können. Wir haben uns von Anfang an doch wohl ein richtigeres Bild von den gewaltigen finanziellen Anforderungen dieses Krieges gemacht, als es die englischen Staatsmänner getan haben. Wir haben unser Programm von Anfang an enger gezogen und uns auf die Erhaltung der ordentlichen Grundlagen der Reichswirtschaft beschränkt. Auf diesem Boden heisst es stehen bleiben, nicht aus Prinzipienreiterei, sondern weil die grössten praktischen Interessen für das Reich auf dem Spiele stehen.

Meine Herren, ich weiss, dass auch andere Ansichten laut geworden sind. Man hat die Frage aufgeworfen: Ist es wirklich nötig, jetzt mitten im Kriege neue Steuern zu machen und damit die Bevölkerung zu beunruhigen und zu beschweren?

Man hat mit nicht allzu grossem Respekt von den paar hundert Millionen gesprochen, die schliesslich neben den vielen Milliarden doch auch noch durch Anleihe aufgebracht werden könnten, bis nach Friedensschluss die grosse Ordnung der Reichsfinanzen kommen werde.

Meine Herren, auf die Gefahr hin, in den Ruf der Kleinlichkeit zu kommen, muss ich bekennen, dass ich mich zu dieser Grosszügigkeit nicht aufzuschwingen vermag. Eine runde halbe Milliarde im Jahre für den ordentlichen Reichshaushaltsetat ist enorm viel Geld. Das sind die Zinsen von 10 Milliarden Mark. Und dieses Geld werden wir künftighin bitter nötig haben, bis nach dem Kriege die Neuordnung der Reichsfinanzen durchgeführt sein wird. Dass diese Neuordnung nach Friedensschluss nicht etwa von heute auf morgen da sein wird, dass sie nicht etwa, wie Pallas Athene, fertig und in voller Rüstung mit einem Schlage aus dem Haupte des Jupiter hervorspringen wird, darüber sind wir uns doch wohl klar. Die 500 Millionen werden sich also multiplizieren, und sie werden ein sehr beachtliches und unbedingt nötiges Zehrgeld auf dem Wege zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen zu bilden haben.

Meine Herren, wir wollen uns durch die Milliarden, die wir jetzt für den Krieg leihen und ausgeben, doch nicht den Kopf

verdrehen lassen. Die Zeit wird kommen, wo wir uns bescheiden wieder an die Millionenrechnung gewöhnen werden, und wo 50 oder 100 Millionen Ausgaben mehr oder weniger uns sehr ernstlich beschäftigen werden. Es ist ja eine alte Wahrheit, dass grosse Schulden viel leichter verschwenderisch machen als grosser Reichtum. Aber vor dieser Versuchung haben wir uns zu hüten.

Das Amt, das ich im Kriege schweren Herzens übernommen habe, hat mich vor zwei Kriegsaufgaben gestellt: vor die Beschaffung der Mittel, die für die Kriegführung erforderlich sind, und vor die Erhaltung der gesicherten Grundlagen der Reichsfinanzwirtschaft. Sie dürfen überzeugt sein, dass ich das ganze Mass meiner bescheidenen Kräfte an diese beiden Aufgaben setzen werde; und ich bin überzeugt, dass dieses hohe Haus im Vollgefühl auch seiner Verantwortlichkeit mir dabei helfen wird.

Meine Herren, die beiden Kriegsaufgaben, von denen ich spreche, gehören ja untrennbar zusammen. Wir können den Krieg finanziell nur durchhalten und — das gehört ja auch zum Durchhalten — wir können den nicht leichten Weg des Uebergangs in die Friedenswirtschaft nur dann glücklich zurücklegen, wenn unser Haus auch im Kriege gut bestellt ist und in Ordnung bleibt. Wir können von unserem Volke, das jetzt zum vierten Mal in Vaterlandsliebe und Vertrauen seine Sparpfennige dem Reiche darbietet, wir können von unserem Volke nicht die Milliardenbeträge der Anleihen verlangen und annehmen, wenn wir nicht rechtzeitig Vorsorge treffen, um die Verzinsung sicher zu stellen. Das ist kein Formalismus und das ist keine Kleinlichkeit; das ist nichts als Pflicht und Schuldigkeit, nichts als elementare Fürsorge für den nächsten Tag!

Meine Herren, ich hoffe, Sie werden mir zugeben, dass dies zwingende und durchschlagende Gründe sind, die uns gar keine Wahl lassen. Es wäre ja für die verbündeten Regierungen und es wäre für mich persönlich so unendlich viel bequemer, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen und die Dinge gehen zu lassen. Es wäre auch für dieses hohe Haus vielleicht bequemer; aber der harte Krieg kennt kein Recht auf Bequemlichkeit, er kennt nur Notwendigkeiten. In der Erfüllung der Notwendigkeiten beschränken sich unsere Vorschläge, wie Sie aus meiner Darlegung über den

inneren Aufbau des neuen Etats gesehen haben, auf das Mindestmass des Vertretbaren. Wir mögen unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensschluss noch so hoch spannen — und diese Hoffnungen halten wir aufrecht —: trotzdem bleibt die Gewissheit, dass unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen eine Notwendigkeit sein wird. Deshalb kann uns keine Aussicht auf Kriegskostenentschädigung der Verpflichtung entheben, heute schon zu tun, was an uns liegt, um den Reichswagen auf den Geleisen einer gesicherten Finanzwirtschaft zu erhalten. Die Besorgnis, dass Sie die halbe Milliarde ohne Not bewilligt haben könnten, braucht sie leider nicht zu drücken. Wenn ich mich selbst auf Herz und Nieren prüfe, hätte ich mir allenfalls den einen Vorwurf zu machen, dass die Steuervorlagen heute schon nicht weit genug gehen, und dass sie noch allzuviel der Zukunft überlassen.

Meine Herren, in dieser Lage gäbe es nur eine einzige Entschuldigung für die Unterlassung des Notwendigen: die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Mittel. Diese Entschuldigung steht uns Gott sei Dank nicht zur Seite. Die 500 Millionen Mark neuer Reichseinnahmen sind keine Leistung, die dem deutschen Volke nicht zugemutet werden könnte, und die es nicht zu tragen vermöchte. Deutschland hat in Friedenszeiten über Steuerreserven verfügt wie kaum ein anderes der grossen europäischen Länder, und im Kriege hat unser Volk so glänzende Beweise seiner finanziellen Leistungsfähigkeit vor aller Welt erbracht, dass ich den sehen möchte, der behaupten will, die Aufbringung einer neuen Einnahme von einer halben Milliarde jährlich rühre auch nur entfernt an die Grenzen unserer Kraft. Davon kann gar keine Rede sein. Das deutsche Volk wird die Steuer von 500 Millionen tragen und auch alles das, was darüber hinaus notwendig ist, um das Reich zu erhalten und um seinen Platz zu behaupten. Die Lebens- und Arbeitskraft, die wir in uns selber tragen, bürgt uns dafür, dass wir auch mit schwererem Gepäck als bisher unsern Weg gehen und in der Welt vorankommen werden. Darüber sind wir uns alle einig.

Nicht ganz so einig sind wir vielleicht in der Beurteilung der e i n z e l n e n S t e u e r p r o j e k t e, die Ihnen die verbündeten Regie-

rungen vorgelegt haben. Ich kann nicht sagen, dass mich das wundert. Die Steuer muss erst noch gefunden werden, die der allgemeinen Zustimmung oder gar einer begeisterten Annahme sicher wäre. Ich will auch gar nicht erst den aussichtslosen Versuch machen, Ihnen die neuen Steuern als etwas besonders Schönes und Berückendes anzupreisen. Jede Steuer ist im gewissen Sinne ein Uebel, und fünf Steuern sind ein fünffaches Uebel. Wenn Sie aber die Steuern daraufhin prüfen, ob sie nicht doch vielleicht notwendige Uebel und gegenüber etwaigen anderen Möglichkeiten die geringeren Uebel sind, dann wird es Ihnen vielleicht gelingen, sich mit den neuen Steuern, wenn auch nicht zu befreunden so doch abzufinden.

Meine Herren, Sie werden nicht erwarten, dass ich hier heute vor Ihnen in eine eingehende Begründung jeder einzelnen der fünf Steuervorlagen eintrete. Was ich Ihnen aber jetzt bei Beginn unserer Beratungen schuldig bin, das ist, dass ich Ihnen die Beurteilung des Gesamtprogramms erleichtere, indem ich Ihnen kurz die entscheidenden Gesichtspunkte darlege.

Zunächst bitte ich Sie, sich vor Augen zu halten, dass die neuen Steuern Notbehelfe für die Zeit des Krieges und des Ueberganges in die geordnete Friedenswirtschaft sind. Sie werden ihr natürliches Ende finden in der Neuordnung der Reichsfinanzen, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung zweifellos Zeit verlangt. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die jetzt zu beschliessenden Steuern in absehbarer Zeit einer gründlichen Revision zu unterziehen. Ich gebe zu: an ein glattes Abschaffen ohne Ersatz wird auch im günstigsten Falle nicht zu denken sein; aber Sie werden auf alle Fälle Gelegenheit haben, eingehend zu prüfen, was zu beseitigen und zu ändern, was beizubehalten und in den Neuaufbau der Reichsfinanzen einzufügen sein wird.

Dieser Charakter der Steuern als Not- und Uebergangssteuern wird Ihnen, ebenso wie den verbündeten Regierungen, die Verantwortlichkeit zwar nicht abnehmen, aber doch erleichtern; dieser Charakter als Not- und Uebergangssteuern wird, wie ich zuversichtlich hoffe, Ihnen auch die Möglichkeit geben, einem wichtigen Erfordernis zu entsprechen, das sich aus dem Charakter der Not-

steuern ergibt: dem Erfordernis der prompten Erledigung und der sofortigen Inkraftsetzung. Wer für die Forderungen der Stunde zu sorgen hat, braucht schnellen Entschluss. Jede Woche, um die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert den Zinsendienst unserer Kriegsschuld um 10 Millionen Mark.

Schliesslich, meine Herren, liegt es in der Natur des Notbehelfs, dass wir versuchen müssen, ohne neuen Apparat, mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen. Wir haben jetzt weder Zeit noch Leute, um neue Organisationen auf diesem Gebiete zu schaffen; wir müssen uns notgedrungen in der Hauptsache an das Gegebene anlehnen. Man hat mir daraus einen Vorwurf gemacht. Man hat mir gesagt, dass man mehr Originalität von mir erwartet hätte. Ich bedaure, dass ich diese Erwartung enttäuschen muss. Aber Sie werden begreifen, dass es mir in der Lage, in der wir uns befinden, mehr auf Geld als auf Originalität ankommt.

Der zweite Gesichtspunkt, den ich Ihrer Beachtung empfehle, ist die Notwendigkeit, die steuerlichen Massnahmen des Reichs im Zusammenhange mit der Besteuerung in den Einzelstaaten den Kommunen und den Kommunalverbänden zu betrachten. Es sind doch schliesslich immer wieder dieselben Steuerzahler, die vom Reiche, vom Staate und von den Kommunen in Anspruch genommen werden. Die Last addiert sich, und wohin das Geld geht, das kommt für den Steuerzahler, der getroffen wird, erst in zweiter Linie.

Die Verteilung der Steuerquellen auf die öffentlichen Körperschaften, aus denen sich unser Gemeinwesen zusammensetzt, hat sich, wie Sie wissen, in der Weise entwickelt, dass der fortgesetzt stark wachsende Geldbedarf des Reichs das Steuergebiet der Einzelstaaten und Kommunen immer mehr eingeengt und immer mehr auf die direkten Steuern, auf die Einkommen- und Vermögenssteuern und Ertragssteuern, beschränkt hat. Die Einzelstaaten und Kommunen haben während des Krieges auf Wunsch der Reichsleitung darauf verzichtet, den Kapitalmarkt durch Anleihen für ihre Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen. Sie haben auf diese Weise dem Reiche den erforderlichen freien Spielraum für die Finanzierung des Krieges erhalten. Ich sage

den Herren ja nichts Neues, wenn ich daran erinnere, dass der Krieg nicht nur an das Reich, das die Hauptlast trägt, sondern auch an die Einzelstaaten, die Kommunen und die Kommunalverbände grosse finanzielle Anforderungen gestellt hat und weiter stellt, Anforderungen, die nur zum Teil durch die Inanspruchnahme bankmässigen Kredits abseits des offenen Marktes befriedigt werden können. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb genötigt, mit ansehnlichen Steuererhöhungen vorzugehen, und zwar mit Erhöhungen, die samt und sonders auf dem Gebiete der direkten Besteuerung liegen.

Ich verweise auf die Steuervorlage, die augenblicklich die gesetzgebenden Körperschaften Preussens beschäftigt. Für die grossen Einkommen ist dort eine Erhöhung der Steuerzuschläge bis auf volle 100 Prozent des Normalsteuersatzes, der 4 Prozent, während bisher der Zuschlag nur 1 Prozent bei den grossen Einnahmen beträgt, vorgesehen, also auf 8 Prozent betrug, also mit dem Normalsatz zusammen 5 Prozent im Höchstfalle ausmachte. Bei den mittleren Einkommen ist der Zuschlag wesentlich bescheidener, bei den kleinen Einkommen bis 2400 Mark ist eine Erhöhung des Zuschlags überhaupt nicht vorgesehen.

Bei den Aktiengesellschaften soll nach dem Gesetzentwurf der Zuschlag bis zu 160 Prozent steigen. Der Steuersatz kommt damit im Höchstfalle auf 10,4 Prozent. Dabei wirkt die Steuer auf das Einkommen der Aktiengesellschaften bekanntlich als Doppelbesteuerung, weil neben der Gesellschaft noch einmal der Aktionär als solcher von der Einkommensteuer erfasst wird.

Meine Herren, Sie sehen also, dass in dem grössten deutschen Einzelstaate — und ähnlich liegen die Dinge in den meisten anderen doch auch — die direkten Steuern stark herangezogen werden, und zwar, was ich unterstreiche, unter Freilassung der kleinen und unter Schonung der mittleren Einkommen. Wie weit diese Schonung geht, mögen Sie daran ersehen, dass von den 100 Millionen Mark, die von den neuen Zuschlägen in Preussen erwartet werden, nur 1¼ Millionen Mark auf die Zensiten mit einem Einkommen von 2400 bis 6400 Mark entfallen und nur 3,1 Millionen Mark auf die Einkommen von 6500 bis 10 500 Mark.

Nicht weniger als 95 Millionen von den 100 Millionen Mark werden also von den Zensiten mit einem Einkommen von 10 500 Mark und mehr getragen.

Dass neben den Einzelstaaten die Kommunen fast überall im ganzen Reiche gezwungen waren, ihre Zuschläge zur Einkommensteuer beträchtlich zu erhöhen, ist Ihnen bekannt. Berlin, das vor dem Kriege einen Zuschlag von 100 Prozent erhoben hat, wird voraussichtlich auf 160 Prozent gehen, die meisten Vorortgemeinden auf 170 Prozent. Im Industrierevier sind Sätze von 250, 300, 350 Prozent und mehr heute nicht mehr die Ausnahme. Dabei ist der Krieg noch nicht zu Ende, und seine Ansprüche auch an die Kommunen und Einzelstaaten werden sich voraussichtlich noch steigern.

Meine Herren, an dieser Tatsache kann doch gewiss niemand achtlos vorbeigehen. Tatsachen sind stärker als Doktrinen, und der Krieg ist ein eiserner Lehrmeister. Der Krieg verlangt, dass für das Reich neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar prompt und ausgiebig. Es können nicht alle Pferde auf denselben Gründen weiden. Das Reich kann nicht seinen Geldbedarf auf dem Steuergebiete befriedigen, auf das Einzelstaaten und Kommunen von ihm verwiesen und beschränkt worden sind und das von den Einzelstaaten und Kommunen jetzt so stark in Anspruch genommen wird.

Meine Herren, in Rücksicht auf die Erhaltung der finanziellen Existenzgrundlage der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb nach der bestimmten Auffassung der verbündeten Regierungen im Kreise der steuerlichen Kriegsmassnahmen, die wir Ihnen vorschlagen, als direkte Kriegssteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage. Das „nur" soll aber keine falsche Vorstellung erwecken, es soll die Sache, um die es sich handelt, nicht verkleinern; denn die Kriegsgewinnsteuer in der Form, wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, ist eine umfassende Vermögenszuwachssteuer. Es ist also nicht ein Weniges, um das die direkten Steuern in Anspruch genommen werden, wir tun vielmehr einen starken Zugriff. Die nach der Höhe des Zuwachses und der Kriegseinkommen gestaffelten Sätze steigen an bis zum fast Zwanzigfachen des Höchstsatzes, der nach dem geltenden Besitzsteuergesetz er-

hoben werden kann. Mir will scheinen, dies ist eine Inanspruchnahme der direkten Besteuerung durch das Reich, die für sich allein schon — ganz ohne Rücksicht auf die Massnahmen der Einzelstaaten und Kommunen — ein sehr kräftiges Gegengewicht gegen die Heranziehung der indirekten Steuern, die wir Ihnen vorschlagen, bildet und als ein solches Gegengewicht angesehen werden muss. Ich bin mit den verbündeten Regierungen der Meinung, dass wir mit der Ausgestaltung dieser Steuer, mit der Höhe der Sätze in der Tat bis an die Grenze dessen gegangen sind, was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft noch verantworten können. (Zuruf: Na, na!) — Meine Herren, Sie sagen: „Na, na!" Wenn Sie diesen hohen Sätzen, die bei der Kriegsgewinnsteuer erhoben werden, die anderen Belastungen, die das Einkommen treffen, die vielfachen Doppelbesteuerungen hinzuschlagen und sich die Rechnung aufmachen, so werden Sie, wenn Sie auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehen, wohl zu demselben Resultat kommen wie ich.

Meine Herren, wenn neben der Kriegsgewinnsteuer andere direkte Steuern nicht in Betracht kommen, so bleibt uns für das Reich das Gebiet der Verbrauchs- und der Verkehrsbesteuerung.

Bei unserem Vorgehen auf diesem Gebiete haben wir uns vor allem von dem Grundsatz leiten lassen, dass eine Belastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse von vornherein ausgeschlossen
notwendigsten Lebensbedürfnisse von vornherein ausgeschlossen sein soll. Dass das geschehen würde, habe ich bereits im Deniemand wird bestreiten können, dass unsere Steuervorlagen diese Zusage wahr gemacht haben. Meine Herren, das liegt ja in der Richtung der gesamten Politik, die wir hinsichtlich des Lebensunterhalts der Bevölkerung während des Krieges verfolgt haben. Wir haben es in dieser Beziehung gewiss schwerer als unsere Gegner, denen die Zufuhr aus allen Teilen der Welt weit offen steht. Trotzdem haben wir — das kann nicht oft genug wiederholt und stark genug unterstrichen werden — von allen kriegführenden Ländern die niedrigsten Brotpreise und Kartoffelpreise, und ich setze hinzu, auch die niedrigsten Zuckerpreise. Dass wir uns diesen Erfolg durch keine Steuerpolitik verkümmern

wollen, ist selbstverständlich. Aber der Vorsprung, den wir vor den anderen kriegführenden Ländern in den Preisen dieser wichtigsten Nahrungsmittel haben, ist doch auch ein nicht ganz unwichtiges Moment für die Beurteilung der neuen Lasten, die durch die neuen Steuervorlagen dem Volke zugemutet werden.

Von allen entbehrlichen Genussmitteln ist der Tabak ohne Zweifel der geeignetste Gegenstand einer Kriegsbesteuerung. Auch die Tabakindustrie hat, wie ich bereitwilligst zugebe, mit Schwierigkeiten während des Krieges zu kämpfen. Aber alles in allem geht es doch in der Kriegszeit der Tabakindustrie wesentlich besser als allen anderen grossen Gewerben, die Genussmittel herstellen. Der Verbrauch an Tabak und Tabakerzeugnissen ist während des Krieges erheblich gestiegen. Die Tabaksteuer und die Zigarettensteuer haben beide im Gegensatz zu fast allen anderen Steuern während des Krieges höhere Erträgnisse gebracht und damit bewiesen, dass sie an Tragfähigkeit für eine weitere Belastung anderen Verbrauchsgegenständen überlegen sind. Wichtig in dieser Beziehung ist ferner, dass die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot von Arbeitskräften weit übersteigt, so dass in der Uebergangszeit diesmal Schwierigkeiten für die Arbeiter nicht in dem Masse zu befürchten sind, wie in anderen Zeiten, in denen Steuererhöhungen vorgenommen wurden. Niemand wird behaupten wollen, auch der fanatischste Raucher nicht, dass die Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer ein unentbehrliches Genussmittel der breiten Massen treffe. Die Neubelastung, die wir vorschlagen, ist zudem so abgestuft, dass der Massenverbrauch erheblich weniger betroffen wird als der Luxuskonsum. Bei den trotz der Erhöhung des Jahres 1909 immer noch sehr mässigen Sätzen unserer Tabakbesteuerung, die weit hinter derjenigen anderer Länder zurückstehen, lag hier eine unserer wichtigsten Steuerreserven, und Reserven sind dazu da, um im Bedarfsfalle angegriffen zu werden. Ich darf noch hinzufügen, was ich schon an anderer Stelle ausgesprochen habe: sollte diese Steuererhöhung zu einer Verminderung des Verbrauchs an ausländischem Tabak führen, so würde ich dies vom Standpunkt der Reichseinnahmen zwar bedauern, von dem sehr wichtigen Gesichtspunkt unserer Valuta dagegen wäre

eine solche Verminderung der Einfuhr ausländischen Tabaks durchaus erwünscht. Die Tabakeinfuhr ist einer der wichtigsten Passivposten unserer Handelsbilanz, einer der wichtigsten Posten, die auf unsere Valuta drücken.

Der Tabak selbst kann selbstverständlich nur einen Bruchteil der halben Milliarde bringen. Wenn wir von weiteren Verbrauchssteuern absehen, so bleibt uns noch das Gebiet des Verkehrs.

Theoretisch mag man die Belastung des Verkehrs zugunsten der staatlichen Finanzen abfällig beurteilen. Aber die Politik, auch die Finanzpolitik, ist die Kunst des Möglichen. Wenn Sie diese Frage von diesem realpolitischen Gesichtspunkt aus beurteilen wollen, so stellt sich die Frage folgendermassen:

Wir haben vor uns eine nahezu unermessliche Fülle von Wertumsätzen und anderen Verkehrsvorgängen auf dem Gebiete des Transportwesens und der Nachrichtenvermittelung. Bei den Milliarden und aber Milliarden der Verkehrshandlungen genügt ein verhältnismässig bescheidener Zugriff, der für den einzelnen Verkehrsvorgang nur wenig fühlbar zu werden braucht, und der doch die grossen Summen schaffen kann, deren wir bedürfen.

Gewiss, der Quittungsstempel ist unbequem und lästig, aber ein Stempel von 10 Pfennig auf Zahlungen zwischen 10 und 100 Mark und 20 Pfennig auf Zahlungen von mehr als 100 Mark ist eine Belastung, von der niemand wird behaupten wollen, dass er sie nicht tragen kann. Das gleiche gilt mutatis mutandis von der neuen Belastung des Post- und Telegraphenverkehrs sowie des Güterverkehrs der Eisenbahnen. Beim Quittungsstempel haben wir überdies durch die Freilassung der Beträge unter 10 Mark und durch die Freistellung der Lohn- und Gehaltszulagen und der Zahlungen für die kleineren Mieten für eine soziale Entlastung gesorgt. Wir haben ferner ein grosses Mass von Rücksicht auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr genommen, an dessen Förderung ja ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Interesse besteht. Für die Ausführungsbestimmungen ist hier die Möglichkeit vorbehalten, die Erhebung des Quittungsstempels den verschiedenartigen Formen des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs in einer Weise anzupassen, dass für das Publikum und für die kassenführenden Institute, für die Banken, Sparkassen usw., nur ein

Mindestmass von Arbeit und Belästigung bleiben wird. Der Postscheckverkehr wird, jedenfalls soweit kleinere und mittlere Zahlungen in Frage kommen, die billigste Form des Zahlungsverkehrs werden. Sie sehen, wir haben versucht, aus der Not eine Tugend und aus der Steuer einen Erzieher zu besseren Zahlungssitten zu machen.

Was den Frachturkundenstempel anlangt, so darf ich darauf hinweisen, dass der Güterverkehr unserer Eisenbahnen auffallend wenig unter dem Kriege gelitten hat, dass die Einnahmen aus dem Güterverkehr bis auf geringe Differenzen den Einnahmen der Friedenszeit gleichkommen. Bei den gewaltigen Gütermengen, die unsere Eisenbahnen jährlizch befördern, trifft hier ganz besonders zu, dass eine im Einzelfall kaum fühlbare Abgabe grosse Erträgnisse bringt. Auch der neue Frachturkundenstempel, der eine Mehreinnahme von 80 Millionen Mark bringen soll, ist kaum fühlbar und jedenfalls für niemanden unerträglich. Gewiss, der Stempel für Wagenladungen ist etwa fünfmal so hoch als der bisherige Satz, der rein nominell war. Aber der Höchstsatz ist 3 Mark für Eilgutsendungen, die eine grössere Fracht als 25 Mark bedingen, im Zehntonnenwagen und im Wagen von mehr als 10 Tonnen. Wenn Sie hier also den Zehntonnenwagen zugrunde legen und 3 Mark darauf rechnen, dann kommen von diesem Frachturkundenstempel auf den Doppelzentner im Höchstfall 3 Pfennig. Diese 3 Pfennig sind auch für Massengüter, die in grossem Gewicht nur einen geringen Wert repräsentieren, wie etwa Kohle, eine kaum merkliche Belastung.

Bei der Post haben wir es für den grössten Teil des Reichsgebiets mit einem Reichsbetriebe zu tun. Die Bruttoeinnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung zuzüglich der bayerischen und württembergischen Postverwaltungen haben in den letzten Friedensjahren etwas über eine Milliarde ergeben. Die Ausgaben haben nahezu 900 Millionen Mark betragen, so dass ein Reinertrag von nicht viel mehr als 100 Millionen Mark verbleibt. Wenn Sie diesen Reinertrag in ein Verhältnis zu dem gewaltigen in der Post investierten Kapital setzen, so ergibt sich, dass die Post bisher nicht auf Gewinn gearbeitet hat. Sie finden das vielleicht ganz in der Ordnung. Ich auch. Aber in den Zeiten,

die unsere Reichsfinanzen jetzt durchmachen, scheint mir die Frage berechtigt, ob ein solches Milliardenunternehmen des Reichs nicht für einige Zeit etwas weniger selbstlos arbeiten kann, ob es nicht möglich ist, hier einmal die Schraube ohne Schaden etwas schärfer anzuziehen und ohne jede Vermehrung der Verwaltungskosten durch eine Steigerung der Bruttoeinnahmen um etwa 20 Prozent den bisherigen Reinertrag um 200 Millionen Mark zu erhöhen, das heisst, ihn zu verdreifachen. Meine Herren, ich werde ein gutes Pferd selbstverständlich pfleglich behandeln und es nicht ohne Not überanstrengen. Wenn es aber ums Ganze geht, dann muss es auch einmal hergeben, was es leisten kann.

Es fragt sich auch hier, ob die Zuschläge, die der Gesetzentwurf vorsieht, erträglich sind. Ich will gewiss nicht bestreiten, dass sie in vielen Fällen unbequem, ja selbst empfindlich wirken können, in vielen anderen Fällen ist es zweifellos nicht der Fall. Jedenfalls wird aber auch hier niemand behaupten können, die Zuschläge seien unerträglich und bedeuteten eine ernstliche Gefährdung unseres Verkehrs und unserer Wirtschaft.

Meine Herren, Sie werden die Steuern hier und in der Kommission unter Ihre kritische Lupe nehmen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich habe für meinen Teil Ihnen und der Oeffentlichkeit die Kritik erleichtert, indem ich, abweichend von der wohlberechtigten Uebung, dafür eingetreten bin, dass die Vorlagen veröffentlicht worden sind, ehe der Bundesrat über sie Beschluss gefasst hatte. Ich werde mich über jede Verbesserung freuen, die sich aus Ihrer Beratung ergibt. Aber trotzdem glaube ich, Ihren Verhandlungen ein Wort mit auf den Weg geben zu dürfen, das in Kriegszeiten doppelte Geltung hat, nämlich das Wort: „Das Bessere ist der Feind des Guten."

Und ein Weiteres möchte ich noch zu den Steuern sagen, was mir am Herzen liegt. Im Dezember vorigen Jahres, als von dem vorbereitenden Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer die Rede war, habe ich die Steuern als eine staatsbürgerliche Ehrenpflicht bezeichnet. Das sind die Steuern heute mehr als je. Ob der Vermögende von seinem Kriegsgewinne einen ansehnlichen Teil an das Reich abgibt, ob der kleine Mann seine Quittungsmarke oder seinen Portozuschlag zahlt oder in seinem Tabak dem Reiche

steuert, — das alles sind kleine Leiden gegenüber den beispiellosen Opfern an Gut und Blut, die das Volk in einmütiger Geschlossenheit seit 20 Monaten für das Vaterland bringt, kleine Leistungen gegenüber der unsagbaren Grösse an Heldentum und Aufopferung, die wir Daheimgebliebenen an unseren braven, draussen im Felde stehenden Truppen Tag für Tag neu bewundern.

Meine Herren, ich freue mich, dass dieser Geist schliesslich doch, unbeschadet aller Kritik an den Steuervorlagen, die öffentlichen Erörterungen und die Beratungen der interessierten wirtschaftlichen Verbände durchdringt. Wir dürfen uns freuen, dass die massgebenden industriellen und kaufmännischen Körperschaften die Besteuerung der Kriegsgewinne ohne weiteres als berechtigt und notwendig anerkannt haben, dass unsere schaffenden Stände damit ihren nicht hoch genug anzuerkennenden Leistungen um die Verteidigung des Vaterlandes ein neues Ehrenblatt hinzufügen. Wir dürfen uns freuen, dass die Tabakindustrie in ihrer grossen Mehrheit sich ohne Zögern bereit erklärt hat, neue Lasten zugunsten des Reichs zu übernehmen; und nicht minder, glaube ich, dürfen wir stolz darauf sein, dass die berufenen Vertreter des deutschen Handels und der deutschen Industrie, die bisher öffentlich Stellung genommen haben, so die rheinische und westfälische Handelskammer, die hessischen Handelskammern und in den letzten Tagen der Ausschuss des Deutschen Handelstages, für die Gesamtheit der Steuervorlagen die gleiche Gesinnung, vorbehalten der Kritik im einzelnen, zum Ausdruck gebracht haben. Ich nehme das an als eine gute Vorbedeutung nicht nur für die gegenwärtigen Vorlagen, sondern auch für die grösseren Aufgaben, die uns für die Zukunft bevorstehen, als einen neuen Beweis dafür, dass unser deutsches Volk nicht nur durch die Zeichnung auf die Kriegsanleihen, sondern auch durch die willige und entschlossene Uebernahme der neuen Steuerlast dem Reiche geben wird, was das Reich in Krieg und Frieden für seinen Bestand und seine Grösse braucht.

Das wäre, was ich im gegenwärtigen Stadium über den Etat und die Steuervorlagen Ihnen zu sagen hätte. Aber obwohl ich Ihre Geduld ja schon reichlich lange in Anspruch genommen habe, darf ich Sie bitten, mir noch kurze Zeit Gehör zu geben, um mich

in die Lage zu setzen, von Etat und Steuern auf das andere Thema zu kommen, über das ich hier sprechen wollte.

Während wir hier von Steuern sprechen, vollzieht sich im Lande die Zeichnung auf die vierte Kriegsanleihe. Eine neue grosse Schlacht, die wir, denen es nicht vergönnt ist, vor dem Feind zu stehen, dem geldgewaltigen gegnerischen Verbande liefern. Eine Schlacht, die für den Ausgang dieses Völkerringens, das ja nicht nur mit den Waffen des Krieges, sondern auch mit den Waffen der Wirtschaft und den Finanzen ausgefochten wird, von nicht leicht zu unterschätzender Bedeutung sein wird.

Der Feind hat erkannt, worum es sich für ihn und für uns handelt. Wir haben bisher im finanziellen Kampf allen die Spitze geboten; keiner der Gegner hat das Mass unserer Leistungen auch nur annähernd erreicht. Wir haben ohne alle Kunstgriffe mit steigendem Erfolge in drei gewaltigen Anleihen rund 25 Milliarden Mark aufgebracht. Frankreich hat in seiner einzigen grossen inneren Anleihe, der sogenannten Siegesanleihe, noch keine 10 Milliarden Mark seiner Kriegsausgaben konsolidieren können; England hat durch konsolidierte Anleihen bisher 18 bis 19 Milliarden gegen unsere 25 Milliarden aufzubringen vermocht. Englands erste Anleihe haben wir mit dem Ergebnis unserer zweiten, seine zweite Anleihe mit dem Ergebnis unserer dritten Anleihe geschlagen. Auf unsere dritte Anleihe hat England, dessen zweite schon im Juni vorigen Jahres ausgegeben wurde, bisher eine dritte nicht folgen lassen. Seine kurzfristigen Schulden wachsen ins Ungemessene; sie werden Ende dieses Monats, einschliesslich der fünfjährigen Amerikaneranleihe, nicht weit von 15 Milliarden entfernt sein, vielleicht liegen sie bereits jenseits. Trotzdem zögert und stockt der englische Schatzsekretär. Er hat die seit Monaten nötige dritte Anleihe vom November auf den Januar, von dem Januar auf den März verschoben, und auch der März hat bisher noch keine Ankündigung gebracht. Die Bedingungen, mit denen der Junianleihe des vorigen Jahres zu einem grossen Erfolge verholfen werden sollte, verbauen ihm den Weg: eine mit weniger als 5 Prozent verzinsliche Anleihe ist in England nicht mehr möglich; eine fünfprozentige Anleihe bedeutet aber die automatische Hinaufkonvertierung von mehr als 1 Milliarde Pfund Sterling von

4⅓ auf 5 Prozent. Sogar das Projekt einer grossen Lotterieanleihe scheint in englischen Finanzkreisen und Regierungskreisen als rettender Ausweg aus der schweren Lage ernstlich erwogen worden zu sein.

Meine Herren, demgegenüber glaube ich konstatieren zu können: Wir sind unbeirrt unseren Weg gegangen. Das über Erwarten glänzende Ergebnis der letzten Anleihe hat, wie ich damals betonte, uns die Möglichkeit gegeben, bis zu diesem Frühjahr ohne neue Anleihe auszukommen und ohne irgendwie die Institute und die Möglichkeiten, die uns für die Finanzierung des Krieges zur Verfügung stehen, über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Und jetzt, wo wir die neue Anleihe brauchen, dürfen wir uns vertrauensvoll erneut an das deutsche Volk wenden.

Ich darf Ihnen mit kurzen Strichen die Lage zeichnen, in der wir zur vierten Kriegsanleihe geschritten sind. Von unseren
der wir zur vierten Kriegsanleihe geschritten sind. Von unseren
Kriegskrediten, die im Dezember vorigen Jahres auf insgesamt 40 Milliarden Mark gebracht wurden, haben wir noch 15 Milliarden frei für die Anleihebegebung. Natürlich ist ein erheblicher Teil davon bereits in Form von Schatzanweisungen ausgegeben, die wir durch die neue Anleihe zu konsolidieren haben. Nach der Begebung der Anleihe werden wir abermals der einzige kriegführende Staat sein, der seine ganzen Kriegsaufwendungen durch langfristige Anleihen gedeckt haben wird, während die unkonsolidierten kurzfristigen Schulden Englands etwa 15 Milliarden Mark betragen und die kurzfristige Schuld Frankreichs diesen Betrag überschritten haben dürfte.

Unsere monatlichen Kriegsausgaben hatten sich in dem letzten Viertel des Jahres 1915, wie ich im Dezember hier mitteilte, über den Stand von 2 Milliarden Mark erhoben. Ich kann Ihnen heute die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Ausgaben der Monate Januar und Februar hinter dem Betrage von 2 Milliarden Mark wieder zurückgeblieben sind, und dass die Ausgaben der ersten Märzhälfte hoffen lassen, dass wir auch im Monat März die zweite Milliarde nicht erreichen oder höchstens ganz unwesentlich überschreiten werden. Meine Herren, das heisst, dass unsere Kriegsausgaben heute kaum irgendwie nennenswert höhere

sind, als sie bereits vor einem Jahre waren. Und dies Ergebnis ist erreicht worden trotz der Ausdehnung der Kriegsschauplätze, trotz einer erheblichen weiteren Vermehrung des effektiven Bestandes unserer Truppen, trotz der gestiegenen Preise für die Nahrungsmittel und für die Rohstoffe und trotz der ganz gewaltigen Anstrengungen, die wir auf dem Gebiete der Munitionsherstellung gemacht haben.

Meine Herren, was diese Stabilität unserer Kriegsausgaben, die wir erreicht haben, bedeutet, wird Ihnen ein Vergleich mit unseren Gegnern deutlicher machen. Englands tägliche Kriegsausgaben beliefen sich schon vor längerer Zeit auf etwa 90 Millionen Mark und dürften in Bälde 100 Millionen Mark erreichen. Die Friedensausgaben sind dabei abgesetzt; die früheren Angaben von 5 Millionen Pfund pro Tag enthielten auch Friedensausgaben mit. Englands Kriegskosten sind also jetzt, absolut genommen, um rund 50 Prozent höher als die unsrigen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, machen sie etwa zwei Mark pro Tag, gegen eine Mark bei uns. Frankreichs tägliche Kriegskosten sind jetzt mit nahezu 80 Millionen Franken gleich etwa 64 Millionen Mark ungefähr ebenso hoch wie die unsrigen. Russland hat mit 31 Millionen Rubel pro Tag — das ist die letzte Angabe, die zu meiner Kenntnis gekommen ist —, die zur alten Parität 68 Millionen Mark darstellen, unsere Kriegsausgaben gleichfalls erreicht und übertroffen. Dagegen waren unsere Kriegskosten in den ersten fünf Monaten des Krieges, also in den Monaten August bis Dezember 1914, um rund ein Drittel höher als diejenigen Englands und Frankreichs. So hat sich das Verhältnis verschoben. Damals standen wir mit den Kriegsausgaben an der Spitze, hatten um ein Drittel höhere Kriegsausgaben als die anderen nächst hoch belasteten Länder; heute hat England 50 Prozent mehr aufzuwenden, Russland und Frankreich haben uns erreicht.

Alles in Allem schätze ich heute die täglichen Kriegsausgaben der gegnerischen Kombinationen einschliesslich Italiens auf mindestens 240 Millionen Mark, unsere Kriegskosten und diejenigen unserer Verbündeten auf höchstens 110 Millionen Mark. Wenn ich im Dezember sagte, dass wir nicht viel mehr als halb so viel für den Krieg ausgäben als unsere Gegner, so kann

ich heute sagen, dass unsere und unserer Bundesgenossen täglichen Kriegskosten nicht unerheblich hinter der Hälfte derjenigen unserer Gegner zurückbleiben.

Den Gesamtaufwand für den Krieg vom 1. August 1914 bis zum 31. März 1916 berechne ich für uns und unsere Bundesgenossen auf 50 bis 55 Milliarden Mark; für die Entente und ihren Anhang komme ich auf 100 bis 105 Milliarden Mark. Das Verhältnis ist also etwa 1 zu 2; es ist umgekehrt proportional den erzielten Erfolgen und hat die Tendenz, sich weiter zu unseren Gunsten zu verschieben.

Meine Herren, mit der gleichen Zuversicht wie die Entwicklung von Kriegsaufwand und Kriegserfolg kann uns die Gestaltung der inneren finanziellen Verhältnisse für das Ergebnis der jetzigen Kriegsanleihe erfüllen. Unsere Kriegsausgaben, die nach wie vor in der Hauptsache im Inland bleiben, dem Inland zugute kommen, haben sich seit den Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe erneut zu starker Kapitalbildung verdichtet. Die Entlastung der Darlehnskassen, der günstige Stand der Reichsbank, die Entwicklung des Depositenstandes bei den Banken und die Einlagen bei den Sparkassen legen davon Zeugnis ab.

Ueber unsere Sparkassen speziell darf ich auch heute einige Zahlen geben. Während in Frankreich die Kassen durch den Krieg erhebliche Einbussen erlitten haben, zeigen sie bei uns eine ausgezeichnete Entwicklung. In Frankreich ist die Zahl der Einleger im Jahre 1915 leicht zurückgegangen. Dagegen ergab bei uns eine bei den Sparkassen in grossen Städten und Industriegebieten veranstaltete Umfrage für das Jahr 1915 eine Zunahme der Sparkassenbücher — also nicht der Einlagen, sondern der Sparkasseneinleger — von 5 999 000 auf 6 280 000 Stück. Das ist ein Zugang von 280 000 neuen Sparkassenbüchern, ein Zugang, der absolut und proportional grösser ist als jemals ein in Friedenszeiten erreichter Zugang.

Was den Betrag der Einlagen betrifft, so haben die Sparkasseneinlagen in Frankreich seit Kriegsausbruch einen Rückgang von 280 Millionen Franken erfahren. Bei uns brachte das Jahr 1914 und das Jahr 1915 zusammen einen Zugang, der auf 4 Milliarden 600 Millionen Mark zu berechnen ist. Davon sind etwa

4 Milliarden 500 Millionen zu Einzahlungen auf die ersten drei Kriegsanleihen verwendet worden, d. h. die gesamte Zeichnung der Sparkasseneinleger von 4½ Milliarden Mark ist aus den Zugängen der beiden Jahre 1914 und 1915 gedeckt und beglichen worden. Inzwischen hat der Januar 1916 allein einen neuen Zugang von 440 Millionen Mark gebracht. Unsere Sparkasseneinlagen stehen also heute, im zwanzigsten Kriegsmonat, und nachdem 4½ Milliarden Mark Einzahlungen auf die Kriegsanleihen geleistet worden sind, und mehr als 500 Millionen Mark besser als zu Anfang des Jahres 1914. Was hier zutage tritt, ist nicht die Kapitalbildung der grossen Unternehmer, das sind die Ersparnisse der kleinen Leute, die trotz Krieg und Kriegsnot sich zu so gewaltigen Summen fortgesetzt zusammenballen.

Das gibt uns das Vertrauen, dass es gelingen wird, auch die vierte Kriegsanleihe zur Volksanleihe im wahren Sinne des Wortes zu machen und sie als Volksanleihe zu einem neuen Erfolge zu führen, der Freund und Feind beweist, dass unsere finanzielle Kraft ebensowenig gebrochen ist und gebrochen werden kann wie der Kampfesmut unserer Truppen im Felde. Unsere Feinde, die ihre Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg gesetzt haben, fangen an, allmählich und langsam das zu begreifen.

Vor wenigen Wochen hat Lord Crewe im britischen Oberhause öffentlich ausgesprochen:

Wenn diejenigen, die glauben, dass wir den Krieg durch Erschöpfung gewinnen können, damit meinen, dass wir in der Lage sind, auf unbeschränkte Zeit durchzuhalten, ohne alles, was wir haben, daran zu setzen, so halte ich das für einen höchst gefährlichen Irrtum.

Meine Herren, weil den Feinden die Erkenntnis dämmert, wie es mit den Aussichten des Erschöpfungskrieges steht, deshalb beobachten sie diesmal mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit den Gang unserer neuen Anleiheemission. Unsere Feinde wissen, was es heisst, wenn uns der vierte Schlag gelingt, ehe der stärkste von ihnen, ehe England zum dritten Schlage auszuholen vermag. Ausserstande, uns gleichzukommen, arbeiten sie dieses Mal mit allen Mtiteln, um unseren Erfolg zu vereiteln.

Ihre Pressorganisation verbreiten überall, soweit britischer Draht und britischer Funkspruch und britisches Geld, was auch dazu gehört, reicht, die wahnwitzigsten Lügen über unsere Finanzlage. Zahlungseinstellungen von Winkelgeschäften werden zu Bankerotten von Welthäusern gemacht und in die ganze Welt telegraphiert; Banken, die vor Jahr und Tag liquidiert oder fusioniert haben, werden bankerott gesagt; das gleiche geschieht mit Banken, die vollständig intakt und unversehrt dastehen. In Deutschland selbst werden — offenbar von Agenten und Spionen unserer Feinde — Gerüchte in Umlauf gesetzt, die bestimmt sind, unsere Bevölkerung kopfscheu zu machen und von der Zeichnung auf die Kriegsanleihe abzuhalten, — Erfindungen, deren Urheber und Verbreiter gar nicht derb genug am Kragen gepackt werden können, wo immer sie sich zeigen.

Meine Herren, dieses törichte Treiben wird niemanden irre machen. Das Deutsche Reich hat für seine Anleihen sein Wort und seinen Kredit verpfändet. Das deutsche Volk selbst mit seiner Tüchtigkeit und Arbeitskraft, der deutsche Boden mit seinem ganzen Reichtum steht hinter unseren Anleihen und ist für unsere Kriegsanleihen gut.

Meine Herren, wir haben noch sechs Zeichnungstage vor uns; und die letzten Zeichnungstage geben erfahrungsgemäss den Ausschlag. Es heisst, in diesen sechs Tagen, die uns noch bleiben, alle Kräfte anspannen, um die Anleihe zu einem Erfolge zu machen, der sich den Vorgängern würdig anreiht, der dem Feinde zeigt, dass er die Hoffnung, uns zu erschöpfen, ebenso fahren lassen muss wie die Hoffnung, uns zu schlagen. Wer zu solchem Erfolge das Seinige beträgt, hilft, den Krieg abkürzen und der Welt den Frieden bringen.

Meine Herren, wir alle fühlen die Bedeutung dieser Tage. Mehr als je kommt es darauf an, Geschlossenheit und Kraft zu zeigen. Das spähende Ausland muss aufs neue erfahren, dass alle Hoffnung auf Zwietracht und Schwäche eitel ist und eitel bleibt, dass ein Wille zum Siege alle Deutschen unlösbar zusammenschliesst. Der Feind, der von der Zerschmetterung des preussischen Militarismus redet und der in Wirklichkeit die Verkrüppelung der deutschen Volkskraft meint, dieser Feind soll aufs neue

erkennen, dass in der Heimat wie in der Schlachtfront, wenn es zum Kampfe geht, wir alle wie ein Mann zusammenstehen, dass wir entschlossen sind, das Schwerste zu tragen und das Höchste zu leisten, um des Vaterlands willen!

Draussen vor Verdun donnern die Kanonen; und wenn die feindlichen Feuerschlünde Tag und Nacht Tod und Verderben speien: unsere braven Truppen drängen den Feind in heldenhaftem Ansturm und in zäher Kampfesarbeit von Stellung zu Stellung; sie wissen, dass der Sieg uns gehört, dass er uns gehören muss, und dass sie ihn für uns erkämpfen werden. Unsere Truppen haben ein Recht darauf, dass wir auf dem so viel bescheideneren Felde der Heimat uns ihrer würdig zeigen, dass auch zu Hause jedermann seine Pflicht tut, und dass wir alle, soweit es in unseren Kräften steht, zum Siege und zum Frieden helfen!

Rede bei der Uebernahme des Reichsamts des Innern,

gehalten im Reichstag am 24. Mai 1916.

Meine Herren, ich habe heute zum ersten Mal die Ehre, in meinem neuen Amte vor Ihnen zu erscheinen. Ich darf Sie deshalb bitten, mir für einige Worte Gehör zu schenken.

Das hohe Haus hat bereits vor einigen Tagen durch seine Wortführer die hohe Wertschätzung und Dankbarkeit bekundet, die der Reichstag und die das deutsche Volk meinem hochverehrten Herrn Amtsvorgänger zollt. Der scheidende Staatssekretär hat mich beauftragt, Ihnen für diese Bekundung seinen herzlichsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Meine Herren, ich brauche nicht hinzufügen, wie hoch die verbündeten Regierungen die Verdienste meines Herrn Amtsvorgängers einschätzen, und wie hoch ich selbst die Verdienste des Herrn Staatssekretärs Dr. v. Delbrück stelle. Nur wer in der Kriegszeit ununterbrochen und unmittelbar in fortgesetzter Verbindung mit dem Staatssekretär Dr. v. Delbrück gestanden hat, kennt das volle Mass der Kriegsverdienste, die Exzellenz Delbrück den grossen historischen Verdiensten seiner Friedensarbeit hinzugefügt hat. Was Delbrück unter Einsetzung seiner vollen Kraft und Gesundheit, unter Aufopferung seiner ganzen Person im Kriege geleistet und geschaffen hat, dafür fehlt denjenigen, die nicht ganz nahe bei den Dingen stehen, heute noch der richtige Massstab. Die Wenigsten in unserem Volke haben heute noch eine volle Vorstellung von den gewaltigen Schwierigkeiten aller Art, die zu überwinden, die zu bemeistern waren, um das wirtschaftliche Durchhalten in diesem Kriege zu sichern. Die Sorge des Tages, die überall drückt, verdunkelt vielfach das, was erreicht worden ist.

Erst die Geschichte wird zur gerechten und vollen Würdigung kommen, und im Lichte der Geschichte wird der Name Clemens Delbrück hell erstrahlen unter den ersten Namen dieser grossen Zeit.

Meine Herren, das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers hat mich zum Nachfolger dieses Mannes berufen. Es war für mich — Sie dürfen mir das glauben — ein schwerer Entschluss, die Fortführung seiner Arbeit zu übernehmen. Schwer wegen dessen, was vor mir liegt, schwer aber auch wegen des Arbeitsfeldes, das ich verlasse. Wenn mir etwas den Abschied von meinem bisherigen Amt erleichtert, dann ist es das Bewusstsein, dass die Reichsfinanzverwaltung in gute und starke Hände übergeht, und dass dem neuen Manne ausser dem eigenen Stabe in der Reichsbank und ihrem Präsidenten eine unübertreffliche Mitarbeit in der Kriegsfinanzierung zur Seite steht, eine Mitarbeit, die an den unter meiner Amtsführung erzielten Erfolgen einen gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Anteil hat.

Erleichtert wird mir der Abschied ferner durch das Bewusstsein, dass unsere finanzielle Kriegsführung sich in gesicherten Bahnen bewegt, dass rund 90 Prozent unserer bisherigen Kriegsausgaben in langfristigen Anleihen konsolidiert sind, während in England mehr als die Hälfte und in Frankreich mehr als drei Viertel der Kriegsausgaben ungesichert auf kurzfristigen Krediten stehen.

Wenn Sie nun in den nächsten Tagen die Steuervorlagen zum Abschluss bringen, auf der erweiterten Grundlage, wie sie die beiden Kommissionen beschlossen haben, so werden Sie einen weiteren festen Block in das Fundament unserer Kriegsfinanzen eingefügt und meinem Nachfolger die Arbeit erleichtert haben.

Trotzdem wird es mir hart, mich von dem mir lieb gewordenen Wirkungskreis mit den sehr grossen und wichtigen Aufgaben zu trennen, die mir auf dem Gebiete der Reichsfinanzen noch bevorstanden. Noch schwerer wird mir der Entschluss angesichts der erdrückenden Fülle und Wucht der Aufgaben, die mich in dem neuen Amt erwarten. Ich gebe mich keinerlei Täuschung hin. Ich weiss aus der stetigen Berührung mit dem Arbeitskreise des neuen

Amtes, was ich auf mich genommen habe; ich weiss auch, dass ich nur dann hoffen darf, diesen Aufgaben einigermassen gerecht zu werden, wenn Sie, meine Herren, mir Ihre Mitarbeit und Ihr Vertrauen in demselben weitherzigen Masse, wie in dem alten Amte, so auch in dem neuen Amte gewähren. Um diese Mitarbeit um dieses Vertrauen möchte ich Sie herzlich und eindringlich bitten. In einträchtigem Zusammenwirken wird es uns mit Gottes Hilfe gelingen, den Krieg durchzuhalten, den Frieden wirtschaftlich vorzubereiten und durchzuführen und im Frieden ein gesichertes und freies Feld für die Wiederaufnahme der segensreichen Arbeit zu schaffen, die uns in der Vergangenheit gross gemacht hat, und die unser Volk auch in Zukunft aufwärts führen wird.

Steuer - Kompromiss.

Rede vom 31. Mai 1916.

Meine Herren, die Steuervorlagen, die die verbündeten Regierungen vor einigen Monaten an den Reichstag herangebracht haben, landen nunmehr im Hafen eines Kompromisses. Ich habe schon in der Kommission ausgesprochen, dass ein ideales Kompromiss eine contradictio in adjecto ist, dass es ein ideales Kompromiss überhaupt nicht gibt; denn das Wesen des Kompromisses besteht eben darin, dass jeder, der dabei beteiligt ist, von seinen Idealen etwas opfern muss. So liegt es auch im vorliegenden Falle. Ich glaube, von den sämtlichen Parteien, die dem Kompromiss zustimmen, ist nicht eine einzige vorhanden, die in allen Punkten von dem Kompromiss befriedigt ist; und dasselbe kann ich auch von den verbündeten Regierungen sagen. Wir hätten uns allerdings eine schönere und idealere Lösung der Steuerfrage, wie sie im gegenwärtigen Augenblicke vor uns gestellt ist, sehr wohl denken können.

Wenn sich aber die verbündeten Regierungen entschlossen haben, auf dieses Kompromiss einzugehen, wenn sie sich entschlossen haben, ein sehr erhebliches Opfer ihrer Ueberzeugung und ihrer einzelstaatlichen Interessen zu bringen, indem sie in bezug auf die Besitzbesteuerung über die ursprüngliche Linie hinausgegangen sind, so war für die verbündeten Regierungen der Wille bestimmend, die Vorlagen, von deren Notwendigkeit sie durchdrungen sind, zu einer sicheren Annahme zu bringen, und der Wille, den Reichstag für die Vorlage in einer möglichsten Geschlossenheit zu vereinigen. Diese Geschlossenheit brauchen wir nach innen und brauchen wir nach aussen.

Den verbündeten Regierungen ist der Entschluss, in diesem Punkte nachzugeben und dadurch zum Zustandekommen der Vor-

lage beizutragen, erleichtert worden durch die Verhandlungen, die mit den Parteien vorher geführt worden sind und in denen doch auch von seiten derjenigen, die am stärksten eine Ausdehnung der Besitzbesteuerung verlangten, ausdrücklich erklärt worden ist, dass eine prinzipielle Verschiebung der Grenzsteine auf dem Steuergebiet zwischen Reich, Einzelstaaten und Kommunen nicht beabsichtigt sei. Auf einem Boden, auf dem es keine prinzipielle Verschiebung der Grenzsteine gibt, glauben wir die Verständigung gefunden zu haben. Nach dieser Richtung hin kann ich die Ausführungen des Herrn Vorredners bestätigen: eine pinzipielle Verrückung der Grenzsteine hat nicht stattgefunden. Die grundsätzlichen Fragen bleiben der Zukunft vorbehalten. Die grundsätzlichen Fragen wollen wir in der gegenwärtigen Situation nicht auskämpfen. Ich bin ganz sicher, dass in diesen Fragen in Zukunft noch grosse Kämpfe geführt werden müssen. Aber dann haben wir keinen äusseren Feind, dann sind wir unter uns. Heute sind wir nicht unter uns. Heute haben wir bei allem, was wir tun und sagen, Rücksicht zu nehmen auf das, was ausserhalb unserer Grenzen, was vor unseren Fronten vorgeht.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp hat ausgeführt, dass nach der Ueberzeugung seiner Fraktion doch schliesslich die Vorlagen, wie sie die verbündeten Regierungen vorgelegt haben, ohne diese Nachgiebigkeit, ohne dieses Zugeständnis, zustandegekommen wären, wenn nur die verbündeten Regierungen fest bei ihren Vorlagen geblieben wären. Meine Herren, ich glaube, ich habe die parlamentarische Situation, die Haltung der verschiedenen Parteien bei den Verhandlungen, die stattgefunden haben, zu prüfen Gelegenheit gehabt, und ich bin nach bestem Wissen und Gewissen zu der Ueberzeugung gekommen, dass, wenn die verbündeten Regierungen sich auf den Standpunkt der Ablehnung eines jeden Kompromisses gestellt hätten, daraus möglicherweise, nein, ich will sogar sagen, wahrscheinlicherweise eine Gefährdung der gesamten Vorlagen resultiert wäre, dass im besten Falle die Gesamtheit der Vorlagen verstümmelt und verkrüppelt worden wäre in einer Weise, die eine Vereitelung des Zweeks, den wir verfolgen müssen, bedeuten würde.

Diese Gefahr glaubten wir nicht laufen zu können. Wir glaub-

ten auch, ein anderes vermeiden zu müssen. Wenn der beste Fall, von dem ich vorhin sprach, eingetreten wäre, so hätten wir in diesem Hause bis zur dritten Lesung um Zufallsmajoritäten in den wichtigsten Fragen gekämpft und kämpfen müssen. Ich weiss nicht, ob die Herbeiführung einer solchen Situation oder das Geschehenlassen, dass eine solche Situation entsteht, mit unserer Gesamtlage im Einklang steht. Auch diese Frage glaube ich verneinen zu müssen, und auch diese Erwägungen waren für die Entschliessung der verbündeten Regierungen mitbestimmend.

Ich verstehe sehr wohl, dass einzelne von den Herren Mitgliedern dieses hohen Hauses — abgesehen von der äussersten Linken —, dass speziell einige Mitglieder der Fraktion des Herrn Abgeordneten Grafen Westarp sich nicht entschliessen konnten, das Opfer zu bringen, das in der Zustimmung zu dem Kompromissvorschlage liegt. Aber eins darf ich zu bedenken geben: diejenigen Herren, die heute dem Kompromissvorschlage nicht zustimmen, dürfen das in dem ruhigen Bewusstsein tun, dass dadurch das Zustandekommen der Vorlagen nicht mehr gefährdet wird. Für die verbündeten Regierungen lag die Sache anders. Wie ich mir auszuführen erlaubt habe, war für uns die Frage massgebend, ob wir einen Entschluss fassen wollen, der, wie die Dinge lagen, nach aller Voraussicht zu einem Scheitern oder zu einem Verkrüppeln der gesamten Vorlagen geführt hätte. Die ganze Schwere des Entschlusses lag bei uns, und ich glaube, die überwiegende Majorität, die sich auf den Kompromissvorschlag zusammengefunden hat, bestätigt, dass die verbündeten Regierungen mit ihrem Entschluss, so schwer er ihnen geworden ist — und er ist ihnen sehr sauer geworden —, das Richtige getroffen haben.

Meine Herren, das Kompromiss in seiner Struktur ist Ihnen bekannt. Es hat ja manchen Spott und sehr wenig Gegenliebe gefunden, aber wenn Sie die Gestaltung der Dinge, so wie sie sich unter Ihrer aller Augen vollzogen hat, überlegen, so werden Sie finden, dass dieser Ausweg nicht der schlechteste ist. Der Wehrbeitrag, wie er in der ersten Lesung in der Kommission, allerdings unter Vorbehalt, angenommen war, da die Mitglieder einer Fraktion erklärten, ihre Abstimmung sei keine definitive, sie wollten

nur eine zweite Lesung ermöglichen, war für die verbündeten Regierungen absolut unannehmbar aus Gründen, die ich hier noch einmal kurz wiederholen und feststellen will.

Erstens einmal aus einem ganz prinzipiellen Grunde. Als seinerzeit vor drei Jahren hier der Wehrbeitrag beraten wurde, ist die Zusage gegeben worden, dass der Wehrbeitrag, der ja in drei Raten erhoben wird, unter keinen Umständen wiederholt werden solle. Das ist erklärt worden nicht nur gegenüber den Parteien dieses hohen Hauses, sondern das ist auch eine Erklärung, die die verbündeten Regierungen in ihrem gegenseitigen Verhältnis abgegeben haben. Schon das hätte die Wiederholung des Wehrbeitrags strikt unmöglich gemacht, denn die verbündeten Regierungen sind nicht gesonnen, ein Wort, das sie gegeben haben, in dieser Weise entwerten zu lassen oder gar selbst zu entwerten. — Es gibt in einem Weltkrieg noch andere Möglichkeiten und andere Massnahmen. — Auch in diesem Weltkrieg haben die verbündeten Regierungen vor ihrem eigenen Worte Respekt, und ich hoffe, dass dieser Respekt geachtet wird.

Weiter, meine Herren, ist der Wehrbeitrag für die verbündeten Regierungen nicht nur formell, sondern auch materiell unannehmbar. Der Herr Graf Westarp hat vorhin zutreffend darauf hingewiesen, dass der Wehrbeitrag neben der Vermögensbesteuerung auch ein Stück Einkommensbesteuerung enthalte. Die Vermögenszuwachssteuer, die den Hauptinhalt der Kriegssteuergesetze bildet, zieht gleichfalls die Einkommen der drei letzten Jahre heran; denn der Vermögenszuwachs, der hier besteuert wird, ist ja nichts anderes als der Teil dieses Einkommens, der nicht verbraucht worden ist. Wenn also dieser Vermögenszuwachs mit einer solchen Steuer getroffen wird, so ist es schlechterdings unmöglich, das Einkommen, das in derselben Zeit, die hier in Frage kommt, erzielt worden ist, mit einer Steuer noch einmal im Wehrbeitrag zu treffen.

Materiell unmöglich ist der Wehrbeitrag ferner, weil er eine recht ansehnliche Abgabe auf die Substanz der Vermögen ist, ohne dass irgendwie auf die Veränderung dieser Substanz nach unten Rücksicht genommen wird. Der Krieg hat Verschiebungen des Vermögens nicht nur nach oben, sondern auch nach unten herbei-

geführt. Mancher, der nach der absoluten Höhe seines Vermögens wie ein wohlhabender Mann aussieht, kämpft heute mit den schwersten Sorgen. Sein Vermögen steckt in seinem Betriebe, und wenn davon ein Teil verloren geht, wenn er gezwungen ist, Kredit in Anspruch zu nehmen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, was doch nicht nur in seinem Interesse, sondern auch im Interesse seiner Angestellten und Arbeiter geschieht, dann entsteht leicht der Zustand, dass die Kreditanspannung nicht im richtigen Verhältnis zu der Substanz des eigenen Vermögens steht. Damit entsteht dann eine Entwicklung, wie wir sie in zahlreichen Fällen vor sich gehen sehen. Daran konnten wir unmöglich achtlos vorübergehen und die Vermögen, die Verluste während des Krieges erlitten haben, noch durch schwere Steuern treffen.

Wenn ich den Gedanken des Wehrbeitrages zurückweise und gerade mit den letzten Argumenten zurückweise, so gebe ich Ihnen dadurch gleichzeitig den Schlüssel zum Verständnis dessen, was wir im Wege des Kompromisses akzeptiert haben. Der Gedanke der Regierungsvorlage war: in ganz besonderem Masse kann zu den Lasten des Krieges derjenige beitragen, der im Gegensatz zu den meisten seiner Volksgenossen in der Lage war, während des Krieges und trotz des Krieges sein Vermögen zu vermehren. Es ist ein Schritt weiter, aber, wie Sie zugeben werden, ein kleiner Schritt weiter, wenn man sagt, dass auch derjenige in besonderem Masse und mehr als andere zu den Lasten des Krieges beitragen kann, der während des Krieges und trotz des Krieges in der Lage war, sein Vermögen einigermassen intakt zu erhalten. Viele sind nicht in dieser glücklichen Lage. Mit diesem Grundgedanken ist gleichzeitig derjenige Standpunkt gewahrt, den die verbündeten Regierungen unter allen Umständen wahren zu müssen geglaubt haben. Denn das, was auf dieser Grundlage zustande gekommen ist, passt sich durchaus den ungewöhnlichen, den ausserordentlichen Kriegsverhältnissen an. Es trägt in seiner eigenen Struktur, soweit das überhaupt möglich ist, die Garantie gegen eine Wiederholung.

Wir haben gesagt: wir wollen auch diejenigen Vermögen erfassen, die relativ intakt geblieben sind. Wir haben das genauer definiert: diejenigen, die nicht mindestens 10 Prozent während

des Krieges verloren haben —, und auch die Vermögen, die nicht mindestens 10 Prozent verloren haben, haben wir nicht in ihrer ganzen Substanz erfasst, sondern nur in demjenigen Teil, der trotz des Krieges über 90 Prozent des früheren Bestandes übriggeblieben ist. Das ist das Wesen der Ergänzung, wie sie an dem Kriegsgewinnsteuergesetz, das jetzt Kriegssteuergesetz heisst, vorgenommen ist. In der so konstruierten Ergänzungssteuer — um dieses Wort einmal zu gebrauchen: Ergänzungssteuer in bezug auf Kriegsgewinne — haben die verbündeten Regierungen allerdings geglaubt die Grenze für ihr Entgegenkommen unter allen Umständen finden zu müssen. Ich wiederhole: auch dieses Entgegenkommen ist den verbündeten Regierungen nicht leicht gefallen, da die verbündeten Regierungen so gut wie irgend jemand hier in diesem Hause von der Schwere der Lasten durchdrungen sind, die der Krieg ihnen selbst, das heisst den Einzelstaaten und den Kommunen, auferlegt, und da sie genau wissen, dass die anderen Steuerquellen ihnen so gut wie vollständig verschlossen sind und dass sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben, zur Deckung ihrer grossen Lasten so gut wie ausschliesslich auf die Heranziehung von Einkommen und Vermögen angewiesen sind.

Nun, meine Herren, ist von der linken Seite dieses Hauses darüber Klage geführt worden, dass ausser dieser direkten Besteuerung, der ja auch die Herren von der Linken, soweit ich verstanden habe, zustimmen wollen, auch noch eine indirekte Besteuerung vorgeschlagen und in der Kommission mit grosser Mehrheit angenommen worden ist. Diese Vorwürfe sind nach meiner Auffassung so ungerechtfertigt, wie ein Vorwurf überhaupt nur sein kann. Da das Deutsche Reich nun einmal nicht nur aus dem Reiche selbst besteht, sondern aus den Einzelstaaten und aus den Kommunen, hat sich ganz naturgemäss eine gewisse Verteilung der Steuergebiete entwickeln müssen, und der Grundgedanke, der Gedanke, nach dem jahrzehntelang im Reiche gearbeitet worden ist, war der, dass das Reich sich an die indirekten Steuern hält und dass die direkten Steuern den Einzelstaaten und den Kommunen gehören. Wenn also im Reich eine Besteuerung durchgeführt wird, in der in so hohem Masse, wie es hier geschieht, neben indirekten Abgaben auch direkte herangezogen werden, so

glaube ich, habe ich damit bereits genug gesagt. — Nein, das Reich ist nicht nur einmal auf das direkte Gebiet gegangen, sondern es ist mit der Zuwachsbesteuerung dauernd auf das direkte Gebiet gegangen, und wenn es nach dem Willen der Herren auf der Linken gehen würde, würde es auch mit so starken Besteuerungen, wie sie hier vorliegen, dauernd auf dem direkten Gebiete bleiben. Das ist gerade das, was die verbündeten Regierungen nicht wünschen und was die verbündeten Regierungen zu verhindern wissen werden. Die direkte Besteuerung, die hier vorgesehen ist, steht — das wiederhole ich — zu der indirekten in einer Proportion, wie das nur selten oder überhaupt kaum jemals im Reiche der Fall war.

Dabei kommt in Betracht, dass die indirekte Besteuerung selbst diesmal so aufgebaut ist, dass niemand behaupten kann, es würden vorzugsweise die breiten Massen der Bevölkerung davon betroffen. — Ich wiederhole: die Steuern sind diesmal so aufgebaut, dass niemand mit gutem Gewissen behaupten kann, dass vorzugsweise die grossen Massen der Bevölkerung davon betroffen werden. Das ist weder bei der Post der Fall, noch ist das bei dem Umsatzstempel, noch auch beim Frachturkundenstempel der Fall, nicht einmal beim Tabak. Auch beim Tabak ist so differenziert, dass die teureren Sorten eine entsprechend höhere Belastung erfahren. — Allerdings, Herr Abgeordneter Vogtherr, ich glaube, mich zu erinnern, dass Sie in der Kommission den Antrag auf Abschaffung des Wertzolles gestellt hatten. Dann würde die Tabaksteuer eine starke Belastung der minderbemittelten Klassen bedeuten. — Nein, meine Herren. Mein Gedächnis ist gut. Herr Vogtherr hat angeregt, den Wertzoll abzuschaffen, — oder war es Herr Antrick — darin kann ich mich irren. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich beruhigt haben, werde ich weiter sprechen.

Die Verkehrssteuern, von denen so viel Wesens gemacht worden ist, werden nach meiner Ueberzeugung von der deutschen Volkswirtschaft leicht getragen werden jetzt während des Krieges und erst recht nach dem Kriege. Speziell bei der Post dürfen Sie jedoch das eine nicht übersehen, dass für die grosse Masse der Bevölkerung, deren Angehörige draussen im Felde stehen, der Vorteil

der Portofreiheit der Feldpost besteht. Das ist ein Vorteil, von dem gerade die grossen Massen der Bevölkerung in weitestem Umfange Gebrauch machen können und tatsächlich Gebrauch machen. Diejenigen Schichten unserer Volkswirtschaft, die stärker betroffen werden durch die Posterhöhungen, Telegraphenerhöhungen usw., haben, das muss ich zu ihrem Ruhme sagen, diese Last als etwas Notwendiges und geradezu etwas Selbstverständliches hingenommen. Ich bin doch überschwemmt worden mit Vorschlägen. Aber ich kann nicht sagen, dass ich gerade aus den kaufmännischen Kreisen heraus, die in erster Linie doch die Last zu tragen haben, Proteste gegen diese Belastung bekommen hätte. Angenehm ist die Belastung niemandem. Das kann man nicht verlangen, und das verlange auch ich nicht, dass jemand ein freundliches Gesicht macht, wenn er mehr bezahlen muss. Aber jedermann hat anerkannt, dass dem Reiche werden muss, was des Reichs ist, und dass jeder nach seinen Kräften beitragen muss, um die grossen Lasten abzudecken, die der grosse Krieg uns auferlegt.

Dasselbe gilt von dem Frachturkundenstempel. Da brauche ich keine weiteren Worte zu machen. Er ist ja auch in der Kommission so gut wie gar nicht angefochten worden.

Vom Tabak brauche ich nichts weiter zu sagen.

Aber zu dem Umsatzstempel gestatten Sie mir ein etwas ausführlicheres Wort! Dieser Umsatzstempel ist ja gerade von den Vertretern der äussersten Linken sehr schwer befehdet worden und wird in der Presse noch befehdet und wird auch in Zukunft weiter befehdet werden. Ich habe schon in der Kommission mir auszuführen erlaubt, — wir haben ihn nicht vorgeschlagen, er ist aus der Kommission vorgeschlagen worden; ich habe das ausdrücklich anerkannt, ich bin nicht eigensinnig, — aber die Opposition gegen den Umsatzstempel begegnete bei mir dem allerwenigsten Verständnis. Sie werfen den indirekten Steuern vor, dass sie die einzelnen ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit treffen, und das ist ja, wenn man jede einzelne indirekte Spezialsteuer für sich allein nimmt, in einem gewissen Umfange richtig. Wenn aber für eine indirekte Steuer dieser Vorwurf nicht gelten kann, so gilt das von der indirekten Generalsteuer, die der Um-

satzstempel darstellt. Denn diese Besteuerung trifft in der Tat jeden nach Massgabe seines Verbrauchs, und wenn der Verbrauch auch kein unbedingter Gradmesser für die Leistungsfähigkeit ist — das gebe ich zu —, so ist er doch ein besserer Gradmesser als alle die verschiedenen Anhaltspunkte, die bei den bisher bestehenden indirekten Steuern vorliegen. Ausserdem aber, wenn Sie sagen, der Verbrauch stehe nicht im Verhältnis zum Einkommen, ja, meine Herren, was von dem Einkommen übrig bleibt, nicht verbraucht wird, wohin geht das? Das ist Vermögenszuwachs, und dieser fällt unter die Reichsvermögenszuwachssteuer. Insofern ordnet sich also der Umsatzstempel sehr wohl in die Gesamtheit des Systems ein. Das Einkommen wird von den Einzelstaaten und Kommunen bei seinem Entstehen in seiner Wurzel als Einkommen gefasst. Die Besteuerung der Verwendung des Einkommens liegt nun in der Weise beim Reiche, dass derjenige Teil, der verbraucht wird, unter den Umsatzstempel fällt, und zwar proportional zu dem Verbrauch, und derjenige, der nicht verbraucht wird, also einen Vermögenszuwachs bildet, unter die Vermögenszuwachssteuer fällt. Ich kann nur wiederholen, ich bin erstaunt, dass gerade die Herren von der äussersten Linken für diese Gruppierung so wenig Verständnis haben, und dass gerade bei ihnen die Opposition gegen den Umsatzstempel eine so starke ist.

Dass wir beim Umsatzstempel die Belästigung, die mit jeder Steuer, und zumal mit jeder neuen Steuer, verbunden ist, soviel als möglich ausschliessen wollen, dafür bürgen, glaube ich, schon gewisse Aenderungen, die wir selbst zu dem ursprünglichen Entwurf vorgeschlagen haben. Wir wollen in der Tat darauf hinwirken, dass die Erhebung dieser Steuer für die davon Betroffenen so bequem wie irgend möglich gestaltet wird. Wir tun das in unserem eigenen Interesse; denn dieser Umsatzstempel ist, wie schon der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp erwähnt hat, ein erster grosser Versuch. Wir werden sehen, wie die Dinge sich entwickeln werden. Ich halte den Umsatzstempel nach mancher Richtung hin für ausbaufähig; aber ausbauen kann man ihn erst, wenn man Erfahrungen gesammelt hat, und diese Erfahrungen wollen wir abwarten. Diese Erfahrungen werden aber um so besser sein, um so mehr für die Zukunft versprechen je einfacher, je bequemer wir die Erhebung des Umsatzstempels gestalten.

Meine Herren, die Durchbildung der Vorlagen, wie sie die Kommission im Wege dieses Kompromisses vorgenommen hat, hat — neben allen den verschiedenen Ecken und Kanten, an denen sich die einzelnen Parteien und auch die verbündeten Regierungen stossen, die sie nur ungern in Kauf nehmen — doch schliesslich einen Vorteil gehabt, der, glaube ich, von allen begrüsst wird, sogar von den Herren, die dagegen stimmen werden: das ist die Erhöhung des Ertrages. Der Ertrag, den wir vorgeschlagen hatten, war sehr knapp bemessen: auf 480 Millionen Mark für das laufende Finanzjahr und auf etwa 500 bis 520 Millionen Mark für den vollen Jahresertrag. Durch das Kompromiss wird für das laufende Finanzjahr eine wesentliche Erhöhung über die 480 Millionen kaum herauskommen, wenn ich von der Kriegssteuer absehe. Denn die Steuern treten später in Kraft, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Wenn Sie die vier Monate abziehen, die hier im Durchschnitt verloren gegangen sind, so werden Sie doch für das laufende Finanzjahr, auch wenn Sie den Betrag für ein volles Jahr im ganzen auf etwa 650 Millionen veranschlagen, auf nicht sehr viel mehr kommen als auf die erforderlichen 480 Millionen. Aber für die Dauer bedeutet das Kompromiss gegenüber der Vorlage eine Erhöhung, die vielleicht — das kommt auf die Entwicklung des Umsatzstempels an — mit 100, vielleicht mit 150 Millionen zu veranschlagen ist. Dieses Ergebnis haben wir, glaube ich, alle dankbar und froh zu begrüssen.

Aber alles, was wir jetzt machen, ist ein erster und, wie ich sagen muss, verhältnismässig kleiner Schritt auf dem Gebiete, das wir in Zukunft werden beschreiten müssen, um die Reichsfinanzen — und ich greife auch hier weiter: um die Finanzen der Einzelstaaten und der Kommunen — in Ordnung zu bringen. Das wird eine gewaltige Arbeit sein; es wird zu ihrer Bewältigung sehr viel Opfermut gehören und, wie ich glaube, auch noch manches Kompromiss. Aber immerhin: der erste Schritt, der hier gemacht wird, ist nicht zu unterschätzen und nicht zu verachten. Wir schaffen jetzt Steuern im Jahresertrage von 650 Millionen Mark, dazu die Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer, deren Erträgnis sich ja mangels zuverlässiger Anhaltspunkte nicht abschätzen lässt, nach meiner Ansicht aber eine Milliarde Mark wesentlich übertreffen

wird. Ich habe Schätzungen gehört, die bis auf 3 Milliarden gehen. Das halte ich für übertrieben; aber 1 Milliarde werden wir nach meiner Ansicht erheblich überschreiten. Wenn ich auf England exemplifizieren darf: England schätzt jetzt den Ertrag seiner Kriegsgewinnsteuer für ein einziges Jahr, für das laufende Jahr, auf 86 Millionen Pfund; das sind 1¾ Milliarden Mark in einem einzigen Jahre. (Zuruf.) — 50 Prozent wird mir zugerufen. Das ist richtig; aber der Kreis der Betroffenen ist in England sehr viel enger als bei uns. Von einer so radikalen Vermögenszuwachssteuer wie bei uns ist in England gar keine Rede. In England wird nur der Mehrgewinn aus Industrie und Gewerbebetrieben betroffen, der Privatmann geht mit seinem Vermögenszuwachs völlig frei aus. — Jene Gewinne werden allgemein mit 50 Prozent betroffen; aber, Herr Abgeordneter Dr. Blunck, wenn Sie unsere Gesellschaften vornehmen und rechnen, dass zunächst die Gesellschaft besteuert wird, und zwar nicht zu knapp, und dann die einzelnen Gesellschafter, die Dividende beziehen, noch einmal, so kommen Sie auch sehr häufig auf Sätze, die 50 und 60 Prozent erheblich überschreiten. Nun, auf jeden Fall glaubt England aus der Kriegsgewinnsteuer einen Ertrag per annum zu erzielen, der rund 1¾ Milliarden Mark beträgt, und dieser Ertrag rührt aus Quellen her, über die wir nicht verfügen. Es stecken darin besonders die grossen Reedereigewinne; in diesen Reedereigewinnen liegt ein Stück der Kontribution, die England sich während des Krieges von seinen Verbündeten zahlen lässt.

Meine Herren, an dem Zustandekommen dieser Steuergesetze hat nicht nur der Reichstag, sondern ich glaube, man kann sagen, die gesamte deutsche Oeffentlichkeit einen hervorragenden Anteil. Trotz der schweren Belastungen, die grossen Kreisen zugemutet werden, habe ich überall, bei der Tabakindustrie, bei dem gesamten Gewerbestand, bei der Grossindustrie, bei den einzelnen Kapitalisten, Verständnis gefunden. Ich habe überall die Ueberzeugung feststellen können, dass in solchen Zeiten für das Reich die Opfer gebracht werden müssen, die für die Aufrechterhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft auch im Kriege erforderlich sind. Die Debatten, die in der Oeffentlichkeit, die in der Presse geführt worden sind — man kann ja selbstverständlich

nicht erwarten, dass alles nur gelobt wird, und ich wäre der letzte gewesen, der darauf gerechnet hätte —, sind in einem ruhigen und sachlichen Ton geführt worden, und überall klang schliesslich die Ueberzeugung durch, dass dem Reiche gegeben werden muss, was das Reich braucht. Von dieser Gesinnung und von dieser Stimmung waren auch die Verhandlungen in der Kommission und auch in diesem hohen Hause getragen. Der Reichstag wird es in seiner Geschichte als ein Ruhmesblatt zu verzeichnen haben, dass er in diesem Falle — was ja bisher noch nicht da war — nicht nur auf dem Wege eines Kompromisses die Regierungsvorlage schliesslich mit gewissen Abänderungen, mit denen man sich abfinden kann, genehmigt hat, sondern dass er im Schlussresultat, im finanziellen Ergebnis auf dem Wege dieses Kompromisses über die Vorlage der verbündeten Regierungen noch weit hinausgegangen ist. Damit hat sich der Reichstag den Dank des gesamten deutschen Volkes verdient.

Übergangswirtschaft.

Rede im Reichstagsausschuss für Handel und Gewerbe Oktober 1916.

Ich begrüsse es dankbar, dass ich Gelegenheit habe, mich mit Ihnen über die schweren Probleme der Uebergangswirtschaft aussprechen zu können, und zwar zunächst, wie es der augenblicklichen Situation entspricht, in einer etwas allgemeinen Weise, die uns nach Möglichkeit über die Gesamtheit der zu bewältigenden Aufgaben Klarheit verschaffen soll.

Ich stimme vollkommen der Ansicht des Herrn Vorsitzenden zu, dass es heute nicht möglich sein wird, irgendwie in die konkreten Einzelfragen hineinzusteigen, dass es auch nicht möglich sein wird, etwa die zahlreichen Bittschriften, die Ihnen vorliegen, einzeln vorzunehmen. Aber bei dem durchaus begreiflichen Wunsche, der auf Seiten der Volksvertretung besteht, bei der Regelung des Ueberganges aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft mitzuwirken, und bei der Uebereinstimmung, die darüber herrscht, dass dieser Ausschuss für die Fragen der Uebergangswirtschaft zuständig sein soll, werden wir bei der Durchführung der Uebergangswirtschaft in einem ständigen Konnex sein und ständig zusammen zu arbeiten haben. Deshalb ist es mir wertvoll, dass diese Fühlung bereits jetzt, wo wir angefangen haben zu organisieren, hergestellt ist, so dass wir die Sicherheit haben, weiter in dem in diesen Dingen notwendigen Kontakt marschieren zu können.

Ich glaube, dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden zu entsprechen, wenn ich zunächst versuche, Ihnen einen allgemeinen Ueberblick über die Aufgaben zu geben, die uns auf dem Gebiete

der Uebergangswirtschaft bevorstehen. Bei einem solchen allgemeinen und notwendigerweise mehr oder weniger akademischen Ueberblick ist es natürlich zunächst nötig, dass ich Ihnen vorführe, wie wir in unsere Kriegswirtschaft hineingekommen sind, und welche Aenderung in unserer ganzen volkswirtschaftlichen Struktur die Kriegswirtschaft hervorgerufen hat.

Wenn man, wie es bei uns der Fall ist, in den Dingen steht, sie Tag für Tag verfolgt, dann werden einem die grossen Veränderungen, die sich hier vollzogen haben, gar nicht so bewusst, wie wenn man einmal versucht, sich einen Ruck zu geben und sich ausserhalb der Dinge zu stellen. Ein solcher Ruck ist notwendig, wenn Sie sich vorstellen wollen, was uns auf dem umgekehrten Wege bevorsteht, nämlich auf dem Weg, der uns nach dem Kriege wieder in eine vernünftige und normale Friedenswirtschaft hineinführen soll.

Also unsere Kriegswirtschaft hat, wie ich eben sagte, unsere ganze volkswirtschaftliche Struktur von Grund auf verändert. Sie hat, was die beiden grossen Faktoren der Produktion, die Arbeit und das Kapital, anbelangt, grundlegende Veränderungen hervorgerufen einmal durch eine sehr umfangreiche Zerstörung auf dem Gebiete der Arbeitskraft und des Kapitals und weiter auch durch eine sehr weitgehende Umschichtung.

Ich darf zunächst mit dem Kapital beginnen.

Die Zerstörungen, die auf diesem Gebiete erfolgt sind, sind bei uns nicht so umfangreich wie in den Ländern, die eine grosse Invasion und eine dauernde Okkupation durch ein feindliches Heer über sich haben ergehen lassen müssen, die in grossem Umfang Kriegsschauplatz sind. Immerhin wissen Sie, meine Herren, wie es in Ostpreussen nach dem ersten und zweiten Russeneinfall aussah, wie es in Elsass-Lothringen aussah und heute noch aussieht. Hier sind, obwohl nur kleine Teile unseres Vaterlandes von einer solchen Invasion betroffen worden sind, Werte vernichtet worden, die nach Milliarden zählen. Aber mit dieser Vernichtung durch eine Invasion allein ist der direkte Verlust an Nationalvermögen keineswegs abgeschlossen. Ich will nur auf einen anderen, sehr wichtigen Punkt hinweisen, der später für die Uebergangswirtschaft von grosser Bedeutung sein wird. Das ist die

Reederei. Auf dem Gebiete der Reederei haben wir während des Krieges sehr erhebliche Abgänge erlebt, weil nicht die normale Erneuerung stattfinden konnte, da die Werften zum grossen Teil für andere Zwecke in Anspruch genommen waren, und dann vor allem weil bei Kriegsausbruch ein grosser Teil unserer Tonnage sich auf dem Weltmeere schwimmend oder auch in neutralen oder feindlichen Ländern befand. Wie Sie wissen, haben wir eine grosse Tonnenzahl verloren. — Vor dem Kriege hatten wir über 5 Millionen Brutto-Registertonnen, und heute haben wir — wenn mir die Zahl richtig im Gedächnis ist — 3,4 Millionen Brutto-Registertonnen. Darin ist eingerechnet, was heute noch in den neutralen Ländern liegt. Also der Verlust, der uns da betroffen hat, ist recht erheblich, und es besteht keine Sicherheit, dass er nicht noch weiter steigen wird.

Aber auch mit diesen Zerstörungen und Verlusten hat das, was an Anlagekapital verloren gegangen ist, keineswegs sein Ende erreicht. Sie müssen bedenken, dass eine grosse Anzahl von Maschinen und Einrichtungen zerstört worden sind, so z. B. durch die Herausnahme der Sparmetalle aus Industrien, die jetzt während des Krieges nicht im höchsten Masse angespannt sind, durch die Herausnahme von Kupfer, Nickel usw.; dadurch sind viele Maschinen zu Grunde gegangen. Sie dürfen auch nicht vergessen, dass ein grosser Teil unserer ganzen maschinellen Apparatur aufs stärkste abgenutzt worden ist, dass eine Menge von Maschinen, die für den Friedensbedarf eingerichtet waren, in Maschinen für den Kriegsbedarf umgewandelt worden sind. Ferner müssen Sie bedenken, dass in der Textilindustrie, da dort grosse Fabriken feiern, zahlreiche Maschinen still stehen. Auch diese Maschinen leiden mehr oder weniger und gehen zu Grunde; auch hier heisst es: Rast' ich so rost' ich, und das Rosten ist gerade bei den feinen Maschinen, wie sie in der Textilindustrie im Gebrauche sind, mitunter gleichbedeutend mit einem vollständigen Verlust.

Alles in allem genommen, ist also der Substanzverlust unserer Volkswirtschaft durch die Kriegswirtschaft recht erheblich.

Dann kommt das, was ich vorhin als Umschichtung bezeichnete. Wir haben unser Kapital in sehr grossem Umfange ganz anders

verwendet, es in ganz andere Kanäle geleitet, es in ganz andere Formen gebracht, als in der Friedenswirtschaft.

Ich sprach eben von der Umwandlung zahlreicher Betriebe aus Friedensbetrieben in Kriegsbetriebe. Sie wissen, wie zahlreiche Fabriken zur Granatenfabrikation, zur Zünderfabrikation herangezogen worden sind, die früher nicht im entferntesten an so etwas gedacht haben und nun eigens dafür eingerichtet werden mussten. Wir sind während des Krieges durch die grossen Aufträge, die die Heeresleitung erteilt hat und die notwendig waren, um den Krieg durchzuführen, zu einer Hypertrophie der Kriegsindustrien und zu einer Blutleere der Friedensindustrien gekommen, die noch dadurch verstärkt worden ist, dass in zahlreichen Industrien die Rohstoffe fehlen. Wir arbeiten heute eigentlich nur noch für den Krieg. Es ist ein Deplacement der Kapitalien eingetreten, wie es die Weltwirtschaft noch nicht gesehen hat.

In noch stärkerem Masse als beim Anlagekapital ist das beim Betriebskapital der Fall. Auch hier sehen wir eine grosse Umschichtung. Wir sehen hier eine Liquidation der Bestände. Die grossen Vorräte an Rohstoffen, an Halbfabrikaten und Fertigfabrikaten werden allmählich aufgebraucht. In Friedenszeiten waren Läger vorhanden, die nicht nur für ein Jahr, sondern — wie uns die Erfahrung bewiesen hat — weit darüber hinaus den Bedarf der Volkswirtschaft deckten. Diese Bestände werden durch den Krieg aufgezehrt. Die Konsequenzen für den Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ergeben sich von selbst. Die in Beständen angelegten Betriebskapitalien werden aufgezehrt in ihrer Form, aber sie bleiben erhalten in ihrer Substanz: sie werden durch den Verkauf in flüssiges Kapital, in Geld umgewandelt. Daher die grosse Geldfülle bei unseren Banken und Sparkassen, die ja wesentlich zu dem ausgezeichneten Erfolge unserer Kriegsanleihen mit beigetragen hat.

Wenn ich das Wort Kriegsanleihen ausspreche, so sehen Sie, wohin diese flüssigen Gelder nun weiterhin zum grössten Teil gegangen sind. Dabei haben sich die Bestände der Sparkassen, der Genossenschaften usw. trotz der Zeichnungen auf die Kriegsanleihe nicht vermindert. Ich glaube, dass unser Sparkassenbestand um 100 Millionen höher ist als um Beginn des Krieges, und

bei unseren Banken machen wir, so weit ich sehen kann, eine ähnliche Erfahrung; dort haben die Einlagen — trotz der enormen Zeichnungen auf die Kriegsanleihe und des dadurch bedingten zeitweiligen Abschwellens — gegenüber dem Stande vor dem Kriege erheblich zugenommen. Wir haben es noch immer erlebt, dass, wenn durch die Zeichnung auf die Kriegsanleihe ein starker Ruck nach unten erfolgt war, bis zur nächsten Kriegsanleihe immer wieder eine Auffüllung eintrat, die, wenn ich die Sache recht übersehen kann, nicht nur den Stand des halben Jahres vorher erreichte, sondern sogar wesentlich darüber hinausging. Sie sehen also, dass die Gelder, die als flüssige Mittel zu den Banken, Sparkassen und Genossenschaften strömen, sich wieder zu Anlagekapital verdichten, indem sie in langfristigen Kriegsanleihen angelegt werden.

Dann haben wir auch zu berücksichtigen, dass die Kriegsausgaben, die in den Intervallen zwischen den Aufnahmen der einzelnen Kriegsanleihen auflaufen, trotz der glänzenden Ergebnisse unserer Kriegsanleihen doch nicht in vollem Umfange durch die langfristigen Kriegsanleihen gedeckt werden. Das hat seine Wirkung bei unserem Notenbankwesen, bei unseren Zirkulationsmitteln. Wir haben eine starke Zunahme unseres Notenumlaufs und unserer Darlehnskassenscheine festzustellen. Erfreulich ist auf der andern Seite die Steigerung unseres Goldbestandes in der Reichsbank, der heute etwa doppelt so gross ist als in Friedenszeiten. Immerhin haben wir bei den Noten und Darlehnskassenscheinen zusammen eine Steigerung, die darüber nicht unwesentlich hinausgeht und das Vierfache des Friedensumlaufs der papiernen Zahlungsmittel ausmacht. Das, was hier in Erscheinung tritt, ist ein Teil der Deckung der Kriegsausgaben, eben desjenigen Teils, der durch die Begebung der Kriegsanleihen selbst nicht vollständig gedeckt werden konnte. Also auch in diesem Punkte haben wir eine Einwirkung des Krieges auf die Verhältnisse des Kapitals, auf unsere Umlaufsmittel, auf unsere Währung, eine Einwirkung, mit der wir für den Uebergang in die Friedenswirtschaft sehr ernsthaft werden rechnen müssen.

Dazu kommt noch ein weiteres. Auch in einem andern wichtigen Punkte hat unsere Anlage in mobilen Werten eine starke Umschichtung erfahren. Wir sind, alles in allem, mit sehr starken

Forderungen an das Ausland, mit grossen Auslandsguthaben und Anlagen in ausländischen Wertpapieren, in den Krieg eingetreten. Auch hiervon ist ein Teil verloren gegangen. Die Anlagen im feindlichen Ausland sind durch unsere Feinde sequestriert und liquidiert, zum grossen Teil geradezu verschleudert worden. Weiter haben wir in grossem Umfang unsere Bestände an neutralen ausländischen Wertpapieren realisiert. Sie wissen, dass, trotzdem wir vom Ausland abgeschlossen sind, unsere Einfuhr immer noch recht erheblich war. Der Fehlbetrag unserer Handelsbilanz musste zum grossen Teil eben durch Realisierung unserer Auslandsguthaben, durch Verkäufe von Auslandswerten gedeckt werden. Darüber hinaus haben wir Kredite im Ausland aufgenommen. Das bedeutet eine Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz mit dem Auslande. Wir werden in Zukunft die Kredite, die wir im Ausland aufgenommen haben, dorthin zu verzinsen haben, während die Eingänge, die wir aus ausländischen Guthaben, aus ausländischen Wertpapieren und sonstigen Kapitalanlagen im Ausland zu fordern haben, geringer sein werden als vor dem Krieg. Also auch hier sind Kapitalverluste und Kapitalverschiebungen eingetreten. Die Wirkung auf die Valuta liegt auf der Hand. Auch dieses Problem wird den Uebergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft nicht erleichtern, sondern — darüber sind wir uns wohl alle klar — wesentlich erschweren.

Nun komme ich zu der Frage der Arbeitskräfte. Auf diesem Gebiete beobachten wir analoge Erscheinungen wie auf dem Gebiete des Kapitals, sowohl was die Zerstörung wie auch die Umschichtung anlangt.

Ueber die Zerstörung brauche ich kaum etwas zu sagen. Die vielen Toten, die grösstenteils in fremder Erde begraben liegen, die Millionen von Krüppeln, die in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt zurückkehren werden, stellen eine Zerstörung menschlicher Arbeit dar, wie sie kaum jemals auch nur in ähnlichem Umfang stattgefunden hat.

Auch hier hat es mit der Zerstörung nicht sein Bewenden. Dieselben Momente, die während des Krieges das Kapital in andere Bahnen gelenkt haben, führen natürlich auch die Arbeit in andere Kanäle. Die Hypertrophie der Kriegsindustrie hat bewirkt, dass

Arbeitskräfte, die früher in friedlichen Betrieben tätig waren, in Munitionsfabriken und ähnliche Fabriken dirigiert worden sind; andere sind ihrer Friedensarbeit entzogen worden, um draussen gegen den Feind zu kämpfen.

Nun wissen Sie alle, dass die Frage der menschlichen Arbeitskräfte in diesem Kriege eines der brennendsten Probleme ist. Sie wissen alle, wie grosse Mühe es macht, der Industrie die Arbeitskräfte zuzuführen, die sie notwendig braucht, um das zu schaffen, was für die Kriegsführung und für die Volksernährung geschafft werden muss. Infolge der starken Einziehungen zum Heeresdienst ist eine grosse Veränderung in der Verteilung der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte und in der Beschäftigung der Jugendlichen eingetreten. Ich habe in der vertraulichen Besprechung mit den Mitgliedern des Hauptausschusses bereits hierfür einige Zahlen angeführt und möchte diese Zahlen auch hier mitteilen: denn sie geben Ihnen ein Bild von den enormen Verschiebungen auf diesem Gebiete. In der Land- und Forstwirtwirtschaft, in der Gärtnerei usw. betrug die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte am 1. Juli 1914 32 Prozent; heute macht sie 45 Prozent aus. Bei der Hüttenindustrie, bei der Metallverarbeitungsindustrie, der Maschinenindustrie usw. betrug die Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte im Jahre 1914 nur 7 Prozent; heute beträgt sie 19 Prozent. Bei der elektrischen Industrie ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte von 24 Prozent vor dem Kriege jetzt auf 55 Prozent gestiegen; also entfällt heute mehr als die Hälfte dieser Arbeitskräfte auf Frauen. In der chemischen Industrie ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte von 7 Prozent vor dem Kriege auf jetzt 23 Prozent gestiegen. In der Textilindustrie ist der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte von 54 Prozent auf 64 Prozent gestiegen. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sehen wir eine Steigerung von 15 auf 26 Prozent, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie eine solche von 48 auf 60 Prozent, in der Bekleidungsindustrie eine solche von 53 auf 64 Prozent. Und im Baugewerbe endlich sehen wir eine Steigerung von 3 auf 9 Prozent. Diese Zahlen geben Ihnen ein Bild davon, in welchem Umfang sich das Verhältnis der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte während des Krieges verschoben hat.

Ueber diese Verschiebung, Zerstörung und Umschichtung auf dem Gebiete der Arbeit und des Kapitals hinaus sind durch den Krieg sehr tiefgehende Aenderungen in der gesamten Organisation unserer Volkswirtschaft herbeigeführt worden. Wie unsere Friedenswirtschaft aufgebaut war, wissen Sie: im grossen und ganzen baute sie sich auf der freien wirtschaftlichen Initiative auf. Der Krieg hat uns aus Mangel an Rohstoffen gezwungen, das, was vorhanden ist, gerecht zu verteilen, uns soviel als möglich zu beschaffen und überspannte Preisforderungen zu verhindern, und dies durch ein System, das aus Höchstpreisen, Beschlagnahme und Verteilung, verbunden mit Rationierung, Zentralisierung und Monopolisierung zusammengesetzt ist, also durch ein System, das man kurz zusammengefasst unseren Kriegssozialismus nennt. Dass wir uns bei diesem Kriegssozialismus übermässig glücklich fühlen, wird man nicht behaupten wollen. Ich möchte jedenfalls als meine Meinung aussprechen, dass wir, wenn der Krieg vorbei ist, versuchen müssen, aus all den Ketten und Hemmungen, die uns und unserer Volkswirtschaft jetzt auferlegt sind, sobald wie möglich wieder herauszukommen, dass wir versuchen müssen, auf dem Wege der freien wirtschaftlichen Initiative zu einem neuen Aufbau unserer Volkswirtschaft zu gelangen.

Nun, meine Herren, zu der „Uebergangswirtschaft“, zu dem Weg, der uns aus den heutigen Verhältnissen in die Friedenswirtschaft hinüberführen soll! Ueber das Ziel habe ich schon eine Andeutung gemacht. Ich glaube, das Ziel kann nur die Rückkehr zu einem Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte in Kapital und Arbeit und zur freien Initiative dieser wirtschaftlichen Kräfte sein. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen erreicht werden. Es kann auch nicht in der Weise geschehen, dass wir erklären: wenn der Frieden geschlossen ist, kommt alles, was während des Krieges aufgebaut ist, und kommen alle Einrichtungen, die auf den Krieg zugeschnitten waren, in Wegfall. Damit ist nicht geholfen. Aus dieser gewaltigen Umschichtung aller Verhältnisse in bezug auf Arbeit, Kapital und wirtschaftliche Organisation, in der wir uns befinden und die zum grössten Teil durch staatlichen Zwang herbeigeführt worden ist, werden wir auch nur wieder unter staatlicher Führung herauskommen; ebenso

wie eine Reihe von staatlichen Massnahmen erforderlich war, um aus der Friedenswirtschaft in die heutige Kriegswirtschaft zu gelangen, wird eine Reihe solcher Massnahmen notwendig sein, damit wir ohne grosse Gefahr für unsere Volkswirtschaft wieder den Rückweg finden.

Wenn ich zuerst auf das Gebiet der Arbeit kommen darf, so muss ich sagen, dass hier vor uns das riesengrosse Problem der Ueberführung der vielen Millionen Soldaten in die Friedenswirtschaft steht. Dieses Problem ist mit einer Reihe von Nebenfragen verbunden, die einen Bestandteil dieses grossen Gesamtproblems bilden. Vor allem stehen wir vor dem Problem, die notwendige Beschäftigung für diese vielen, wieder zur Friedensarbeit zurückkehrenden Männer zu finden und die Millionen von Arbeitskräften richtig und zweckmässig auf die Arbeitsgelegenheiten zu verteilen. Ferner haben wir die nicht minder wichtige Aufgabe zu bewältigen, die Kriegsbeschädigten, die heimkehren und an ihrer körperlichen Arbeitsfähigkeit gelitten haben, möglichst wieder zu nützlichen Mitgliedern unserer staatlichen Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft durch Heilmethoden und ähnliche Massnahmen zu erziehen.

Dann kommt die andere grosse Frage: wie steht es mit den zahlreichen Frauen, die heute in Berufen tätig sind, wo früher Männer tätig waren, und die — darüber wollen wir uns doch klar sein — sich auf die Dauer nicht für diese Berufe eignen. Aehnlich steht es mit den Jugendlichen. Auch hier werden Eingriffe vorgenommen werden müssen, und das wird auch nicht ohne Reibungen und Härten abgehen, wenn man auch im grossen und ganzen sagen kann, dass eine Rückbildung auch im Interesse der Gesundheit nicht nur unserer Volkswirtschaft, sondern auch unserer ganzen Volksgemeinschaft unbedingt notwendig ist. Wir zehren ja an diesem Kriege, auch was die menschliche Arbeitskraft und die Volksgesundheit betrifft, vom Kapital und arbeiten auf Kosten der Zukunft, um die grossen Aufgaben des Tages zu leisten, um durch diese Weltkatastrophe, die wir erleben, überhaupt hindurch zu kommen, um uns als Volk und Nation zu erhalten. Deshalb müssen eben manche Opfer zu Lasten der Zukunft gebracht werden. Wir sind uns klar darüber, dass wir die Arbeitskraft der Frauen

und der Jugendlichen heute über das Mass hinaus anspannen, das auf die Dauer erträglich ist. Hier handelt es sich also nicht nur darum, Arbeitsplätze für die zurückgekehrten Männer freizumachen, sondern auch wieder ein Gleichgewicht in der Verteilung der Arbeit für Männer und Frauen, für Erwachsene und Jugendliche zu schaffen, das der Volksgesundheit zuträglich ist. Ich wiederhole, dass das nicht ohne Härten abgehen wird; denn die Frauen, die sich an die hohen Löhne und an das selbständige Arbeiten gewöhnt haben, werden sich natürlich nicht immer leicht und freiwillig in die alten Verhältnisse zurückfinden. Auch hier stehen uns also grosse Aufgaben bevor. Natürlich kommt dazu auch die Wiederherstellung unserer Arbeiterschutzgesetzgebung und der Bestimmungen der Gewerbeordnung, die ja jetzt, in der Not des Krieges, zum Teil aufgehoben worden sind.

Diese Probleme, die wir auf dem Gebiete der Arbeit finden, stehen selbstverständlich in enger Verbindung mit ähnlichen Problemen auf dem Gebiete des Kapitals. Auf diesem Felde werden wir vor allen Dingen eine rasche und ausgiebige Neubildung brauchen. Diese Neubildung werden wir nur gewinnen können, einmal durch die höchste Anspannung aller produktiven Kräfte, und dann durch die äusserste Sparsamkeit. Wir haben ja das Sparen im Kriege in jeder Beziehung gelernt. Wir sind uns klar darüber geworden, dass, so rationell wir in Friedenszeiten zu wirtschaften glaubten, eine Steigerung der Sparsamkeit nicht nur im Verbrauch, sondern auch in der Produktion in einem vor dem Kriege ganz ungeahnten Masse möglich ist. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Wir haben neulich in einem anderen Ausschuss vom Schmieröl gesprochen: es hat sich herausgestellt, dass unser Bedarf an Schmieröl einer ausserordentlich starken Reduktion fähig war. Natürlich wird im Kriege auch manche Sparsamkeit geübt, die im Frieden nicht rationell wäre, z. B. indem, um etwaige rückständige Materialien aufzufangen und zu regenerieren, ein grösserer Arbeitsaufwand gemacht wird als der Arbeitsaufwand, der erforderlich wäre, um diese Stoffe neu zu gewinnen oder sie vom Ausland zu beziehen. Die Lehre steht jedenfalls fest, dass wir im Verbrauch sowohl wie in der Erzeugung wesentlich sparsamer wirtschaften können und sparsamer werden wirtschaften

müssen als vor dem Kriege, um wieder zu einer Ausstattung unserer Volkswirtschaft mit Anlage- und Betriebskapital zu kommen, die uns eine Erholung von den starken Einbussen, die wir erlebt haben, ermöglicht.

Wenn diese Neubildung in erster Linie dazu bestimmt ist, die doch ziemlich weitgehenden Zerstörungen, von denen ich vorhin sprach, wieder auszugleichen und die Beeinträchtigung der Kapitalbildung, wie sie im Kriege eingetreten ist, einigermassen wett zu machen, so kommen hierzu weiterhin die Aufgaben, die der Umschichtungsprozess verlangt, von dem ich vorhin sprach.

Bei dieser Rückleitung des Kapitals in die normalen Kanäle einer Friedenswirtschaft kommen wir auf das Gebiet der Kreditverhältnisse. Kreditprobleme werden uns in grossem Masse gestellt werden, und zwar sowohl auf dem Gebiete des immobilen, wie des mobilen Kredits. Eine Anzahl von Erwerbszweigen hat durch den Krieg prosperiert und eine Vermögensbildung zu verzeichnen, die ihr Gegengewicht — wie ich in Parenthese bemerken möchte — in einer starken Verschuldung des Staates hat. Andere Zweige unserer Volkswirtschaft sind in starkem Masse brach gelegt worden und haben sich nicht weiter entwickeln können, ja sind in ernste Bedrängnis geraten. Ich erinnere nur an die sehr wichtige Frage des städtischen Grundbesitzes sowie des Hausbesitzes im allgemeinen. Das ist auch wieder ein grosses Problem, das mit in die Uebergangswirtschaft hineingehört und einer sehr sorgfältigen Bearbeitung bedürfen wird. Es sind also Berufsstände vorhanden, denen man vielleicht auch durch gesetzgeberische Massnahmen wird zu Hilfe kommen müssen. Es wird sich darum handeln, Berufsstände zu erhalten, die für unsere Volkswirtschaft unerlässlich sind, und ihnen das Weiterarbeiten zu ermöglichen. Die Frage des Hausbesitzes steht mit der Wohnungsfrage im engsten Zusammenhange. Ein anderer Erwerbszweig, dessen Tätigkeit für die Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen unbedingt erforderlich ist, ist die Reederei. Auch hier werden die Kapitalien beschafft werden müssen, die notwendig sind, um unseren Reedereien das Funktionieren im Interesse unserer Gesamtwirtschaft wieder zu ermöglichen.

Auf dem Gebiete des mobilen Kapitals liegen die Aufgaben

zum Teil ähnlich wie auf dem Gebiete, das ich eben berührt habe. Es kommen aber eine Reihe von Sonderfragen hinzu. Besonders möchte ich auf die Wiederaufnahme unserer Beziehungen zu dem Ausland hinweisen. Hierzu wird erforderlich sein, dass unser Handel, der im Kriege sehr stark gelitten hat, wieder leistungsfähig gemacht wird; denn der Handel soll die Beziehungen zum Ausland wieder aufnehmen und damit für die Gesamtinteressen der Volkswirtschaft arbeiten.

In Verbindung mit diesen Dingen steht die Frage der Valuta. Wie sind die Zahlungsmittel zu beschaffen, die es uns ermöglichen werden, aus dem Ausland diejenigen Rohstoffe und Halbfabrikate zu beziehen, die erforderlich sind, um unsere Industrie und unser Gewerbe wieder in Tätigkeit zu setzen und die Vorräte zu ersetzen, die während des Krieges verbraucht worden sind? Wenn ich ferner sagte, wir hätten unseren Barbestand an Rohstoffen liquidiert, an seine Stelle sei das bare Geld getreten, an dessen Stelle seien dann aber wieder langfristige Kriegsanleihen getreten, so ist damit die andere Seite des Problems skizziert, das hier zu lösen ist. Es wird sich darum handeln, wie dieses Kapital aus dem in Kriegsanleihen gebundenen Zustand heraus wieder in einem Umfang flüssig gemacht werden kann, dass es möglich ist, unsere Industrie wieder mit dem nötigen Betriebskapital, an Vorräten usw. auszustatten. Das ist auch eine wichtige Frage, die mit der Uebergangswirtschaft im engsten Zusammenhange steht und einen wesentlichen Teil davon bildet. Es ist eine Frage, meine Herren, die nicht nur mit der künftigen Regulierung des Marktes der Kriegsanleihen, sondern mit der Frage des Marktes für fest verzinsliche Wertpapiere überhaupt in Verbindung steht, also mit der Frage des Kredits der Einzelstaaten, der Kommunen, der Bodenkreditanstalten, der industriellen Unternehmungen. Alle diese Fragen erfordern eine sehr eingehende Behandlung. Der Reichsschatzsekretär sowohl wie ich stehen seit längerer Zeit mit dem Reichsbankpräsidenten hierüber in engster Fühlung.

Nun, meine Herren, wenn ich versucht habe, Ihnen einen mehr oder weniger akademischen Ueberblick über die Gesamtheit der Probleme zu geben, so werden Sie damit allein nicht zufrieden sein; ein solcher Ueberblick erleichtert zwar das Klarwerden über

die Grösse und den Umfang der Aufgaben, aber damit allein ist natürlich nicht geholfen. Wir werden die Aufgaben, die zu bewältigen sind, natürlich konkreter anfassen müssen, und da werden wir nicht nach mehr oder weniger theoretischen Gesichtspunkten verfahren können.

Aus den bisherigen Besprechungen über das ganze Problem haben sich im wesentlichen drei grosse praktische Fragenkomplexe herausgebildet. Der eine umfasst die Fragen der Arbeit mit all den Einzelheiten, von denen ich vorhin sprach, der zweite umfasst die Kreditfragen, und der dritte umfasst die Fragen der Rohstoffversorgung. Ich glaube, dass wir nach diesen drei Richtungen praktisch werden organisieren müssen.

Ich bin mir dabei vollkommen klar darüber, dass eine einzige Organisation gar nicht in der Lage wäre, die Aufgaben, die hier zu bewältigen sind, auch nur einigermassen befriedigend zu lösen. Organisation heisst ja vor allen Dingen Arbeitsteilung, und wir werden daher auch hier das riesige Arbeitsgebiet in verschiedene Teile, in praktische Arbeitsgebiete, ungefähr nach der Dreizahl, von der ich eben sprach, zerlegen müssen. Wir werden aber weiter auch zerlegen müssen, nicht nur nach Materien, sondern auch nach den Funktionen, die auf jedem einzelnen dieser Arbeitsgebiete dem Staate und der Volkswirtschaft obliegen. Denn darüber sind wir uns wohl auch klar: die Arbeiten sind nur zu leisten durch Zusammenwirkung der Gesetzgebung der Verwaltung und der in unserer Volkswirtschaft verfügbaren Kräfte. Es handelt sich um Probleme der Gesetzgebung, der Verwaltung und um Probleme der —, ich möchte sagen, wirtschaftlich-technischen Durchführung.

Die Lösung der Probleme der Gesetzgebung und der Verwaltung ist natürlich nur möglich — und nach meiner Ansicht sicher möglich — im Rahmen unserer gesetzgebenden Körperschaften und unserer staatlichen Behördenorganisation. Ein Ausbau ist nach verschiedenen Richtungen hin erforderlich; es muss eine Anpassung an diese Aufgaben stattfinden. Dagegen müssen für die wirtschaftlich-technische Durchführung die Organe neu geschaffen werden. Das sind Aufgaben, die — ich sagte das vorhin schon — nicht einfach während der Uebergangszeit der

Initiative und dem Gutdünken des einzelnen Unternehmers und der einzelnen Zweige unserer Volkswirtschaft überhaupt überlassen werden, sondern nur gelöst werden können durch ein fortgesetztes und enges Zusammenwirken der in der Volkswirtschaft vorhandenen freien Kräfte und der staatlichen Verwaltung. Wir müssen also, um diese Aufgaben zu lösen, die Praxis in allerstärkstem Umfang heranziehen. Auf der anderen Seite wird — darüber sind sich die Herren wohl klar — der Praxis die Lösung der Aufgaben nur möglich sein, wenn die staatlichen Organe zur Mitwirkung zur Verfügung stehen.

Meine Herren, diese Ueberlegung, dass für die wirtschaftlich-technische Durchführung der Uebergangswirtschaft Neubildungen erforderlich sind, war es, die die verbündeten Regierungen bestimmt hat, zunächst einmal in dem Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft ein Organ zu schaffen, dem vor allen Dingen die wirtschaftlich-technische Durchführung der Rohstoffversorgung übertragen werden soll. Natürlich soll hierbei keine allzu ängstliche Abgrenzung stattfinden, da diese Aufgabe im engen Zusammenhange mit den anderen Aufgaben steht, mit der Lösung der Arbeiterfragen und der Kreditfragen. Auch auf diesen Gebieten, die nicht zu dem eigentlichen Arbeitsbereich des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft gehören, soll der Initiative und der Anregung des Reichskommissars natürlich keinerlei Grenze gezogen werden.

Mit der Frage der Rohstoffbeschaffung ist von vornherein die Frage der Reederei und die Frage der Valuta eng verbunden. Bei der Beschaffung von Rohstoffen wird die Frage der Bezahlung und die Frage der Heranführung über See durch die Reedereien mit die grösste Rolle zu spielen haben. Diese Aufgaben werden also vom Reichskommissar für Uebergangswirtschaft mit bearbeitet werden müssen.

Nachdem ich Ihnen so ein kurzes Bild gegeben habe von den Funktionen, die das neue Reichskommissariat zu regeln haben wird, darf ich einige Worte hinzufügen über die Organisation, die hier geschaffen werden soll.

Der Reichskommissar ist bestellt worden beim Reichsamt des Innern. Diese Angliederung ist eine Notwendigkeit. Denn die Auf-

gaben der Gesetzgebung und Verwaltung, die hier zu lösen sind, die grossen grundsätzlichen Fragen werden selbstverständlich nach wie vor vom Reichsamt des Innern bearbeitet werden müssen. Das Reichsamt des Innern bearbeitet ja in seinem sehr grossen Tätigkeitsbereich die Gesamtheit der wirtschaftlichen Fragen. Das hat es im Frieden getan, das hat es auch während des Krieges getan mit einigen Neubildungen, die den Herren ja bekannt sind, von denen die wichtigste das Kriegsernährungsamt ist; und das wird das Reichsamt des Innern nach dem Friedensschluss wieder tun müssen. Darüber sind wir klar, unsere gesamte Wirtschaft nach dem Kriege wird zunächst eine Uebergangswirtschaft sein und darauf eingerichtet werden müssen, den Uebergang in die normalen Friedensverhältnisse zu gewinnen.

Der Reichskommissar kann natürlich nur die Spitze der ihm anvertrauten neuen Organisation für die wirtschaftlich-technische Durchführung bilden. Die Aufgaben, die ihm übertragen sind, haben auch in dieser Beschränkung einen so gewaltigen Umfang, dass es notwendig war, ihn von allem Anfang an mit einer Reihe von Mitarbeitern auszustatten, und diese haben wir gewählt aus den Kreisen der praktischen Berufsstände, die über die notwendige Erfahrung im kaufmännischen technischen Disponieren, das hier erforderlich ist, verfügen. Wir haben Mitarbeiter gewählt auf dem Gebiete der Valuta, insbesondere der Finanzierung der Rohstoffbeschaffung, auf dem Gebiet der Reederei und des Transports, der verschiedenen grossen Gewerbe und des Handels. Zunächst haben wir den Senator Dr. Sthamer als Reichskommissar gewählt und den Geheimrat Goldkuhle aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten, der auf dem Gebiete des Transportwesens eine ganz hervorragende Erfahrung besitzt, als seinen allgemeinen Vertreter und Generalreferenten. Ausserdem haben wir gewählt auf dem Gebiete der Valuta und Finanzierung einen Herrn, der Ihnen als Mitglied des Reichstags wohl bekannt ist, Herrn Roland-Lücke, der, wie Sie wissen, auf dem Gebiete gerade der Finanzierung des auswärtigen Handels eine ungewöhnliche praktische Erfahrung besitzt, der jahrzehntelang auf diesem Gebiete gearbeitet hat. Auf dem Gebiete der Reederei haben wir den Direktor Helms von einer unserer grössten Schiffahrtslinien ge-

wählt, und auf dem Gebiete des Handels nenne ich Dr. Lohmann-Bremen und den Geheimen Kommerzienrat Arnhold aus Berlin, aus dem Gebiete der Industrie den Generaldirektor Beuckenberg vom Phönix, Herrn von Rieppel von der Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik und den Geheimen Kommerzienrat Marwitz aus Dresden, einen bekannten Textilindustriellen. Die Landwirtschaft ist vertreten durch Dr. Hoesch, der Ihnen ja auch bekannt ist.

Das ist der engere Kreis der Mitarbeiter, den wir dem Reichskommissar beigegeben haben. Diese Mitarbeiter werden auf den grossen Gebieten, die hier zu bewältigen sind, in verschiedenen Dezernaten arbeiten. Sie werden ausserdem natürlich darauf angewiesen sein, ihrerseits Vertreter und Arbeitspersonal heranzuziehen, Vertreter schon aus dem einfachen Grunde, weil die Herren, die ich genannt habe, zum grossen Teile heute noch in der Praxis tätig sind. Leute mit der Erfahrung, die wir brauchen, gibt es kaum ausserhalb der Praxis. Herr Roland-Lücke ist eine Ausnahme. Er hat sich ganz von den Geschäften zurückgezogen. Aber auch er ist nicht vollständig frei; er kann seine Zeit nur zum Teil, allerdings zu einem sehr erheblichen Teile zur Verfügung stellen. Wir standen vor der Wahl, entweder darauf zu verzichten, überhaupt Leute aus der Praxis zu gewinnen, oder uns damit abzufinden, dass diese Herren nur einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Geschäfte des Reichskommissariats zur Verfügung stellen können. Den Verzicht hätte ich nicht gewagt, auszusprechen. Denn diese Aufgaben sind ohne Leute mit der grössten praktischen Erfahrung überhaupt nicht zu lösen. Also blieb nur der andere Weg, dass die Herren Mitarbeiter Vertreter zur Seite bekommen, die die Kontinuität des Geschäftsbetriebs in den ihnen zugewiesenen Dezernaten aufrechterhalten. Im übrigen wird das Dezernat mit der nötigen Anzahl von Beamten und sonstigen Arbeitskräften ausgestattet sein. Wenn ich sage Beamte, so meine ich damit nicht Leute aus der Beamtenlaufbahn, sondern Herren, die ihre ganze Zeit und Person der Aufgabe widmen können.

Aber natürlich ist das nur das Gerippe. Wenn wir diesen Kreis von Mitarbeitern als ein aktionsfähiges Kollegium haben wollen, dürfen wir ihn nicht zu weit ausdehnen. Es ist eine alte

Erfahrung: wenn die Anzahl der Mitglieder über 8 bis 10 hinausgeht, liegt die Gefahr vor, dass der Kreis an Aktionsfähigkeit verliert.

Wenn wir diese Beschränkung uns auferlegen, müssen wir dafür einen Ersatz in anderer Weise schaffen, und dieser wird darin bestehen, dass wir einen grossen Beirat bilden, in dem alle die einzelnen an der von dem Reichskommissar zu bearbeitenden Uebergangswirtschaft interessierten Berufszweige vertreten sein werden. Dieser grosse Beirat wird allerdings unter dem Mangel leiden, von dem ich eben sprach. Er wird ein Parlament sein, eine Körperschaft, die für eine eigentliche Aktionsfähigkeit nicht geeignet ist. Wir wollen aber Einrichtungen treffen, die auch diesen Unterbau aktionsfähig machen sollen. Wir wollen den Beirat gliedern in eine grosse Anzahl von Unterausschüssen nach den einzelnen Warengruppen; dazu kommen Spezialabteilungen für Valuta- und Finanzierungsfragen und für Transportwesen. Diese Unterausschüsse werden also den praktischen Problemen am nächsten stehen; sie werden ihrerseits arbeiten müssen mit besonderen Organen, die sie entweder in Gestalt der Kriegsgesellschaften aus der Kriegswirtschaft herübernehmen können oder sich neu bilden müssen. Organe, die etwa so aussehen, wie die heutigen Kriegsgesellschaften, die unter Mitwirkung der Staatsgewalt Einkauf und Verteilung bei sich zentralisieren, werden wir brauchen. Denn ich sagte vorin schon, den Rückweg in die Friedensverhältnisse werden wir ohne eine gewisse stattliche Führung, ohne einen gewissen Zwang unter keinen Umständen finden können. Wenn wir sofort nach Friedensschluss die Schleusen aufmachen und die volle freie Initiative wieder walten lassen, wird natürlich bei jedem einzelnen Gewerbe und jedem einzelnen Unternehmen, das Bedarf an Rohstoffen hat, der Drang nach diesen Rohstoffen so gewaltig sein, dass wir dabei Schiffbruch leiden.

Wir haben von vornherein mit zwei wesentlichen Beschränkungen in der Befriedigung dieses Dranges zu rechnen: erstens mit der Knappheit der Transportmittel, namentlich des Schiffsraumes, und zweitens mit der Knappheit der ausländischen Valuta — Schwierigkeiten, die sich ohne weiteres aus meinen Aus-

führungen ergeben. Wenn wir es also den einzelnen Unternehmungen überlassen, sich auf die verfügbare Valuta und den verfügbaren Schiffsraum zu stürzen, wohin kommen wir dann? Wir kommen dahin, dass erstens unsere Valuta, die wir so bald als möglich auf ein normales Niveau bringen müssen, nach unten geworfen wird, und dass für den deutschen und ausländischen Frachtraum so hohe Preise gezahlt werden, dass nur die stärksten und kräftigsten Unternehmungen den Bedarf an Rohstoffen befriedigen können, während die anderen zur Seite stehen müssen. Das sind Verhältnisse, die wir nicht entstehen lassen dürfen, und dem lässt sich vorläufig nur vorbeugen durch ein System, das sich dem System unserer Kriegswirtschaft annähert. Aber der allmähliche Abbau dieses Systems wird notwendig sein und wird von Anfang an vorgesehen werden müssen.

In den Unterausschüssen wird nun das Bedürfnis der einzelnen Industrien geprüft, festgestellt und geklärt werden; es wird die praktische Möglichkeit, dem Bedarf zu genügen, geprüft werden, und die mit den Unterausschüssen in Verbindung stehenden Gesellschaften werden die Beschaffung der benötigten Rohstoffe usw. in die Wege zu leiten haben. Natürlich nicht nach dem freien und unabhängigen Ermessen dieser Unterausschüsse und Gesellschaften, sondern die Unterausschüsse werden das Ergebnis ihrer Feststellung nach oben weitergeben, und seitens des Reichskommissars und seiner Mitarbeiter wird die Abwägung und Ausgleichung der einzelnen Interessen stattfinden müssen. Dieser Ausgleich ist notwendig, wenn wir um alle Klippen der Uebergangswirtschaft herumkommen wollen, und in diesem Ausgleich liegen die schwierigsten Probleme. Ich bin überzeugt, dass der Reichskommissar und die Instanzen, die mit diesen Dingen zu tun haben, es nicht allen werden recht machen können. Es wird von jedem verlangt werden müssen, dass er einige Pflöcke zurücksteckt und sich in seinen Ansprüchen beschränkt. Wenn diese Einteilung noch so gerecht, billig und vernünftig gemacht wird, so wird doch eine Reihe von verletzten Interessen übrig bleiben, und eine Reihe von Beschwerden werden uns und Ihnen auch, wenn Sie bei diesen Dingen mitarbeiten werden, nicht erspart bleiben. Das einzige, was wir tun können, ist, von vorn-

herein dafür zu sorgen, dass die ganze Organisation in sich das Höchstmass von Gewähr dafür trägt, dass dieser Ausgleich ein billiger, gerechter wird und in einer unseren wirtschaftlichen und sozialen Interessen rechnungtragenden Weise herbeigeführt wird.

So sieht die Organisation ungefähr aus, die uns vorschwebt. Sie ist natürlich — das möchte ich hier ausdrücklich, um von vornherein jedem Missverständnis vorzubeugen, wiederholen — nur eine Teilorganisation. Denn Sie haben aus meinen Ausführungen gesehen: wir sind vollständig klar darüber, dass die Organisation zur wirtschaftlich-technischen Durchführung der Rohstoffbeschaffung nur ein Stück, allerdings ein wesentliches und wichtiges, aber immer nur ein Stück der Gesamtaufgabe, die zu lösen ist, bilden kann.

Auf den anderen Gebieten, namentlich der Arbeit und des Kredits, werden vielleicht ähnliche Organisationen zu schaffen sein. Zum Teil sind sie ja in den Ansätzen jetzt schon vorhanden. Diese verschiedenen Organisationen müssen natürlich in allen Dingen einheitlich zusammenarbeiten. Dafür muss gesorgt werden, und diese Sorge wird eine meiner allerwichtigsten Aufgaben sein. Denn unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren nach dem Kriege wird wesentlich eine Uebergangswirtschaft sein, und auf mich, als den Staatssekretär des zuständigen Reichsamts, wird ein grosser Teil der Verantwortung, Sorge und Last dieser Aufgaben fallen.

Deshalb werden Sie es mir nachempfinden, wenn ich dankbar dafür bin, dass von den Kreisen der Praxis, deren Mitwirkung wir brauchen, uns bereits in grossem Umfang in die Hände gearbeitet worden ist. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, dass wir eine Reihe vorzüglicher Vorarbeiten über diese Dinge bekommen haben, so von der Berliner Handelskammer, von der „Kriegszentrale des Hansabundes" — Herr Geheimrat Riesser, der Mitglied dieses Ausschusses ist, hat ja dem Ausschuss das umfangreiche, von der Kriegszentrale bearbeitete Material mitgeteilt —; ferner von dem „Kriegsausschuss der deutschen Industrie", der zahlreiche Unterausschüsse gebildet hat, deren Vorarbeiten wir grossenteils werden übernehmen können. Diese wertvolle Vorarbeit begrüssen wir und wir hoffen, dass die Freiwilligkeit, mit der diese Dinge in Angriff genommen worden sind,

und der Drang jedes einzelnen, der in diesen Dingen steht, mitzuhelfen und mitzuwirken, gute Früchte tragen wird und uns helfen wird, diese schwierige Aufgabe zu bewältigen.

Zum Schlusse noch ein Wort! Wenn ich sagte, es fühlt sich wohl niemand von uns allen in der uns durch die Verhältnisse aufgezwungenen Kriegswirtschaft glücklich, so werden Sie mir gewiss zustimmen, wenn ich die Meinung ausdrücke: der Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft hat vor allem die eine grosse Aufgabe, sich selbst sobald wie möglich überflüssig zu machen. Wir werden versuchen müssen, aus Uebergangswirtschaft möglichst rasch herauszukommen, und mit die Hauptaufgabe des Reichskommissars wird es sein, die Massnahmen so zu treffen, dass dieses in jeder Beziehung unbequeme, gefahrvolle und lästige Uebergangsstadium sobald als möglich überwunden wird. Es liegt natürlich in der Tendenz der Dinge: wenn man eine solche Organisation schafft, ist sie quasi ein Lebewesen für sich, und jedes Lebewesen hat die natürliche Neigung, am Leben zu bleiben. Ich bin von dem Herrn Senator Dr. Sthamer überzeugt, dass er sich von dieser Versuchung nicht verführen lassen wird, sondern, dass er mit mir auf dem Standpunkt stehen wird, dass es seine Aufgabe ist, uns so rasch wie möglich in normale, gesunde Friedensverhältnisse herüberzuführen.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Rede vom 29. November 1916.

Meine Herren, das Gesetz, das die verbündeten Regierungen Ihnen vorgelegt haben, wird mit ehernem Griffel geschrieben. Es ist ein Gesetz des Krieges und ein Gesetz der Not, ein Gesetz des eisernen Willens und — niemand im In- und Auslande zweifelt daran — ein Gesetz der eisernen Tat. Das Gesetz schafft neues Recht für die Heimat, aber hinter seinen Paragraphen rollt der Donner der Sommeschlacht. Heimat und Feldheer reichen sich in diesem Gesetz die Hand in unauflöslichem Bund zu Kampf und Sieg. Neben die allgemeine Wehrpflicht tritt mit diesem Gesetz die allgemeine Pflicht zum vaterländischen Hilfsdienst, neben die kämpfende Truppe tritt die organisierte Heimarmee.

Meine Herren, wir ziehen mit diesem Gesetz die letzten Folgerungen der Gestaltung dieses ungeheuerlichen Krieges. Nie zuvor hat Kriegsgerät und Munition den Erfolg der Kampfhandlung auch nur annähernd in der Weise bestimmt, wie das jetzt der Fall ist. Deshalb bedarf der Arm des Kämpfers draussen des Armes des Arbeiters in der Heimat. Kanonen, Granaten, Maschinengewehre, Minen, Minenwerfer, Unterseeboote, Torpedos — das alles wächst uns nicht auf der flachen Hand, das alles muss geschaffen werden. Das alles heisst Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit. Unsere heimatliche Erde birgt in ihrem Schoss die Schätze, die wir für die Kriegführung brauchen. Aber diese Schätze müssen gehoben und geformt werden. „Der Gott, der Eisen wachsen liess, der wollte keine Knechte." Dieses Wort galt vor hundert Jahren dem deutschen Volke, es gilt ihm heute wieder, und es wird ihm gelten in alle Ewigkeit.

Meine Herren, dieser Krieg um unser Dasein und unsere Zukunft ist nicht nur ein Kampf der Waffen, sondern auch ein Kampf der Wirtschaft, nicht nur ein Kampf der Streitkräfte, sondern ein Kampf der ganzen Völker. Die hundertjährigen Bestrebungen edelgesinnter Geister aller Nationen, den Krieg auf die kämpfenden Truppen zu beschränken, seine Schrecken von der nichtkämpfenden friedlichen Bevölkerung fernzuhalten, diese Bestrebungen und alle bisher erzielten Erfolge sind zunichte geworden an der Verachtung allen Völkerrechts, mit der England, die Seele des feindlichen Mächteverbandes, seinen Wirtschafts- und Hungerkrieg eingeleitet hat und bis auf den heutigen Tag führt. Und nicht nur gegen uns und unsere Verbündeten, sondern auch gegen die Neutralen, gegen die kleinen neutralen Völker, deren Schutz die Staatsmänner Englands im Munde führen, während ihre Hand sie mit der Unterbindung der notwendigsten Zufuhr, mit Postsperre, mit Handelsspionage, mit dem Boykott der schwarzen Listen schlimmer quält und schädigt, als je ein Feind den Feind gezüchtigt hat.

Meine Herren, in diesem Hunger- und Wirtschaftkrieg stehen wir mit unseren Verbündeten im wesentlichen auf uns allein. Dem Feinde steht die weite Welt offen. Nehmen Sie die Milliarden von Waren, die unsere Gegner heute noch über See einführen. Nehmen Sie, dass England nach den Angaben seines Schatzsekretärs allein in den Vereinigten Staaten wöchentlich für 12 Millionen Pfund Sterling einkauft — das sind mehr als 12 Milliarden Mark im Jahre —, nehmen Sie, dass Frankreichs Einfuhrüberschuss in den ersten zehn Monaten dieses Jahres sich auf nahezu 12 Milliarden Franken beziffert hat! Sie sehen, die halbe Welt arbeitet für unsere Feinde. Sie lässt es sich gut und teuer bezahlen, aber sie steht ihnen zu Diensten. Für uns gibt es keine nennenswerte überseeische Zufuhr, für uns arbeiten keine fremden Hände; wir sind auf unsere eigene Arbeit angewiesen. Was wir für die Kriegführung und die Volkserhaltung brauchen, müssen wir mit unserer eigenen Arbeit täglich schaffen. Auch hier hilft uns die heimatliche Erde. Wie für die Kriegführung, so gibt sie uns auch für die Volksernährung das, was wir brauchen; aber sie lässt es sich hart und schwer abringen. Das Wort „Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot

essen" — ist neue Wahrheit geworden. Auch hier heisst es also: Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit!

Meine Herren, der Mobilmachung der Arbeit gilt das Gesetz. Wir wollen und müssen aus der Arbeitskraft des deutschen Volkes das Letzte herausholen für die Kriegführung und Selbsterhaltung.

Die Mobilmachung der Arbeit, meine Herren, wird mit dem Gesetz nicht begonnen, sondern vollendet. Ich glaube, es ist nicht wenig, was bisher geleistet worden ist, aber es ist jetzt nicht mehr genug. Die deutsche Volkswirtschaft hat sich vom ersten Tage des Krieges an im einigen Zusammenwirken aller Berufsklassen, im Zusammenwirken des werktätigen Volkes mit den Behörden auf Krieg und Kriegsbedürfnisse eingestellt. Wir leben jetzt bald seit 2½ Jahren in der Kriegswirtschaft; wir leben in Verhältnissen, die vor 2½ Jahren jeder von uns für undenkbar, für untragbar gehalten hätte. Sie sind heute unser tägliches Brot. In der Gewöhnung des Tages verliert sich der Blick für das Aussergewöhnliche dieser Zeit.

Um Ihnen das vor Augen zu rücken, möchte ich folgendes anführen: Wir haben einen Aussenhandel von 23 Milliarden Mark jährlich verloren, eine Einfuhr, die uns die notwendigsten Stoffe für die Volksversorgung und die gewerbliche Arbeit zuführte, eine Ausfuhr, die Millionen von Händen Arbeit und Verdienst gewährte. Wir haben weiter Millionen und aber Millionen der besten und kräftigsten Arbeiter aus allen Berufen herausgeholt und gegen den Feind gestellt. Seit fast 2½ Jahren erleben wir eine sich fortgesetzt steigernde Einziehung von Arbeitskräften, der gegenüber der stärkste Generalstreik, den sich jemand nur vorstellen kann, ein Kinderspiel ist.

Wenn es gelungen ist, unsere Wirtschaft dieser ungeheuerlichen Verschiebung in ihrer ganzen Grundlage anzupassen, so heisst das gleichzeitig, dass eine Umgruppierung der Arbeitskräfte erfolgt ist, so gewaltig, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Grosse Berufszweige sehen sich in ihrer Tätigkeit eingeschränkt oder gar stillgelegt. Andere Berufszweige — alles, was für den Krieg arbeitet — entwickeln sich in einem Riesenausmass. Neue Industrien sind aus der Erde gestampft worden. Es galt, die Arbeitskräfte aus den feiernden Berufen in diejenigen überzuführen, die ihre Kräfte

bis zum Aeussersten anspannen mussten und weiter anspannen müssen. Es galt, Ersatz zu schaffen für die Millionen von Männern, die der Krieg zu den Waffen gerufen hat.

In diesen wenigen Sätzen ist die Grösse der Aufgabe, die bisher zu bewältigen war und noch zu bewältigen ist, nicht erschöpft. Es trat von Anfang an eine grosse Schwierigkeit, eine ernste Sorge mit hinzu, die gebieterisch Rücksicht verlangte. Der Krieg brachte mit einem Schlage eine schwere Stockung in unser ganzes Wirtschaftsleben, eine Stockung, die nur langsam überwunden wurde, während die eigentliche Kriegsarbeit erst allmählich heranwuchs. Meine Herren, ich erinnere Sie an die ersten Kriegstage. Da richtete sich vor uns allen drohend das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf. Für uns alle entstand die Frage: wie können wir der Arbeitslosigkeit vorbeugen, wie können wir die Folgen der Arbeitslosigkeit abmindern? Sehr kluge Leute haben damals Vorschläge gemacht, Notstandsarbeiten allergrössten Stils auszuführen, ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Nutzen, nur um Beschäftigung für die feiernden Arbeitskräfte zu finden und zu schaffen. Die Sorge war nicht unbegründet. Zuerst der Alpdruck des ungeheuerlichen Geschehens und der Ungewissheit der Zukunft, dann in einzelnen Industriezweigen der Rohstoffmangel, der inzwischen fortgesetzt gewachsen ist, die Einziehung des leitenden Personals, der Offiziere und Unteroffiziere des wirtschaftlichen Lebens — die Sorge wurde also zur Wahrheit.

Ich gebe Ihnen einige Zahlen:

Von 100 Mitgliedern der Fachverbände waren arbeitslos im Juni 1914 2,5 Prozent, im Juli 1914 2,9 Prozent, dagegen im August 1914 22,4 Prozent. Im September, nachdem der erste Schreck überwunden war, betrug der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit immer noch 15,7 Prozent, und erst im Juni 1915 wurden die 2,7 Prozent, das Niveau vor dem Kriege, wieder erreicht. Es hat also ein volles Jahr gedauert, bis das Friedensniveau in dem Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage wieder hergestellt worden ist. Dann hat es sich vom Juni 1915 bis Juni 1916 ungefähr auf derselben Höhe gehalten. Seitdem ist es weiter heruntergegangen, bis auf 2 Prozent im September.

Die Entwicklung war natürlich sehr verschieden bei den Män-

nern und bei den Frauen. Bei den männlichen Arbeitern stand den auf Arbeitslosigkeit hinwirkenden Tendenzen die Einziehung zahlreicher männlicher Arbeitskräfte gegenüber. Trotzdem ist auch hier zunächst eine starke Arbeitslosigkeit eingetreten. Die Arbeitsnachfrage bei den Arbeitsnachweisen bietet ein Bild dafür. Auf 100 offene Stellen kamen im Juni 1914 bei den männlichen Arbeitern 158 Arbeiter, also ein starker Ueberschuss des Angebots an Arbeitskräften. Im August 1914 waren es 248 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen. Der Satz ging dann zurück auf 125 im Januar 1915. Im April 1915 ist der Ausgleich erreicht: 100 Angebote auf 100 offene Stellen; dann im Oktober eine Verminderung bis 85 Angeboten auf 100 offene Stellen. Vom Oktober an haben wir dann eine gewisse Stabilität bis zum April 1916, dann eine Verminderung auf 77 im Juli und auf 64 im Oktober.

Bei den weiblichen Arbeitskräften kam erstens keine Einziehung zum Heere in Betracht, zweitens eine Einschränkung und Stillegung gerade solcher Betriebe, in denen weibliche Arbeitskräfte stark beschäftigt waren. Ich erinnere nur an die Textilindustrie usw. Es ist also selbstverständlich, dass bei den weiblichen Arbeitskräften die Entwicklung der Dinge nicht parallel gelaufen ist mit der Entwicklung bei den männlichen Arbeitskräften. Bei den Frauen kamen auf 100 offene Stellen im Juli 1914 99 Angebote, also ein kleines Unterangebot. Nach Kriegsausbruch kamen im August 1914 202 Angebote auf 100 offene Stellen. Dann trat eine Verminderung ein auf 167 Angebote im Juni 1915 und auf 165 im Juli 1915, dann kam eine neue Steigerung auf 182 Angebote im Oktober 1915, die erklärlich ist durch die wachsende Einschränkung in der Textilindustrie. Es folgte ein weiterer Rückgang bis zum April 1916 auf 162 Angebote, der Juli 1916 zeigt 154, schliesslich im Oktober 1916 — die letzte Zahl, die uns zur Verfügung steht — waren es noch 135 weibliche Angebote auf 100 offene Stellen.

Sie sehen also, dass bei den weiblichen Arbeitskräften eine schwere Krisis, die der Krieg brachte und die lange anhielt und sich zeitweise verschärfte, heute im wesentlichen überwunden ist. Aber ganz im Gegensatz zu den männlichen Arbeitskräften, wo das Angebot an Arbeitskräften um ein Drittel hinter der Nachfrage zurück-

bleibt, haben wir bei den weiblichen Arbeitskräften immer noch ein Arbeitsangebot, das die Nachfrage um ein Drittel übersteigt.

Dabei wirkte bei den Frauen als heilsames Gegengewicht gegen die Arbeitslosigkeit die Möglichkeit der Einschiebung in die bisher von Männern besetzten Arbeitsstellen.

Diese Möglichkeit ist bei der Industrie und Landwirtschaft in allerweitestem Umfange verwirklicht worden. Ich habe die Zahlen einer beträchtlichen Anzahl von Betriebskrankenkassen daraufhin zusammenstellen lassen. Danach hat der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Arbeiter vom Juli 1914 bis Juli 1916 sich folgendermassen erhöht: in der Hüttenindustrie, der Metallbearbeitung, der Maschinenindustrie von 7 auf 19 Prozent, in der chemischen Industrie von 7 auf 23 Prozent, in der elektrischen Industrie von 24 auf 55 Prozent. Meine Herren, das gibt Ihnen ein ungefähres Bild davon, in welchem Umfange der Ersatz männlicher Arbeit durch weibliche Arbeit in den für den Krieg arbeitenden Industrien heute schon durchgeführt ist. Ueber die Landwirtschaft brauche ich nichts zu sagen. Sie wissen alle, in welchem Masse die Frau, von der kleinen Bauersfrau bis zur grossen Gutsherrin, heute schon ihre Arbeitskraft der Landwirtschaft widmet, in welchem Masse heute schon die Frau der Rückhalt und die Stütze unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist. Aber auch hier muss ich sagen: wir müssen noch weiter gehen als bisher! Jede Frau, die heute Männerarbeit verrichtet, sei es in der Landwirtschaft oder der Industrie, sei es an der Drehbank oder in der Schreibstube, jede Frau, die heute einen Mann freimacht für das Feld oder für die Schwerarbeit, jede solche Frau ist heute soviel wert wie der Mann, der draussen im Schützengraben vor dem Feinde steht.

Nun lassen Sie mich zurückgreifen auf die Verhältnisse, wie sie im ersten Abschnitt des Krieges entstanden und sich entwickelten. Diesen Verhältnissen, d. h. der zunächst bestehenden Arbeitslosigkeit, mussten sich alle Massnahmen der Behörden und des Wirtschaftslebens anpassen. Wir haben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, eine Reihe von Massnahmen ergriffen, die, für sich genommen, das Gegenteil einer rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte sind. Es ist den Herren bekannt, dass wir für gewisse Betriebe, namentlich für die Textilindustrie, die Verwendung von arbeiter-

sparenden Maschinen verboten haben, dass wir für gewisse Tage in der Woche die Arbeit untersagt haben, dass wir für die übrigbleibenden Tage die Arbeitszeit verkürzt haben — das alles zum Zweck, um die Arbeit zu „strecken", um für diese Betriebe, die in erster Linie durch die Arbeitslosigkeit betroffen waren, namentlich durch den Rohstoffmangel, den Arbeitern nach Möglichkeit die Existenz zu erhalten und zu ermöglichen. Dazu kam dann die Rücksicht auf den künftigen Uebergang in die Friedenswirtschaft. Hier handelte es sich darum, diesen Industrien den notwendigen Stock von Arbeitskräften zu erhalten. Das waren Rücksichten, die wir bisher nehmen konnten, aber heute können diese Rücksichten nicht mehr bestehen. Heute ist Krieg das Losungswort. Heute gibt es nichts anderes als die eine Rücksicht darauf, wie wir unseren Kämpfern draussen an der Front das notwendige Kriegsgerät verschaffen, und wie wir in der Heimat die Arbeit besorgen, damit das Volk die nötige Ernährung hat. Heute dreht sich alles um die Frage: wie schaffen wir Munition und wie schaffen wir Proviant?

Meine Herren, ich habe Ihnen vorhin angedeutet, in welchem Masse unsere gesamte Wirtschaft sich bisher diesen grossen Aufgaben angepasst hat. Selbstverständlich haben sich die verbündeten Regierungen genau überlegt, ob man von dem bisherigen System der Freiwilligkeit zu einem System gesetzlichen Zwanges übergehen soll; aber bei gewissenhafter Prüfung haben sich die verbündeten Regierungen überzeugen müssen, dass allein mit den bisherigen Mitteln der Freiwilligkeit die Aufgaben nicht zu lösen sind, die uns die jünste Entwicklung, die uns namentlich die Verwirklichung des sogenannten Hindenburg-Programms in bezug auf Munitionserzeugung stellt. Wir sind darauf angewiesen, jeden, der arbeiten kann, mit dem Kopf oder mit der Hand, für das Vaterland mobil zu machen, ob er will oder ob er nicht will. Es darf in dieser Zeit niemand mehr geben, der müssig geht, weil er nicht arbeiten will oder weil er auf Grund seiner Einkommensverhältnisse nicht zu arbeiten braucht. Heute gehört jeder Arm und jeder Kopf dem Vaterlande.

Meine Herren, das Gesetz drückt dies in seinem ersten Paragraphen folgendermassen aus:

Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vol-

lendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, ist zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet.

Der Begriff des vaterländischen Hilfsdienstes selbst ist umschrieben in § 2 des Gesetzes. Es ist der Dienst bei Behörden und behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in Betrieben und Beschäftigungen jeder Art, die für die Kriegführung und Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung sind. Meine Herren, ich unterstreiche die Worte „unmittelbar und mittelbar" um zu zeigen, dass der Kreis dessen, was wir als vaterländischen Hilfsdienst ansehen und behandeln wollen, sehr weit gezogen ist. Ich möchte auf Grund von zahlreichen Anfragen, die an mich herangetreten sind, gleich hier erklären, dass wir den Begriff der Volksversorgung nicht im engen materiellen Sinne auffassen, sondern dass wir auch geistige Bedürfnisse mit einbegreifen. Wir sehen zum Beispiel auch in der Presse einen für die Kriegführung und Volksversorgung bedeutungsvollen Beruf. Dasselbe gilt von der Geistlichkeit und der Lehrerschaft, dasselbe gilt für die Berufsorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die uns in diesem Kriege so vortreffliche Dienste geleistet haben, es gilt für die Organe der sozialen Versicherung und für ähnliche Einrichtungen. Wer in diesem so weit umschriebenen Kreise arbeitet, wird als in der Ausübung seiner Hilfsdienstpflicht tätig angesehen; wer es nicht tut, wird durch das Gesetz angehalten, sich eine solche Tätigkeit zu suchen.

Meine Herren, das Gesetz beschränkt sich auf die Männer. Den Frauen wird eine gesetzliche Verpflichtung nicht auferlegt. Ich will das kurz begründen. Einmal würde die Verwirklichung der allgemeinen Hilfspflicht, die wir den Männern unter Zurückstellung aller anderen Rücksichten auferlegen können, bei den physisch anders organisierten Frauen doch auf gewisse Bedenken und erhebliche Schwierigkeiten stossen, auf Bedenken, die jedermann ohne weiteres klar werden, wenn er die Sache einmal zu Ende durchdenken will. Dann aber liegt die Frage des Bedürfnisses doch bei den Frauen wesentlich anders als bei den Männern. Ich habe Ihnen vorhin die Zahlen der Arbeitsnachweise vorgeführt. Sie haben daraus ersehen, dass heute bei den Männern auf 100 offene

Stellen 64 Arbeitsangebote kommen, bei den Frauen immer noch 135. Beim Manne heisst es also: woher bekomme ich Arbeitskräfte für die Arbeit, die zu verrichten ist? Dagegen heisst es bei der Frau: wie schaffe ich Arbeit für die Frauen, die heute immer noch zu einem grossen Teil vergeblich nach Arbeit suchen?

Um die Frage beim Manne zu lösen, dafür haben wir das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst; die Lösung bei der Frau dagegen liegt ausschliesslich auf dem Gebiete der praktischen Massnahmen, in der zielbewussten und tatkräftigen Fortsetzung dessen, was bisher schon zum Ersatz der Männerarbeit durch Frauenarbeit geleistet worden ist.

Meine Herren, auch bei den Männern sind wir uns ganz klar darüber, dass wir mit dem Zwange des Gesetzes allein nicht auskommen werden. Dazu gehört noch etwas anderes. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat es neulich in einem anderen Zusammenhange ausgesprochen: „Ohne Zwang geht es nicht; aber hinzukommen muss die tatkräftige, von vaterländischem Pflichtgefühl geleitete Pflichterfüllung eines jeden einzelnen.“ Dieses Wort gilt auch für das vorliegende Gesetz. Deshalb stellen wir auch in der Durchführung des Gesetzes den Zwang nicht an den Anfang, sondern wir stellen den Zwang an das Ende. Jeder, der zum vaterländischen Hilfsdienst aufgerufen wird, soll sich zunächst freiwillig nach Arbeit umsehen, und erst wenn er innerhalb einer bestimmten Zeit keine Arbeit gesucht oder gefunden hat, kann ihm im Bereich des vaterländischen Hilfsdienstes eine Arbeit zugewiesen werden, die er dann annehmen muss.

Aber, meine Herren, so sehr wir auf die Freiwilligkeit rechnen, und wenn auch jeder einzelne noch so sehr durchdrungen ist von dem, was er dem Vaterlande in den schicksalsschweren Stunden schuldig ist, auch damit reichen wir nicht aus. Wir brauchen ausser der Pflicht und dem guten Willen eine ordnende und organisierende Tätigkeit allergrössten Stils, eine Steigerung alles dessen, was bisher auf dem Gebiete der Umstellung unseres Wirtschaftslebens, der Anpassung unserer ganzen Volkswirtschaft auf die Kriegsverhältnisse geleistet worden ist.

Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben, als ob die Zahl derjenigen, die heute müssig geht, eine ansehnliche wäre. Sie ist

nicht allzu gross. Gewiss, Nichtsteuer machen sich da und dort aufdringlich und in einer zu dem Ernste der Zeit nicht passenden Weise breit. Aber die Missiggänger sind keine Reservearmee, mit der wir unsere wirtschaftlichen Schlachten schlagen können. Wir sind darauf angewiesen, die Arbeitskräfte aus Betätigungen herauszunehmen, die für die Kriegführung und Volksversorgung von geringerer Wichtigkeit sind, oder auch aus solchen Betrieben, die an und für sich für die Kriegführung und Volksversorgung notwendig sind, die aber mit Arbeitskräften übersetzt sind. Das letztere gilt zum Beispiel für die Textilindustrie. Aus Gründen der Sozialpolitik, die ich vorhin andeutete, aus Rücksicht auf unsere Zukunft haben wir dort die Massnahmen getroffen, von denen ich vorher sagte. sie sind das Gegenteil einer rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte. Wir haben ferner durch die Unterstützung von Reich, Einzelstaaten, Kommunen, Unternehmern dazu beigetragen, dass die Arbeiter in diesen Betrieben weit über das Mass hinaus festgehalten wurden, das der zu leistenden Arbeit entspricht.

Meine Herren, so berechtigt die Motive des bisherigen Vorgehens sind: die Fortsetzung des bisherigen Systems können wir uns nicht gestatten. Wir werden darauf hinwirken müssen, dass die zu schaffende Arbeit nicht mehr Arbeitskräfte bindet, als zu ihrer Erledigung strikt notwendig ist. Dass wir dabei mit Schonung und Vorsicht vorgehen werden, dass wir nicht daran denken, zum Beispiel die Unterstützungen, die bisher für die Textil-, Lederindustrie usw. gewährt worden sind, nun zu entziehen, ehe für die Arbeiter neue Arbeit und neuer Verdienst gefunden ist, ehe für sie eine andere Existenzgrundlage gefunden ist, das, glaube ich, versteht sich von selbst. Ich will es aber ausdrücklich hier feststellen, weil doch Besorgnisse über diesen Punkt zu mir gedrungen sind.

Im ganzen Gesetze und in den Richtlinien, die ihm beigegeben sind und die nach Ihrem Wunsche wohl in das Gesetz hineingearbeitet werden, ist keine Rede davon, dass irgendeine Instanz ermächtigt sein soll, die Stillegung oder Zusammenlegung von Betrieben ohne weiteres zu dekretieren. Es handelt sich in dem Gesetz immer nur um die Frage, ob aus einem Betriebe Arbeitskräfte für den vaterländischen Hilfsdienst herausgenommen werden können

oder nicht. Darüber sollen die vom Kriegsamt zu schaffenden Ausschüsse entscheiden, natürlich in allerengster Fühlung mit den Interessenten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aber über die Zusammenlegung und Stillegung von Betrieben soll im gütlichen Einvernehmen entschieden werden. Die Industrien, die heute Reserven für Arbeitskräfte enthalten, die für solche Reserven noch in Betracht kommen, sind grossenteils organisiert und stehen mit dem Kriegsamt, dem Kriegsministerium schon deshalb in engster Fühlung, weil sie heute in der Hauptsache für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung arbeiten. Schon allein durch die Auftragserteilung hat also hier die Heeresverwaltung ein Mittel in der Hand, um dort einzuwirken, wo es etwa notwendig werden sollte.

Was nun die kleineren Leute anlangt, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, so glaube ich, auch hier ist viel unnötige Besorgnis verbreitet. Das Kriegsamt wird durch die von ihm ressortierenden Stellen im Lande draussen den einzelnen Fall genau ansehen lassen und auch da, wo eine unmittelbare Beziehung zum Krieg und zur Volksversorgung nicht vorliegt, prüfen, ob das, was an einzelnen Arbeitskräften etwa gewonnen wird, im Verhältnis steht zum wirtschaftlichen Schaden, der durch die Zerstörung selbständiger Existenzen angerichtet wird.

Zum Kapitel der schonenden und gleichzeitig rationellen Durchführung des Gesetzes gehört auch ein weiterer Punkt, der wichtig genug ist, um von mir erwähnt zu werden. Es wird in vielen Fällen leichter und einfacher sein, die Arbeit zu den Leuten zu bringen als umgekehrt die Leute zu der Arbeit. Die Erfahrungen, die mit der Umwandlung von Friedensbetrieben in Kriegsbetriebe, zum Beispiel von Spinnereien in Munitionsfabriken, bisher gemacht worden sind, zeigen, was auf diesem Gebiete geschaffen werden kann. Wenn wir die Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle, von ihrem Wohnort weg an andere Orte verpflanzen, so haben wir eine Reihe von besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Wir müssen erstens einmal die Arbeiter aus ihren gewohnten Verhältnissen herausnehmen. Das tun sie nicht gern, sie gehen nicht gern heraus. Wir müssen an dem neuen Orte für Unterkunft sorgen, auch ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist. Das kostet neue Bauten, kostet Arbeit und Material, und beides ist heute rar und teuer. Wir müssen neue

Fabrikgebäude errichten, für die dasselbe gilt wie für den Bau von Wohnungen. Das alles ersparen wir uns, wenn wir die Arbeiter dort lassen, wo sie sind, und wenn wir die Arbeit zu ihnen bringen. Wir haben den weiteren Vorteil, dass bei solchen Fabriken in der Regel auch grössere Kraftanlagen, Wasserkräfte, Dampfkraftanlagen und ähnliche sich befinden, die ohne weiteres in den Dienst einer neuen Kriegsindustrie gestellt werden können. Wir haben den Vorteil, dass die grösseren Fabriken über Reparaturwerkstätten und über Facharbeiter verfügen, die einen Grundstock für das bilden, was dort neu zu schaffen ist. Das alles müssen wir in der rationellsten Weise ausnutzen, um dadurch zur ausgiebigsten Verwertung der vorhandenen Arbeitskräfte beizutragen und gleichzeitig die Durchführung des Gesetzes so schonend für die Arbeiter und Unternehmer wie nur irgend möglich zu gestalten.

Aber, meine Herren, auch bei aller Schonung und Rücksicht der Durchführung ergeben sich aus dem Gesetze doch notwendig die weitestgehenden Wirkungen. Die Pflicht zur Arbeit im vaterländischen Hilfsdienst bedeutet, auch wenn wir hoffen, dass sie in der weit überwiegende Mehrzahl der Fälle freiwillig übernommen wird, eine wesentliche Beschränkung der persönlichen Freiheit. Die Verpflichtung zur Uebernahme einer zugewiesenen Arbeit bedarf ferner zu ihrer Ergänzung einer Erschwerung des Verlassens der Arbeit, des Arbeitswechsels. Nach der Absicht des Entwurfs soll zum Zwecke des Arbeitswechsels dem Arbeitnehmer vom Arbeitgeber ein Abkehrschein ausgestellt werden. Damit werden alle diejenigen, welche heute schon im Bereiche des vaterländischen Hilfsdienstes tätig sind, dem Gesetz unterstellt, sie werden in die grosse, neu zu schaffende Heimarmee eingereiht.

Diese Beschränkung der persönlichen Freiheit macht einen sorgfältigen Ausbau der zur Durchführung des Gesetzes bestimmten Organisation nötig. Es kommt viel, um nicht zu sagen, alles darauf an, wie die Ausschüsse, die Organe zusammengesetzt sind, die in diesen Fragen die praktischen Entscheidungen zu treffen haben. Das gilt natürlich ebenso für die Organe, die über die Kriegswichtigkeit der einzelnen Betriebe zu befinden haben, über die Frage, ob aus einem Betriebe Arbeitskräfte herausgenommen werden dürfen oder nicht. Ich hoffe, dass es gelingen wird, diese Organe

so zu gestalten, dass sie ihrer grossen und schweren Aufgabe gewachsen sein werden. Ausdrücklich möchte ich hier bestätigen, dass für die zu treffenden Entscheidungen im weitesten Masse die sachkundige Beratung der kommunalen Behörden, der Handels-, Gewerbe-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern und der Berufsorganisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern herangezogen werden soll.

Aber neben den entscheidenden Organen bedarf es eines Systems von Beschwerdeinstanzen, bedarf es eines Rechtsschutzes für diejenigen, die durch Ausführung dieses Gesetzes in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt und in ihrem Vermögen vielleicht geschädigt werden. Solche Beschwerdeinstanzen sind in den von den verbündeten Regierungen gebilligten Richtlinien vorgesehen. Ueber die Aufnahme des Rechtsschutzes in das Gesetz und über seinen Ausbau werden die verbündeten Regierungen mit sich reden lassen.

Meine Herren, zu den weitergehenden Wünschen, die in der Vorbesprechung des Gesetzentwurfs im Reichshaushaltsausschuss hervorgetreten sind, kann ich in diesem Augenblick namens der verbündeten Regierungen noch keine Stellung nehmen. Ich hoffe aber, dass aus Ihren Beratungen eine Gestaltung des Entwurfs hervorgehen wird, die die Zustimmung der verbündeten Regierungen findet, die die grossen Zwecke des Gesetzes sicherstellt und die unvermeidlichen Härten, die ein solcher Eingriff in die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur notwendigen Folge hat, auf ein Mindestmass einschränkt — ein Entwurf, der schliesslich auch die Zustimmung des deutschen Volkes findet, an das er sich mit seinen grossen Anforderungen wendet, des deutschen Volkes, das in ernster Zeit nie versagt hat, wenn das Vaterland Hingabe und Opfer von ihm verlangte.

Meine Herren, wenn diese Erwartung sich erfüllt, dann werden wir mit diesem Gesetz ein Gewaltiges zum Siege beitragen.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich Ihren Blick auf das Ganze lenken. Das gewaltige Aufgebot, zu dem das deutsche Volk durch dieses Gesetz aufgerufen wird, geht nicht hervor aus Bedrückung und Kleinmut, wie mancher unserer Gegner es darstellen möchte. Nein, meine Herren, im Gegenteil, die Stimmung, aus der

heraus dieses Aufgebot ergeht, ist die siegesgewisse Kraftanstrengung eines selbstsicheren Volkes, eines Volkes, das in 2½ Jahren unerhörten Ringens gewaltige Schläge ausgeteilt und dem Anstürmen der Massen und Maschinen der halben Welt immer und immer wieder siegreich und unbezwungen getrotzt hat.

Und nicht nur unsere braven Truppen haben gesiegt und standgehalten. Nein, meine Herren, auch die Heimarmee, die jetzt in dem neuen Gesetz feste Gestalt gewinnt, hat in den Stürmen des Weltkrieges gute und brave Arbeit getan. Sie hat bisher schon im Wirtschafts- und Hungerkrieg ihren Mann gestanden. Es ist wahr, der Feind hat uns von der Welt abgeschnitten; das hat er erreicht. Aber in der Wirkung hat er sich geirrt. Auf heimischem Boden haben wir uns den Ersatz erarbeitet für alle die Notwendigkeiten und Hilfsmittel, die uns vor dem Krieg die Aussenwelt zuführte. Auf uns allein gestellt, haben wir Leistungen vollbracht, die unsere Feinde mit der Gütererzeugung der ganzen Welt nicht zu überwinden vermochten. Meine Herren, ich glaube, es ist keine tote Statistik, es sind lebensvolle Zahlen, die unsere Kohlen und Eisengewinnung, die Grundlagen unserer Kriegsindustrie, widerspiegeln. Ich darf Ihre Geduld noch einen Augenblick in Anspruch nehmen, um Ihnen diesen Gesamtüberblick über unsere Verhältnisse zu geben.

Unsere Steinkohlenförderung erhielt durch den Kriegsausbruch im ersten Augenblick einen schweren Schlag: von 16½ Millionen Tonnen im Juli 1914 ging sie zurück auf 8½ Millionen Tonnen im August, also auf die Hälfte. Heute ist sie wieder auf 90 Prozent der höchsten Friedenserzeugung gestiegen.

Unsere Braunkohlengewinnung ist im Kriege weit über das Höchstmass der Friedenserzeugung hinausgewachsen.

Unsere Erzeugung an Flussstahl wurde durch den Kriegsausbruch von 1 628 000 Tonnen im Juli 1914 auf 567 000 Tonnen im August geworfen, also auf ein Drittel der Friedenserzeugung. Sie steht jetzt wieder auf rund 1 400 000 Tonnen; das sind 85 Prozent der höchsten Friedenserzeugung.

Diese Erzeugnisse wurden erreicht — man muss immer wieder daran erinnern —, während Millionen und aber Millionen der

kräftigsten Arbeiter gerade aus diesen Industrien herausgenommen worden sind.

Meine Herren, ich will die ungeheuren Anstrengungen, die England gemacht hat, namentlich im letzten Jahre, nicht einen Augenblick verkleinern. Aber immerhin darf ich daran erinnern, dass Englands Kohlenerzeugung, die in Friedenszeiten stets grösser war als die unsrige, für das laufende Jahr kaum irgendwie wesentlich höher sein wird als die Kohlenförderung Deutschlands. Ich darf daran erinnern, dass die Stahlerzeugung Englands, die wir in Friedenszeiten bereits beträchtlich überholt hatten, auch jetzt im Kriege trotz der grossen englischen Anstrengungen erheblich hinter unserer Stahlerzeugung zurückbleibt. Dabei arbeitet England ebenso wie seine Bundesgenossen mit Chinesen und Malaien, mit Niggern und mit anderen farbigen Völkerschaften, während uns, ausser den Gefangenen, im wesentlichen nur unsere eigene Arbeitskraft zur Verfügung steht.

Aber, meine Herren, ich will nicht nur von Zahlen sprechen. Unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten hat unsere Industrie Fortschritte erzielt, die weit über den Notbehelf hinausgehen, dauernde Errungenschaften, deren volle Entfaltung sich erst im Frieden ausnutzen lässt. In ungeahntem Masse haben wir gelernt, Material und Kraft zu sparen, teures und ausländisches Material durch billiges und inländisches Material zu ersetzen. Die Kräfte unserer Industrie sind in diesem Kriege gewachsen wie niemals in Friedenszeiten innerhalb eines gleich kurzen Zeitraums. In Monaten wurden gewaltige Anlagen geschaffen, für die man in Friedenszeiten Jahre veranschlagt hätte. Die Schule der Binnenwirtschaft, die wir jetzt durchmachen, wird bleibend und dauernd unsere wirtschaftliche Kraft, unsere Selbständigkeit und unsere Weltstellung stärken.

Meine Herren, ich will die Landwirtschaft nicht vergessen. In zwei schweren Jahren hat sie gezeigt, dass sie mit Anspannung aller Kräfte unsere Volksernährung sicherzustellen vermag. Unsere Ernährungsgrundlage für das laufende Erntejahr steht ausserhalb jeder Bedrohung durch die Feinde. Trotz der schlechten Kartoffelernte können wir angesichts der guten Ernte an Körnerfrüchten

und an Futtermitteln besser, zuversichtlicher und sicherer als im vorigen Jahre in die Zukunft blicken.

Aber, meine Herren, keine Illusionen, weder hier noch draussen im Volke! Wir bleiben knapp. Die sorgfältigste Wirtschaft und peinlichste Sparsamkeit, ja selbst empfindliche Einschränkungen und Entbehrungen sind und bleiben unerlässlich. Ich weiss, es ist ein schlechter Trost, wenn andere gleichfalls leiden. Aber wenn diese anderen unsere Feinde sind, mit denen wir in tödlichem Ringen liegen, dann wird dieser Trost schon etwas besser. In einem Kriege, der die ganze Wirtschaftskraft der Völker gegeneinander ansetzt, ist es keine müssige Frage, wie der andere steht. Genau wie für den Feldherrn das Mass der eigenen Streitkräfte für sein Urteil, für die Entscheidungen, die er zu treffen hat, nicht allein ausschlaggebend sein kann, genau ebenso steht es im Wirtschaftskriege. Gewiss, meine Herren, vom Hunger der anderen ist noch niemand satt geworden. Aber in diesem Wirtschaftskriege ist es uns nicht gleichgültig, zu wissen, ob unsere Feinde im Ueberfluss schwimmen oder ob sie darben.

Darum gestatten Sie mir einen ganz kurzen Ueberblick, einige ganz wenige Zahlen, die diese Verhältnisse beim Feinde beleuchten. Von unseren Gegnern ist England für drei Viertel bis vier Fünftel seines Bedarfs an Brotgetreide bekanntlich auf die überseeische Zufuhr angewiesen. Aber auch Frankreich und Italien haben auf Grund der letzten Ernte einen nicht unerheblichen Ausfall. Das Hauptversorgungsgebiet für unsere Feinde ist der Norden des amerikanischen Kontinents, die Vereinigten Staaten und Kanada; daneben kommen Argentinien, Indien und Australien in Betracht. Russland scheidet ja erfreulicherweise aus; die Dardanellen haben die anderen nicht aufbrechen können.

Die Ernte in Nordamerika war nun im vorigen Jahre eine Rekordernte von nie gekannter Höhe. Dieses Jahr hat sie einen Absturz von gleichfalls nie bekannter Heftigkeit erlebt. Die Weizenernte der Vereinigten Staaten und Kanadas betrug im Jahre 1915 37½ Millionen Tonnen, im Jahre 1916 nur 21 Millionen Tonnen. Das sind 16 Millionen Tonnen weniger als im vorigen Jahr. Die Gründe sind ja bekannt: schlechte Witterung, Getreidekrankheiten, Mangel an Kalidüngung. Zu dem Ausfall in der Menge kommt

noch der Ausfall in der Güte, so dass in Wirklichkeit das Ergebnis für unsere Feinde noch viel ungünstiger ist, als es nach diesen Zahlen den Anschein hat.

Meine Herren, die Vereinigten Staaten und Kanada haben bisher in der Hauptsache die Zufuhr für Westeuropa bestritten. Auf die Union und Kanada kamen von der grossbritannischen Zufuhr, die uns ja in allererster Linie interessiert, im Jahre 1914/15 nicht weniger als 74 Prozent, im Jahre 1915/16 88 Prozent. Die diesjährige Ernte macht aber eine Ausfuhr aus der Union so gut wie unmöglich, eine Ausfuhr kann nur stattfinden aus den alten Beständen, die sich rasch erschöpfen. Auch Kanada ist in seiner Exportfähigkeit schwer getroffen. England, Frankreich, Italien brauchen also zu ihrer Versorgung den Rückgriff auf Argentinien, auf Indien und Australien, die zusammen im vorigen Jahr nur 11 Prozent der englischen Einfuhr stellten.

In Argentinien sind die Ernteaussichten gleichfalls schlecht, man spricht bereits — ob mit Recht oder Unrecht, kann ich nicht entscheiden — von der Möglichkeit eines Ausfuhrverbots für Getreide aus Argentinien, ein Faktum, das in der Geschichte noch nicht da war. Vor allem aber fällt in Betracht, dass die Zufuhr von Getreide aus diesen Ländern, aus Indien, Argentinien und Australien, zwei- bis dreimal solange dauert wie die Zufuhr aus dem nordamerikanischen Kontinent, dass die Zufuhr aus diesen Ländern infolgedessen in entsprechendem Masse mehr Schiffsraum verlangt..

Das wichtigste aber ist, dass auch bei günstigem Ausfall der Ernte in Indien und Australien die Länder, die hier in Frage kommen, den Ausfall der Ernte von Nordamerika kaum werden wettmachen können. Sachverständige schätzen, dass aus der neuen Ernte dieser Länder insgesamt 4½ bis 5 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen, dazu 2 Millionen Tonnen aus der neuen Ernte der Union und Kanadas, also zusammen 6½ bis 7 Millionen Tonnen Ausfuhrmöglichkeit aus der neuen Welternte, gegenüber einem Einfuhrbedarf von ungefähr 16 Millionen Tonnen für unsere Feinde und die europäischen kleinen Neutralen. Das ist ein Defizit von 9 bis 10 Millionen Tonnen, das aus alten Beständen entnommen werden muss, und so gross sind die alten Bestände nicht entfernt.

Die Wirkung dieser Verhältnisse zeigt sich in der panikartigen Beunruhigung, die die Getreidebörsen nicht nur in England, sondern auch in Nordamerika ergriffen hat. Der Weizenpreis in Chikago ist seit Ende August bis Anfang November von 145 Cents bis auf nahezu zwei Dollar in die Höhe gegangen gegenüber einem Preise von 90 bis 120 Cents im vorigen Jahre. In Argentinien liegen die Verhältnisse ähnlich. In England ist der Weizenpreis heute, wenn ich den gegenwärtigen Kurs zugrunde lege, doppelt so hoch wie in Deutschland, und auch wenn ich den alten Sterlingkurs zugrunde lege, dann steht einem Preise von 260 Mark bei uns ein englischer Preis von 370 bis 380 Mark gegenüber.

Meine Herren, Sie sehen, dass in diesem Erntejahr der Hunger, den England gegen uns als Bundesgenossen mobil machen wollte, seine dürre Hand gegen unsere Feinde erhebt. Während im vorigen Jahre die anderen schadenfroh und siegesgewiss den Monat und Tag ausrechneten, an dem wir verhungern müssten, haben sie jetzt allen Grund, sich selbst die grösste Sorge zu machen. Und unsere wackeren Unterseeboote tun das ihrige, um diese Sorge für unsere Feinde von Tag zu Tag zu vergrössern. Wenn also unsere eigene Ernte dank der bewundernswerten Leistung unserer Landwirtschaft uns davor bewahrt, aus Hunger kapitulieren zu müssen, so dürfen wir das als einen ganz wichtigen, für uns günstigen Punkt und gegenüber dem Vorjahre günstiger gewordenen Punkt in der Kriegslage ansehen. Der Feind hat seinen Vorsprung, den er auf diesem Gebiet uns gegenüber hatte, für das laufende Erntejahr endgültig verloren.

Ich habe geglaubt, Ihnen diese Ausführungen vortragen zu sollen, um Ihnen die Gesamtlage vor Augen zu rücken. Aus dieser Gesamtlage heraus haben wir den grossen Wurf des vaterländischen Hilfsdienstes gewagt, um alle Kräfte für die grosse Entscheidung in diesem Kriege zusammenzufassen. Aus dieser Lage und aus dem Vertrauen auf das deutsche Volk entnehmen wir unsere Zuversicht.

Das deutsche Volk steht in einer Probe auf Kraft und Moral wie nie ein Volk in der Weltgeschichte. Wir müssen die Probe bestehen, und wir werden die Probe bestehen. Wir werden sie bestehen, wenn jeder Mann und jede Frau in der Heimat Stunde

für Stunde derer gedenken, die draussen im Trommelfeuer der Schützengräben mit ihren Leibern für unsere Zukunft Wacht halten.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat ausgeführt: kein Wort reicht an die Grösse dessen heran, was unseren Truppen draussen zugemutet wird, was unsere Truppen willig dulden und leisten. Andere, in ihrer Art vielleicht nicht geringere Opfer und Leistungen werden von unserer Heimat verlangt, Opfer und Leistungen bis zur Selbstentäusserung, bis zum Aufgehen des Einzellebens und des Einzelschicksals in dem höheren Daseinszweck der Gesamtheit. Aber jeder Kampf und jede Arbeit, jedes Opfer und jede Entbehrung wird geheiligt durch den Gedanken, dass wir alle, die wir arbeiten und kämpfen, Grundsteine und Bausteine herbeischaffen für eine bessere und stärkere Zukunft unseres Vaterlandes. In diesem Geiste, meine Herren, wird das deutsche Volk — das hoffen wir zuversichtlich — das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufnehmen und durchführen.

Reichsamt des Innern und Kriegswirtschaft.

Rede vom 21. März 1917.

Meine Herren, nachdem die Vertreter der verschiedenen Fraktionen aus dem Hause gesprochen haben, gestatten Sie mir, dass ich zu den einzelnen Wünschen und Anregungen, die hier von den Herren Rednern vorgebracht worden sind, meinerseits kurz Stellung nehme.

Meine Herren, die Frage des zweiten Unterstaatssekretärs darf ich wohl nach der gestrigen Diskussion als erledigt ansehen. Ich bin dankbar dafür, dass von allen Seiten in diesem Hause das Bedürfnis nach Entlastung, mit dem ich die Einsetzung dieser Forderung begründet habe, anerkannt worden ist, und dass es mir damit besser geht als seinerzeit dem Fürsten Bismarck, der bekanntlich den dritten Direktor im Auswärtigen Amt, den Direktor der handelspolitischen Abteilung, unter schweren Kämpfen hat durchsetzen müssen. Meine Herren, ich habe sogar aus manchen Ausführungen herausgehört, dass, wenn ich etwas weniger bescheiden wäre, man mir vielleicht selbst einen dritten Unterstaatssekretär zubilligen würde. Ich habe vor allen Dingen die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoch nach dieser Richtung aufgefasst. Ich bin da einer auf dieser Seite etwas ungewöhnlichen Bewilligungsfreudigkeit begegnet, und meine Freude darüber wird nur dadurch etwas gemildert, dass ich ja nach den bisherigen Erfahrungen damit rechnen muss, dass schliesslich der Herr Abgeordnete Hoch zu meinem ganzen Etat wieder das gewohnte „Nein" sagen wird.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass in Kriegszeiten auch mit Personalanforderungen so sparsam umgegangen werden soll, wie es nur irgend möglich ist, dass niemand berechtigt ist, mehr

zu verlangen, als er unbedingt braucht. Mit dem zweiten Unterstaatssekretär werde ich fürs nächste zurechtkommen und damit, glaube ich, kann ich die Angelegenheit in der Tat als für mich befriedigend gelöst betrachten.

Wie die Dinge späterhin werden, das ist eine Sache für sich, die wir zur gegebenen Zeit zusammen mit Ihnen zu behandeln haben werden. Dann wird ja auch, wie das von verschiedenen Seiten aus dem Hause angekündigt worden ist, die Kardinalfrage wieder auftauchen, ob eine Teilung des Amtes nützlich und notwendig ist oder nicht. Darüber, dass heute während des Krieges zu einer so tiefeinschneidenden Neuorganisation nicht geschritten werden kann, besteht ja auch bei den grundsätzlichen Anhängern der Teilung des Amtes Uebereinstimmung. Aber ich möchte meinerseits auch heute schon hier zum Ausdruck bringen, dass mir die Gründe, die hic et nunc gegen eine Teilung des Reichsamts des Innern sprechen, doch die stärkeren und die entscheidenden zu sein scheinen. Es ist nicht etwa eine an sich leicht verständliche Abneigung gegen eine Vivisektion, die mich diesen Standpunkt vertreten lässt, sondern es ist die rein sachliche Erwägung, dass die Materien, die heute im Reichsamt des Innern bearbeitet werden, und die auf den ersten Blick manchem zusammenhanglos erscheinen mögen, doch so eng miteinander verbunden sind, dass sie ohne Schaden für die Sache nicht auseinandergeschnitten werden können. Die drei grossen Gruppen sind die Fragen der inneren Politik, der Sozialpolitik und der Wirtschafts- und Handelspolitik. Der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Handelspolitik auf der einen Seite und Sozialpolitik auf der andern Seite kann ja gar nicht bestritten werden. Die grossen Fragen, die in meinem Amte zu behandeln sind, haben — einerlei auf welchem Gebiet sie ihren Ausganspunkt haben — notwendig ihre Wirkungen auch auf das andere Gebiet, — Wirkungen, die bei der Gesamtbeurteilung unter allen Umständen in Betracht gezogen werden müssen. Ebensowenig lässt sich nach meiner Meinung, wie die Verhältnisse im Reich gelagert sind, ein Strich ziehen zwischen innerer Politik und Sozialpolitik. Auch hier sind die Zusammenhänge so eng, dass bei

einer Aufteilung dieser beiden Materien nach verschiedenen Aemtern die Sache nach meiner Ansicht zu kurz kommen müsste.

Wenn wir zwei oder drei Staatssekretäre hätten, die sich in diese Materien teilten, von denen jeder direkt dem Reichskanzler unterstellt wäre, dann wäre die notwendige Folge die, dass die Herstellung dieses Zusammenhangs, von dem ich eben sprach, die Abwägung der verschiedenen Interessen, von dem heutigen Staatssekretär des Innern wegverlegt werden würde auf den Reichskanzler. Ich habe mich im Ausschuss kurz dahin ausgedrückt, der Reichskanzler müsste zu seinen heutigen Geschäften noch hinzu ungefähr das werden, was heute der Staatssekretär des Innern ist. Das kann der Reichskanzler nicht, das kann auch der stärkste Mann nicht. Die Aufgabe wäre zu gross für einen Mann. Deswegen wird auch in Zukunft nach meiner Ansicht ein Versuch, das Reichsamt des Innern auseinanderzulegen in verschiedene selbständige Aemter, auf die grössten sachlichen Schwierigkeiten stossen.

Auf der andern Seite gebe ich Ihnen zu, dass der Arbeitskreis, den mein Amt zu bewältigen hat, ein ausserordentlich grosser ist. Aber ich kann nur sagen, es gibt keine Arbeit, die so gross ist, dass sie nicht von einer Stelle geleitet werden könnte, wenn dieser Stelle einmal das notwendige Personal, ausreichend in der Anzahl, ausreichend in seiner Eignung, zur Seite steht, und wenn zweitens die Arbeitsverteilung eine zweckmässige und vernünftige ist. Wenn das der Fall ist, kann man mit jeder Arbeit, und wenn sie noch so gross und ausgedehnt ist, fertig werden. Mit das wichtigste Geheimnis bei jeder Organisation ist, dass die Arbeitsverteilung so gegliedert wird, dass die Spitzen genügend entlastet werden, um die Leitung der Gesamtgeschäfte zu führen. Diese Entlastung hat nach der heutigen Verfassung der obersten Reichsbehörden der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Innern braucht sie noch, und der zweite Unterstaatssekretär ist hierzu ein wichtiger Schritt.

Nach diesen Ausführungen über mein eigenes Amt darf ich mich wenden zu den Betrachtungen, die gestern und heute hier über die allgemeine wirtschaftliche Lage angestellt worden sind. Wir stehen jetzt im 32. Monat des Krieges. Wir leben und arbeiten nur noch für den Krieg. Die Einstellung unserer ganzen Wirt-

schaft auf den Krieg hat eine Beschleunigung und Verstärkung erfahren durch das Hilfsdienstgesetz, dem Sie im letzten Dezember Ihre Zustimmung erteilt haben. Wir verfahren bei Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mit jeder Schonung und jeder Rücksicht, die mit dem Endzweck des Gesetzes noch verträglich ist, und dieser Endzweck ist das Herausholen aller verfügbaren Arbeitskräfte und die Konzentration der verfügbaren Arbeitskräfte auf die lebens- und kriegswichtigen Tätigkeiten.

Meine Herren, die Ziffern unserer Arbeitsnachweise zeigen Ihnen, mit welcher Hochspannung unsere wirtschaftliche Maschine in diesem Punkte, in dem Punkte der menschlichen Arbeitskräfte, arbeitet. Die Zahlen bis zum neuesten Stande, soweit sie vorliegen, bis zum Januar 1916, will ich kurz anführen.

Bei den männlichen Arbeitern hatten wir im letzten Friedensmonat, im Juni 1914, 158 Angebote auf 100 offene Stellen. Sie wissen, dass dann zunächst mit dem Kriegsausbruch eine sehr starke Arbeitslosigkeit eintrat. Das ganze wirtschaftliche Leben hielt gewissermassen den Atem still, und die Folge davon war, dass das Angebot männlicher Arbeiter im August auf 100 Stellen nicht weniger als 248 betrug. Dann, wie allmählich das wirtschaftliche Leben wieder in einen geordneten Gang kam und sich den Kriegsverhältnissen anpasste, trat fortschreitend eine Minderung der Arbeitslosigkeit ein, bis im April 1915 der Gleichungspunkt erreicht wurde: im April 1915 kamen 100 offene Stellen auf 100 Angebote. In der weiteren Entwicklung wurde dieser Gleichungspunkt unterschritten in dem Masse, dass ich im Dezember v. J., als wir hier das Hilfsdienstgesetz berieten, Ihnen mitteilen musste, dass schon im Oktober 1916 die Anzahl der Angebote auf 100 offene Stellen nur noch 64 betrug. Es ist dann seit dieser Zeit eine weitere Verschlechterung dieser Verhältnisse eingetreten. Im Dezember kamen nur 58 Angebote auf 100 offene Stellen für männliche Arbeitskräfte. Der Januar hat eine kleine Erleichterung gebracht; im Januar waren es 61. So hat sich bei den männlichen Arbeitskräften die Gestaltung der Dinge entwickelt.

Sie wissen, dass bei den weiblichen Arbeitskräften die Entwicklung eine andere war. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

die Frauen sind nicht zum Kriegsdienst eingezogen, und bei den Frauen besteht das Problem darin, dass wir Frauen in grossem Umfange in Stellen hineinbringen, die durch Einziehung männlicher Arbeiter frei geworden sind. Bei den Frauen deckten sich bei Kriegsausbruch Angebot und Nachfrage, es kamen im Juli 1914 99 Angebote auf 100 Nachfragen. Mit dem Kriegsausbruch kam auch hier die bekannte Verschärfung der Arbeitslosigkeit, so dass 202 Angebote auf 100 offene Stellen im Monat August 1914 entfielen. Dann auch hier die Besserung wie bei den männlichen Arbeitskräften, so dass ich im Dezember v. J. mitteilen konnte, dass im Oktober 1916 — die letzte Zahl, die zur Verfügung stand — 135 Angebote auf 100 offene Stellen entfielen. In welchem Masse die Heranziehung der Frauen zur Arbeit — zur Kriegsarbeit, eine andere gibt es ja heute nicht mehr — gewachsen ist, ergibt sich daraus, dass im Dezember das Angebot sich auf 123 vermindert hatte, und dass im Januar nur noch 115 Angebote auf 100 offene Stellen vorlagen. Sie sehen also, in welchem Masse, auch ohne dass wir die Frauen in das Hilfsdienstgesetz einbezogen haben, tatsächlich die Frauen in die Arbeit weiter hineingegangen sind.

Meine Herren, es ist gestern und heute von einigen Rednern bedauert worden, dass dem so ist. Dieses Bedauern kann ich nicht voll teilen, obwohl ich die Nachteile einer so intensiven Heranziehung der Frauen zur Arbeit ganz gewiss nicht verkenne. Aber, meine Herren, wir sind im Kriege. Brot und Arbeit, das bleibt die Losung. Wir haben beides, wenn wir die nötigen Arbeitskräfte haben. Wir haben die nötigen Arbeitskräfte, wenn jeder Mann und jede Frau an den richtigen Platz gestellt werden und ihre volle Schuldigkeit tun, soweit ihre Kräfte reichen. Wir werden aber unterliegen, trotz aller Heldentaten unserer Truppen, wenn uns der Wille und die sittliche Kraft fehlt, zu tun, was die Schicksalsstunde unseres Volks von uns allen gebieterisch verlangt, frei von Sentimentalität gegen den Feind und gegen uns selbst, das Auge nur auf das eine grosse Ziel gerichtet!

Meine Herren, ich sage frei von Sentimentalität auch gegen uns selbst. Es mag hart klingen, was ich sage; aber nicht ich bin hart, sondern die Zeit ist hart. Es bleibt uns nicht erspart,

gegen uns selbst hart zu sein bis zum äussersten. Draussen werden tausend und aber tausend blühender Leben für das Vaterland geopfert. Unsere Brüder gehen mit Freuden für das Vaterland in den Tod. Auch unsere Feldherren, die draussen unsere Kämpfe leiten, haben ein menschliches Herz in der Brust; aber auch sie schicken ihre Truppen stählernen Herzens in den Tod, wenn das Vaterland es verlangt. Es kommt für sie darauf an, den Sieg zu gewinnen, und, meine Herren, es kommt auch für uns in der Heimat darauf an, den Sieg zu gewinnen. Der Sieg wird nicht gewonnen, ohne dass die grössten Opfer dafür gebracht werden. Sehenden Auges wollen und müssen wir diese Opfer bringen.

Sie sehen, meine Herren, dass auch ich mich nicht verhärte gegen all das Schwere, was unserem Volke und namentlich den grossen Massen unseres Volkes durch die Kriegsnotwendigkeiten auferlegt wird. Ich weiss, um mit einem zu beginnen, dass die Stillegung zahlreicher mittlerer und kleiner Betriebe eine grosse Anzahl von Existenzen schwer schädigt und manche davon wohl auf die Dauer vernichtet; ich weiss auch, dass dieser Prozess nicht nur ein privater Schaden der Betroffenen ist, sondern dass die geschädigten und ausgeschalteten mittleren und kleinen Betriebe wertvolle Bestandteile unserer sozialen und wirtschaftlichen Gemeinschaft sind, wertvolle Glieder, die nicht verschwinden können, ohne dass der gesamte Aufbau unseres völkischen Lebens dadurch einen dauernden Schaden erfährt. Das steht uns allen vor Augen, und deshalb, meine Herren, dürfen Sie überzeugt sein, dass alles geschieht und alles geschehen wird, was zur Milderung dieser Wirkungen irgendwie geschehen kann. Es wird deshalb insbesondere auch beim Wiederaufbau in der Uebergangszeit unsere Aufgabe sein, alles zu tun, was geschehen kann, um für die Wiederherstellung einer gesunden Struktur unseres volkswirtschaftlichen Aufbaues zu sorgen.

Ein wichtiger Teil der Massnahmen, die heute schon für die Uebergangswirtschaft ins Auge gefasst sind, insbesondere hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung und, daran anschliessend, der Rohstoffverteilung, — ein wichtiger Teil dieser Massnahmen ist dazu bestimmt, zu verhindern, dass einzelne, die sich in besonders

günstiger Lage befinden, die besonders kapitalkräftig sind, die jetzt nicht stillgelegt worden sind, sondern weiter arbeiten im Gegensatz zu anderen, dass diese einen nicht wieder einzuholenden Vorsprung, einen nicht wieder auszugleichenden Gewinn vor denjenigen voraushaben, die heute haben stillgelegt werden müssen. Wir werden bei der Uebergangswirtschaft dafür sorgen müssen, dass im grossen Umfange eine gemeinschaftliche Beschaffung der Rohstoffe stattfindet und dass die Rohstoffe aufgeteilt werden nicht nach dem Stande der Industrie, wie sie am Ende des Krieges aussieht, sondern unter Berücksichtigung alles dessen, was inzwischen an Verschiebungen eingetreten ist.

Meine Herren, ich weiss, dass es auch beim besten Willen und bei der besten Einsicht nicht gelingen wird, alle die Schäden, die wir sich jetzt vollziehen sehen, wieder gutzumachen. Aber aus den Gründen, die ich vorhin anführte, darf uns das nicht bewegen, auf Massnahmen zu verzichten, die Kriegsnotwendigkeit sind, und von denen der Ausgang des Krieges mit abhängig ist.

Dasselbe gilt für die zahlreichen Wünsche, die der sozialdemokratische Antrag auf Nr. 676 der Drucksachen enthält. Diese Wünsche scheinen mir die an sich zweifellos berechtigte Rücksicht auf den Arbeiterschutz doch in zu weitgehendem Masse über die Kriegsnotwendigkeit zu stellen. Wir haben nicht leichten Herzens zu Beginn des Krieges vorgesehen, dass der Arbeiterschutz, den wir im Frieden geschaffen haben, auf den wir stolz sind, eingeschränkt werden darf dort, wo die Notwendigkeit dafür hervortritt. Nur soweit die Notwendigkeit dafür im einzelnen Falle vorlag, sind solche Einschränkungen vorgenommen worden. Sie haben damals in dem Gesetz, das am 4. August 1914 beschlossen wurde, dem Reichskanzler die Befugnis erteilt, generelle Ausnahmen zu gestatten gegenüber den Bestimmungen, die für den Schutz der weiblichen Arbeiter und der Jugendlichen getroffen worden sind. Der Reichskanzler hat bisher von dieser Befugnis, generelle Ausnahmen zuzulassen, überhaupt keinen Gebrauch gemacht; auch die Landesregierungen haben keine generellen Ausnahmen zugelassen, sondern von Fall zu Fall aufs genaueste geprüft, ob solche Ausnahmen notwendig sind, oder ob sie vermieden werden können. Wenn die Prüfung das Ergebnis hatte,

dass Ausnahmebestimmungen in der Tat überflüssig sind, dass sie nicht durch die Kriegsnotwendigkeit diktiert sind, so sind sie unterblieben. Dasselbe gilt auch in bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften. Gewiss, wenn es darauf ankommt, in einer kurz bemessenen Zeit das Maximum von Leistungen herauszuholen, so kann nicht entscheidend sein, ob der einzelne sich mehr oder minder einer Gefahr aussetzt, daheim so wenig wie draussen im Felde. Aber auch hier ist in bezug auf die Unfallverhütung alles geschehen, und ich setze mich dafür ein, es wird alles weiter geschehen, was irgendwie geschehen kann, um die Arbeitskraft, das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung zu sichern. Unser Reichsversicherungsamt ist stolz darauf, dass es von Anfang an, und gerade auch unter dem jetzigen Präsidenten, der Frage der Unfallverhütung seine besondere Sorgfalt gewidmet hat; denn die Präventive ist wichtiger als die Repressive. Der Unfall, der verhütet wird, ist besser als die schönste Rente, die für einen Unfall gezahlt wird.

Es ist gesagt worden, dass wir von dem Kapital der Volksgesundheit zehren. Ich gebe zu, ein Stück Kapital von der Volksgesundheit werden wir opfern müssen und opfern wir, um den Krieg zu gewinnen. Aber es ist besser, wir zehren vom Kapital, als wir verlieren das Gesamtkapital unseres Volkstums.

Meine Herren, ich komme zu einem weiteren Punkt, der in Ihren Erörterungen eine Rolle gespielt hat, das sind die Wünsche, die hier in bezug auf die Wohlfahrtspflege geäussert worden sind.

Der Ausschuss hat nach eingehender Beratung eine Reihe von Resolutionen angenommen, zu denen ich bereits Stellung nehmen konnte. Die Herren, die den Sitzungen im Ausschuss beiwohnten, haben gesehen, dass wir die Gesichtspunkte, von denen aus die Wünsche geäussert worden sind, zu würdigen wissen.

Was die Wünsche anlangt, die beruhen auf der hohen Einschätzung, die der Bevölkerungszuwachs für unsere Stellung in der Welt haben wird, so habe ich bereits im Ausschuss erklärt, dass die Wünsche in bezug auf die Säuglingspflege usw. nach Möglichkeit erfüllt werden sollen. Die Herren haben gehört, dass die Erfüllung den Wünschen teilweise sogar vorausgeeilt ist.

Soweit die Wochenhilfe in Betracht kommt, ist der Wunsch ausgesprochen worden, dass die Wochenhilfe, die den Kriegerfrauen zugebilligt wird, auch auf die Frauen der Hilfsdienstpflichtigen ausgedehnt werden möge. Ich habe mich noch in der Sitzung des Ausschusses mit dem Herrn Reichsschatzsekretär über diesen Punkt in Verbindung gesetzt und konnte mitteilen, dass die finanziellen Gesichtspunkte in diesem Falle hinter den wichtigeren Gesichtspunkten der Förderung des Bevölkerungszuwachses, der Erzielung einer gesunden Nachkommenschaft zurücktreten müssen. Auf dieser Grundlage werden die verbündeten Regierungen prüfen, wie weit und in welcher Form sich die in der Resolution niedergelegten Wünsche erfüllen lassen.

Dann die Familienunterstützung. Meine Herren, hier konnte ich in der Kommission mitteilen, dass damals schon dem Bundesrate ein Antrag zugegangen war, der die Aufrechterhaltung der Wintersätze — Mark 20 für die Frauen, Mark 10 für die Kinder — auch über den 1. Mai vorsieht. Der Bundesrat hat noch nicht Beschluss gefasst. Ich zweifle nicht, dass die verbündeten Regierungen die Gründe würdigen werden, die das hohe Haus zu diesem Wunsche und die die Reichsleitung zu dem Antrage im Bundesrate bestimmt haben.

In Verbindung mit der Familienunterstützung besteht noch ein Wunsch, der in den Ausschüssen keine Annahme fand, nämlich die Erhöhung der Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliden- und Unfall-Renten. In der Form, wie der Antrag vorliegt, lässt sich dem Wunsche aus den Gründen, die im Ausschusse erörtert worden sind, nicht entsprechen. Ich habe aber im Ausschusse darauf hingewiesen, dass die zweimal bewilligten 200 Millionen Mark für Wohlfahrtszwecke die Möglichkeit geben, einzugreifen, wo wirkliche Not besteht. Zwar sprechen die Bestimmungen, die der Bundesrat getroffen hat, in erster Linie von Beihilfen an Erwerbslose, die an sich arbeitsfähig sind. Wir sind aber dabei, zu prüfen, in welcher Form die vom Bundesrate getroffenen Bestimmungen erweitert werden können, um die Wohlfahrtspflege auch den an sich Arbeitsunfähigen zugute kommen zu lassen.

In Verbindung mit der Frage der Familienunterstützung muss ich zurückkommen auf die Ausführungen, die der Herr Vorredner

im Anschluss an ein Rundschreiben gemacht hat, das ich vor kurzem an die sämtlichen Bundesregierungen gerichtet habe, und das auch der Kommission zur Kenntnis gebracht worden ist.

Wir wollen uns nicht verhehlen, dass in diesem Punkte die Dinge nicht so einfach liegen, dass sich ohne weiteres über die Massnahmen, die ich noch erläutern werde, der Stab brechen lässt. Wir haben von Anfang an bei unseren Anweisungen über die Gewährung der Familienunterstützung den Stellen, die über die Bedürftigkeit zu entscheiden haben, zur Pflicht gemacht, dabei ohne Engherzigkeit zu verfahren. Das gilt insbesondere auch, soweit die Anrechnung von Arbeitsverdienst in Betracht kommt.

Auf der anderen Seite sind wir nicht in der Lage, zuzusehen und es ruhig geschehen zu lassen, dass zahlreiche Frauen und Jugendliche, die arbeiten können, auf Grund der Familienunterstützung, die ihnen gezahlt wird, nicht arbeiten. Die Klagen darüber, dass das geschieht, sind nicht gering, sondern zahlreich und haben sich in den letzten Monaten noch vermehrt, während gleichzeitig die Notwendigkeit, jede verfügbare Arbeitskraft auch wirklich verfügbar zu machen, sich gesteigert hat. Es sind uns darüber Klagen von Leuten zugegangen, deren soziales Empfinden über jeden Zweifel erhaben ist, bei denen jeder Gedanke, als ob es sich um die Ausnutzung von Arbeitskräften zu selbstsüchtigen Privatzwecken handele, von vornherein ausscheiden muss.

Dieser Gedanke hat selbstverständlich auch mir und der Reichsleitung bei dem Rundschreiben, das wir über diese schwierige Frage haben hinausgehen lassen, ferngelegen; ich lege Wert darauf — mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten —, den Wortlaut des Rundschreibens zu verlesen. Ich glaube, dass er in den Kreisen, wo heute vielleicht noch Zweifel bestehen, diese Zweifel beseitigen wird. Das Rundschreiben, vom 7. März d. J. datiert, lautet folgendermassen:

> Die Reichsleitung hat stets den Standpunkt vertreten und zu wiederholten Malen eindringlichst darauf hingewiesen, dass bei Prüfung der Anträge auf Familienunterstützung weitgehendes Wohlwollen gezeigt und jede Engherzigkeit vermieden werden solle. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Auch jetzt noch wird es für unbedingt erforderlich erachtet,

dass für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in jeder Hinsicht ausreichend gesorgt wird. Die an der Front kämpfenden Männer, die tagtäglich ihr Leben für das Vaterland einsetzen, haben Anspruch darauf, der Sorge um die Ihrigen daheim enthoben zu sein. Sie müssen das Bewusstsein in sich tragen, dass ihre Familien, für die sie selbst jetzt nicht zu schaffen vermögen, keine Not leiden, sondern erhalten, was für den Lebensunterhalt usw. erforderlich ist.

Wenn somit das Reich seine Pflicht gegenüber den Angehörigen der Kriegsteilnehmer in weitestgehender Weise erfüllen muss, so müssen aber auch die Angehörigen der Pflichten eingedenk sein, die in dieser ernsten Zeit jeder gegen das Vaterland hat. Es hat aber den Anschein, als ob dies nicht durchweg der Fall wäre. Von verschiedenen Seiten, insbesondere aus ländlichen Bezirken, ist, unter aller Anerkennung der Gewissenhaftigkeit anderer Kriegerfrauen, Klage darüber geführt worden, dass sich ein Teil der Kriegerfrauen, und zwar selbst solche, die früher stets auf Arbeit gegangen sind, nicht zur Uebernahme von Arbeit bereit finden liessen, trotzdem sie körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen dazu sehr wohl imstande seien. Auch sollen sich vielfach Frauen geweigert haben, ihre Kinder, die früher stets auf Arbeit gegangen und auch dazu kräftig genug sind, in der Zeit der grössten Arbeitshäufung bei den so unbedingt der Förderung bedürfenden landwirtschaftlichen Arbeiten mithelfen zu lassen.

Ein solches Verhalten kann in den jetzigen Zeiten, wo es im Interesse des wirtschaftlihcen Durchhaltens auf jede einzelne Arbeitskraft ankommt und wo jeder einzelne, wer es auch sein möge, die Pflicht hat, nach seinen Kräften mitzuarbeiten, nicht gebilligt werden. Wo derartige Fälle vorkommen, wird es daher die Pflicht der Behörden sein, nötigenfalls einzugreifen. Weigern sich Kriegerfrauen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich sind

— das unterstreiche ich mit bezug auf die Aeusserung des Herrn Vorredners —

und körperlich zu arbeiten vermögen, vor allem junge alleinstehende Kriegerfrauen, zu arbeiten, so wird angenommen werden können, dass sie dann auch der Familienunterstützung zum Durchkommen nicht bedürfen. Es wird deshalb, auch im Interesse der Allgemeinheit und mit Rücksicht auf die gewissenhaft ihre vaterländische Pflicht erfüllenden Frauen, zu rechtfertigen sein, bei diesen Kriegerfrauen zur Einziehung der Familienunterstützung zu schreiten. Selbstverständlich darf dies nur nach reiflicher Prüfung und auch nur geschehen, nachdem die Frauen auf ihre Pflicht unter Mitteilung der Folgen ernsthaft hingewiesen sind. Die Kriegerfrauen tragen selbst die Schuld daran, wenn sie durch ihr Verhalten ein solches Vorgehen der Behörden herausfordern und müssen dann auch die Folge tragen.

Wird somit Kriegerfrauen, die sich trotz vorhandener Möglichkeit und Fähigkeit dauernd ihrer Pflicht, zu arbeiten, entziehen, die Familienunterstützung nicht weiter zu gewähren sein, so werden die Lieferungsverbände auf der andern Seite bei Frauen, die ihre Pflichten in jeder Weise tun und womöglich trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse sich durch ihrer Hände Arbeit noch etwas hinzuerwerben, nicht engherzig zu verfahren haben. Die Familienunterstützung wird ihnen nicht etwa mit Rücksicht auf den Arbeitslohn ohne weiteres entzogen oder gekürzt werden dürfen. Bei Berücksichtigung der schwierigen Ernährungsverhältnisse und teuren Lebensbedingungen, die zur Zeit herrschen, wird sie ihnen vielmehr, auch im Interesse der besseren Ernährung der Kinder, im wesentlichen auch dann zu belassen sein, wenn eine Bedürftigkeit nicht ganz zweifellos vorliegen sollte. Ein solches Vorgehen ist auch mit der Bestimmung des Gesetzes, dass die Bedürftigkeit bei Gewährung der Familienunterstützung massgebend sein soll, durchaus in Einklang zu bringen, da den Kriegerfrauen durch Uebernahme von Arbeit meist auch besondere Ausgaben, z. B. durch Mehrverbrauch an Kleidung, für Stellvertretung im Haushalt u. dgl., erwachsen werden. Die Lieferungsverbände werden daher die Frage, ob bei Uebernahme von Arbeit die Familienunterstützung ganz

fortfallen oder gekürzt werden kann, nach Lage der gesamten Verhältnisse prüfen müssen. Allgemeine Anordnungen lassen sich in dieser Hinsicht nicht treffen, zumal auch bei der Gewährung von Zusatzunterstützungen in den einzelnen Lieferungsverbänden ganz verschieden verfahren wird. Als Grundsatz wird für alle Lieferungsverbände gelten können, dass von dem Arbeitsverdienste der Kriegerfrauen bei Prüfung der Bedürftigkeit ein Teil, vielleicht 50 v. H., überhaupt ausser Betracht zu lassen ist. Auch wird noch zu beachten sein, dass, falls eine Frau gezwungen ist, ausserhalb ihres Wohnortes Arbeit zu nehmen und somit doppelten Haushalt zu führen, ihr dadurch auch besondere Unkosten erwachsen. Für diese Fälle würde der bezüglich der zur Arbeit entlassenen Heerespflichtigen aufgestellte Grundsatz, dass die dadurch entstehenden Mehrkosten mit 2 Mark für den Tag in Ansatz zu bringen sind, zur Richtschnur genommen werden können.

Es wird den Lieferungsverbänden zur Pflicht zu machen sein, auf der einen Seite alle Härten zu vermeiden, andererseits aber auch da wirklich einzuschreiten, wo tatsächlich unberechtigte Arbeitsverweigerungen festgestellt sind.

Meine Herren, ich glaube, dieses Rundschreiben entspricht trotz der Einwendungen, die dagegen erhoben worden sind, den Bedürfnissen und der Billigkeit. Ich habe es aus guten Gründen erlassen und ich halte es aufrecht.

Meine Herren, ich freue mich, in diesem Zusammenhange darauf hinweisen zu können, dass die Sorgen um die Volksgesundheit, die infolge der beschränkten Ernährung und der stärkeren Arbeitsbelastung unserer Bevölkerung so häufig geäussert werden, sich, soweit es sich aus dem vorhandenen Material beurteilen lässt, nicht in vollem Umfange erfüllen. Die dem Reichsgesundheitsamt zugehenden Berichte, die sich auf eine Reihe von Einzelbeobachtungen stützen, lauten im grossen ganzen nicht allzu pessimistisch: sie drücken vorwiegend aus, dass der Gesundheitszustand ein unter den gegebenen Verhältnissen unerwartet günstiger ist. Ich führe das mit darauf zurück, dass namentlich der Genuss von Alkohol durch den Zwang der Verhältnisse eine sehr heilsame Beschränkung erfahren hat. Vor allem ist es er-

freulich, dass die günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit, von der ich vor einiger Zeit in der Kommission schon berichten konnte, eine weitere Fortsetzung erfahren hat. Die Geburten haben, wie bereits hervorgehoben wurde, durch die Abwesenheit von Millionen von Männern im besten Lebensalter draussen im Felde allerdings stark abgenommen. Aber die Zahl derjenigen Säuglinge, die im ersten Lebensjahre, auf hundert Lebendgeborene berechnet, gestorben sind, hat den Rückgang, von dem ich damals sprach, weiter fortgesetzt. Es liegen mir für die Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern die Gesamtzahlen für 1916 vor. Danach hat die Kindersterblichkeit in diesem Sinne — also Gestorbene im ersten Lebensjahre auf hundert Lebendgeborene — 13,3 betragen gegen 14,4 im Jahre 1915 und 15,5 im Jahre 1914. Also von 1914 auf 1916 ein Rückgang von 15,5 auf 13,3! Die Säuglingssterblichkeit ist heute günstiger, als sie es jemals in einem früheren Jahre gewesen ist. (Zuruf!) — Die prozentuale Säuglingssterblichkeit, also auf 100 Lebendgeborene berechnet! Ich glaube, wir sollten nicht daran kritteln, sondern sollten uns darüber freuen, dass es so ist.

Meine Herren, ich habe über die Notwendigkeit gesprochen, alles, was wir an Arbeitskräften besitzen, verfügbar zu machen unter Zurückstellung von Rücksichten, die wir in Friedenszeiten genommen haben und selbstverständlich im Frieden wieder nehmen werden. Auf Grund dieser intensiven Anspannung und planmässigen Konzentration unserer Arbeitskräfte ist es uns gelungen, bisher durchzuhalten, und wird es uns auch weiter gelingen. Auf Grund dieser Konzentration der Arbeitskräfte ist es uns gelungen, unserem Boden die Früchte abzuringen, die wir für unsere Ernährung brauchen, und ist es uns gelungen, diejenigen Kampfmittel zu schaffen und unserer Streitmacht zu Wasser und zu Lande zur Verfügung zu stellen, die wir brauchen, um den Feind zu schlagen und den Sieg zu gewinnen. Aber wir wollen uns auch hier keiner Täuschung hingeben. Die Riesenaufgabe, die uns das Schicksal gestellt hat, wird mit der Dauer des Krieges nicht leichter, sie wird schwerer. Der Krieg stellt fortgesetzt wachsende Ansprüche an unsere Arbeitsleistung und an das, was wir an Opfern und an Entbehrungen tragen müssen. Ich bin felsenfest überzeugt, wir werden es schaffen. Aber es wird knapp sein.

Und es wird hart sein. Knapp vor allen Dingen in der Ernährung. Unser Volk verdient in höchstem Masse Bewunderung für den vaterländischen Sinn, mit dem es die letzten harten Wochen und Monate ertragen hat, wo es schien, als ob der Himmel gegen uns im Bunde wäre mit der langen Kälteperiode, die unsere Transporte unterband. Es hat damit gezeigt, dass ihm das Wort „Durchhalten" keine leere Phrase ist, die mit Druckerschwärze auf Zeitungspapier steht, sondern dass ihm das Durchhalten bitterer Ernst geworden ist, dass das Durchhalten ein Teil seines moralischen Besitzstandes geworden ist.

Meine Herren, die Portionen sind schmal, und damit, dass die Portionen schmal sind, wächst die Forderung immer stärker und zu immer grösserer Berechtigung, dass jeder, der irgendwie über Vorräte verfügt, die er für seinen eigenen Lebensunterhalt, für seine eigene Wirtschaft nicht ganz dringend und zwingend braucht, alles irgend Entbehrliche zur Verfügung stellt. Ich bin überzeugt, wenn draussen im Lande überall den Leuten klar wird, wie es bei uns in den Städten aussieht, wie willig sich in den Städten die hart arbeitende Bevölkerung einschränkt, weil sie die vaterländische Notwendigkeit einsieht, — dass dann überall auf dem Lande diese Erkenntnis dahin wirken wird, dass jeder tut, was er kann, um denen in den Städten zu helfen. Ich habe zu dem Vaterlandssinn unserer ländlichen Bevölkerung dasselbe Vertrauen, wie ich es zu unserer städtischen Bevölkerung habe, die sich so ausgezeichnet in den letzten Wochen benommen hat.

Für die Zukunft wird der neue Wirtschaftsplan, wie ich glaube, eine gewisse Erleichterung schaffen. Es ist ja hier bei meinem Etat nicht mehr der Platz, über Ernährungsfragen zu sprechen, aber im Gesamtzusammenhange muss ich diese Dinge doch auch in Berücksichtigung ziehen. Ich hoffe, dass der Preisausgleich, der in den Beratungen der Ernährungskommission gefunden worden ist, dazu beitragen wird, die Interessen — ich sage mit Absicht nicht: der Produzenten, sondern: die Interessen der Produktion mit den Interessen der Verbraucher zu vereinen. Schon deshalb spreche ich diese Hoffnung aus, weil ja die Interessen der Produktion in allerhöchstem Masse die Interessen der Verbraucher sind. Wenn nichts produziert wird oder ungenügend

produziert wird, dann ist nichts oder nur Ungenügendes zur Verteilung da. Die Hauptsache ist, dass auch in der kommenden Ernte aus unserem Boden an menschlichen Nahrungsmitteln herausgeholt wird, was herausgeholt werden kann. Der zweite Punkt ist, dass die Verteilung so zweckmässig wie möglich gestaltet wird, und dass die Preise erschwingbar sind. Aber die Frage der Preise — ich glaube, darüber sind wir uns im Laufe des Krieges wohl klar geworden — steht nicht in der ersten Reihe; da gibt es immer Mittel, einzugreifen und zu helfen. Das wichtigste ist die Aufgabe, genügende Bestände und Vorräte aus dem Boden herauszuholen. Das muss geschehen, und zu diesem Zwecke wird die Anregung, die — wenn ich nicht irre — der Herr Abgeordnete Gisberts gegeben hat, zweifellos Erfüllung finden müssen. Der Herr Abgeordnete Gisberts hat angeregt, dass jetzt und in den nächsten Wochen, auf die es für das Aushalten in hohem Masse ankommt — denn die Frühjahrsbestellung drängt sich ohnehin infolge der ungünstigen Witterung in diesem Jahre sehr zusammen —, an menschlichen Arbeitskräften und an Zugtieren verfügbar gemacht wird, was irgendwie verfügbar gemacht werden kann. Darüber stehe ich mit dem Kriegsamt in Verbindung. Die Einrichtung der Kriegswirtschatsstellen draussen im Lande soll ja in allererster Linie solchen Zwecken der Produktionsförderung dienen. Die Kriegswirtschaftsstellen sollen dafür sorgen, dass an Leuten, auch an garnisondienstpflichtigen, für die Frühjahrsbestellung verfügbar gemacht wird, was irgendwie verfügbar gemacht werden kann.

Meine Herren, wenn uns das gelingt, dann, glaube ich, werden wir der Zukunft in dem wichtigen Punkte der Volksernährung ruhig in die Augen sehen können, ruhiger jedenfalls als unsere Feinde. Sie alle haben gelesen, welche Beurteilung heute die Wirkung unseres U-Boot-Krieges in England bereits findet. Der englische Landwirtschaftsminister hat schon vor mehreren Wochen — es war gerade, als der U-Boot-Krieg angekündigt wurde — ausgesprochen, dass der Kampf jetzt auf dem englischen Acker ausgefochten wird, und Lloyd George hat kürzlich in einer grossen Rede dargelegt: der Pflug ist unsere Hoffnung, auf den Pflug kommt alles an. Er hat anerkannt, dass England in einer sträf-

lichen Weise in der Vergangenheit seine Landwirtschaft vernachlässigt hat, dass England auch während des Krieges bisher nicht das Nötige getan hat, um nach dieser Richtung hin seine Stellung zu sichern. Er hat davon gesprochen, dass jetzt in sechs Wochen geleistet werden müsse, was eigentlich in dem zweieinhalb Jahre währenden Kriege hätte geleistet werden sollen. Er hat hinzugefügt, dass in England in der Zukunft die Bedeutung der Landwirtschaft niemals wieder in der Weise verkannt werden dürfe, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei.

Meine Herren, das zeigt, von welchen Sorgen drüben unser stärkster und erbittertster Feind erfüllt ist. Die Engländer wissen: die Vorräte, die sie im Lande haben, sind knapp; die Zufuhrmöglichkeiten sind beschränkt durch die schlechte Welternte — die Zahlen brauche ich hier nicht zu nennen; ich habe sie bei anderen Gelegenheiten ja ausführlich vorgetragen —; die Zufuhrmöglichkeiten werden weiter beschränkt durch die Tätigkeit unserer U-Boote. In den Monaten Mai und Juni der beiden Jahre 1914 und 1915 — im Jahre 1916 war es auf Grund der guten englischen Ernte und der grossen Welternte anders — sind die sichtbaren Getreidevorräte in England heruntergegangen auf einen Bestand von etwa 2 Millionen Quarter, der für wenig mehr als drei Wochen zur normalen Ernährung der Bevölkerung reicht. Dies möge Ihnen illustrieren, welche Sorgen die Staatsleiter unserer Gegner in diesem Augenblick sich machen müssen, und dies möge Ihnen die Zuversicht rechtfertigen, mit der ich der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Felde der Ackerscholle entgegensehe. Das berechtigt uns aber nicht zu irgendeinem Lockerlassen. Auch wenn wir die Hoffnung hegen, dass der Krieg nicht mehr allzu lange dauern wird, so glauben Sie nur das eine nicht — das wäre ein verhängnisvoller Fehler —, dass Frieden und Brot gleichbedeutend sind.

Die schlechte Welternte in diesem Jahre ist kein Zufall. Die Zufälligkeit der Witterung mag hier und dort dazu beigetragen haben. Aber wenn die Vereinigten Staaten von einem auf das andere Jahr einen Rückgang von 26 Millionen auf 16 Millionen Tonnen haben, wenn Kanada einen Rückgang von 10½ Millionen Tonnen auf 4½ bis 5 Millionen erlebt, so ist das kein Zufall.

Dieser Rückgang beweist, dass der Krieg über die Meere hinüber eine starke Wirkung ausgeübt hat. Vor allem spielt dabei mit der Mangel an Kalidüngung. Die Vereinigten Staaten sind an eine starke Kalidüngung gewöhnt, nicht nur für ihre Baumwollfelder, sondern auch für die Getreideproduktion. Dann der Salpeter! Was heute an Salpeter produziert wird, frisst der Krieg. Wir werden in Deutschland gegen Ende dieses Jahres so weit sein, dass wir hier in unserer Heimat ungefähr so viel an Salpeter und Stickstoffverbindungen produzieren, wie vor dem Krieg Chile für die ganze Welt geliefert hat. Trotzdem bekommt die Landwirtschaft nicht so viel, wie sie braucht, und wie wir ihr gerne geben möchten; denn der Krieg ist ein unersättlicher Konkurrent. Daran können Sie ermessen, wie es in dieser Beziehung bei den anderen aussieht. Auch der Mangel an Arbeitskräften für die Landwirtschaft macht sich überall geltend, auch bei den Ländern, die noch weit vom Schusse sind. Die hohen Löhne der Kriegsindustrie sorgen dafür. Aus diesen Verhältnissen drängt sich die Folgerung auf, dass auch die nächste Welternte eine schlechte sein wird. Je weiter der Krieg sich ausdehnt, um so mehr wird das der Fall sein.

Und dann berücksichtigen Sie das eine: Wir sind heute die bekannte „belagerte Festung". Die englische Blockade ist technisch gelungen. Es kommen ja wenige Schiffe zu uns durch. Aber wir sind das Land der niedrigsten Getreidepreise in der ganzen Welt. Wenn uns England nicht von der Welt absperrte, würden wir ein Getreideausfuhrverbot erlassen müssen. Das ist eine paradoxe Wirkung der englischen Blockade, eine Wirkung, die zustande gekommen ist unter dem Einfluss der Politik, die wir zielbewusst von Anfang des Krieges an betrieben haben.

Diese Verhältnisse werden auch nach dem Kriege zunächst fortbestehen. Wir werden dann bei uns keine sprunghafte Steigerung der Getreidepreise erleben und sie auch nicht vertragen können; die andern Länder werden aber auch keine sprunghafte Senkung der Getreidepreise sehen. Die Dinge werden so liegen, dass, wenn der Friede da ist, wir Vorkehrungen dagegen zu treffen haben werden, dass von uns aus kein Getreide nach England hinübergeht. Wir werden jedenfalls damit nicht rechnen können,

dass Getreide in nennenswerten Mengen vom Auslande zu uns in den nächsten Jahren wird hereinkommen können.

Danach werden wir unsere Wirtschaftspolitik jetzt schon einzurichten haben; danach werden wir die Heranziehung zur Arbeit, die Wirtschaftspläne und alle diese Dinge zu gestalten haben.

Meine Herren, ich wende mich von der Landwirtschaft zur Industrie. So schwer die Verhältnisse sind, unter denen unsere Industrie zu arbeiten hat, so darf man doch von ihr sagen, dass sie die Erwartungen, die man auf sie setzen konnte, in vollem Umfange erfüllt hat. Auch hier ist von Unternehmern und Arbeitern alles geschehen, was im Bereich menschlicher Kräfte liegt. Die Verhältnisse haben das nicht erleichtert. Vor allen Dingen sind ins Gewicht gefallen, gerade während der letzten Monate, die Erschwerungen in den Transportverhältnissen.

Die Transportschwierigkeiten haben Veranlassung zu Angriffen und Vorwürfen gegeben, die erhoben worden sind gegen die Leitung unseres Eisenbahnwesens. Diese Vorwürfe, meine Herren, sind unberechtigt. Bedenken Sie bei der Prüfung der Verhältnisse die Riesenaufgaben, die auf dem Gebiet der Eisenbahnen ein bald dreijähriger Krieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, gerade für uns Deutsche, deren Fronten nach Osten und Westen weit in das Feindesland hineinreichen, gestellt hat! Unser ganzes Feldeisenbahnwesen beruht doch schliesslich auf der Friedensorganisation unserer Staatseisenbahnen. Unsere Staatseisenbahnverwaltungen haben für die Kriegszwecke zur Verfügung gestellt, was sie nur irgend zur Verfügung stellen konnten, nicht nur der Anzahl von Lokomotiven und Waggons nach, nicht nur der Anzahl der Arbeitskräfte nach, die freigegeben worden sind, sondern auch in anderen Dingen. Sie wissen, dass aus den Lokomotiven die kupfernen Feuerbuchsen herausgenommen und durch eiserne ersetzt worden sind. Dass diese nicht so lange halten wie kupferne, konnte und musste man sich sagen. Sie wissen, dass wir mit einem Schmieröl zu arbeiten haben, das an Qualität das Schmieröl, an das wir in Friedenszeiten gewohnt waren, nicht entfernt erreicht, das alles Material sehr viel stärker strapaziert. Dazu war es zeitweise noch überaus knapp. Sie wissen, dass fortgesetzt die grössten Truppenbewegungen von Ost nach West und von West

nach Ost stattgefunden haben. Stellen Sie sich die enormen Bewegungen an Menschen und Material vor, die der rumänische Feldzug erforderte, als es sich darum handelte, die Armeen, die den neuen Feind niederwerfen sollten, vom Westen herüber zu transportieren. Und stellen Sie sich wieder den Eisenbahntransport vor, der in der Zwischenzeit stattgefunden hat, nachdem der Schwerpunkt des Kriegsschauplatzes sich wieder nach dem Westen verschoben hatte.

Im übrigen, meine Herren, kann ich auf Grund einer Besprechung, die ich gestern noch mit dem Herrn Eisenbahnminister v. Breitenbach hatte, mitteilen, dass die schwierigen Transportverhältnisse sich doch allmählich zu bessern beginnen. Die Verhältnisse sind ja nicht nur durch die Abnutzung des Materials und die starke Beanspruchung des Materials für unmittelbare Militärzwecke so schwierig gestaltet worden, sondern auch die starke Frostperiode hat mitgewirkt, die uns auch sonst in mancher Beziehung so sehr ungelegen gekommen ist. Die starke Frostperiode erschwert, wie bekannt, das Rangieren ganz ausserordentlich. Das Schmieröl wird fest. Die Wagen laufen nicht mehr von selbst ab, so dass unter Umständen die dreifache Kraft aufgewendet werden muss wie bei normaler Temperatur. Dann kommt hinzu, dass unsere Wasserstrassen uns durch den anhaltenden Frost entzogen worden sind. Gerade die gewichtigsten Massentransporte, die Kohlentransporte, gehen bei normaler Temperatur doch über die Wasserstrassen. Wenn in Friedenszeiten da einmal eine Stockung eintritt, dann sind überall grosse Reserven vorhanden. Wenn einmal ein paar Tage die Wasserstrassen nicht funktionieren und die Züge die Transporte nicht in dem Masse heranbringen, wie es dem gleichzeitigen Verbrauch entspricht, kann man auf die Reserven zurückgreifen. Im Kriege, wo wir alle Reserven aufs äusserste angespannt haben, sind auch in dieser Beziehung die Verhältnisse schwieriger geworden. Da mussten, um dort zu helfen, wo akute Not an Kohlen war, die ganzen Transporte, die sonst zu Wasser gehen, auf die Eisenbahn geworfen werden. Das bedeutete natürlich eine ganz ausserordentliche Mehrbelastung der Eisenbahnen in dieser ohnehin schweren Zeit. Jetzt, wo das Wetter besser geworden ist, wo die Wasser-

strassen aufgehen, wird allmählich diese Verkehrsstauung, die sich hier herausgebildet hat, aufgewickelt werden. Allmählich wird die Woge der Verkehrsstauung abebben, und wir werden wieder in erträgliche Zustände zurückkommen.

Meine Herren, es ist behauptet worden, auch von denen, die die grossen Leistungen, die hier bewältigt worden sind, würdigen, dass eben doch nicht alles geschehen sei. Aber da darf ich einige Ziffern über die Leistungen unserer Eisenbahnen im Kriege geben. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind der beste Schlüssel. Die Einnahmen unserer deutschen Staatseisenbahnen haben sich in der Kriegszeit folgendermassen entwickelt: im Jahre 1913 betrugen die Einnahmen aus dem Güterverkehr 2226 Millionen. 1914 hatte natürlich einen Rückgang gebracht, da waren es nur 1956 Millionen, 1915 dagegen waren es schon wieder 2085 Millionen, und im Jahre 1916 sind — ohne Tariferhöhung natürlich, sondern mit teilweise sehr erheblichen Tarifermässigungen — 2333 Millionen erzielt worden. Also nicht unwesentlich mehr als im letzten Friedensjahr!

Es ist nach meiner festen Ueberzeugung auch nichts in bezug auf die Materialbestellung versäumt worden. Der Abgeordnete Dr. Stresemann war gestern anderer Ansicht. Ich glaube, der preussische Herr Arbeitsminister hat sich am Donnerstag in dem Ausschuss auch über diese Frage ausgesprochen. Ich war in Brüssel, ich habe der Sitzung nicht beigewohnt; ein grosser Teil der Herren hier war jedenfalls auch nicht anwesend. Ich darf deshalb auf folgendes aufmerksam machen. Erstens sind auch im Kriege die Bestellungen für die Staatseisenbahnen nicht vermindert, sondern wesentlich vermehrt worden. Im preussischen Abgeordnetenhause hat der preussische Herr Arbeitsminister die ausführlichen Zahlen dafür gegeben. Seine Bestellungen auf Fahrzeuge beziffern sich für das laufende Jahr auf 489 Millionen Mark. An Lokomotiven allein waren die Bestellungen im Jahre 1916 um mehr als 30 Prozent höher als die Neulieferungen des Jahres 1914, und die Bestellungen, die für das Jahr 1917 vergeben worden sind, überschreiten sogar um 50 Prozent die Friedensbestellungen.

Wenn auf Grund, ich glaube, eines Rundschreibens, das von den Lokomotivfabriken versandt wurde, die Behauptung aufgestellt

worden ist, es sei nicht soviel bestellt worden, wie angeboten wurde, so ist die Erklärung sehr einfach. Wenn ich heute einen Lieferanten von Kriegsgerät irgendwelcher Art frage, was er liefern kann, ist in der Regel seine Antwort: alles, was du willst, wenn du mir das Material und die Arbeitskräfte gibst! Das ist der springende Punkt. So ist es auch bei den Lokomotiven. Unsere Lokomotivfabriken hätten vielleicht noch mehr liefern können, als bei ihnen bestellt worden ist, wenn Material und Arbeitskräfte in dem entsprechenden Umfange hätten bereitgestellt werden können. Aber die Lokomotive ist auch im Kriege nicht allein auf der Welt. Sie konkurriert schon bei der Eisenbahn mit dem Waggon, sie konkurriert mit der Schiene, mit dem Kleineisenzeug. Sie konkurriert auch vor allem mit dem Baumaterial für die Munitionsfabriken und Aehnlichem. Sie konkurriert mit der Kanone und mit der Granate. Da heisst es eben — bei der Knappheit an Material und Arbeitskräften — abwägen und abgleichen. Das Abgleichen geht in manchen Fällen nicht ohne Abstreichen. Auf dem Gebiet der Eisenbahnen ist es genau so wie auf dem Gebiet des reinen Militärbedarfs, wo wir gern noch viel mehr leisten würden, als geleistet wird, — wenn wir nur könnten. Ich glaube, wirklich sagen zu dürfen, auch auf dem Gebiete der Eisenbahn ist nichts versäumt worden. Im Gegenteil, unsere deutschen Eisenbahnen haben sich in diesem Kriege — ich glaube, das ruhig behaupten zu können — aufs glänzendste bewährt. Dieses Lob gilt für ihre sämtlichen Beamten, von den Ministern herunter bis zum kleinsten Eisenbahnarbeiter.

Nun, meine Herren, von diesem Ueberblick über unsere wirtschaftliche Situation zu einigen Punkten, die sich auf die Organisation unserer Kriegswirtschaft beziehen, also auf die vielbesprochene Frage der Kriegsgesellschaften und der Kriegsstellen.

Meine Herren, es ist jetzt im Gegensatz zu der ersten Zeit des Krieges lebhaft und wiederholt Klage darüber geführt worden, dass die Organisationen überhand nehmen. Am Anfange des Krieges waren wir auf die Organisation ganz ausserordentlich stolz; sie galt uns, ich möchte sagen, als ein Spezialprodukt des deutschen Geistes, das wesentlich mit dazu beitrage, unsere Feinde zu schlagen. Wir haben den anderen nicht so viel Organisationstalent

zugetraut wie uns selbst. Heute ist die Organisation fast etwas in Verruf gekommen. Aber ich möchte glauben, das eine ist ungefähr so falsch, wie es das andere war. Wir haben die Zauberkraft der Organisation im Anfang vielleicht überschätzt und, ich glaube, wir sind jetzt auf dem besten Wege, die Notwendigkeit der Organisation zu unterschätzen.

Meine Herren, unsere Kriegsorganisationen, Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen sind eine merkwürdige bisher in der Welt einzigartig dastehende Bildung, die aus den Notwendigkeiten des Krieges herausgewachsen ist. Es hat sie niemand erfunden, sie sind mehr oder weniger von selbst aus der Notwendigkeit der Zeit herausgekommen. Sie sind daher gekommen, dass wir auf den wichtigsten Gebieten unserer Wirtschaft, in bezug auf Nahrungsmittel, in bezug auf Rohstoffe, infolge der Abschliessung von der Aussenwelt vor eine Knappheit gestellt wurden, die nur auf zwei Wegen zu überwinden war: entweder man liess den Kräften des Wirtschaftslebens freies Spiel, oder aber der Staat entschloss sich zum Eingreifen. Hätten wir freies Spiel gelassen, — ja, ein Ausgleich wäre wohl dann auch zustande gekommen, ein Ausgleich vermöge der Preisbildung, der eben alle diejenigen ausgeschaltet hätte, die nicht mehr zahlungsfähig genug gewesen wären, um die für ihr Leben und für ihre Wirtschaft notwendigen Dingo zu kaufen. Dann wären wir eben, wie es bei früheren Kriegen der Fall war, zu einer Hungersnot und zu anderen Katastrophen gekommen. Dies hat man vorausgesehen und man hat versucht, es zu verhindern. Wir konnten den freien Kräften des wirtschaftlichen Lebens nicht freies Spiel lassen, wenn wir diese katastrophale Entwicklung verhindern wollten. Nun sollte also der Staat eingreifen. Er hat auch in früheren Zeiten eingegriffen, wenn schwere Knappheit gefährlich zu werden drohte. Ich erinnere an die französische Revolution. Man hat damals Höchstpreise festgesetzt und hat geglaubt, das Wirtschaftsleben durch eine solche Preisreglementierung beherrschen zu können. Die Folgen sind bekannt. Sie waren kaum weniger katastrophal, wie es die Folgen eines Gewährenlassens der freien Kräfte hätten sein können. Die Waren verschwanden vom Markte. Diejenigen, die in der Lage waren, unter der Hand enorm hohe Preise zu zahlen,

haben sich schliesslich versorgen können; die andern konnten es nicht. Das System ist zusammengebrochen.

Wir wussten im voraus, mit der Preisregulierung allein ist nicht durchzukommen. Wenn die Kriegswirtschaft eines bestätigt hat, so ist es die Tatsache, dass Preisfestsetzungen ohne Beschlagnahme und Bewirtschaftung ein unwirksames Mittel sind, um das Uebel zu bekämpfen, das hier zu bekämpfen ist.

Damit war also der Staat auf ein Gebiet gedrängt, das nicht mehr den Verordnungen und der Gesetzgebung gehört: auf das Gebiet der praktischen Wirtschaft. Nehmen Sie die Kriegsgetreidegesellschaft, die Zentraleinkaufsgesellschaft und andere dieser grössten Warengeschäfte, die jemals in der Welt bestanden haben. Sie mussten neben den staatlichen Anordnungen, die selbstverständlich nach wie vor unentbehrlich waren, in allergrösstem Umfange kaufmännische Geschäfte betreiben, und dafür waren unsere staatlichen Behörden nicht organisiert. Wir konnten aber auch diese Riesenarbeit, die im öffentlichen Interesse auszuführen war, nicht den einzelnen Privatunternehmungen überlassen. Wir mussten also — wir waren dazu gedrängt — für die neuen Aufgaben neue Organisationsformen finden, und ich möchte behaupten, unsere Kriegsgesellschaften und unsere Kriegsstellen haben — bei aller Kritik im einzelnen — den Riesenaufgaben sich im grossen und ganzen gewachsen gezeigt. Ihre vollen Verdienste wird man erst später würdigen, wenn alles klar gelegt werden kann, was wir heute noch aus guten Gründen der öffentlichen Beurteilung vorenthalten müssen. Ich gebe zu, dass manches anders hätte gemacht werden können, und wenn wir heute neu anzufangen hätten: ich gebe Ihnen mein Wort, wir würden manches anders machen, als wir es gemacht haben. Man ist immer klüger, wenn man vom Rathause kommt. Aber unterschätzen Sie bei Ihrer Kritik doch nicht, was schliesslich von unseren Kriegsgesellschaften und von den Herren, die die Kriegsgesellschaften organisiert und geleitet haben, geleistet worden ist. Nehmen Sie die Kriegsgetreidegesellschaft, die Zentraleinkaufsgesellschaft oder irgendeine andere Kriegsorganisation, die heute Tausende von Beamten und Umsätze von Hunderten von Millionen, ja von Milliarden haben! Das musste alles im Kriege geschaffen

werden durch Leute, die aus allen Richtungen der Windrose zusammengeholt und zusammengetrommelt werden mussten. Die Leute mussten an ihren Platz gestellt, eingegliedert und eingearbeitet werden. Wer einmal in der Lage gewesen ist, ein noch so bescheidenes kaufmännisches Geschäft aus dem Nichts heraus aufzuziehen, weiss, was das bedeutet. Wenn dann noch die Hetzpeitsche des Krieges dahinter steht, wenn man weiss, es darf keine Woche, vielleicht kein Tag verloren werden, es muss gehandelt werden, es müssen Entschlüsse gefasst werden, — da halte ich es mit dem militärischen Wort: besser ein falscher Entschluss als gar keiner! — Lassen Sie dann ruhig Fehler mit unterlaufen! Fehler sind vorgekommen. Ich will darauf hier im einzelnen nicht eingehen. Die Tätigkeit der einzelnen Kriegsgesellschaften, soweit sie mit der Ernährung zusammenhängt, ist wiederholt im Ernährungsausschuss ausführlich besprochen worden und wird es auch jetzt wieder. Die Kritik war entschieden nützlich, es ist manche Anregung gegeben und manche Besserung erzielt worden. Die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften, die mit den Rohstoffen zu tun haben, wird ja noch in der Kommission in Anlehnung an die Denkschrift bei meinem Amte und teils beim Kriegsministerium einer Besprechung unterzogen werden.

Ich möchte nur einen Vorwurf, der den Kriegsgesellschaften hier in der Diskussion wiederholt gemacht worden ist, gleich jetzt zurechtrücken. Das ist der Vorwurf, dass bei unseren Kriegsgesellschaften mit einer grossen Verschwendung gearbeitet werde. (Zuruf.) Sie glauben, diesen Vorwurf erheben zu können, aber ich bin gern bereit, dafür zu sorgen, dass Ihnen die Verhältnisse genau klargelegt werden. Wenn Sie sich die Mühe nehmen, einmal die Finanzwirtschaft dieser Gesellschaften anzusehen, werden Sie vielleicht ein besseres Urteil fällen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass eine kaufmännische Betrachtung nicht finden wird, dass die Gesellschaften mit übertriebenen Unkosten arbeiten, dass in der Gesamtaufmachung ihrer ganzen Geschäftstätigkeit in der Tat eine sparsame Wirtschaft stattfindet. (Zuruf.) Dass gelegentlich höhere Gehälter gezahlt werden müssen, — ja, meine Herren, das hängt mit genau denselben Verhältnissen zusammen, aus denen heraus in der Kriegsindustrie, in den Munitionsfabriken höhere Löhne

gezahlt werden. Die Gesellschaften müssen die notwendigen Kräfte heranziehen, und wenn sie sie nicht billig bekommen, dann müssen sie eben gelegentlich etwas zulegen.

Meine Herren, ich weiss, dass es dafür Grenzen gibt, die nicht überschritten werden sollen; es mag sein, dass diese Grenzen gelegentlich überschritten worden sind. Aber im grossen Ganzen möchte ich doch glauben, dass die Kriegsgesellschaften sich innerhalb dieser Grenzen gehalten haben.

Was dann weiter die Mieten anlangt, meine Herren, so sind sämtliche Kriegsgesellschaften darauf angewiesen, im engsten Zusammenhange mit denjenigen Reichs- und Landesbehörden zu arbeiten, die ihrerseits auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verordnung die Dinge zu behandeln haben. Wir können die Geschäftsräume nicht hinausverlegen an die Peripherie und in die Vororte; das würde den Geschäftsgang ausserordentlich erschweren. Dann kommt ein weiteres hinzu: wenn heute ein Raum für eine bestehende Kriegsgesellschaft gesucht werden soll, oder für die Erweiterung einer Gesellschaft, so unterschätzen Sie die Schwierigkeiten nicht! Die Häuser müssen in ihren räumlichen Abmessungen und ihrer Einteilung dazu geeignet sein; sie müssen vor allem mit einer unentbehrlichen Einrichtung versehen sein, mit dem Telephon, und zwar nicht mit einem einzelnen für hundert und mehrere hundert Beamte, sondern in den meisten Zimmern müssen Telephone sein. Nun installieren Sie heute einmal Telephone in Häusern, wo keine Telephonleitungen liegen oder wo nur ein bis zwei Telephonanschlüsse bestehen! Das können Sie heute in Kriegszeiten gar nicht machen; Sie bekommen einfach die Leute nicht und das Material bestenfalls nach langer Verzögerung. Auch auf solche Dinge muss Rücksicht genommen werden. Diese Verhältnisse erklären es, wenn Hotels für Kriegsgesellschaften besonders geeignet sind. Es liegt doch schliesslich auch so, dass die Reichsbehörden selbst und die grossen Privatunternehmungen, die im Zentrum von Berlin ihren Sitz haben, nicht rein aus Vergnügen am Geldausgeben hier im Zentrum sitzen, sondern weil es aus geschäftlichen Gründen zweckmässig ist und weil die hohen Kosten, die mit diesem Domizil verbunden sind, sich schliesslich doch bezahlt machen. Ich hoffe, dass das auch bei den Kriegsgesellschaften der Fall sein wird.

Im übrigen dürfen Sie sich darauf verlassen: ich werde im Verein mit dem Herrn Reichsschatzsekretär darauf hinwirken, dass die sparsamste Wirtschaft an allen Stellen durchgeführt wird.

Wenn ich nun, meine Herren, hier in dieser Weise für die Kriegsgesellschaften eintrete, so verkenne ich keinen Augenblick, dass sie eine Geburt der Not sind, und ich werde von Herzen froh sein, wenn der Tag gekommen sein wird, wo wir die letzte Kriegsgesellschaft liquidieren können. Das Einspannen des gesamten wirtschaftlichen Lebens eines Volkes von 65 Millionen in ein Zwangssystem, wie es durch die Verhältnisse notwendig geworden ist, bringt auf der ganzen Linie die grössten Erschwerungen mit sich, die nur erträglich sind auf Grund der zwingenden Verhältnisse des Krieges. Je früher wir diese Fesseln wieder abstreifen, je früher wir dem privaten Unternehmungsgeist wieder freien Spielraum geben können, desto besser!

Trotzdem, meine Herren, glaube ich, dass wir aus den Erfahrungen, die wir mit den Kriegsgesellschaften und in der Arbeit mit den Kriegsgesellschaften gemacht haben, manches Nützliche auch in die Friedenszeit mit hinübernehmen werden. Unsere Beamten haben sich daran gewöhnt, mit Leuten aus dem praktischen Wirtschaftsleben viel intensiver, als es bisher der Fall war, in unmittelbare Berührung zu kommen und zu arbeiten. Ich hoffe, die Vorteile werden auf beiden Seiten liegen. Jedenfalls habe ich den Eindruck gewonnen, dass diese gemeinschaftliche Arbeit eine ausgezeichnete Schule für unsere Beamten geworden ist. Ich hoffe, dass diese Schulung auch für die Friedenszeit vorhalten wird. Ich rechne bestimmt damit, dass wir in Friedenszeiten in stärkerem Masse, als das in der Vergangenheit der Fall war, die Kräfte des praktischen Wirtschaftslebens auch für die staatlichen Aufgaben werden nutzbar machen können.

Meine Herren, mit ähnlichen Schwierigkeiten wie bei der Frage der Kriegsgesellschaften hängen ja auch alle Klagen zusammen, die speziell auf dem Gebiete des Ein- und Ausfuhrwesens hier laut geworden sind. Einfuhr und Ausfuhr haben ja beide schon durch die blosse Tatsache des Krieges, durch die Sperrung der Grenzen usw. ganz ausserordentlich gelitten. Wir haben alles getan, um die Ausfuhr nach Möglichkeit aufrecht zu

erhalten, schon deshalb, weil uns die Ausfuhr unerlässlich ist, um die Dinge, die wir aus dem Auslande noch hereinbekommen und auf die wir nicht verzichten können, zu bezahlen. Aber auch hier stehen wir vor Schwierigkeiten, die sich nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen lassen, vor Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung und in den Arbeitskräften. Ich habe in der Kommission ausführlich über diese Verhältnisse gesprochen an der Hand von Zahlen, die ich aus naheliegenden Gründen hier vor der Oeffentlichkeit nicht wiederholen kann. Die Ausfuhr kann natürlich, so gern wir sie freilassen würden, in der Hauptsache aus militärischen Rücksichten nicht freigelassen werden, aber auch aus Gründen der inneren Wirtschaft. Wir müssen uns bei der Knappheit das Material, das für uns notwendig ist, erhalten, selbst wenn wir an sich die Ausfuhr gerne sehen würden. Für die Kontrolle der Ausfuhr ist der grosse Apparat aufgebaut worden, der, wie ich zugebe, recht schwerfällig arbeitet. Die Ausfuhr eines so grossen Landes wie Deutschland lässt sich nicht ins einzelne reglementieren und kontrollieren, ohne dass überall Schwierigkeiten und Härten entstehen.

Aehnlich steht es mit der Einfuhr. Unsere Einfuhr ist schon in Friedenszeiten grösser gewesen als die Ausfuhr und ist es jetzt während des Krieges auch. Während des Friedens standen uns für die Bezahlung des Einfuhrüberschusses eine Reihe von Quellen zur Verfügung, die jetzt im Kriege nicht fliessen: die ausländischen Kapitalanlagen, deren Zinsen und Dividenden uns jetzt gesperrt sind, die Reedereien, die grosse Einnahmen lieferten als Zuschuss zu unserer Handelsbilanz, und Aehnliches mehr. Sie wissen ferner, dass im Gegensatz zu unseren Feinden das neutrale Ausland in der Gewährung von Kredit von vornherein uns gegenüber zurückhaltend gewesen ist, dass wir also hier Schwierigkeiten zu bekämpfen haben, die für unsere Feinde nicht in demselben Masse existieren. Wir müssen darauf halten, dass wir die Dinge, die für uns unbedingt notwendig sind, vom Auslande nach wie vor hereinbekommen, wir müssen darauf halten, dass diese Dinge jederzeit auch bezahlt werden können. Das ist nicht eine Frage des Valutakurses — der Kurs unserer Mark an sich macht mir nicht die geringste Sorge, der wird nach

einem guten Frieden sich bald wieder heben. Wichtiger ist, dass wir jederzeit in der Lage sind, die ausländischen Waren, die wir brauchen für unsere Kriegführung und für unser Leben, zu beschaffen. Wir müssen deshalb unsere Kraft, ausländische Zahlungsmittel zu beschaffen, konzentrieren auf die allerwichtigsten Einfuhrgüter. Auf dieser Grundlage ist gewachsen das generelle Einfuhrverbot, das zu Beginn des Jahres erlassen worden ist, und von dem nur im einzelnen Falle Ausnahmen bewilligt werden, und es ist erwachsen die sogenannte Devisenregulierung. Auch hier verkenne ich nicht die schwere Beeinträchtigung der einzelnen privaten Geschäfte, die herbeigeführt wird sowohl durch das Einfuhrverbot wie auch durch die strenge Devisenregulierung. Auch hier stehen wir vor einer Kriegsnotwendigkeit. Ich tue, was ich kann, um die Organisation zu verbessern. Aber ich kann Ihnen nicht die Hoffnung machen, dass es uns gelingen wird, während des Krieges in diesem Punkte den Stein der Weisen zu finden und die Schwierigkeiten, die aus der Sache selbst hervorgehen, radikal zu beseitigen.

Nun, meine Herren, ist gestern von dem Herrn Abgeordneten v. Brockhausen gesagt worden, alle diese Schwierigkeiten, die wir jetzt durchmachen, würden wohl nicht entfernt in demselben Ausmasse bestehen, wenn wir rechtzeitig schon in Friedenszeiten an eine wirtschaftliche Mobilmachung gedacht hätten. Die Frage der wirtschaftlichen Mobilmachung ist ja eine stark umstrittene. Der Herr Abgeordnete v. Brockhausen hat darauf hingewiesen, dass man es nicht für möglich gehalten habe, dass Zustände eintreten, wie sie jetzt eingetreten sind, dass man es nicht für möglich gehalten habe, dass Deutschland in dieser Weise von der Aussenwelt abgesperrt wird. Er hat dabei einen Vortrag zitiert, den ich früher einmal in Hamburg gehalten habe. Er hat selbst hinzugefügt, dass das schon lange her sei; es war im Winter 1900/01, zu einer Zeit, die allerdings noch näher bei Faschoda lag als bei Algeciras, um einmal zwei Wendepunkte der Weltgeschichte zu markieren. Seit der Zeit hat sich allerdings manches geändert. Es ist richtig, an die Entwicklung, wie sie jetzt eingetreten ist, an einen dreijährigen Krieg unter solchen Verhältnissen, hat man wohl an den massgebenden Stellen im Reiche

— ich gehörte damals noch nicht dazu — nicht gedacht. Aber nicht nur dort, — ich glaube, wenn jemand uns, wie wir hier beisammen sind, vor drei Jahren vorausgesagt hätte, wie die Dinge kommen werden, die wenigsten von uns, vielleicht keiner, hätten eine solche Entwicklung für möglich gehalten. Keiner von uns hätte für möglich gehalten, was wir jetzt erleben. Ich erinnere, — abgesehen von allem anderen — an die radikale Sprengung aller völkerrechtlichen Normen, die im Laufe von mindestens einem Jahrhundert langsam und mühsam aufgebaut worden sind; an die unerhörte Brutalität, mit der England die uns benachbarten neutralen Staaten einschüchtert und vergewaltigt, an den Hungerkrieg, den England nicht nur gegen uns, sondern auch gegen die Neutralen führt, um sie seinem Willen gefügig zu machen. Niemand hätte es wohl für möglich gehalten, dass unser Volk und unsere Bundesgenossen gegenüber einer Welt von Feinden, gegenüber einem in der Weltgeschichte unerhörten Druck, gegenüber einem Weltaufgebot von Waffen, Wirtschaft und Finanzen, die Widerstandsfähigkeit zeigen könnten, die wir in diesem Kriege bewiesen haben.

Ich möchte weiter behaupten, dass, wenn wir den schönsten wirtschaftlichen Mobilmachungsplan vor dem Kriege aufgestellt hätten, heute davon nicht mehr allzuviel zu bemerken wäre. Wenn wir auch Vorratswirtschaft im grössten Stile getrieben hätten: diese Vorräte wären weg, von diesem Getreide wäre kein Korn mehr da. Auch bei Baumwolle, Gummi und ähnlichem wäre es ebenso. Ich glaube, wie der Krieg sich entwickelt hat, hätte auch der schönste wirtschaftliche Mobilmachungsplan uns nicht allzuviel geholfen.

Das beweist nicht etwa, dass wir für die Zukunft sorglos sein dürfen, sondern, dass wir für die Zukunft aus den Erfahrungen dieses Krieges lernen müssen. Und da möchte ich einen Gedanken unterstreichen, der aus den Ausführungen einzelner Redner in diesem Hause herausklang.

Eine wirtschaftliche Mobilmachung, eine wirtschaftliche Kriegsvorbereitung haben wir gehabt, und die bestand in unserer Sozialpolitik und in unserer Wirtschaftspolitik.

Ich sage: in unserer Sozialpolitik; denn durch unsere Sozialpolitik ist es uns gelungen, die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland, das in bezug auf die Sozialpolitik anerkanntermassen an der Spitze aller grossen Nationen marschiert, in einem Masse zu überbrücken, dass unserem Volke die Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue erhalten geblieben ist, die Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt hat, und die wir uns durch niemanden rauben lassen, auch nicht rauben lassen durch Behauptungen, wie wir sie gestern leider gehört haben, dass unsere Sozialpolitik Schritt für Schritt der Regierung und den herrschenden Klassen habe abgerungen werden müssen. Gegen diese Behauptung lege ich den entschiedensten Widerspruch ein. Unsere Sozialpolitik ist nicht der Regierung und den herrschenden Klassen abgerungen worden. Unsere Sozialpolitik hat ihren Ausgang in der bekannten Botschaft des Kaisers Wilhelms I., der unsere Sozialpolitik damit inauguriert und sich damit ein unvergängliches Verdienst um das deutsche Vaterland erworben hat. Die Sozialpolitik ist auch nicht von einer einzelnen Partei dieses Hauses allein gemacht worden, sondern von der Gesamtheit dieses Hauses in enger Zusammenarbeit mit den verbündeten Regierungen, in enger Zusammenarbeit vor allem mit meinen sämtlichen Vorgängern und zum Teil — diese Bemerkung kann ich doch angesichts des Angriffs des Herrn Abgeordneten Hoch nicht unterdrücken — gegen die Stimmen der Partei, deren Redner gestern diesen Vorwurf erhoben hat. Wir werden bei dieser Sozialpolitik auch für die Zukunft bleiben. Wenn ich vorhin die Notwendigkeiten auseinandersetzen musste, aus denen wir im Kriege diese Arbeiterschutzbestimmungen haben durchbrechen müssen, so steht doch ausser Frage, dass wir sie im Frieden sofort wieder herstellen werden und dass wir die Wege, die bisher zu unserem Wohle geführt haben, die mitgeholfen haben, dass wir der Prüfung dieses Krieges gewachsen sind, auch in Zukunft weiter gehen müssen.

Ich habe als zweite Stütze unserer wirtschaftlichen Mobilmachung unsere Wirtschaftspolitik genannt. Unsere Wirtschaftspolitik hat es, ich möchte auch hier sagen, wie die Wirtschafts-

politik kaum eines anderen Landes verstanden, das Interesse an der Entwicklung unserer auswärtigen Handelsbeziehungen zu verbinden mit dem Interesse an der Erhaltung einer nationalwirtschaftlichen Selbständigkeit. Unser Aussenhandel hat sich — die Zahlen sind den Herren bekannt — in einer Weise entwickelt, dass wir hart nach England vor dem Kriege das erste Land in der Welt in bezug auf die Ein- und Ausfuhr gewesen sind. In dem, was für die nationalwirtschaftliche Selbständigkeit am wichtigsten ist, in der Landwirtschaft, ist es gelungen, unsere Erzeugung innerhalb der eigenen Grenzpfähle im Laufe der letzten Jahrzehnte in noch stärkerem Masse zu steigern, als unsere Bevölkerung gewachsen ist. Damit haben wir die Grundlage geschaffen zu dem Durchhalten in diesem Kriege. Die Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes ist die beste Vorratswirtschaft. Wenn uns heute irgend ein erheblicher Teil unserer landwirtschaftlichen Produktion fehlen würde, wenn unsere Landwirtschaft nicht in dem Masse schon in Friedenszeit entwickelt worden wäre, wie sie entwickelt worden ist, dann hätten wir diesen Krieg längst verloren. Auch in diesem Punkte werden wir in Zukunft die bisher betretenen Wege weiter gehen müssen. Wir werden auch hier manche Vorteile aus dem Kriege mit hinübernehmen. Die Grundlagen für unsere wirtschaftliche Selbständigkeit sind in diesem Kriege nicht geringer geworden; sie sind in einem Masse verbreitet worden, wie es vor dem Kriege wohl kaum jemand für möglich gehalten hätte. Ich habe vorhin schon einen wichtigen Punkt erwähnt, die Stickstoffproduktion. Ich habe erwähnt, dass wir bald in der Lage sein werden, im eigenen Lande eine Menge an Stickstoff zu produzieren, wie sie früher ganz Chile produziert hat. Stickstoff ist nicht nur von unersetzbarem Wert für die Munitionsherstellung, sondern auch in hohem Masse für die Landwirtschaft. Wir waren in dieser Beziehung bisher für viele Millionen vom Auslande abhängig. Wir wären durch die Sperrung der Zufuhr in die empfindlichsten Verlegenheiten gekommen, wenn es nicht möglich gewesen wäre, während des Krieges die Stickstoffgewinnung im eigenen Lande auf eine ungeahnte Höhe zu bringen. Das wird die Grundlage unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit für die Zukunft ganz ausserordentlich stärken.

Aehnliche Entwicklungen haben wir auf anderen Gebieten.

Es ist in der Kommission auseinandergesetzt worden, dass auch in bezug auf die Gewinnung und Herstellung von Metallen, namentlich von Aluminium, das sich im grossen Umfange als Ersatz für Kupfer bewährt hat, die grössten Fortschritte erzielt worden sind. Dasselbe gilt in bezug auf die Faserstoffe. Die Papierfasern werden zu Friedenszeiten in ganz grossem Umfange, für viele Millionen, die indische Jute und zum Teil auch die Baumwolle ersetzen können und werden sie ersetzen.

Auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist ähnliches zu nennen. Hier ist es namentlich das Trocknungswesen, das während des Krieges eine ganz ausserordentliche Förderung erfahren hat. Berechnungen, die bei mir aufgestellt worden sind, haben ergeben, dass durch einen systematischen Ausbau des Trocknungswesens von den 8 Millionen Tonnen Futtermitteln, die wir vor dem Kriege nach Deutschland eingeführt haben, nahezu die Hälfte erspart werden kann durch Ausnutzung von Produkten, die vor dem Kriege einfach weggeworfen worden sind. In allen diesen Dingen haben wir jetzt im Kriege Erfahrungen gemacht, die in Friedenszeiten weiter ausgebaut werden müssen. — —

Es liegen dem Hause nun noch die Resolutionen vor, die sich beziehen auf den Donau-Main-Kanal und zweitens auf den Neckar-Donau-Kanal. Ich habe schon im Ausschusse erwähnt, dass ich diesen Fragen, die mit der Stärkung unsrer inneren Wirtschaft aufs engste zusammenhängen, das grösste Interesse entgegenbringe. Ich habe auch erwähnt, dass ein anderes grosses Wasserbauprojekt, die Regulierung des Oberrheins, auf meine Veranlassung vom Reichsamte des Innern in die Hand genommen worden ist, dass ich mich mit den beteiligten Landesregierungen in Verbindung gesetzt habe, um dieses grosse Projekt, das nicht nur auf dem Gebiete der Verkehrswege, sondern auch auf dem Gebiete der Kraftgewinnung einen wesentlichen Fortschritt bringt, nach Möglichkeit zu fördern. Ich habe im Ausschuss mitgeteilt, dass ich auch wegen der andern Projekte, die hier zur Rede stehen, mit den beteiligten Regierungen in Verbindung getreten bin. Ich werde mich bemühen, die Verhandlungen soweit zu fördern, dass ich bei der dritten Lesung in der Lage sein werde, Ihnen die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu diesen Wünschen mitzuteilen.

Nun noch einige Worte zu den anderen grossen Aufgaben, von denen auch im Laufe der bisherigen Diskussion wiederholt die Rede war. Wir müssen selbstverständlich dahin wirken, dass unsere auswärtigen Handelsbeziehungen wieder in Fluss kommen. Bei aller Wahrung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit werden wir einen kraftvollen Aussenhandel auch in der Zukunft nicht entbehren können. Wie wir in der Vergangenheit aus unserer heimischen Produktion auf der einen Seite, aus unserem Verkehr mit dem Auslande auf der anderen Seite unsere Kraft gezogen haben, so werden wir dies auch in Zukunft tun müssen.

Hierher gehört vor allen Dingen die Wiederherstellung unserer Reedereien. Der Herr Abgeordnete Stresemann hat gestern erwähnt, dass ein Gesetz, dass der Reederei den Wiederaufbau nach Möglichkeit erleichtern sollte, bereits vorbereitet war, dass aber die inzwischen eingetretene Veränderung der Verhältnisse heute den Reedereien selbst dieses Gesetz nicht mehr als ausreichend und wünschenswert erscheinen lässt. Wir stehen deshalb in neuen Verhandlungen mit unseren Reedereien, und ich hoffe, dass diese Verhandlungen in Bälde dahin führen werden, dass auch hier eine Grundlage für den Wiederaufbau geschaffen wird. Dass wir dahin trachten müssen, dieses wichtige Instrument unserer Wirtschaft und unserer wirtschaftlichen Grösse sobald möglich wieder herzustellen, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen.

Zu all dem, was ich bis jetzt berührt habe, gehört, abgesehen von der „Uebergangswirtschaft", von der ich heute nicht im einzelnen sprechen will, die sorgfältigste Vorbereitung der Erneuerung unserer Handelsverträge, die Wiederanknüpfung staatlicher Vereinbarungen mit dem Auslande, mit dem heute unsere Verbindungen mehr oder minder gestört und zerschnitten sind. Hier müssen wir damit rechnen, dass der Krieg vollständig neue Verhältnisse geschaffen hat. Die Gedanken, die sich um das Wort „Mitteleuropa" gruppieren, werden bei dieser Aufgabe selbstverständlich eine grosse Rolle spielen. Für uns und unsere Verbündeten wird nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden das Wort gelten: „Einigkeit macht stark". Im Anschluss an diesen Kern, wird es uns — auch in diesem Punkte bin ich zuversichtlich — trotz aller Pariser Wirtschaftskonferenzen, trotz allen Geredes

von einem Wirtschaftskriege nach dem Frieden — gelingen, unsere Handelsbeziehungen nach dem Ausland wieder aufzunehmen und zum Wohle unseres Vaterlandes wieder fruchtbar zu gestalten. Die Tüchtigkeit und Intelligenz des deutschen Unternehmers und Arbeiters werden sich auch in Zukunft durchsetzen und sich ihren Platz in der Welt wieder erringen, sich den Weg erkämpfen zu neuem Aufstieg und neuer Grösse.

Aber, meine Herren, das alles sind Aufgaben der Zukunft. Was wir heute hier leisten können, das liegt auf dem Felde der Vorbereitungen, Vorbereitungen, die viel Arbeit und intensive Arbeit kosten, und die wir in all den drängenden Geschäften, die die Not des Augenblicks mit sich bringt, nicht versäumen und auch in Zukunft nicht versäumen werden.

Ich bin am Schlusse meiner Darlegungen angelangt. Der Ueberblick, den ich Ihnen gegeben habe, auf das Arbeitsfeld, das mir und meinem Amte angewiesen ist, hat Ihnen gewiss gezeigt, dass wir die Hände nicht in den Schoss legen, dass mit grösstem Nachdruck, dass mit aller Kraft bei uns gearbeitet wird, damit auch meine Behörde ihr Teil dazu beitrage, um diesen Krieg zu einem glücklichen Ende für unser deutsches Vaterland zu führen. Wir wissen, dass unser Anteil ein bescheidener ist. Die Hauptarbeit und das Hauptverdienst liegt draussen bei unseren braven Truppen zu Wasser und zu Lande und bei ihren genialen Führern. Unsere Truppen werden mit ihrem unvergleichlichen Heldenmut den letzten Widerstand unserer Feinde niederzwingen und werden den Krieg zu dem Ende führen, das wir für die Zukunft und die Grösse Deutschlands brauchen. Für unsere Truppen heisst die Parole: kämpfen und schlagen! Für uns heisst die Parole: durchhalten und arbeiten! In diesem Zeichen werden wir siegen.

U - Bootkrieg.

Rede im Hauptausschuss des Reichstags, vom 28. April 1917.

In der gestrigen Sitzung hat ein Abgeordneter mit Recht hervorgehoben, dass man technisch und wirtschaftlich in der Veranschlagungen der Wirkungen des U-Bootkriegs vorsichtig gewesen sei. Technisch liegt die Vorsicht in der Beurteilung des Erfolges klar zutage: Die Versenkungen sind im ersten Monat um mehr als ein Viertel, im zweiten um die Hälfte über die veranschlagten 600 000 Tonnen hinausgegangen, und auch für den laufenden Monat haben wir ein Recht auf die besten Erwartungen. Der technische Erfolg garantiert den wirtschaftlichen Erfolg mit nahezu mathematischer Sicherheit. Freilich lässt sich der wirtschaftliche Erfolg zahlenmässig nicht so leicht feststellen und in einer einzigen grossen Ziffer zusammenfassen wie die technische Wirkung in der Tonnenzahl der Versenkungen. Die wirtschaftlichen Wirkungen des U-Bootkriegs äussern sich auf einem vielgestaltigen Gebiet, dessen Unübersichtlichkeit der Feind noch künstlich durch — ich möchte sagen: statistische Rauchentwicklung — zu erhöhen trachtet.

Die englische Statistik ist heute fast am interessantesten durch das, was sie weise verschweigt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat gestern schon darauf hingewiesen, wie rasch der Stolz der britischen Offenheit verblasst ist. Die Engländer unterschlagen heute ihrer Oeffentlichkeit unsere Berichte über unsere U-Booterfolge und unsere Mitteilungen über unsere U-Bootverluste; sie wagen nicht, den versenkten Schiffsraum bekannt zu geben, sondern mystifizieren das englische Publikum mit einer Schiffsstatistik, die in der englischen Presse selbst allgemeines Aergernis

erregt. Die englische Regierung lässt ihre Leute ruhig an die Phantasien glauben, dass statt der sechs versenkten U-Boote deren hundert auf dem Meeresgrunde liegen. Sie enthält der Welt weiter vor, wie sich die Tonnage des Ein- und Ausgangs der Seeschiffe in britischen Häfen seit dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs gestaltet hat. Vor allem unterschlägt die englische Regierung seit Februar auf das strengste alle Zahlen, die auf die Lage des Getreidemarktes ein Licht werfen könnten. Bei der Kohlenausfuhr werden die Angaben über die Bestimmungsländer unterdrückt. Die monatliche Handelsstatistik, die sonst mit anerkennenswerter Promptheit stets etwa bereits am 10. des folgenden Monats veröffentlicht wurde, ist schon für den Februar verspätet und lückenhaft ausgegeben worden, für den März ist sie bis heute noch nicht erschienen. Es ist bedauerlich, dass uns durch diese plötzliche Zurückhaltung das Urteil über die wirtschaftliche Wirkung des U-Bootkriegs erschwert wird; aber die Sache hat auch ihre erfreuliche Seite: es ist nicht anzunehmen, dass England plötzlich schweigsam wird, um seine Stärke zu verbergen.

Im übrigen: was sichtbar bleibt, genügt, um uns ein Bild zu geben.

Ich beginne mit dem Frachtraum. Sie wissen, dass in den ersten beiden Monaten des uneingeschränkten U-Bootkriegs mehr als 1 600 000 Tonnen versenkt worden sind, wovon wohl erheblich mehr als 1 Million Tonnen auf die englische Flagge entfallen.

Die Schätzungen über die heute noch verfügbare englische Handelstonnage gehen auseinander; aber einerlei, ob man höher oder niedriger schätzt, ein Verlust von mehr als 1 Million Tonnen in zwei Monaten ist für England nur kurze Zeit erträglich. Ein auch nur annähernder Ersatz durch Neubauten ist ausgeschlossen. Im Jahre 1914 hat England durch Neubau einen Zuwachs von 1 600 000 Tonnen gehabt; 1915 waren es noch 650 000 Tonnen, 1916 nur noch 580 000 Tonnen, trotz aller Anstrengungen. Dabei wurde der normale Abgang der englischen Handelsflotte in Friedenszeiten allein auf 700 000 bis 800 000 Tonnen im Jahr geschätzt. Durch ein Forcieren der Neubautätigkeit das Verhängnis aufhalten zu wollen, ist ein aussichtsloses Beginnen. Der Versuch, die neutrale Tonnage wieder durch Zuckerbrot und Peitsche in den britischen

Dienst zu zwingen, mag zum Schaden der Neutralen hier und dort Erfolg haben; aber auch hier sind in dem Interesse der Neutralen an der Erhaltung einer eigenen Flotte für die Friedenszeit enge Grenzen gezogen. Noch im Januar d. J. kamen rund 30% des in britischen Häfen eingehenden Schiffsraums auf fremde Flaggen. Ich habe Schätzungen gehört, die für die Abschreckung der neutralen Tonnage auf 80% kommen; wenn davon nur 50% richtig sind, ist das eine Verminderung des britischen Schiffsverkehrs um rund ein Sechstel. Zusammen mit den Versenkungen hat die Abschreckung die Ankünfte in den britischen Häfen gering gerechnet bereits um ein Viertel, wahrscheinlich sogar um ein Drittel gegenüber dem Januar eingeschränkt. Die Ankünfte betrugen im Januar noch 2,2 Millionen Nettotonnen. Ich ergänze die fehlende englische Statistik dahin, dass im März die Ankünfte nur noch 1,5 bis 1,6 Millionen Nettotonnen betragen haben, und überlasse es Mr. Carson, mich zu dementieren. Die 1,5 bis 1,6 Millionen bedeuten gegenüber dem durchschnittlichen Eingang der Friedenszeit mit 4,2 Millionen nicht mehr ganz 40%. Diese schmale Rate wird sich progressiv weiter vermindern. Lloyd George hat zu Anfang des Krieges auf die letzte Milliarde gesetzt. Das sind vergangene Zeiten. Dann hat er auf die Munition seine Pläne gebaut. England hat auf diesem Gebiet, unterstützt von Amerika, Ausserordentliches geleistet. Aber die Somme und Arras zeigen, dass es uns auch mit diesen gewaltigen Mitteln nicht zu zwingen vermag. Jetzt, in seiner Begrüssung des amerikanischen Bundesgenossen, hat Lloyd George ausgerufen: Schiffe, Schiffe und noch einmal Schiffe! Und dieses mal wird er recht behalten: An den Schiffen wird sich das Schicksal des britischen Weltreichs entscheiden.

Auch die Amerikaner haben begriffen. Sie wollen 1000 hölzerne 3000-Tonnenschiffe bauen. Aber bis diese in Aktion treten können, werden sie, das hoffe ich zuversichtlich, nichts mehr zu retten haben.

Ich schöpfe diese Zuversicht aus den Anzeichen, die bisher trotz aller englischen Verdunkelungsversuche sichtbar geworden sind.

Nehmen wir den britischen Gesamthandel! Die Zahlen für den März fehlen noch; aber auch der Februar sagt bereits genug.

Die britische Einfuhr betrug im Januar d. J. 90 Millionen Lstr., im Februar nur noch 70 Millionen Lstr., die Ausfuhr ist von 46 auf 37 Millionen Lstr. gesunken — in Ein- und Ausfuhr ein Rückgang von mehr als 20% im ersten Monat des U-Bootkrieges. Dabei hat sich die Steigerung aller Preise seit dem Beginn des U-Bootkrieges in verschärftem Tempo fortgesetzt, so dass man den Rückgang der Einfuhrmengen von einem Monat auf den andern mit 25% wohl nicht zu hoch veranschlagt. Die Ziffern der Ein- und Ausfuhr bestätigen also meine Annahme des Rückganges der Tonnage des Seeverkehrs der britischen Häfen.

Die britische Regierung hat mit drastischen Mitteln, mit rigorosen Einfuhrverboten für alle minder wichtigen Dinge, versucht, die Schmälerung der Zufuhr von den lebenswichtigen Einfuhrgütern fernzuhalten. Der Versuch kann nur unvollständig gelingen.

Im Jahre 1916 kamen von einer Gesamteinfuhrmenge von 42 Millionen Tonnen allein auf die drei wichtigen Warengruppen Nahrungs- und Genussmittel, Holz und Eisenerz rund 31 Millionen Tonnen, auf alle übrigen Güter — und darunter sind kriegswichtige Dinge wie andere Erze und Metalle, Petroleum, Baumwolle und Wolle, Kautschuk — nur 11 Millionen Tonnen, also nur rund ein Viertel. Ein Rückgang der Einfuhrmenge um ein Viertel, wie ihn der erste Monat des uneingeschränkten U-Bootkrieges brachte, muss also auch die für die Kriegführung und das Leben unentbehrlichen Dinge treffen.

Der Rückgang der Einfuhren im Februar 1917 gegenüber dem Februar 1916 beträgt:

bei Wolle 17%, bei Baumwolle 27%, Flachs 38%, Hanf 48%, Jute 74%, bei Wollstoffen 83%;

bei Kupfer und Kupfererz 49%, bei Eisen und Stahl 59%; über die Einfuhr von Eisenerz werde ich genauere Zahlen mitteilen;

bei Kaffee 66%, bei Tee 41%;

bei Rohzucker 10%, raffiniertem Zucker 90%;

bei Rindfleisch 17%, bei Butter 21%, bei Schmalz 21%, bei Eiern 39%;

bei Holz 42%.

Nennenswerte Steigerungen weisen nur auf: Leder, Häute, Kautschuk, Zinn.

Ueber die Warengruppe, die uns am meisten interessiert, über die verschiedenen Getreidearten, sind vom Februar an Mengenzahlen nicht mehr veröffentlicht worden.

Die blosse Gegenüberstellung zweier Vergleichsmomente gibt natürlich kein vollständiges Bild. Man muss sich vergegenwärtigen, dass der uneingeschränkte U-Bootkrieg bei seinem Beginn in England nicht mehr eine normale, sondern eine durch zweieinhalb Kriegsjahre bereits stark geschwächte Wirtschaftsverfassung traf. Ein richtiges Urteil ist also nur möglich, wenn man die Gesamtentwicklung der Einfuhr während des Krieges mit berücksichtigt.

Ich will nur die allerwichtigsten Waren heranholen.

Beim Eisenerz hat England bisher seine Position noch am besten behauptet:

Die Einfuhr betrug im Jahre 1913 7,4 Millionen Tonnen.
„ „ 1916 6,9 „ „

im Januar	1913	689 000 To.,	im Februar	1913	658 000 To.
„ „	1916	526 000 „	„ „	1916	404 000 „
„ „	1917	512 000 „	„ „	1917	508 000 „

Gegenüber dem Friedensjahr 1913 zeigen immerhin auch hier die Monate Januar und Februar eine nicht unbeträchtliche Abnahme, wenn auch die Einfuhr speziell im Februar 1917 grösser war als im gleichen Monat 1916.

Holzeinfuhr im Jahre 1913 10,1 Millionen Loads
„ „ 1916 5,9 „ „

im Februar	1913	406 000 Loads
„ „	1916	286 000 „
„ „	1917	167 000 „

Was insbesondere das Grubenholz angeht, dessen Zufuhr von 3,5 Millionen Loads in 1913 auf 2,0 in 1916 gefallen war, so weisen Dezember 1916 und Januar 1917 mit 102 000 und 107 000 Loads die niedrigsten Einfuhrzahlen auf, die seit Beginn des Jahres 1913 festgestellt sind; für Februar fehlt eine Angabe über die Einfuhr von Grubenholz.

Ehe ich mich zur Lebensmitteleinfuhr wende, ein Wort über die **Kohlenausfuhr!**

Die gesamte Kohlenausfuhr ist von 78 Millionen Tonnen in 1913 auf 46½ Millionen Tonnen in 1915 gefallen; im Jahre 1916 wurden nur noch rund 42 Millionen Tonnen ausgeführt. Im Dezember 1916 fiel die Ausfuhrmenge zum ersten Male unter 3 Millionen Tonnen, während sie in den Monaten Januar bis November 1916 sich zwischen 3,2 und 3,9 Millionen Tonnen gehalten hatte. Im Januar 1917 wurden wieder 3,5 Millionen Tonnen erreicht; um so bedeutsamer ist es, dass die Kohlenausfuhr, die der Natur der Sache nach in den einzelnen Monaten nur verhältnismässig geringen Schwankungen unterliegt, im Februar 1917 wieder auf 2,9 Millionen Tonnen (gegen 3,4 Millionen Tonnen im Februar des Vorjahres) gefallen ist und damit den bisherigen Tiefpunkt — Dezember 1916 — beinahe wieder erreicht hat. Dabei ist hier wie bei allen anderen Ausfuhrwaren zu berücksichtigen, dass die versenkten Transporte in der englischen Ausfuhrstatistik naturgemäss noch mit erscheinen.

Einzelheiten über die Bestimmungsländer der Kohlenausfuhr werden seit dem Beginn dieses Jahres nicht mehr veröffentlicht. England will wohl den Franzosen und Italienern den Schmerz ersparen, den katastrophalen Rückgang ihrer Kohlenversorgung auch fernerhin schwarz auf weiss in den amtlichen Ausweisen zu lesen. Wie stark dieser Rückgang bereits bis zum Ende des Jahres 1916 war, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Englands Kohlenausfuhr nach Frankreich betrug im Dezember 1916 nur 1 128 000 Tonnen gegen 1 369 000 im Januar desselben Jahres; nach Italien wurden ausgeführt im Dezember 1916 nur noch 278 000 Tonnen gegen 431 000 Tonnen im Januar und rund 800 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt des Friedensjahres 1913.

Ueber die Weiterentwicklung seit Ende Februar kann ich eine interessante Einzelangabe machen. Die Kohlenausfuhr Schottlands hat in der ersten Aprilwoche 103 000 Tonnen gegen 194 000 Tonnen im Vorjahr betragen, seit Beginn des Jahres 1 783 000 Tonnen gegen 2 486 000 Tonnen im Vorjahre. Dies lässt einen Rückschluss zu, wie der U-Bootkrieg die Eisenbahnen und Kriegsbetriebe der Verbündeten Englands an der Wurzel trifft.

Lloyd George hat in einer grossen Rede am 22. Februar d. J. den Engländern gezeigt, wie sie sich durch Vermehrung der Produktion im eigenen Land gegen die Wirkungen des U-Bootkrieges schützen könnten. Die Durchführbarkeit und Wirkung seiner Ratschläge ist mehr als zweifelhaft. Er hat aber ganz darauf verzichtet, seinen Verbündeten zu sagen, welches Mittel er ihnen gegen die Drosselung der Kohlenzufuhr empfiehlt.

Ich komme zum wichtigsten Punkte, zu der Lebensmittelsituation Englands.

Zunächst möchte ich einige lapidare Ziffern über die Abhängigkeit Englands von der überseeischen Lebensmittelzufuhr in ihr Gedächtnis zurückrufen.

Der Anteil der Einfuhr am britischen Gesamtverbrauch betrug im Durchschnitt der letzten Friedensjahre:

beim Brotgetreide nahezu 80%,

bei dem Futtergetreide (Gerste, Hafer, Mais), die als Ersatz und zur Streckung von Brotgetreide verwendbar sind, 50%, beim Fleisch mehr als 40%, bei der Butter 60 bis 65%. Der Zuckerbedarf musste mangels einer einheimischen Erzeugung ganz durch die Einfuhr gedeckt werden.

Ich erinnere weiter daran, dass unsere U-Boote, soweit Englands Nahrungssituation in Frage kommt, unter ganz besonders günstigen Bedingungen kämpfen: Der Weltrekordernte des Jahres 1915 ist die Weltmissernte des Jahres 1916 gefolgt — ein Minderertrag von 45 bis 50 Millionen Tonnen an Brot- und Futtergetreide. Am stärksten betroffen sind die für England am günstigsten gelegenen Bezugsgebiete Nordamerikas. Die Wirkungen treten jezt, nachdem die reichlichen Bestände aus der alten Ernte aufgezehrt sind, von Tag zu Tag und überall schärfer in Erscheinung. Argentinien hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen. Wie in den Vereinigten Staaten die Dinge stehen, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Das Ackerbaudepartement schätzt die Vorräte an Weizen, die sich am 1. März 1917 noch in den Händen der Farmer befänden, auf 101 Millionen Bushel, das sind wenig mehr als 2¾ Millionen Tonnen. Um dieselbe Zeit des Vorjahres waren diese Bestände noch 241 Millionen Bushel. Niemals, soweit ich die

Zahlen zurückverfolgt habe, waren die Bestände auch nur annähernd so gering wie in diesem Jahr. Für die Bestände an Mais gilt dasselbe. Einem Vorrat von 1 138 000 Bushels am 1. März 1916, stehen in diesem Jahre nur 789 000 Bushels gegenüber.

Die ausserordentliche Knappheit der Vorräte spitzt sich zur Panik zu. Die Preisbewegung in den letzten Wochen ist geradezu phantastisch. Mais, der in Chicago Anfang Januar 1917 noch 95 cts. notierte, stieg bis Anfang April auf 127 cts., und bis zum 25. April weiter auf 148 cts. Weizen in New York, der im Juli 1914 sich auf 87¼ cts. stellte und Anfang 1917 bereits auf 191⅓ cts. angekommen war, stieg Anfang April auf 229 cts. und notierte am 25. April gar 281 cts. — drei und einhalb mal so viel wie im Frieden! In deutschem Geld zum Friedenskurs bedeuten die 281 cts. etwa 440 Mk. pro Tonne, zum jetzigen Dollarkurs etwa 580 Mk. pro Tonne.

So sieht das Gebiet aus, das England in dem von ihm selbst freventlich begonnenen Hungerkrieg helfen soll!

In England selbst werden über Einfuhren und Bestände von Getreide keine Ziffern mehr veröffentlicht. Ich kann aber folgendes sagen:

An dem letzten Tage der Bestandsveröffentlichung, am 13. Januar 1917, betrugen die sichtbaren Weizenbestände Englands 5,3 Millionen quarters gegen 6,3 und 5,9 Millionen quarters in den beiden Vorjahren. Vom Januar bis zum Mai und Juni tritt regelmässig eine starke Verringerung der Bestände ein, die Zufuhren decken in diesen Monaten auch in normalen Jahren nicht den Verbrauch. Im Juni 1914 und 1915 betrug der sichtbare Bestand nur noch rund 2 Millionen quarters, das entspricht einem Bedarf von knapp drei Wochen.

Wir haben keinen Grund anzunehmen, dass in diesem Jahre sich die Dinge günstiger entwickelt haben sollten. Dafür sprechen die noch veröffentlichten Einfuhrzahlen des Januar. Die Einfuhr an Brot- und Futtergetreide — ich nehme angesichts der englischen Streckungsvorschriften alles zusammen — betrug nur 12,6 Millionen quarters, gegen 19,8 und 19,2 in den beiden Vorjahren.

Für den Februar verzeichnet die englische Statistik eine Steigerung des Einfuhrwertes der unbenannten Einfuhrmengen der

sämtlichen Getreidearten von 50% gegenüber dem Februar 1916. Dies gibt bei einer dem Januar entsprechenden Verteilung der Gesamtmenge auf die einzelnen Getreidearten angesichts der Preissteigerung, die inzwischen eingetreten ist, ungefähr die gleiche Einfuhrmenge wie im Vorjahre. In Anbetracht der stark zurückgegangenen Getreideverschiffungen Amerikas und angesichts der geringen Menge, die aus Australien und Indien angekommen sein kann, ist dieses Ergebnis wenig glaublich. Wir dürfen annehmen, dass der März eine weitere Verschlechterung gebracht hat und dass heute, in einer Zeit, wo wir uns dem Dreiwochenbestand an sichtbarer Ware nähern, die englischen Vorräte geringer sind als in den Vorjahren.

Die Engländer selbst bestätigen dies. Lloyd George hat im Februar gesagt, die britischen Getreidevorräte seien geringer als jemals seit Menschengedenken. Ein hoher Beamter des englischen Landwirtschaftsministeriums, Sir Allwyn Fellowes, hat Anfang April in einer landwirtschaftlichen Versammlung hinzugefügt, er fürchte, dass infolge des für England überaus ernsten U-Bootkrieges diese Lage sich noch erheblich verschlechtert habe.

Captain Bathurst vom britischen Kriegsernährungsamt hat kürzlich, am 19. April, ausgesprochen, der gegenwärtige Verbrauch an Brotstoffen gehe um 50% über die vorhandenen und in Aussicht stehenden Vorräte hinaus. Eine Herabsetzung des Brotverbrauchs um ein volles Drittel sei notwendig, um durchzukommen.

Kurz zuvor hatte Mr. Wallhead, der Abgeordnete für Manchester, auf der Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei in Leeds ausgeführt, nach seinen Informationen werde sich England in 6 bis 8 Wochen im Zustande völliger Hungersnot befinden.

Die Krisis, in der England sich befindet — wir können es heute schon ruhig eine Krisis nennen — wird verschärft durch die Tatsache, dass die Versorgung Englands mit den andern wichtigen Nahrungsmitteln sich gleichfalls ungünstig gestaltet hat.

Die Fleischeinfuhr zeigt im Februar 1917 den niedrigsten Stand seit Jahren mit der einen Ausnahme des September 1914.

Der starke Rückgang der Buttereinfuhr — im Februar 1917 nur halb so viel als im Vorjahr — wird durch die von England

mit allen Mitteln geförderte Margarineeinfuhr nicht entfernt wettgemacht.

Auch die Einfuhr von Schmalz — Hauptbezugsland die Vereinigten Staaten — lässt unter der Einwirkung der schlechten amerikanischen Futterernte nach. Der Preis für Schmalz ist in Chicago von 15¼ Cents Anfang Januar 1917 auf 21½ Cents am 25. April gestiegen, die Schweinepreise in derselben Zeit von 9,80 auf 15,65 Dollars.

Die schlimmste Verschärfung der Getreidenot ist jedoch für England der geradezu katastrophale Kartoffelmangel. Die Ernte in England war die schlechteste seit einem Menschenalter. Die Zufuhr ist gänzlich unbedeutend. Captain Bathurst hat am 19. April erklärt, dass in etwa 4 Wochen die Kartoffenvorräte Englands völlig aufgebracht sein würden.

Der volle Ernst der Lage steht heute den englischen Staatsmännern vor Augen. Bisher haben sie geglaubt, mit freiwilliger Sparsamkeit die Gefahr beschwören zu können. Jetzt sehen sie sich zu Zwangsmassnahmen genötigt. Ich glaube, es ist zu spät.

Ich will dabei in Parenthese bemerken, dass es mit der „freiwilligen Sparsamkeit" in England eine eigene Sache ist. Die „freiwillige Sparsamkeit" ist erzwungen durch die Preisbewegung nach oben; die minderbemittelten Konsumenten werden in England durch die Preisbewegung ausgeschaltet, und die „freiwillige Sparsamkeit" des Konsumenten besteht darin, dass er die Lebensmittel nicht mehr kaufen kann — gerade das, was wir in Deutschland durch das System der Rationierung erfreulicherweise vermieden haben, ist in England eingetreten. Bei uns spricht man von Zwang, in England von Freiwilligkeit. Darüber, welches das sozialere und bessere System ist, ist ein Zweifel wohl nicht möglich. Ich behaupte, dass unser System nicht nur sozial das bessere, sondern auch das vernünftigere und richtigere ist; denn wir werden mit unserem System durchkommen, und ob die Engländer durchkommen, das wird sich erst noch zeigen müssen.

Jedenfalls scheinen die Engländer heute zu der Ansicht gekommen zu sein, dass sie mit dieser „Freiwilligkeit" nicht weit kommen werden, dass sie vor einer Katastrophe stehen. Die Engländer haben sich bisher im wesentlichen auf Massnahmen be-

schränkt, die von einer Rationierung, diesem äussersten Eingriff, absehen. Sie haben im vorigen Herbste eine Organisation geschaffen für die Einfuhr von Weizen, sie haben auch ein Ernährungsamt errichtet mit gewissen Befugnissen, die auf dem Papier sehr weit gehen, aber das Wesentliche nicht enthalten oder, wenn es darin enthalten ist, nicht verwirklicht haben, nämlich die Rationierung. Im übrigen hat man sich auf ein Verfütterungsverbot von Weizen und Roggen beschränkt, das erst in der letzten Zeit durchgeführt wurde, und dessen Ausdehnung auf Mais und Gerste in Aussicht genommen ist. Diese Getreidesorten sind zur Streckung des Brotes bestimmt. Rationiert hat man bisher erst die Abgabe von Speisen in Hotels und Restaurants, und auch das erst in der letzten Zeit. Auch der Verbrauch von Gerste für Brauzwecke ist eingeschränkt worden. Aber zu weiteren durchgreifenden Massnahmen hat sich England bisher nicht entschliessen können.

Noch am 22. März hat der englische Lebensmitteldiktator, Lord Devonport, im Oberhaus erklärt, eine starke Verminderung des Brotverbrauchs sei nötig, aber es würde ein nationales Unglück sein, wenn England zum Zwang greifen müsse.

Sein Vertreter Bathurst hat um dieselbe Zeit gesagt: Wir wollen ein so unenglisches System nicht einführen. Erstens, weil wir glauben, dem Patriotismus des Volkes unsere Sparsamkeitswünsche anvertrauen zu können; dann aber, weil — wie Deutschlands Beispiel zeige — das Zwangssystem keinen Erfolg verspricht; schliesslich, weil ein solches System einen zu verwickelten Verwaltungsapparat und ein zu umfangreiches Personal von Männern und Frauen erfordert, das besser anderweitig beschäftigt werden kann.

Inzwischen hat die englische Regierung, wenn die letzten Nachrichten zutreffen, sich entschlossen, zu diesem unenglischen, in Deutschland gescheiterten System überzugehen, und sie behauptet, dass die ganze Organisation bereitstehe.

Ich hätte noch ein Wort zu sagen über die grosszügigen Massnahmen, die zur Förderung des Ackerbaues in England in die Wege geleitet worden sind. Ich unterlasse es, denn diese Massnahmen werden weder bis zur nächsten Ernte noch für die

nächste Ernte etwas helfen. Der Ausfall in der Winterbestellung wird selbst mit den grössten Anstrengungen durch die Frühjahrsbestellung kaum auszugleichen sein. Erst die Ernte 1918 könnte bestenfalls einen Erfolg bringen. Bis dahin ist ein zu weiter Weg, ein Leidensweg für England, für alle Länder, die auf Nahrungsmittelzufuhr angewiesen sind.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auf die Weltmissernte 1916 eine Weltmissernte 1917 folgen. In den Vereinigten Staaten lautet die offizielle Saatenstandsschätzung schlechter denn je, auf 63,4 gegen 78,3 im Vorjahre. Der Ertrag des Winterweizens wird auf nur 430 Millionen Bushel veranschlagt gegen 492 Millionen im Vorjahr und 650 Millionen im Jahre 1915.

Also auch die Perspektive des neuen Erntejahrs ist trübe und verspricht unseren Feinden keine Rettung.

Wie wir unserseits stehen, ist den Herren bekannt: knapp, aber sicher; denn wir stehen auf den eigenen Füssen. Heute können wir sagen: Der Hungerkrieg, dieses phantastische Verbrechen an der Menschheit, hat sich gegen seinen Urheber gewendet. Wir halten den Feind mit eisernem Griff. Niemand wird das Schicksal wenden. Auch nicht die Menschheitsapostel jenseits des grossen Wassers, die den Schutz der kleinen Völker jetzt dadurch zu betätigen beginnen, dass sie durch Ausfuhrverbote die uns benachbarten Neutralen blockieren und so mit der Hungerpeitsche in den Krieg gegen uns treiben wollen.

Die Feinde spüren die Faust, die ihnen am Nacken sitzt. Sie suchen die Entscheidung zu erzwingen. England, die Beherrscherin der Meere, sucht die Entscheidung auf dem Lande, jagt seine Söhne zu Hunderttausenden in Tod und Verderben. Ist das noch ein England, das auf seiner Insel gemächlich warten kann, bis uns der Hunger zwingt, das warten kann, bis der grosse Bruder jenseits des grossen Wassers mit Schiffen und Millionenheeren auf dem Plan erscheint und mit alles erdrückender Uebermacht zum vernichtenden Schlag ausholt? — Nein, meine Herren, unsere Feinde haben keine Zeit mehr zu warten. Die Zeit arbeitet jetzt für uns. Gewiss, die Probe, auf die uns die Weltgeschichte stellt, ist ungeheuer. Was unsere Truppen leisten, was unsere blauen

Jungen leisten, steht hoch über jedem Vergleich. Aber sie werden es schaffen. Auch in der Heimat ist es schwer — lange nicht so schwer wie draussen, aber schwer genug. Auch die Heimat muss und wird es schaffen. Wenn wir uns selbst treu bleiben, wenn wir das eigene Haus in Ordnung halten, wenn wir die innere Geschlossenheit bewahren, dann haben wir Dasein und Zukunft für unser Vaterland gewonnen. Es geht ums Ganze. Das deutsche Volk hat in diesen entscheidungsschweren Wochen zu zeigen, dass es wert ist, zu bestehen.

IV.

Verschiedene Ansprachen.

An die Gewerkschaften.

Rede, gehalten auf dem Kongress der Arbeiter- und Angestellten-Verbände, am 12. Dezember 1916.

Meine Herren! Namens der Reichsleitung habe ich die Ehre und Freude, Sie zu begrüssen und der Arbeit, zu der Sie hier versammelt sind, den besten Erfolg zu wünschen. Wie Ihr Herr Vorsitzender bereits mitgeteilt hat, bedauert der Herr Reichskanzler aufrichtig, dass er persönlich nicht kommen kann. Er hat mich beauftragt, Ihnen seine Grüsse und seine Wünsche zu übermitteln.

Ihre Versammlung gilt der Mitwirkung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Diese Ihre Mitwirkung heisse ich namens der Reichsleitung herzlich willkommen.

Meine Herren! Es war für uns kein leichter Entschluss, das deutsche Volk nach 2½ Jahren schwerer Kriegsnot durch ein in alle Verhältnisse so tief eingreifendes Gesetz zu einer neuen Steigerung von Opfern und Leistungen aufzurufen. Der Entschluss ist gefasst worden als der beste und sicherste Weg zum grossen Ziel. Unter dem Druck der unerhörten Anstrengungen unserer Feinde, in dem Trommelfeuer der gewaltigsten Schlacht der Weltgeschichte ist der vaterländische Hilfsdienst geboren. Er ist die Antwort der Heimat auf den Ruf der kämpfenden Truppe. Er ist aber auch die Antwort des deutschen Volkes auf den Vernichtungswillen unserer Gegner.

Meine Herren, das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt. Der Deutsche Kaiser und seine Regierung haben alles getan, was in ihrer Macht stand, um den Krieg zu vermeiden. Auch auf der Sonnenhöhe unserer Waffenerfolge haben wir uns bereit gezeigt, die Hand zu bieten zu einem Friedensschluss, der dem Deutschen Reich seine Stellung unter den Nationen, dem deutschen Volk

ein freies Feld für seine friedliche Arbeit sichert. Sie kennen die Antwort, Sie wissen, dass die Machthaber unserer Feinde vom Frieden bisher nichts wissen wollten, dass sie von unserer Vernichtung träumten. Nicht von der Vernichtung des deutschen „Militarismus"; das ist Phrase! Von der Vernichtung des gesamten deutschen Volkstums, von der Vernichtung der deutschen Arbeitskraft und der deutschen Arbeiterschaft! Bisher hofften unsere Gegner, dass wir in unserem Willen erlahmen würden, dass wir mit unserer Kraft am Ende seien. Bukarest und der Hilfsdienst werden sie eines Besseren belehren. Hinter Bukarest steht unser Feldheer. Hinter dem Hilfsdienst unsere Heimarmee. Hinter Feldheer und Heimarmee steht die unzerstörbare Lebenskraft und der unerschütterliche Lebenswille des deutschen Volkes. Wer dazu hilft, das unseren Feinden klarzumachen, der hilft den Augenblick näher bringen, wo in der Nacht feindlichen Hasses und feindlicher Verblendung des Friedens Morgenröte tagt.

Meine Herren! Wir waren uns mit der Obersten Heeresleitung vom ersten Augenblick an darüber klar: der vaterländische Hilfsdienst wird nur dann das Höchstmass von Wirkung haben, wenn wir die überzeugte und freudige Mitwirkung des deutschen Volkes in allen seinen Schichten und Klassen gewinnen. Das habe ich im Reichstag in allen Stadien der Verhandlungen immer und immer wieder ausgesprochen. Es ist mir ein Bedürfnis vor dieser Versammlung hier erneut als meine Ueberzeugung zu bekennen: nicht der Zwang, nur die Freiheit der Pflichterfüllung kann das Höchste leisten und der Grösse der Zeit genüge tun. Nach dieser Ueberzeugung haben wir gehandelt. Schon zu den allerersten Besprechungen über den Gedanken des vaterländischen Hilfsdienstes haben wir — gleichzeitig mit Vertretern der Arbeitgeber — die Führer der Arbeiterverbände aller Richtungen zugezogen. Von der ersten Stunde dieses Daseinskampfes an haben sich die Organisationen der Arbeiter und Angestellten mit all' ihrer Kraft in den Dienst des bedrohten Vaterlandes gestellt. Mit der gleichen Bereitwilligkeit sind sie auch dieses Mal dem Rufe gefolgt.

Im Reichstag ist es gelungen, durch Schaffung eines der gesetzlichen Pflicht entsprechenden Rechtsschutzes, durch Zugeständ-

nisse und Opfer von allen Seiten, durch Unterordnung von Sonderinteressen und Sonderwünschen unter das grosse Gemeinschaftsziel das Gesetz so zu gestalten, dass es die überwältigende Mehrheit auf sich vereinigte. Und hinter dieser Mehrheit steht das deutsche Volk in seiner fast ausnahmslosen Gesamtheit.

Nun gilt es, dem toten Buchstaben des Gesetzes Leben einzuhauchen. Auch hierfür, und erst recht hierfür, brauchen wir die freudige Mitwirkung aller Volksschichten, brauchen wir namentlich die Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Die vom Gesetz verkündete Pflicht bleibt leerer Schall, wenn sie nicht im Gewissen und Bewusstsein jedes Einzelnen geschrieben steht. Sie, meine Herren, können und werden Ihren Einfluss auf die Arbeiter und Angestellten in den Dienst der vaterländischen Notwendigkeit stellen, Sie werden im Kreise Ihrer Verbandsmitglieder das Pflichtgefühl gegenüber dem Volksganzen und die Kameradschaft mit unseren kämpfenden Brüdern wach erhalten und steigern.

Wir wenden uns ferner an die Mitwirkung Ihrer Organisationen bei der gewaltigen Arbeit der volkswirtschaftlichen Umgruppierung, von deren Gelingen die Wirkung des Gesetzes abhängt. Es gilt, die verfügbaren Kräfte zu sammeln und an die richtigen Arbeitsstellen zu leiten. Es gilt, die Heimarmee zu formieren und in Marsch zu setzen. Zur Lösung dieser Aufgabe appellieren wir nicht nur an den guten Willen und die Vaterlandsliebe, sondern auch an die Sachkenntnis und praktische Erfahrung der hier vertretenen Organisationen.

Meine Herren! Die Tatsache der Einberufung und des so erfreulich zahlreichen Besuchs dieser Versammlung aus allen deutschen Gauen, aus den Organisationen aller politischen Richtungen legt Zeugnis davon ab, dass der Ruf an die deutsche Heimarmee in den Herzen der organisierten Arbeiter und Angestellten den vollen Widerhall findet, den das Vaterland erwartet. Sie bekunden durch Ihre Anwesenheit, dass Sie helfen und mitarbeiten wollen. Ihre Hilfe und Ihre Mitarbeit ist uns die beste Gewähr des Erfolges. Und, meine Herren, der Erfolg wird weiter reichen als zu dem unmittelbaren Zweck des Gesetzes, so gewaltig dieser Zweck für sich allein schon ist. Der Krieg hat uns alle dazu

erzogen, innere Gegensätze und Streitigkeiten zurückzustellen, um mit der vollen Kraft der Einigkeit dem Vaterlande in schwerer Zeit dienen zu können. Das Hilfsdienstgesetz führt uns auf diese Wege weiter. Wie es aus der Gemeinschaftsarbeit der Heeresleitung, der Regierung, der Parteien und des Volkes in allen seinen Schichten hervorgegangen ist, so ist die Gemeinschaftsarbeit das Element seines Lebens und Wirkens. In den Organen, die das Gesetz vorsieht, werden die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Behörden die Arbeit der Durchführung des Gesetzes zu verrichten haben. Diese Gemeinschaftsarbeit wird fruchtbar und erfolgreich sein; sie wird das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse des anderen Teiles wecken und damit dem gegenseitigen Vertrauen die Wege ebnen. Nicht, dass wirtschaftliche Interessenkämpfe künftig aufhören sollten oder könnten. Das wäre Utopie. Aber die Einsicht in die Lebensberechtigung und Lebensnotwendigkeit des anderen Teiles und die ehrliche Abwägung der beiderseitigen Sonderinteressen mit den Erfordernissen des Gemeinwohls — das wird künftighin manchem Streit vorbeugen und manchen Streit in seinen Formen und Wirkungen abmildern.

Meine Herren, der Hilfsdienst ist Kriegs- und Notgesetz. Aber der Gewinn dieses Kriegs- und Notgesetzes, der aus der Einheit der Pflicht und aus der Einheit der Arbeit entspringt, darf uns in Deutschland nicht wieder verloren gehen. Dieselbe Kraft, die uns Sieg und Frieden bringen muss, dieselbe Kraft soll uns im Frieden helfen, die Wunden des Krieges zu heilen, aus Trümmern wieder aufzubauen und die unzerstörbaren sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes einem neuen Aufstieg zuzuführen!

Werner von Siemens.

Rede, gehalten bei der Siemens-Gedenkfeier in der Technischen Hochschule in Charlottenburg, am 13. Dezember 1916.

Namens des Herrn Reichskanzlers, der zu seinem grossen Bedauern verhindert ist, hier zu erscheinen, habe ich die Ehre, Sie begrüssen und einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Es wäre vermessen, wenn ich in diesem Kreise der hervorragendsten Fachmänner es unternehmen wollte, den Gelehrten und Erfinder, den Techniker und Industriellen in Werner von Siemens zu würdigen. Aber die grosse Zeit, in der wir den hundertsten Geburtstag dieses grossen Deutschen begehen, legt es mir und wohl auch Ihnen, meine Damen und Herren, ganz besonders nahe, das Einzelleben und Einzelschicksal zu der Wucht des Geschehens auf der Weltenbühne in Beziehung zu setzen. Das Gesetz der Erhaltung der Kraft gilt auch im Völkerleben. Aber die Kraft, die ein Einzelleben umschliesst, verliert sich bis auf die seltensten Ausnahmefälle in der Massenerscheinung der Völkergeschicke. Nur wenige gottbegnadete Menschen dürfen von sich sagen: „Es wird die Spur von meinen Erdentagen nicht in Aeonen untergehen."

Auf Werner von Siemens findet dieses Wort seine Anwendung, nicht im Ueberschwang einer feierlichen Gedächnisrede, sondern im Sinne unbefangener historischer Würdigung. Werner von Siemens hat seine Zeit in unverkennbaren Zügen mit gestaltet. Wir stehen heute auf Grundmauern, denen er starke Steine eingefügt hat, wir bauen auf diesen Grundmauern weiter und die kommenden Geschlechter werden desgleichen tun.

Ich denke dabei nicht an die Einzelleistungen, so gross und weltbewegend sie sind. Wenn Werner von Siemens das dynamo-

elektrische Prinzip entdeckt und uns die Dynamomaschine geschenkt hat, wenn er im Jahre 1848 im Kieler Hafen die ersten Untersee-Minen mit elektrischer Zündung gelegt hat, wenn er den Landtelegraphen und das Unterseekabel durch entscheidende Entdeckungen und Erfindungen zu einem vollkommenen Verkehrswerkzeug gemacht hat, wenn er die erste elektrische Eisenbahn gebaut und als Erster das elektrische Bogenlicht mit Erfolg zur Beleuchtung verwandt hat, wenn er aus kleinsten Anfängen heraus eine Reihe von Weltfirmen geschaffen, wenn er die grössten Einzelunternehmungen, wie den indo-europäischen Telegraphen, entworfen und durchgeführt hat, so sind das alles Ruhmestaten, deren jede für sich allein ihm einen dauernden Namen in der Welt sichern würde. Aber in allen diesen Taten und Leistungen, von denen ich nur einen bescheidenen Teil angedeutet habe, sehe ich nur Ausstrahlungen der in sich geschlossenen und einzigartigen Persönlichkeit, einer Persönlichkeit, die Geist vom Geiste ihrer und unserer Zeit ist, die ein lebenswichtiges Stück der deutschen Volksentwicklung verkörpert.

Wie in einem Brennglas, das die Sonnenstrahlen in dem kleinen Sonnenbilde sammelt, sehe ich in Werner von Siemens die Vereinigung der Kräfte, die unser deutsches Volk im letzten halben Jahrhundert den Weg zu höheren Daseinswerten geführt haben. Ich sehe in ihm die Vereinigung der Kräfte, die in technischem und wirtschaftlichem Fortschreiten die Lebenshaltung und den Kulturstand unseres Volkes gehoben, unsere weltwirtschaftliche und weltpolitische Stellung im Kreise der Völker begründet, ausgebaut und gefestigt, zugleich aber das deutsche Volk davor behütet haben, seine alten geistigen und sittlichen Ideale in schlaffem Wohlleben, in öder Begehrlichkeit und zehrendem Neid zu verlieren. Ich sehe in ihm die Vereinigung streng wissenschaftlicher Forschung und technischer Genialität mit praktischem Sinn, zähester Arbeit, grosszügigem Unternehmungsgeist, wundervoller Organisationsgabe und schliesslich mit der glühendsten Vaterlandsliebe und dem herrlichsten Menschentum in sittlichem und sozialem Empfinden. Er arbeitete auf dem Gebiet der theoretischen Naturwissenschaften mit derselben Genauigkeit und Zielsicherheit wie auf den Gebieten des praktisch-technischen Schaffens. Er

konstruierte Weltbetriebe mit der gleichen Sorgfalt und der gleichen Präzision, wie die kleinsten und feinsten Apparate. Er schuf die grössten Unternehmungen in England, Russland und Uebersee als Pfadfinder und Bahnbrecher unserer wirtschaftlichen Weltgeltung und er blieb dabei mit allen Wurzeln seiner Kraft in deutschem Wesen. Er erfasste und verwirklichte die Lebensbedingungen des Grossbetriebs, Ordnung und Disziplin, und gleichzeitig betätigte er die liebevolle und weitausschauende Fürsorge für das arbeitende Volk.

Die Kräfte, die Werner von Siemens umschloss und ausstrahlte, haben Deutschland gross gemacht. Sie haben unser Volkstum auf steilem Wege zu Höhen geführt, wie niemals zuvor in den zwei Jahrtausenden unserer Geschichte.

Wir wissen, dass unser glanzvoller Aufstieg den Neid und die Furcht unserer Wettbewerber weckte, dass dieser Neid und diese Furcht mit zu den Elementen gehören, die den Weltenbrand um uns herum entfesselt haben. Wir wissen aber auch, dass dieselben Kräfte, die vordem friedlicher Arbeit dienten, in dem Flammenmeer des Krieges gestählt worden sind und für den Krieg vervielfacht weiter wirken. Wir wissen, dass diese Kräfte uns den Krieg gewinnen helfen.

Wenn der feindliche Wirtschafts- und Hungerkrieg zu schanden wird, wenn die Erzeugung unserer Landwirtschaft auf eigenem Boden uns vor Elend und Unterwerfung sichert, wenn wir Materialien fremden Ursprungs, die bisher für Kriegführung und Volksversorgung als unentbehrlich galten, in neuen Industrien mit neuen Methoden gewinnen oder durch neue Stoffe ersetzen, wenn es uns gelungen ist, unsere auf den Frieden und den Weltverkehr eingestellte Wirtschaft mit raschem Griff auf den Krieg und die binnenländische Isolierung umzuschalten, bestehende Unternehmungen umzuwandeln, neue Unternehmungen unerhörten Umfanges mitten im Kriege aus der Erde zu stampfen, wenn unsere Kriegsindustrie für sich allein derjenigen der feindlichen und neutralen Welt gewachsen ist, — so verdanken wir dies alles der methodischen Pflege von Wissenschaft und Technik, der Schaffensfreude, dem Organisationstalent, dem weitherzigen und wagemutigen Unternehmungsgeist — kurz dem deutschen Genius, dem wir in Werner von Siemens huldigen.

Heute nach 100 Jahren lebt und wirkt Werner von Siemens mitten unter uns und ist uns Führer im Kriegs- und Siegeszug. Blicken Sie hinaus! Rings um uns in den riesenhaft sich dehnenden Betrieben, die Werner von Siemens ragende Schöpferkraft ins Leben rief, rauchen die Schlote, surren die Räder, schaffen tausend unermüdliche Köpfe und Hände für Heer und Volk. Seine Industrie war einer der friedlichsten Zweige des Grossgewerbes; die Naturkraft, die sie meistert, schlug Brücken des Verkehrs und der Freundschaft von Land zu Land. Nun der Feind diese Brücken gesprengt hat, sind auch diese friedlichen Betriebe zu Waffenschmieden des deutschen Volkes geworden. Der Geist Werner von Siemens ist es, der den Hammer schwingt, nicht nur in den Fabriken, die er geschaffen, sondern überall in den deutschen Landen, wo das gewaltige Brausen der Kriegsarbeit ertönt. Lauter denn je zuvor wird dieses Brausen zu mächtigen Akkorden anschwellen unter dem neuen Antrieb des vaterländischen Hilfsdienstes, der unser ganzes Volk zur äussersten Anspannung aller Kräfte aufruft, mit den Arbeitern auch die Führer der deutschen Friedens- und Kriegswirtschaft, unser deutsches Unternehmertum, auf das wir stolz sind, und das in Werner von Siemens ein unübertreffliches Vorbild verehrt.

Der Tag wird kommen, wo die Friedensglocken läuten. Unser Kaiser hat gestern die Tore des Friedens weit aufgetan. An unseren Feinden ist es, sich zu entscheiden. Wir warten in der Ruhe des guten Gewissens und im Vertrauen auf unser sieghaftes Schwert, ob sie die dargebotene Hand annehmen wollen oder nicht. Mag der Frieden jetzt kommen, mögen unsere Feinde in Hass und Verblendung noch einmal versuchen, das Weltenschicksal zu wenden, — wir wissen, dass es nur einen Frieden geben wird, der uns freien Raum für ehrliche deutsche Arbeit verbürgt. Dann wird uns Werner von Siemens wieder aufbauen helfen. Er wird uns voranleuchten, wenn es gilt, unsere Stellung in der Welt in freier Arbeit neu zu gewinnen und uns in den Werken des Friedens würdig zu erweisen der Heldentaten derer, die draussen im Felde kämpfen und sterben für Deutschlands Zukunft und Grösse.

Deutschland — Amerika.

Rede, gehalten vor der amerikanischen Handelskammer, am 6. Januar 1917.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, in Beantwortung der freundlichen Worte Ihres Herrn Vorsitzenden zunächst einem Bedauern Ausdruck zu geben: dem Bedauern, dass Sie die Antwort von mir hören und nicht von meinem Freunde, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der sehr viel besser als ich unserem Dank für die herzlichen Worte der Begrüssung Ausdruck gegeben hätte.

Meine Herren! Ich darf mir die Freiheit nehmen, in Ihrem Kreise Deutsch zu sprechen. Unsere Gastgeber, die Herren Mitglieder der „American Association of Commerce and Trade", sind wohl ausnahmslos seit vielen Jahren bei uns in Deutschland ansässig. Auch diejenigen unter Ihnen, deren Väter Wiege nicht in Deutschland gestanden hat, sind durch den täglichen Gebrauch der deutschen Sprache vollkommen mächtig. Und Ihr Ehrengast, der amerikanische Botschafter, hat in den drei Jahren seiner Berliner Tätigkeit sich in bewundernswerter Weise die deutsche Sprache angeeignet; nicht nur den äusseren Schall und die kleine Münze der täglichen Redewendungen: er ist — wie jeder, der ihn kennt, bestätigen kann — eingedrungen in den Geist unserer deutschen Sprache und wird mich, davon bin ich überzeugt, besser verstehen, wenn ich Deutsch zu ihm spreche, als wenn ich versuchen wollte, mich in seiner Muttersprache auszudrücken.

Meine Herren! Der Geist der Sprache ist der wichtigste Schlüssel zum Geist eines Volkes. Und von allen Voraussetzungen für ein gutes Verhältnis unter den Völkern ist die erste und wichtigste, dass die Völker sich gegenseitig verstehen lernen: ein

Ideal, von dem die Welt leider noch weit entfernt ist. Meine Herren! Gerade weil wir wissen, dass Herr Gerard sich ernstlich bemüht, das deutsche Volk zu verstehen, haben wir es begrüsst, dass er nach mehrjährigem Aufenthalt mitten in dem grossen Kriege für kurze Zeit seine Heimat besucht hat, dass er dort Gelegenheit gehabt hat, mit dem lebendigen Wort an den massgebenden Stellen seiner Heimat zu schildern, was er von unserem Land und unserem Volk in der schweren Prüfung dieses Krieges gesehen hat. Wir haben nichts zu verbergen. Fest und zuversichtlich stehen wir im Sturmesbrausen des 30. Kriegsmonats. Wir können nur wünschen, dass durch die Nebelschleier von Nachrichtensperre und Pressenstellung alle Welt uns sieht, wie wir sind und denken, wie wir kämpfen und wie wir arbeiten. Dann stünde es besser um die Aussicht auf Frieden!

Meine Herren von der American Association of Commerce and Trade! Sie sind Kaufleute, deren Lebensarbeit dem friedlichen Handel zwischen den beiden grossen Völkern gewidmet ist; Sie sind Kaufleute, die seit langen Jahren unter uns leben, und denen unser Land — wie Ihr Herr Vorsitzender ausgeführt hat — zur zweiten Heimat geworden ist; zur zweiten Heimat, der Sie auch jetzt in dieser Kriegszeit treu geblieben sind, und der Sie in Werken der Nächstenliebe, trotz all der mannigfachen Erschwerungen, viel Liebes und Gutes erwiesen haben. Wir sind Ihnen dafür von Herzen dankbar.

Meine Herren! Sie haben das deutsche Volk, das Sie jetzt im schwersten Ringen um sein nationales Dasein und seine nationale Zukunft sehen, in friedlichem Schaffen kennen gelernt. Sie wissen, dass unser einziger Ehrgeiz war, im friedlichen Wettbewerb der Völker durch Arbeit und Tüchtigkeit uns emporzuringen, durch Hebung unseres geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Standes uns unseren Platz in der Welt zu gewinnen und zu behaupten.

Sie haben den Aufstieg unserer Wirtschaft miterlebt. Sie haben die Ziffern unserer nationalen Erzeugung und unseres Handels sich entwickeln sehen in Progressionen, die nur in Ihrer amerikanischen Heimat erreicht worden sind. Sie haben dabei mit uns die Wahrnehmung gemacht, dass die wachsende Wirt-

schaftskraft und der zunehmende Wohlstand des einen Landes nicht zum Schaden, sondern zum Vorteil des anderen Landes ausgeschlagen sind. Denn während Sie gross wurden und wir gross wurden, hat sich der Güteraustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nicht vermindert, sondern stark vermehrt. Ihr Herr Vorsitzender hat Ihnen für das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege einige Zahlen genannt. Ich darf seine Ziffern durch unsere deutsche Statistik ergänzen. In den zehn Jahren von 1903 bis 1913 ist Deutschlands Handelsumsatz mit der Union von 1400 Millionen Mark auf 2425 Millionen Mark gestiegen; eine Entwicklung, an der Ihre Vereinigung sich einen guten Teil des Verdienstes zuschreiben kann.

Meine Herren! Wer, wie Sie, unser deutsches Volk als Volk der friedlichen Arbeit kennt, der ist gefeit gegen die bösartige Phrase, mit der unsere Feinde der Welt Sand in die Augen zu streuen suchen, gegen die Phrase vom deutschen oder, wie sie lieber sagen: vom preussischen Militarismus. Meine Herren! Ich frage Sie, was ist das mit unserem Militarismus? Sie kennen unser Land und seine Geschichte; Sie wissen, dass Deutschland Jahrhunderte hindurch das Schlachtfeld seiner kriegerischen Nachbarn war. Sie kennen den Rhein, Sie kennen vielleicht auch meine engere Heimat, die schöne Pfalz. Wenn Sie jemals dort gereist sind mit offenen Augen: Jede Stadt und jede Burg spricht zu Ihnen von den traurigen Zeiten unserer Ohnmacht, von der Vernichtungswut eines Nachbarn, der sich vermass, jenes blühende Paradies für alle Ewigkeit zur Wüstenei zu machen. Ist es Militarismus, wenn wir uns dagegen wehren, dass solche Zeiten wiederkehren? wenn wir planmässig unsere Volkskraft zur Verteidigung unseres Vaterlandes organisiert haben?

Und haben wir etwa zu viel getan? Blicken Sie auf unsere Nachbarn. Ist Frankreichs Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit etwa Pazifismus gewesen, und nur unser Beharren bei der zweijährigen Dienstzeit Militarismus? Unmittelbar vor dem Kriege kam auf jede Million Einwohner eine Friedensstärke der Armee von rund 20 000 Mann in Frankreich, von nur 12 300 Mann in Deutschland. Wo war der Militarismus, bei den 20 000 oder bei den 12 300 Mann? Unsere Ausgaben für Heer und Flotte sind, auf

den Kopf der Bevölkerung gerechnet, weit hinter denen Englands und Frankreichs zurückgeblieben. Nehmen Sie dazu die Milliarden, die Frankreich vor dem Kriege Russland für den ausgesprochenen Zweck der Kriegsvorbereitung gegen uns vorgestreckt hat! Haben wir demgegenüber nicht eher zu wenig als zu viel Militarismus an den Tag gelegt? Zeigt nicht dieser Krieg, den wir und unsere Verbündeten gegen eine gewaltige Uebermacht durchfechten, dass wir berechtigt gewesen wären, unsere Streitmacht auf einen Zwei- oder Dreimächte-Standard zu bringen? Aber ist der Zwei oder Dreimächte-Standard etwa eine Erfindung des deutschen Militarismus? Oder steht die Wiege dieses übermilitaristischen Prinzips nicht etwa jenseits des Kanals? In einem Lande, das die halbe Erde und die ganze See für sich in Anspruch nimmt?

Nehmen Sie auf der anderen Seite die Werke des Friedens! Fast eine Milliarde Mark — soviel wie die laufenden Ausgaben für Heer und Flotte — haben im Jahre 1913 unsere Aufwendungen für die soziale Versicherung betragen. Wo ist das Land, in dem durch öffentlich-rechtliche Fürsorge solche Jahressummen flüssig gemacht werden, um den wirtschaftlich Schwachen zu helfen? Die Jahresausgaben für das Schulwesen haben vor dem Kriege im Deutschen Reich den Betrag von 1¼ Milliarden Mark erreicht. Auch auf diesem Gebiete halten wir jeden Vergleich aus. Da haben Sie gegenüber den militärischen Aufwendungen zwei Posten, die Ihnen bestätigen, auf welche Dinge unser Sinnen und Trachten gerichtet war.

Meine Herren! Ich hätte noch manches hinzuzufügen, was Ihr und unser Herz bewegt, aber als Gast an einem neutralen Tische will ich nicht von Dingen reden, die die Welt entzweien. Ich will nicht den Eindruck erwecken, als wollte ich Ihrer Neutralität zu nahe treten, als wollte ich bei Ihnen für unsere Sache werben. Sie wissen, meine Herren, wir verlangen von den Neutralen nichts, keine Hilfe, keine Begünstigung; nichts als Neutralität. Freilich eine Neutralität, die beide Parteien mit gleichem Masse misst, beiden Parteien in gleichem Masse Achtung erweist, angesichts eines Völkerringens auf Leben und Tod, wie es die Welt noch nicht gesehen.

Als Kaufleute, die seit langen Jahren unter uns leben, haben

Sie dafür Verständnis, haben Sie Verständnis für unsere Sinnesart und unsere Lebensnotwendigkeiten. Sie bilden für dieses Verständnis eine Brücke über den Ozean, eine doppelt und dreifach wertvolle Brücke in einer Zeit, in der feindliche Mächte die Wege des friedlichen Verkehrs sperren, in der die Wahrheit auf die Luft und die Untersee und auf gutgesinnte Neutrale angewiesen ist.

Ich bin überzeugt, meine Herren, dass diese Brücke des Verständnisses für beide Teile von Nutzen sein wird. Jetzt bei der Fortdauer des Krieges, wie sie durch die Zurückweisung der vorgeschlagenen Friedensverhandlungen notwendig wird, wie auch späterhin, wenn es gilt, die alten Fäden des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs zwischen unseren Ländern wiederaufzunehmen und fortzuspinnen. Solange der Krieg dauert, werden Sie im Sinne von Beziehungen wirken, die einer guten und aufrichtigen Neutralität entsprechen. Und wenn der Tag des Friedens anbricht, dann werden Sie mit neuer Kraft und Freudigkeit an ihre jetzt grossenteils brachliegende Berufsarbeit wiederherantreten und für Ihren Teil dazu beitragen, dass die Schäden, die der Krieg im Verkehr zwischen unseren Ländern angerichtet hat, bald wieder ausgeglichen werden und dass die Bestrebungen neidischer Konkurrenten, einen Keil zwischen die beiden grossen Wirtschaftsgebiete zu treiben, scheitern. Die Erfahrungen, die wir in diesem Kriege mit der geschäftlichen Treue des grossen Vermittlers im Weltverkehr gemacht haben, lassen erwarten, dass der Verkehr zwischen unseren Ländern nach dem Kriege sich enger und unmittelbarer gestalten wird als bisher. Die kurz vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten durchgeführte Bankreform, die gesunde Grundsätze verwirklicht, wird die unmittelbare Anknüpfung und Abwickelung der deutsch-amerikanischen Geschäfte stark begünstigen unter Ausschaltung von Zwischengliedern, die sich als unmöglich erwiesen haben.

Meine Herren! Was Sie in der Förderung der Handelsbeziehungen als Kaufleute bisher geleistet haben und künftig leisten werden, das wird über die Grenzen des rein wirtschaftlichen Gewinnes für beide Teile hinausreichen; Ihre Arbeit wird der Freundschaft zwischen unseren Völkern dienen und an den Grundlagen eines dauernden Friedens bauen helfen.

Lassen Sie mich schliessen mit einem Wort unseres grossen deutschen Dichters Friedrich Schiller:

„Euch, Ihr Götter, gehört der Kaufmann. Güter zu suchen, geht er, doch an sein Schiff knüpfet das Gute sich an."

Mögen die friedlichen Schiffe des Kaufmanns bald wieder zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten das jetzt gefesselte, künftighin freie Meer befahren, zum Wohl und Segen Ihres und unseres Vaterlandes! Möge Ihre Vereinigung auf dieser Grundlage blühen und gedeihen!

Ansprache an die Präsidenten der Parlamente der verbündeten Länder,

gehalten in Berlin am 22. Januar 1917.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, in wenigen Worten der Freude Ausdruck zu geben, dass ich die Herren Präsidenten der Volksvertretungen der verbündeten Länder bei mir begrüssen darf. Meine Freude ist besonders gross, da ich als Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers nach unserer deutschen Regierungsorganisation den Vorzug habe, in dauernder Fühlung mit unserer Volksvertretung zu arbeiten und da mir aus der täglichen Arbeit stets von neuem bewusst wird, was die Volksvertretung in diesem gewaltigen Volkskrieg für das Durchhalten und Siegen bedeutet und leistet.

Ich sehe ein glückliches Vorzeichen darin, dass die von langer Hand geplante Zusammenkunft der Herren Präsidenten sich in einem Augenblick verwirklicht hat, der mehr vielleicht als irgend ein anderer seit Kriegsausbruch die verbündeten Völker aufruft zur äussersten Kraftanspannung und zur geschlossenen Einheit in Kampf und Arbeit. Die Antwort der feindlichen Machthaber auf den Friedensvorschlag unserer Staatsoberhäupter ist im dreissigsten Kriegsmonat eine neue Kriegserklärung, die Erklärung eines Vernichtungskrieges bis aufs Messer. Wer Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, der weiss jetzt, welche Stunde geschlagen hat. Unsere Völker haben begriffen, bis zum letzten Mann. Unsere Feinde werden begreifen lernen. Wenn sie immer noch sich und der Welt das lächerliche Ammen-Märchen von der Militärkaste vorerzählen, von der ihr Edelmut unsere Völker befreien will, — die Zusammenkunft und die herzliche Uebereinstimmung der ersten Spitzen unserer Volksvertretungen zeigt aller

Welt aufs neue, dass unsere Feinde falsch spekulieren, dass es bei uns keine Militärkaste, sondern nur ein einziges grosses Volksheer gibt, dass unsere Völker in sich und miteinander einig zusammenstehen in dem felsenfesten Entschluss — komme was da wolle — durchzuhalten und zu siegen. Sie werden, meine Herren Präsidenten, an den heimischen Herd zurückkehren mit neuem Mut und neuer Siegeszuversicht; Sie werden ihren Völkern und ihren Vertretungen mitteilen, dass Sie überall bei den Bundesgenossen den gleichen Geist gefunden haben, den Geist des unbedingten Vertrauens auf das göttliche Lebensrecht unserer Nationen, auf die unerschöpfliche Kraft und Opferbereitschaft unserer Völker und auf die alles bezwingende Schlagkraft unserer unvergleichlichen Heere und Flotten.

Ich bin durchdrungen von der Ueberzeugung, dass in dem schweren Entscheidungskampf um Sein und Nichtsein die Volksvertretungen der verbündeten Länder unter Ihrer Führung, meine Herren Präsidenten, wie bisher der Grösse der Zeit sich würdig erweisen und mit ihrer ganzen Kraft helfen werden, unsere gute Sache zum Sieg zu führen.

Der deutsche und der britische Acker.

Rede gehalten vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 17. Februar 1917.

Meine Herren! Der Herr Reichskanzler ist zu seinem lebhaften Bedauern durch dringende Dienstgeschäfte verhindert, Ihren Verhandlungen persönlich beizuwohnen. Er hat mich beauftragt, Sie herzlich willkommen zu heissen. Indem ich mich dieses Auftrags entledige, darf ich gleichzeitig im Namen der hier so zahlreich anwesenden Vertreter der Verbündeten Regierungen Ihrer Tagung einen glücklichen Erfolg wünschen und zum Ausdruck bringen, wie sehr wir alle von der Wichtigkeit Ihrer Arbeiten in dieser Zeit der Entscheidung durchdrungen sind.

Meine Herren! Ihre diesjährige Tagung fällt in der Tat in einen Zeitabschnitt so schicksalsschwer und weltentscheidend, wie er in der ganzen Menschheitsgeschichte kaum jemals einem Geschlecht beschieden war. Das ungeheure Ringen steigert sich in nie geahnter Anspannung aller körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu dem Endkampf, der Völker hebt und niederwirft und den kommenden Jahrhunderten die Bahn vorschreibt.

In diesem Kampf auf Leben und Tod ist der Landwirtschaft eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung zugewiesen. Der Hungerkrieg, von England, dem Hüter der Zivilisation und Menschlichkeit, gegen uns heraufbeschworen, hat dem deutschen Volk von Anbeginn klar vor Augen geführt, dass es mit seiner Landwirtschaft steht und fällt. Der Brite, als er den Hunger gegen uns aufrief, glaubte sich hoch erhaben über jeder Nahrungssorge. Er hat umgelernt. Vor wenigen Wochen hat der britische Landwirtschaftsminister das Wort ausgesprochen: „Der Krieg wird auf dem britischen Acker entschieden."

Dieses Wort wollen wir festhalten. Es zeichnet den Wandel der Dinge. Vor Jahresfrist noch durfte England wähnen, es könne die Aecker der ganzen Welt mit ihren unbegrenzten Möglichkeiten gegen den deutschen Acker aufbieten. Heute sieht sich England vor einer neuen, in seiner ganzen Geschichte unerhörten Lage: Der überseeische Boden schwindet unter seinen Füssen.

Die weiten Gefilde, aus denen der Brite wie aus dem unermesslichen Meer glaubte schöpfen zu können, die Vereinigten Staaten und Canada, Argentinien, Indien und Australien, — sie sind in diesem Jahr mit einer schweren Missernte geschlagen. Wo im Vorjahr 56 Millionen Tonnen Weizen geerntet wurden, kamen jetzt nur 36 Millionen herein. Vor Jahr und Tag war der Einfuhrbedarf unserer Feinde durch den Ueberschuss der Erzeugungsländer weit überdeckt; heute stehen England, Frankreich und Italien bei ungewöhnlich knappen Eigenbeständen vor einem unentrinnbaren Fehlbetrag. Im vorigen Erntejahr konnte England mehr als neun Zehnteile seines Einfuhrbedarfs aus den nächstgelegenen überseeischen Ueberschussgebieten beziehen, aus den Vereinigten Staaten und Canada; jetzt liegt ein grosser Teil des für die Verschiffung verfügbaren Getreides bei unseren Antipoden in Australien und braucht für den Transport zu unseren Feinden die dreifache Zeit, das heisst den dreifachen Frachtraum wie der Transport von Nordamerika.

Und diese knappen Zufuhrmöglichkeiten, sie werden eine weitere Einschränkung, sie werden eine entscheidende Hemmung erfahren durch die Sperre, die unsere U-Boote Tag für Tag wirksamer um das seegewaltige England legen. Wir haben gewägt und haben gewagt. Wir sind des Erfolges sicher und werden uns den Erfolg nicht entwinden lassen, durch nichts und von niemandem! Schon ist die Schiffahrt, die Britanniens Inseln mit der Welt verbindet, auf einen Gefahrpunkt herabgedrückt: der Raum der in britischen Häfen angekommenen Schiffe war im Dezember 1916 nur noch 2,2 Millionen Nettotonnen, gegen 4,2 Millionen im Monatsdurchschnitt des letzten Friedensjahres. Schon sind Englands Reservebestände an den wichtigsten Dingen, die es zum Leben und Kriegführen braucht, soweit ausgeschöpft, dass es mehr denn je auf regelmässige, sichere und reichliche Zufuhren angewiesen ist. Den in seinen Grundfesten bereits erschütterten Bau

des britischen Weltreichs trifft unsere an Zahl und Leistungsfähigkeit gewaltig vermehrte U-Bootflotte ohne Unterlass mit wuchtigen und unbarmherzigen Schlägen, bis der Tag gekommen sein wird, den jedes deutsche Herz glühend ersehnt. Schon heute aber sind wir dem Wort des britischen Landwirtschaftsministers nahe: England sieht sich mehr denn je auf die eigene Scholle angewiesen, der britische Acker steht gegen den deutschen Acker.

Es müsste ein schlechter deutscher Landwirt sein, dem bei diesem Kampf das Herz nicht höher schlüge, der nicht die felsenfeste Ueberzeugung hätte, dass wir auf diesem Boden siegen müssen. Wir wollen gewiss nicht, wie das die Staatsmänner des feindlichen Verbandes zu tun pflegen, grosse Worte machen und Tatkraft und Können unserer Gegner unterschätzen. Sicher wird auch der britische Landwirt das Aeusserste leisten, um den Lebensnotwendigkeiten seines Landes zu genügen; sicher wird auch der englische Verbraucher Einschränkungen und Entbehrungen auf sich nehmen. Aber die Leistungsfähigkeit der britischen Landwirtschaft muss an den Grenzen versagen, die ein Jahrhundert wirtschaftspolitischer Entwicklung gezogen hat.

Im Vertrauen auf seine Seeherrschaft hat England sein Wirtschaftsleben und insbesondere seine Volksernährung auf die überseeische Zufuhr aufgebaut. Deutschland dagegen hat in seiner Wirtschaftspolitik die Förderung der auswärtigen Handelsbeziehungen vereinigt mit der Erhaltung und Stärkung der Kräfte der heimischen Erzeugung. In den Gesamtwerten unserer Einfuhr und Ausfuhr sind wir im Lauf der letzten Jahrzehnte England nahe gekommen. Aber wir haben dabei unsere Landwirtschaft nicht verkümmern lassen, wir haben vielmehr unsere Eigenproduktion, insbesondere an den wichtigsten Nährfrüchten, in noch stärkerem Verhältnis gesteigert als unserer grossen Volksvermehrung entsprach. Wir standen in der Volksernährung, als der Krieg ausbrach, mit 66 Millionen Einwohnern unabhängiger und sicherer da, als 25 Jahre zuvor mit einer Bevölkerung von nicht ganz 50 Millionen.

Wie der deutsche Acker zum englischen steht, dafür will ich Ihnen nur wenige schlagende Zahlen nennen:

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet lieferte vor dem Krieg eine normale Ernte an Brotgetreide in Deutschland etwa 230 kg, in Grossbritannien und Irland nur wenig mehr als 30 kg,

eine normale Ernte an Getreide insgesamt ergab in Deutschland rund 400 kg, in England nur rund 130 kg auf den Kopf.

An Kartoffeln ernteten wir mehr als 650 kg, die Engländer nur etwa 150 kg pro Kopf.

Dazu kommt unser Zuckerrübenbau, der in Friedensjahren fast ebensoviel für die Ausfuhr frei liess, wie unser gesamter heimischer Verbrauch ausmachte; England hat uns auf diesem Felde überhaupt nichts entgegenzustellen.

Unser Bestand an Rindern betrug etwa 320 Stück auf tausend Einwohner, in England nur etwa 260 Stück. Unser Schweinebestand pro tausend Einwohner war etwa 370 Stück gegen wenig mehr als 80 Stück in England. Nur an Schafen und Ziegen war uns England stark überlegen.

Die deutsche Landwirtschaft hat in den zwei Kriegsjahren, die hinter uns liegen, gezeigt, dass sie auch unter den schweren Verhältnissen des Krieges in rastloser und harter Arbeit, im Aufgebot aller Kräfte von Mann und Frau ihre grosse Aufgabe zu erfüllen vermag. Wir haben der Welt den Beweis erbracht, dass wir mit dem Eigenen bei sparsamer Wirtschaft auskommen können. England dagegen braucht für drei Viertel bis vier Fünftel seines Bedarfs an Brotgetreide Zufuhren aus dem Ausland. Nach neueren Daten ist England, das den Ackerbau durch die Weidewirtschaft hat verdrängen lassen, für die Deckung seines Bedarfs an Butter mit nahezu zwei Dritteln, an Fleisch mit zwei Fünfteln auf das Ausland angewiesen.

Wenn England also nach eigenem Bekenntnis sich auf das Schlachtfeld der Ackerscholle gedrängt sieht, so dürfen wir das ohne Ueberhebung als einen Erfolg in der Gesamtentwicklung des Krieges verzeichnen, als einen Erfolg, der uns dem entscheidenden Siege um einen gewaltigen Schritt näher bringt.

Aber, meine Herren, die günstigen Aussichten, die uns das neue Schlachtfeld bietet, dürfen uns nicht blind machen, sie dürfen uns nicht einen Augenblick in der Anspannung aller unserer Kräfte erlahmen lassen. Während draussen auf hoher See unsere U-Boote die Wacht halten, während sie allen Unbilden und Gefahren trotzend, in unerbittlicher Entschlossenheit und unermüdlichem Kampf den eisernen Ring des Todes um unseren stärksten

und bittersten Feind enger und enger ziehen, darf und wird die Heimat nicht rasten. Ich bin überzeugt, dass alles, was von den Taten unserer Brüder draussen zu Wasser und zu Lande Tag für Tag an unsere Ohren dringt, für uns alle in der Heimat, vor allem auch für die deutschen Landwirte und Landfrauen, ein stets neuer Ansporn zu höchster Anspannung aller Leistungen ist.

Sie werden heute über den Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr beraten. Sie dürfen überzeugt sein, dass Sie bei der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten jede nur mögliche Unterstützung und Förderung finden werden in Ihren Bestrebungen, die Erzeugung zu erhalten und zu heben. Wir sind uns darüber klar, dass wir mit der Förderung der Produktion nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch den wohlverstandenen Interessen der Verbraucher dienen. Ich weiss, es gibt auf diesem Gebiet stark umstrittene Punkte. Ihre Erörterung wird das aufs neue bestätigen. Die Notwendigkeit des Erfassens und Verteilens der Erzeugnisse stösst oft genug hart zusammen mit der Notwendigkeit der Produktionsförderung. Beide Erfordernisse zu versöhnen, nicht nur durch Gesetz und behördliche Vorschriften, sondern auch durch Einsicht und guten Willen von Erzeugern und Verbrauchern, das ist die grosse Aufgabe, deren Lösung uns Ihre Verhandlungen, wie ich zuversichtlich hoffe, näher bringen werden.

Aber, meine Herren, bis *zur nächsten Ernte ist noch ein weiter und nicht ganz leichter Weg.* Auch der beste Wirtschaftsplan für das nächste Jahr, auch die zäheste Arbeit und Aufopferung des Landwirts für die kommende Ernte enthebt uns nicht der ehernen Notwendigkeit, für eine Reihe von Monaten mit dem Vorhandenen auszukommen. Wir haben die Gewissheit, dass unsere Bestände ausreichen, wenn überall die gebotene Sparsamkeit waltet, nicht nur bei den Verbrauchern, bei denen sich die Sparsamkeit durch die knappe Zuteilung von selbst erzwingt, sondern auch bei den Erzeugern, die von den Früchten der eigenen Scholle leben. Die Bevölkerung der Städte und Industriebezirke, die Millionen ohne eigene Scholle, haben Wochen schwerer Entbehrungen hinter sich. Ihre ohnedies knappen Rationen wurden durch den harten Frost, der wochenlang die Zufuhren sperrte, auf das

Empfindlichste eingeschränkt. Sie haben die Entbehrungen mit bewundernswerter Einsicht und Zähigkeit ertragen, im Bewusstsein, dass Durchhalten die erste Voraussetzung des Sieges ist. Das sind die Hände, die unsern Brüdern draussen im Feld und auf der See die Waffen schmieden, die in harter Arbeit unter Tag und vor dem Feuer, an Drehbank und Schraubstock, in Fabriksaal und Schreibstube für den Krieg ihre Arbeit verrichten, eine Arbeit ebenso hart und ebenso wichtig wie die Arbeit des Landwirts. Es gilt, ihre Arbeitskraft durch ausreichende Ernährung zu erhalten. Diese Pflicht, diese Notwendigkeit muss Tag und Nacht einem jeden vor Augen stehen, der in der glücklichen Lage ist, über den eigenen knappen, dem Kriege angemessenen Bedarf hinaus über eigene Bestände zu verfügen. Wer gibt, was er irgend entbehren kann, der hilft, unsere Schlachten schlagen; wer zurückhält, der hilft dem Feind. Wir sind auf dem Wege, planmässig durch eine über das ganze Land zu erstreckende Organisation die Ablieferung der entbehrlichen Erzeugnisse zu befördern. Aber die besten Massnahmen und die vollkommenste Organisation kann nur dann wirksam werden, wenn alle in Stadt und Land von der Ueberzeugung durchdrungen sind, dass es jetzt ums Ganze geht, dass von jedem das Höchstmass an Leistungen und Opfern verlangt werden muss, um in dem grossen Entscheidungskampf den Sieg zu erringen.

Meine Herren! Ich weiss, dass Ihre Verhandlungen von diesem Verständnis getragen sein werden. Ich bin überzeugt, dass Sie alles tun werden, was in Ihrer Kraft liegt, um dieses Verständnis überall draussen im Land zu fördern und zu steigern. Die deutsche Landwirtschaft wird den Kampf mit dem britischen Acker im rechten Geist, in voller Tatkraft und im entschlossenen Opferwillen durchkämpfen; sie wird mit unserer Industrie, mit unserem Heer, mit unserer Flotte das Letzte und Beste an die grosse Entscheidung setzen.

Wenn alle ihre volle Schuldigkeit tun, — und der Deutsche tut seine Schuldigkeit —, dann werden wir das Jahr 1917 zur Weltenwende gestalten, dann wird das Jahr 1917 die britische Seetyrannei zerbrechen und dem deutschen Volke die Tore einer freien und grossen Zukunft aufmachen.

J. S. PREUSS, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S. 14, Dresdener Str. 43.